

In diesem Heft

Editorial

Essay

HANS COPPI

Die nationalsozialistischen Bäume
im sozialdemokratischen Wald.
Die KPD im antifaschistischen Zweifrontenkrieg (Teil 2) 7

Gesellschaft – Analysen & Alternativen

THOMAS KOCH

Ost-Identität. Anker – Anspruch – Anschlußmöglichkeiten 18

DIETRICH STARITZ

Widerstand und Opposition,
Dissidenz und Resistenz in der DDR 35

Das Interview

THOMAS J. RICHTER

»... Erotik findet links statt.« 53

Die Linke im 20. Jahrhundert

KLAUS KINNER

Prolegomena zu einer Geschichte
des deutschen Kommunismus 74

HELMUT DAHMER

»Ohne Geld keine Revolution. Und auch keine Edition ...« 80

THEODOR BERGMANN

Isaac Deutscher – ein jüdischer Ketzer im Kommunismus 95

WOLFGANG HAIBLE/MARVIN CHLADA

August Thalheimer – Zur Erinnerung an einen
revolutionären Kommunisten 108

MICHAEL SCHUMANN/NADJA ROSENBLUM
Weltgeschichte des Kommunismus als Kriminalgeschichte.
Nach der Lektüre des »Schwarzbuchs des Kommunismus« 111

Utopie-Geschichte

RICHARD SAAGE
Utopia als »irdisches Paradies«.
Zu Johann Gottfried Schnabels »Insel Felsenburg« 118

Standorte

MANFRED BEHREND
Kritischer Marxismus 130

Crossover

Projekte für einen ökologisch-solidarischen »New Deal« 141

Konferenzen & Veranstaltungen

EVELIN WITTICH
Wissenschaft und Technologie im 21. Jahrhundert.
3. Annual Oxford Forum in Cambridge/Massachusetts 166

Festplatte

WOLFGANG SABATH
Die Wochen im Rückstau 173

Bücher & Zeitschriften

Alfred Bellebaum/Hans Braun/Elke Groß (Hrsg.):
Staat und Glück. Politische Dimensionen der Wohlfahrt,
Westdeutscher Verlag Opladen 1998
(HERMANN KLENNER) 176

Joschka Fischer:
Für einen neuen Gesellschaftsvertrag.
Eine politische Antwort auf die globale Revolution,
Verlag Kiepenheuer & Witsch Köln 1998
Oskar Lafontaine/Christa Müller:
Keine Angst vor der Globalisierung.
Wohlstand und Arbeit für alle,
Verlag J.H.W. Dietz Nachf. Bonn 1998
(STEFAN BOLLINGER) 177

Günter Krause: Wirtschaftstheorie in der DDR,
Metropolis-Verlag Marburg 1998
(JÖRG ROESLER) 180

Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik: MEMORANDUM '98. Bewegung in Europa, Blockade in Deutschland – Kurswechsel für Beschäftigung, PapyRossa Verlag Köln 1998 (ULRICH BUSCH)	181
Daniel Haas: Mit Sozialklauseln gegen Kinderarbeit? Das Beispiel der indischen Teppichproduktion, Berliner Studien zur Internationalen Politik, Schriftenreihe der Arbeitsstelle »Politik Chinas und Ostasiens« am Fachbereich Politische Wissenschaften (Otto-Suhr-Institut) der Freien Universität Berlin, Bd.4, Münster 1998 (HORST GRIENIG)	183
Ulrich Sander: Szenen einer Nähe: Vom großen RechtsUm bei der Bundeswehr, Pahl-Rugenstein Verlag Nachfolger Bonn 1998 (HORST ANDEXEL)	185
Rainer Noltenius (Hrsg.): Alltag, Traum und Utopie. Lese geschichten-Lebensgeschichten, Schriften des Fritz-Hüser-Instituts für deutsche und ausländische Arbeiterliteratur, Reihe 1: Ausstellungskataloge, Band 7, Klartext Verlag Essen 1989 Rolf Schwendter: Utopie. Überlegungen zu einem zeitlosen Begriff, Edition ID-Archiv Berlin-Amsterdam 1994 (HANNA BEHREND)	187
Heinz Monz: Gerechtigkeit bei Karl Marx und in der Hebräischen Bibel – Übereinstimmung, Fortführung und zeitgenössische Identifikation, Nomos Verlagsgesellschaft Baden-Baden 1995 (MARTIN-RUDOLF ROSKI)	189
Frank Unger/Andreas Wehr/Karen Schönwälder: New Democrats – New Labour – Neue Sozialdemokraten, Elefanten Press Berlin 1998. Thomas Meyer: Die Transformation der Sozialdemokratie. Eine Partei auf dem Weg ins 21. Jahrhundert, J.H.W. Dietz Nachfolger Bonn 1998 (HORST DIETZEL)	190
An unsere Autorinnen und Autoren Impressum	192

Vereinbarung für die politisch-wissenschaftliche Konferenz
»Die deutsche Zweistaatlichkeit 1949-1990«

am 13. und 14. März 1999 in Berlin

Als wissenschafts- und bildungspolitisch wichtigste Veranstaltung PDS-naher Vereine im Jubiläumsjahr der »doppelten Staatsgründung« wird die zweitägige Konferenz mit Teilnehmern aus dem In- und Ausland durch den Verein »Helle Panke« ausgerichtet.

Schwerpunkte der Diskussion:

Internationale und nationale Voraussetzungen der Zweistaatlichkeit

Zweistaatlichkeit im Vergleich: Deutschland, Korea, Vietnam

Kalter Krieg und Klassenkampf

Ost-West-Vergleich gesellschaftspolitischer Neuordnung in Deutschland

Zweistaatlichkeit als Systemkonkurrenz

Die deutsche Zweistaatlichkeit und das Gleichgewicht der Kräfte
in der Blockkonfrontation

Vergleichende Betrachtung außenpolitischer Ambitionen und Aktivitäten von
DDR und BRD

Die zwei deutsche Staaten vom Ausland her betrachtet

Wandlungen in den deutsch-deutschen Beziehungen

Die äußeren und inneren Voraussetzungen sowie die Folgen des Zusammenbruchs
des politbürokratischen Regimes in der DDR

1989/1990: Vom demokratischen Aufbruch zum pseudonationalen Anschluß

Soziokulturelle Langzeitwirkungen der Zweistaatlichkeit:
Zwei Teilgesellschaften in Deutschland

Die Adresse für Anmeldungen zur Teilnahme sowie Vortragsangebote:
»Helle Panke« e.V., Breite Straße 48, D-13187 Berlin, Fax 030-47 538 724.

Als Vortragsangebote sind Dispositionen erwünscht.

Im Plenum wären die o.g. Schwerpunkte zu behandeln:

nicht ereignisgeschichtlich konkret, sondern zeitlich übergreifend und problemorientiert.
In Arbeitskreisen können auch speziellere Vorträge kleineren Umfangs gehalten werden.

Über das Programm und die Teilnahmebedingungen für die Konferenz
informieren die Veranstalter spätestens Anfang Februar.

Editorial

Crossover. In Heft 62 (Dezember 1995) von »UTOPIE kreativ« konnten wir annoncieren: »Für einen radikalreformerischen Neuanfang – Konferenz der Zeitschriften ›Andere Zeiten‹, ›spw‹ und ›UTOPIE kreativ‹ am 3. und 4. Februar 1996 in Berlin«. Und weiter: »Die drei Zeitschriften repräsentieren verschiedene Diskussionszusammenhänge im politischen Raum von Bündnis 90/DIE GRÜNEN, SPD und PDS, für die die gegenwärtigen ökonomischen Rahmenbedingungen und Machtstrukturen kein Tabu darstellen.« Sie »wollen bestehende Alternativvorschläge sammeln, fundieren und zu Reformprojekten bündeln, um so zu einer gesellschaftlich mehrheitsfähigen Gesamtalternative zu gelangen.« Schon in Heft 66 (April 1996) konnte nachgelesen werden, was da an ersten Schritten auf solchem Weg im Februar in Berlin gelungen war. Und wie auch erste äußere Zeichen des Zusammenwirkens gesetzt wurden: Dieses April-Heft erschien als Gemeinschaftsausgabe der drei Zeitschriften, und das Titelfoto zeigt Politiker gemeinsam am Präsidiumstisch des die Konferenz beschließenden Forums, denen in jener noch gar nicht fernen Zeit offizielle politische Verhandlung miteinander aus Gründen der Ausgrenzung der PDS noch nicht genehmigt war: Jürgen Trittin, Mitglied des Bundestages, damals Sprecher von Bündnis 90/DIE GRÜNEN, heute Bundesumweltminister; Lothar Bisky, damals wie heute PDS-Vorsitzender und Mitglied des Landtages Brandenburg; und Hermann Scheer, Mitglied des Bundestages mit SPD-Mandat.

Eine solche Demonstration des Kooperationswillens gab es beim zweiten Crossover-Kongreß am 13. und 14. Dezember 1997 in Bochum nicht. Zu eng war das Wahlkampfkorsett von SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN mit seinem Anti-PDS-Muster schon gestrickt. Aber die gemeinsame Ideendebatte funktionierte dennoch. »Vom Machtwechsel zum Politikwechsel« lautete das Thema, und die vorgelegten Thesen »Projekte für einen ökologisch-solidarischen ›New Deal‹«, deren im Konferenzergebnis überarbeitete Fassung wir im vorliegenden Heft in voller Länge abdrucken, sind Ausweis mannigfacher parteienübergreifender theoretischer Diskussion über nun schon viele Monate hinweg.

Mit dem Wahlergebnis vom 27. September, das – wie es von der PDS immer als möglich angesehen wurde – eine SPD-B'90/DIE GRÜNEN-Regierungskoalition plus PDS-Bundestagspräsenz hervorgebracht hat, sind sie natürlich neu zu lesen: die Crossover-Projekte der »Diskussionszusammenhänge aus dem politischen

Raum von Bündnis 90/DIE GRÜNEN, SPD und PDS«, bei denen es erstens um die ökologische Steuerreform, zweitens um Arbeitszeitverkürzung, drittens um Wirtschaftsdemokratie, viertens um einen »Dritten Beschäftigungssektor« und fünftens um eine »zweite Bildungsreform gegen Elitepolitik« geht. In Bochum war das Ringen um einen »ökologisch-solidarischen ›New Deal‹« noch ganz und gar Oppositionsangelegenheit - nun wird es repräsentiert von Vertreterinnen und Vertretern sowohl der Regierungsparteien als auch der linken Opposition. Mit welchem Ergebnis?

Die PDS rüstet zu neuer Programmdebatte. Da wird es bei der Bestimmung von Ausgangspunkten erneut um Fragen der Bewertung von Sozialismus- und DDR-Geschichte gehen, und wer immer auch glauben sollte, die Zeit für kritische Rückbesinnung sei neun Jahre nach dem Untergang der DDR vorbei, geht in eine bedenkliche Irre. »UTOPIE kreativ« hat wie in nahezu allen ihren Ausgaben auch diesmal wieder mehrere Beiträge parat, die bisher kaum oder unzureichend Bedachtes sichtbar machen – zum Beispiel die »Anmerkungen zu Widerstand und Opposition, Dissidenz und Resistenz in der DDR« von Dietrich Staritz, zum Beispiel die im Interview von Helmut Dahmer geäußerten Gedanken »über Trotzki, die Linke Opposition gegen den Stalinismus und über Schwierigkeiten bei der Herausgabe von Trotzki's Schriften«, zum Beispiel Theodor Bergmanns Würdigung Isaac Deutschers – eines »jüdischen Ketzers im Kommunismus«.

Aber alles Rückblickende muß sich in linker Gesellschaftsprogrammatik endlich viel schlüssiger als bisher verbinden mit den Vorschlägen für das Morgen – den visionären, den machbaren, den utopischen. »Der Wähler« will von der PDS – mit dem Einzug in den Bundestag in Fraktionsstärke und der vor nur wenigen Monaten noch so ganz und gar undenkbaren Bildung einer SPD-PDS-Regierungskoalition in Mecklenburg-Vorpommern ist das so eindrucksvoll wie hinlänglich bewiesen - den selbstkritischen Rückblick nicht um des Rückblicks, sondern um der Kraft für den Vorschlag willen.

Und das ist gewaltige Herausforderung. Läßt man die Entstehung der Crossover-Thesen Revue passieren, zeigt sich, daß die Zahl mitarbeitender PDS-Mitglieder viel zu gering ist. Es scheint, als absorbiere der Alltagskampf um politisch-parlamentarische Präsenz alle Kraft – auch die, der Kreativität der Jungen fördernd Raum und Unterstützung zu geben. Nur sehr zögernd wird neu gewonnene politische Erfahrung diskursfähig nachlesbar und zum Quell von Austausch und widerstreitendem Suchen. Programmatisches kommt meist aus längst bekannten Federn – und braucht doch so dringend den Anstoß der Neuen!

»Erotik ist immer links« meint der Maler Thomas J. Richter im Gespräch mit Stefan Amzoll und äußert sich zu DDR-Geschichte und bundesdeutscher Gegenwart, daß es eine Art hat ... »UTOPIE kreativ« ist froh darüber und wünscht allen Leserinnen und Lesern ein gutes 1999.

WOLFRAM ADOLPHI

HANS COPPI

Die nationalsozialistischen Bäume im sozialdemokratischen Wald. Die KPD im antifaschistischen Zweifrontenkrieg (Teil 2)

Eine bedrohlich anwachsende rechtsextreme Szene, deren nationalistische und rassistische Parolen unter der Bevölkerung und vor allem unter Jugendlichen im Osten Deutschlands eine zunehmende Akzeptanz finden, stellt die Frage nach wirksamen demokratischen Gegenstrategien. Unterschiedliche Ansätze und Methoden werden gegenwärtig diskutiert und praktiziert.

Ein historischer Rückblick auf Reaktionen und Gegenstrategien der unterschiedlichen Linken auf den Vormarsch der Nazis bis zum Jahre 1933 verdeutlicht die Schwierigkeiten und auch die verfehlte Strategie im Umgang mit einer sich schnell ausbreitenden faschistischen Bewegung.

Die Unfähigkeit zu antifaschistischen Bündnissen

Die KPD sah sich als einzige revolutionäre Kraft, die imstande war, den Faschismus aufhalten und vernichten zu können. Darin bestünde ihre historische Mission, erklärte Hermann Remmele auf einer ZK-Sitzung im Mai 1931.¹ Von den Bündnispartnern wurde erwartet, die führende Rolle der KPD anzuerkennen. Ein antifaschistischer Alleinvertretungsanspruch, der schließlich den Kampf gegen den unaufhaltsamen Aufstieg des Faschismus deutscher Prägung ins Leere laufen ließ, aber auch eine parteiübergreifende Massenbewegung verhinderte, die den Nationalsozialismus in seinem Vormarsch hätte stoppen können. Die KPD, der revolutionären Umgestaltung der Gesellschaft verpflichtet, war gegenüber anderen antifaschistischen Kräften, die dieses Ziel ablehnten, nicht mehr bündnisfähig.

Der italienische Kommunist Antonio Gramsci sah bereits 1926 die Wirksamkeit eines antifaschistischen Bündnisses nur in dem Maße gegeben, wie es auch die Interessen anderer Bündnispartner aufzunehmen in der Lage sei. Dieses plurale Konzept schloß die Respektierung der Eigenständigkeit aller Beteiligten ein.² Gramscis Erkenntnisse blieben jedoch ebenso unberücksichtigt wie die Warnungen französischer Kommunisten vor einer inflationären Anwendung des Faschismusbegriffs auf alle reaktionären Maßnahmen bürgerlicher Regierungen und der Sozialdemokratie.

Ende September 1930 hatte die KPD-Führung den »Kampfbund gegen den Faschismus« gegründet. In Betrieben, vor den Stempelstellen und in den Wohngebieten sollte der Kampf gegen die braune Bewegung besser organisiert und auf eine breitere Basis gestellt werden. Ein weiteres Ziel war, die »nationalfaschistischen« Reihen

Hans Coppi – Jg. 1942, Veröffentlichungen zum Antifaschismus, zur Widerstandsgeschichte, Schwerpunkt »Rote Kapelle«. Im Oktober 1998 erscheint ein mit Susanne Römer herausgegebener Reprint der Zeitschrift »Aufbruch« (1931-1933) unter dem Titel: »Aufbruch« im Spannungsfeld von Nationalismus und Kommunismus – eine Zeitschrift für Grenzgänger mit einer Einführung und einem Namensregister beim Verlag Fölbach in Koblenz.

1 Vgl. SAPMO-BARCH, RY/II/2/1/80, Bl. 133.

2 Antonio Gramsci: Die Gesichtspunkte der Frage des Südens, in: Antonio Gramsci – ein vergessener Humanist? Eine Anthologie 1917-1936, Berlin 1991.

zu zersetzen und dort Gesinnungsfreunde für eine oppositionelle Tätigkeit gegen die NS-Führung zu gewinnen. Gleichzeitig sollten Stützpunkte und Kasernen der SA liquidiert werden. In der praktischen Arbeit richtete sich die Tätigkeit des Kampfbundes gegen Überfälle der Nazis, aber auch gegen sozialdemokratische Organisationen, insbesondere gegen das Reichsbanner. Ende 1930 wurden die Bezirksleitungen beauftragt, »Gegnerabteilungen« zu schaffen, die sich mit der Gewinnung sozialdemokratischer, nationalsozialistischer und christlicher Arbeiter beschäftigen sollten.³

Die beibehaltene Frontstellung gegenüber anderen antinazistischen Organisationen verhinderte, eine überparteiliche Massenorganisation aufzubauen. Dem Kampfbund gegen den Faschismus gehörten vorwiegend Mitglieder und Sympathisanten des verbotenen Roten Frontkämpferbundes (RFB), des Kommunistischen Jugendverbandes (KJVD) und KPD-Mitglieder an. Im Dezember 1931 zählte der Kampfbund über 100 000 Mitglieder, davon entrichtete allerdings nur die Hälfte ihre Beiträge. Abwechslern aus den kommunistischen Reihen wurde die Aufnahme verweigert. Arbeiter aus der SPD, dem Reichsbanner und anderen Organisationen waren dagegen willkommen. Die KPD knüpfte an ihren Eintritt die Erwartung, daß sie ihre bisherigen Organisationen verlassen würden. Der Kampf gegen den Nationalsozialismus schloß für den Kampfbund den Kampf gegen den »Sozialfaschismus« mit ein. Es gelang weder ein Einbruch in das »nationalfaschistische Lager« noch die Bündelung aller antifaschistischen Kräfte zum Zurückdrängen der faschistischen Bewegung.

Den wehrhaften Kampf gegen die Nationalsozialisten vernachlässigte die KPD-Zentrale nicht. Zwei Tage nach der Veröffentlichung der Programmklärung verabschiedete sie eine »Richtlinie zur wehrpolitischen Arbeit«.⁴ Eine zuverlässige Elitetruppe für den Kampf gegen den Faschismus sollte in Form eines »Parteiselbstschutzes« bei den KPD-Bezirksleitungen aufgebaut werden, um den Vormarsch der Nazis in den Arbeitervierteln mit Gewalt zu stoppen. Die Wirksamkeit dieser Formation blieb jedoch sehr umstritten. Einige ihrer Führer verlangten eine Besoldung und organisierten unabgestimmte Aktionen. Thälmann hatte die Erschießung der Polizeioffiziere Paul Anlauf und Franz Lenk am 9. August 1931 und die Häufung bewaffneter Überfälle auf SA-Stützpunkte in Berlin (Gneisenaustraße, Röntgenthal, Richardstraße) als fraktionistische Machenschaften verurteilt.⁵ 1932 wurde der Parteiselbstschutz aufgelöst.

Die deutschen Kommunisten versuchten seit dem Sommer 1930, mit Rückendeckung aus Moskau, verstärkt die Nationalsozialisten verbal und militant zu bekämpfen, ihre Reihen aufzulockern, sie zu zersetzen und ihre Anhänger mit nationalistisch gefärbten Parolen an sich zu binden. 1930/31 tauchten wieder Formulierungen Karl Radeks auf. Er hatte 1923 zwischen den »beiden Armeen der Revolution« unterschieden, der »Vorhut« der Arbeiter und der »Nachhut« oder »Reserve«, die der Faschismus noch festhielt, die aber bald zur »Vorhut« stoßen sollte.⁶ Es bestand die Illusion, daß die nationalsozialistische Woge eines Tages zurückrollen werde und die politisierten Kleinbürger sich dann der einzig richtigen revolu-

3 Rundschreiben Nr. 19. Anweisungen des Sekretariats vom 19.12.1930, in: Die Generallinie..., a.a.O., S. 272. Ferner: Unsere Massenarbeit muß verstärkt werden, in: Der Parteiarbeiter, 9, 1930, Nr. 5, S. 132-134.

4 Vgl. SAPMO-BARCH, RY 1/2/5/3. Ausführlicher bei Bernd Kaufmann, Eckhardt Reisner, Dieter Schwips, Henri Walther: Der Nachrichtendienst der KPD 1919-1937, Berlin 1993, S. 246ff.

5 Vgl. SAPMO-BARCH, Z/C 71/1, Bl. 4f., Mertens: Bericht über die Untersuchung des mil.pol. Apparates der KPD, Moskau 20.2.1936. Ferner Z/C 71/8, Bl. 1f. Kippenberger: Parteiselbstschutz (PSS) v. 4.2.1936.

6 Hermann Remmele: Diskussion auf dem XI. Plenum des EKKI, in: Inprekorr, 11, 1931, Nr. 69 v. 15.7.1931, S. 1542.

Peer Lange vermutet, daß die national bestimmte Taktik der KPD auf den Einfluß von Karl Radek zurückzuführen sei, der in dieser Zeit Berater Stalins war. Siehe Peer Lange: Stalinismus versus »Sozialfaschismus« und »Nationalfaschismus«. Revolutionspolitische Ideologie und Praxis unter Stalin 1927-1935, Göttingen 1969, S. 275.

tionären Partei, den Kommunisten, anschließen. Die KPD, verkündete Thälmann, werde »früher oder später das Erbe des nationalsozialistischen Aufschwungs antreten«.⁷

Die KPD begab sich in einen zunehmenden Konkurrenzkampf mit der NSDAP. Kommunistische Funktionäre traten gemeinsam mit Joseph Goebbels in Versammlungen auf, so Heinz Neumann Ende Oktober 1930 und Walter Ulbricht Mitte Februar 1931 in Berlin. Jede Seite brachte die ihr vertrauten Argumente vor. Ein Werbeimpuls geschweige denn ein »Zersetzungseffekt« ging von diesen Schauveranstaltungen nicht aus. Die Kommunisten griffen den »Legalitätskurs« Hitlers an, stellten wie bei der SPD die korrupten Führer den ehrlichen Mitgliedern gegenüber. Anhänger beider Seiten nutzten die Debatten, wenn ihnen die Argumente ausgingen, zu massiven Saalschlachten.

Volksrevolution und »Scheringer-Kurs«

Die KPD hatte unter den städtischen und ländlichen Mittelschichten nur geringe Sympathiewerte. Ein revolutionärer Umschwung war nicht nur mit der noch von der SPD zu trennenden Arbeiterschaft herbeizuführen. Es mußten die bisher nicht erreichten Bevölkerungsschichten angesprochen und dafür neue Aktionsformen gefunden werden. In Übereinstimmung mit ihrer national geprägten Propaganda entwickelte die KPD-Zentrale Ende 1930 eine neue Linie: im Rahmen einer »Volksaktion«, einer »Volksrevolution«⁸ unter proletarischer Hegemonie den Millionen Menschen, die zwar antikapitalistisch eingestellt waren, aber das kapitalistische System noch nicht überwinden wollten, eine revolutionäre Perspektive zu geben.

Die KPD rief das »Volk«, ohne diesem Begriff eine eigene Bestimmung zu geben und ohne sich eindeutig von der volkstümelnden und völkischen Begriffswelt konservativer und nationalistischer Kreise abzusetzen. Das Ziel war, Landarbeiter, Angestellte, Beamte und die Intelligenz zu gewinnen und für eine von der KPD dominierte revolutionäre Front zu mobilisieren. Unter diesen Schichten hatte die NSDAP die größten Wahlerfolge erzielt, und die KPD hatte dort ihre wenigsten Anhänger. Gegenüber Angestellten gab es innerhalb der »Vorhut des Proletariats« große Vorbehalte. Ihr Anteil an den Neuaufnahmen lag 1931 unter einem Prozent.⁹

Die von der KPD entwickelte Linie der »Volksrevolution« war aber von der Komintern noch nicht bestätigt. Um dem Vorwurf der Verwischung der klassenmäßigen Gegensätze entgegenzutreten, griff Thälmann zur theoretischen Begründung auf den Brief von Karl Marx an Kugelmann von 1871 zurück, zitierte aus Lenins »Zwei Taktiken [...]« und »Staat und Revolution«. Der KPD-Vorsitzende stellte die Losung von der Volksrevolution – ein Synonym für die proletarische Revolution – als ein »strategisches Hauptziel« heraus, »zu dem wir die Massen auf der Linie unseres sozialen und nationalen Freiheitsprogramms voranführen und sammeln wollen«.¹⁰

Für den neuen Kurs warb Thälmann Ende März 1931 auf dem XI. Plenum des EKKI. Er entwickelte eine Doppelstrategie, mit der sowohl der Masseneinfluß der SPD wie auch der NSDAP liquidiert

7 Ernst Thälmann: Die Lage in Deutschland und die Aufgaben der Kommunistischen Partei Deutschlands. XI. EKKI-Tagung Moskau, Hamburg 1931, S. 32.

8 Erstmals wurde der Begriff »Volksrevolution« von Alexander Emel, dem Leiter der Abteilung Agitation beim ZK der KPD, eingeführt. Siehe A. Emel: Der revolutionäre Marxismus und die Frage der nationalen Befreiung, in: Die Internationale, 13, 1930, H. 19, S. 562ff. Weitere Artikel hat Emel zu diesen Fragen in der Zeitschrift »Propagandist« im Jahre 1931 veröffentlicht. Er wurde deswegen von Thälmann Ende 1931, offensichtlich auf Veranlassung der Komintern, scharf kritisiert und als Abteilungsleiter abgesetzt.

9 Klaus-Michael Mallmann: Kommunisten in der Weimarer Republik, a.a.O., S. 100.

10 Vgl. SAPMO-BARCH, I/2/1/78. Referat Ernst Thälmanns auf der Sitzung des KPD-Zentralkomitees am 15.1.1931. Ferner Ernst Thälmann: Volksrevolution über Deutschland. Rede auf dem Plenum des ZK der KPD, 14.-17. Januar 1931, Berlin 1931, S. 31.

11 Ernst Thälmann: XI. EKKI-Tagung Moskau, a.a.O., S. 48.

12 Dimitri Manuilski: Die Kommunistischen Parteien und die Krise des Kapitalismus. Bericht vor dem XI. Plenum des EKKI, Hamburg 1931, S. 127f.

13 Leo Trotzki: Soll der Faschismus wirklich siegen?, Berlin 1931, zitiert bei Carl von Ossietzky: Trotzki spricht aus Prinkipo, in: Die Weltbühne, 23, 1931, Nr. 51, S. 911-914.

14 E.B.: Die ultralinke Politik und der Faschismus, Gegen den Strom, 4, 1932, Nr. 11.

15 Vgl. SAPMO-BARCH, RY/1/2/1/78. Protokoll der Sitzung des Zentralkomitees 14.-15.5.1931, Bl. 120.

16 Ernst Thälmann: Katastrophe oder Sozialismus, a.a.O., S. 29.

17 Von Ernst Niekisch so benannt. Siehe E.Niekisch: Der politische Raum des deutschen Widerstands, in: Widerstand, 1931, Heft 11, S. 328. Für Ernst Otto Schüddekopf sind Kern und Ursprung des »Scheringer-Kurses« der Versuch der KPD, an die Situation des Jahres 1923 anzuknüpfen, aber nicht auf das Gespräch, sondern auf eine breite Massenaktion zielend. Siehe Ernst Otto Schüddekopf: a.a.O., S. 285ff.

18 Vgl. SAPMO-BARCH, RY 1/2/1/80, Sitzung des ZK der KPD am 15.5.1931. Ein Diskussionsredner aus Halle beklagte, die Erklärungen Scheringers würden von KPD-Funktionären nicht ernst genommen.

werden sollte. Den Übertritt des früheren Reichswehrleutnants und nationalsozialistischen Aktivisten Richard Scheringer zu den Kommunisten am 18. März 1931 wertete Thälmann als Erfolg dieser Politik.¹¹

Die neue Strategie fand erst nach kontroversen Diskussionen ihre Zustimmung. Ein Vertreter der KP Italiens hatte eine Resolution eingereicht, in der er gegen den Begriff der »Volksrevolution« polemisierte. 1927 waren die italienischen Kommunisten von der Komintern wegen dieser »liberalen« Losung gerügt worden. Damals wurde gewarnt, diese Losung auf weitere Länder zu übertragen. Der Vertreter der KPdSU, Dimitri Manuilski, hob den Widerspruch dialektisch auf. Er sah in dem Programm der sozialen und nationalen Befreiung und in der neuen strategischen Hauptlosung einen revolutionären Ausweg aus der Krise. Das Problem der Volksrevolution ergebe sich aus Deutschlands besonderer Lage, als der eines im imperialistischen Krieg besiegten und vom Versailler System unterdrückten Landes. Obwohl die KPD noch nicht die Mehrheit der Arbeiterklasse erobert habe, sei sie schon zu einer Partei von Millionen unterdrückter und ausgebeuteter Massen geworden.¹²

Leo Trotzki warf der Komintern und der KPD aus seinem Exil auf der Insel Prinkipo vor, mit dem Chauvinismus gespielt und den echten »Faschismus« zum Zwecke marktschreierischer Konkurrenz nachgeahmt zu haben.¹³ Die Kommunistische Opposition in Deutschland kritisierte den neuen Kurs der KPD als »Wettlauf« mit der NSDAP um »nationale Phrasen«. Mit der »untauglichen Waffe des Nationalbolschewismus« habe sie in ihren eigenen Reihen mehr Schaden angerichtet als bei dem Gegner.¹⁴

Dabei wurde die innerparteiliche Wirkung offensichtlich überschätzt. Hermann Remmele beklagte im Mai 1931, daß es der KPD weder gelungen sei die nationale Frage in den eigenen Reihen aufzuwerfen noch ihre Haltung zur Nation in der Öffentlichkeit zu verdeutlichen. Es gebe eine Scheu, die nationale Frage aufzuwerfen. Mit dem Programm zur nationalen und sozialen Frage werde kaum gearbeitet.¹⁵

Ernst Thälmann umgarnte weiterhin die nationalen Aktivisten: der Platz aller ehrlichen Freiheitskämpfer sei nicht bei den Garden der Reaktion, sondern bei den Kampftruppen der Freiheitsarmee des kommenden sozialistischen Deutschlands.¹⁶ Jedoch erwies sich die national getönte Propaganda der KPD für oppositionelle Nationalsozialisten als unglaubwürdig. Trotz der im April 1931 von Walter Stennes ausgelösten Revolte in der Berliner SA gegen Hitler folgten nur wenige dem Beispiel Richard Scheringers. Der »Scheringer-Kurs«¹⁷ fand unter den Funktionären nur wenig Resonanz¹⁸, unterschied sich jedoch wesentlich vom »Schlageter-Kurs« des Jahres 1923. Er bedeutete kein Angebot zu irgendeiner Zusammenarbeit, nicht einmal zu einem Dialog. Scheringer war Hoffnungsträger und galt als Frontmann für das erfolgreiche Herauslösen von Mitgliedern und Sympathisanten aus der nationalsozialistischen Bewegung.

Diesem Ziel diente auch das Ende Juli 1931 gestartete »Aufbruch«-Zeitschriften-Projekt des KPD-Nachrichtendienstes, das sich nun an die »Volksgenossen« wandte. Es war der Versuch einer

nationalrevolutionären Mobilisierung. Frühere Mitstreiter aus der NS-Bewegung entlarvten in dem Scheringer gewidmeten Kampfblatt die antikapitalistische Demagogie der NSDAP, maßen die Handlungen der Parteioberen an deren verkündeten Zielen und Ansprüchen. Den Nationalsozialisten wurde vorgeworfen, daß sie zu Handlangern der bürgerlichen Regierung von »Brüning und seiner sozialdemokratischen Bonzen«, also konterrevolutionär geworden seien.¹⁹ Das Zentralkomitee der KPD wollte unter den Mitgliedern der SA die Gewißheit verbreiten, daß »nur in den Reihen des klassenbewußten Proletariats Platz und Möglichkeiten für revolutionäre Überzeugungen sind« und daß aus dem Lager der Konterrevolution »Kämpfer mit heißem Herzen und ehrlicher Überzeugung« zur KPD stoßen.²⁰ Die Erwartungen richteten sich darauf, daß noch so manch »ehrlicher« S.A.-Kämpfer dem Beispiel Scheringers folgen wird. Jede Unzufriedenheit in den Reihen der SA nährte erneut diese Hoffnungen.

Einzelne Nationalsozialisten hatten bereits 1929/30 die Fronten gewechselt, so der aus der eng mit den Nationalsozialisten kooperierenden Schleswig-Holsteinischen Landvolkbewegung kommende Schriftsteller Bodo Uhse, der ehemalige nationalsozialistische Führungsschulleiter Wilhelm Korn, der stellvertretende Gauführer Berlin-Brandenburg der NSDAP, Rudolf Rehm und der ehemalige Gaupropagandaleiter der NSDAP Lorf. Sie waren mit Otto Straßer Mitte Juli 1930 aus der NSDAP ausgetreten und hatten sich später der KPD zugewandt. Andere nationale Aktivisten, insbesondere Intellektuelle wie der aus dem baltischen Freikorps kommende Schriftsteller Alexander Graf Stenbock-Fermor (1902-1972), der Schriftsteller Ernst Ottwalt (1901-1943) und der frühere Hauptmann Arnold Vieth von Golßenau und spätere Schriftsteller Ludwig Renn (1889-1979) hatten sich den Kommunisten schon früher angeschlossen. Im November 1931 traten einige Hitlerjugendführer aus Berlin-Kreuzberg und Mitglieder der Straßer-Jugend in die Kommunistische Jugend ein.²¹ Die erwünschten Massenübertritte blieben allerdings aus. Der für diesen Zweck betriebene Aufwand war beträchtlich: oppositionelle Zeitungen wurden für SA-Leute, Polizisten und Reichwehrangehörige herausgegeben, Flugblätter mit einem offenen Brief von Richard Scheringer an die SA in einer hohen Auflage gedruckt und verteilt.

Trotz erheblicher propagandistischer Tätigkeit unter den »Nazi-proleten« gelang der KPD kein wirklicher Einbruch in die braune Front. Der Anteil der Neuaufnahmen von früheren NSDAP-Mitgliedern lag weit unter einem halben Prozent.²² Der Antikommunismus war unter den zeitweise zu Hitler in Opposition stehenden SA-Stürmen so stark, daß sie sich sogar weigerten, zu Otto Straßer überzugehen, da sie ihn für zu kommunistenfreundlich hielten.²³ Einzelne Kommunisten und frühere RFB-Mitglieder hatten sich nach dem Verbot des roten Wehrverbandes den SA-Stürmen angeschlossen.²⁴ Das Fluktuieren von der Rechten zur Linken und auch in umgekehrter Richtung hielt sich in starken Grenzen, auch wenn die Propaganda beider Seiten einen anderen Eindruck zu vermitteln versuchte.

19 Volksgenossen, in: Aufbruch, 1, 1931, Nr. 1, S. 1.

20 Das ZK der KPD an Scheringer, in: Aufbruch, 2, 1932, Nr. 3, S. 6.

21 Rote Fahne v. 24.10.1931. Darunter Wolfgang Thieß und Karl Böhme, die 1943 wegen ihres Mitwirkens in der »Roten Kapelle« zum Tode verurteilt wurden. Ferner einige Führer der Straßer-Jugend, in: Der Weg der Jugend, in: Aufbruch, 1, 1931, Nr. 5, S. 16.

22 Vgl. SAPMO-BARCH, RY 1/1 2/4/33, Mitgliederstatistik KPD 1931/32. Die nur für das Jahr 1931 ausgewiesenen Aufnahmen sind nicht vollständig, da nicht alle Bezirksleitungen den Anteil neu aufgenommenen früherer NSDAP-Mitglieder ausgewiesen hatten. Festgehaltene Neuaufnahmen früherer NSDAP-Mitglieder im Jahre 1931: April: 5; Mai: 38; Juni: 68; Juli: 116; August: 77; September: 77; Oktober: 82; November: 54; Dezember: 50.

23 Vgl. BA, Abt. Potsdam, RMdI 26075, S. 51, Bericht vom 19.5.1931. Ferner SAPMO-BARCH, RY/1/2/1/80, a.a.O., Bl. 51, 95. Diskussionsbeiträge aus Berlin und Würtemberg auf der ZK-Sitzung am 15.5.1931 bestätigen die Schwierigkeiten, oppositionelle SA-Leute für die KPD zu gewinnen.

24 Vgl. BA, Abt. Potsdam, St 10/153 Bd. 2, Brief des Berliner Polizeipräsidenten Grzesinski an den Minister des Innern v. 3.3.1932. Aus einer quellenmäßig nicht belegten Umfrage der Berliner SA-Leitung wurde zitiert, daß bei einzelnen Stürmen

bis zu 55 Prozent ehemalige Kommunisten sein sollen. Genauere Untersuchungen liegen bisher nicht vor. Die immer wieder behauptete massenhafte Mitglieder- und Wählerbewegung von der KPD zur NSDAP läßt sich empirisch nicht erhärten. Siehe auch Hartmann Wunderer: Materialien zur Soziologie der Mitgliedschaft und Wählerschaft der KPD in der Weimarer Republik, in: Gesellschaft. Beiträge zur Marxschen Theorie, 1975, Heft 5, S. 268.

25 Vgl. SAPMO-BARCH, RY1/12/1/81, Sitzung ZK KPD 22. 7. 1931.

26 Politik des Monats, in: Aufbruch, 1, 1931, Nr. 2/3, S. 1.

27 Die Rote Fahne, 18.11.1931. Ferner: P. Langner: Ein Betrugsmanöver Breitscheids, in: Inprekorr, 12, 1930, Nr. 109, S. 2473.

28 Willy Münzenberg: Einheitsfront - gegen wen - mit wem, in: Der Rote Aufbau, 4, 1931, Nr. 19, S. 787 u. 20, S. 820; ders.: Trotzki faschistischer Vorschlag einer Blockbildung der KPD und der SPD, in: ebenda, 5, Nr. 4ff.

29 Die Rote Fahne v. 22.11.1931. Abgedruckt bei J. Stalin: Fragen des Leninismus ..., a.a.O., S. 425-438. Die Stellungnahme des ZK der KPD: Der Brief des Gen. Stalin und die KPD. Vom Zentralkomitee wird uns geschrieben, in: Die Rote Fahne v. 8.1.1932. Abgedruckt in: Die Generallinie ..., a.a.O., S. 433ff.

Die nationalsozialistischen Bäume im sozialdemokratischen Wald
Der nach dem XI. Plenum des EKKI verschärfte antisozialdemokratische Kurs hatte zur Folge, daß die KPD die von den Nazis ausgehende Gefahr herunterspielte. Mitte Juli 1931 unterstützte die KPD plötzlich auf Drängen Moskaus den vom Stahlhelm und von der NSDAP initiierten Volksentscheid gegen die sozialdemokratische Regierung in Preußen unter Otto Braun. Begründet wurde die umstrittene Entscheidung mit dem Argument, daß sich nun die Möglichkeit eröffne, an antikapitalistisch eingestellte nationalsozialistische Anhänger heranzukommen.²⁵ Die Entmachtung der sozialdemokratischen Regierung wollte die KPD-Führung in einen »roten« Volksentscheid umfunktionieren. Diese auch von Kommunisten kritisierte »nationale Einheitsfront« torpedierte erneut ein breites antifaschistisches Aktionsbündnis mit den sozialdemokratischen, linkssozialistischen und demokratischen Parteien und Organisationen. Nur gemeinsam hätten sie die Weimarer Republik verteidigen können.

Im September 1931 konstatierte der »Aufbruch«, der deutsche Nationalsozialismus habe seinen Höhepunkt bereits überschritten, befinde sich in einer entscheidenden ideologischen Krise und der Mythos Hitler löse sich bereits auf.²⁶ Die politische Entwicklung verlief indes ganz anders. Die NSDAP überflügelte Ende September 1931 die KPD bei den Hamburger Wahlen. Der führende Sozialdemokrat Rudolf Breitscheid hatte der KPD im Rahmen des Hessen-Wahlkampfes im November 1931 ein Zusammengehen gegen die Nationalsozialisten unterbreitet. Die KPD lehnte dies als »demagogisches Einheitsfrontangebot« und »Betrugsmanöver« ab. »Nicht mit, sondern gegen Breitscheid wird der Faschismus in Deutschland geschlagen werden«, verkündete die »Rote Fahne«²⁷.

Die konträren Positionen von SPD und KPD im Kampf gegen die Nationalsozialisten waren kaum zu vereinbaren, ein gemeinsamer antifaschistischer Nenner nicht möglich. Die SPD wollte mit ihrer »antifaschistischen Tolerierungspolitik« nicht nur die Regierung Brüning als »kleineres Übel« stützen, sondern die Weimarer Republik erhalten. Die KPD wollte in ihrem antifaschistischen Kampf die Hitler-Diktatur verhindern und zugleich den Sturz der kapitalistischen Ordnung herbeiführen. Für Willy Münzenberg, dem KPD-Mediengewaltigen, war die NSDAP nur ein Flügel der faschistischen Bewegung in Deutschland. Er grenzte sich eindeutig von den Sozialdemokraten ab: »Die antifaschistische Einheitsfront muß eine antikapitalistische Einheitsfront sein, oder sie wird es nicht sein ... Die antifaschistische Einheitsfront wird nur zustandekommen ohne und gegen die sozialdemokratische Führergruppe.«²⁸

Stalin zementierte in seinem Ende November 1931 auch in der »Roten Fahne« veröffentlichten Brief »Über einige Fragen der Geschichte des Bolschewismus«²⁹ noch einmal die strikte Trennungslinie zwischen KPD und SPD. Er griff darin die Linken in der deutschen Sozialdemokratie vor dem Ersten Weltkrieg – voran Rosa Luxemburg – wegen ihrer »Unterschätzung der nationalen und kolonialen Frage« an und warf ihnen vor, daß sie mit einer »halbmenschenwistischen Theorie« das Selbstbestimmungsrecht der Nationen abgelehnt hätten. Stalin aktivierte vergangene ideolo-

gische Gefechte für die Durchsetzung aktueller Ziele. Mit der Abrechnung eines vermeintlichen »Luxemburgismus« wollte er die Rolle der KPdSU als Avantgarde in der Komintern und sein eigenes Interpretationsmonopol in Gegenwart und Zukunft sichern. Immer wieder wurde den deutschen Genossen die Geschichte der Bolschewiki als Spiegel vorgehalten. So wie Sozialrevolutionäre und Menschewiki einst von den Bolschewiki isoliert und vernichtet worden waren, sollte jetzt die deutsche Sozialdemokratie als soziale Hauptstütze der Bourgeoisie liquidiert werden. Die stärkste kommunistische Partei im Westen hatte sich ohne wenn und aber an den Bolschewiki zu orientieren. Aus dem Lehrmeister in der Sozialistischen Internationale vor dem Ersten Weltkrieg war die deutsche Partei zum Lehrling in der Komintern geworden.

Thälmann hatte die Lektion aus Moskau verstanden. Er übte sich in bolschewistischer Selbstkritik. Faschismus und Sozialfaschismus gerieten wieder in getreuer Verengung zu zwei Schattierungen einer Stütze der bürgerlichen Diktatur. Der Sozialdemokratie wurde ihr »Scheinkampf« gegen den Faschismus vorgeworfen, der Hitler-Faschismus wiederum mit der bürgerlichen Demokratie auf eine Ebene gestellt. Damit ging der KPD jede Differenzierung verloren. Obwohl die Komintern die strategische Linie der »Volksrevolution« im Frühjahr 1931 mitgetragen hatte, wurde der KPD aus Moskau Ende 1931 vorgeworfen, eine falsche Taktik bei der Durchführung dieser Losung entwickelt und den Kampf gegen die Sozialdemokratie vernachlässigt zu haben. Die zentrale Aufgabe für die KPD bestand aus Moskauer Sicht vor allem im Kampf um die eigene Klasse, in der Gewinnung der Mehrheit des Proletariats. Im Proletariat besaß die SPD die entscheidende Massenbasis und nicht die Hitler-Partei. Für Thälmann bedeutete nunmehr Kampf gegen den Faschismus in allererster Linie Kampf gegen die SPD. Verbündete des Proletariats dürften erst gewonnen werden, nachdem die KPD die proletarische Mehrheit erobert habe. Von der »Volksrevolution« als strategischem Ziel wurde immer weniger gesprochen, stattdessen baute sie auf eine »Herstellung der roten Einheitsfront«. Diese sollte sich gleichermaßen gegen die Hitler-Partei wie auch gegen die sozialdemokratische Führung richten.³⁰

Diese dogmatische ultralinke Position führte zu einer verminderten Wahrnehmung der von der NS-Bewegung ausgehenden realen Gefahr. Trotz aller Wahlerfolge dürfe bei den nationalsozialistischen Bäumen nicht der sozialdemokratische Wald übersehen werden, war Thälmanns volkstümliche Umschreibung der aus Moskau veranlaßten Kurskorrektur. Er zitierte Stalins Äußerung, daß die Partei in der Diktatur des Proletariats die Führung mit anderen nicht teilen dürfe. Der KPD gehe es nicht um ein Bündnis, sondern um ein Neutralitätsabkommen mit nichtproletarischen Schichten. Thälmann reaktivierte das alte Deutungsmuster von den faschistischen und sozialfaschistischen »Zwillingsbrüdern«, auch wenn es den Erfahrungen und Realitäten widersprach.³¹

Inmitten dieser unwirklichen Diskussionen steuerte Wilhelm Pieck, der in dieser Zeit die KPD im Exekutivkomitee der Komintern in Moskau vertrat, eine fast hellsichtige Warnung bei: »Wir haben eine Situation, daß der Faschismus in Deutschland zur

30 Ernst Thälmann: Einige Fehler in unserer theoretischen und praktischen Arbeit und der Weg zu ihrer Überwindung, in: KI, Nr. 41, v. 10.12.1931, S. 490.

31 Vgl. SAPMO-BARCH, RY1/12/1/82. Referat Ernst Thälmann auf der Sitzung des Zentralkomitees vom 20.-23.2.1932.

32 Ebenda, Bl. 404. Diskussionsbeitrag Wilhelm Pieck.

33 Ebenda, Bl. 447.

34 Vgl. SAPMO-BARCH, RY1/12/1/80, a.a.O., S. 175. Diskussionsredner Otto Schmirgal.

35 Weitere Beispiele, aber auch zu dem ambivalenten Verhältnis zur Sozialdemokratie bei Klaus-Michael Mallmann: Kommunisten in der Weimarer Republik, a.a.O., S. 258ff., 362ff. Ferner: Die Antifaschistische Aktion. Dokumentation und Chronik Mai 1932 bis Januar 1933, Berlin 1965. Die vom Institut des Marxismus/Leninismus beim ZK der SED herausgegebene Dokumentation versucht den Eindruck zu vermitteln, daß die KPD-Führung als einzige Partei eine eindeutig antifaschistische Politik betrieben habe. Dabei werden die abgedruckten Dokumente so verkürzt, daß der gleichzeitig gegen die SPD geführte Kampf nicht mehr sichtbar oder erheblich abgeschwächt wird.

36 Vgl. SAPMO-BARCH, RY1/12/1/82, a.a.O., Bl. 433. Diskussionsbeitrag Albert Kuntz.

Macht kommen kann, ohne daß es die Kommunisten vermochten, auch nur ernste Kämpfe auszulösen. Wir haben eine Situation, daß es möglich ist, daß die Partei geschlagen wird von den Faschisten, ohne daß es ihr gelingt, die Massen in den Kampf zu führen. Eine solche Situation kann eintreten.«³² Die Parteiführung entwickelte aber daraus keine Konsequenzen. Ein gleichzeitiger Kampf gegen die Sozialdemokratie und die Nationalsozialisten überforderte die KPD, verwirrte ihre Anhänger und führte schließlich im Februar 1933 zu der von Pieck prophezeiten Situation. Die KPD war aufgrund der ständigen Einflußnahme aus Moskau immer weniger in der Lage, eine Politik zu betreiben, die sich an den realen Gegebenheiten der sich immer weiter verschärfenden Krise in Deutschland und der damit einhergehenden sich verändernden innenpolitischen Kräftekonstellationen ausrichtete.

Heinz Neumann versuchte das unlösbare Dilemma der unfruchtbaren, sich schließlich blockierenden Doppelstrategie dialektisch aufzuheben: »Wir müssen beide Massenparteien (SPD und NSDAP, d.V.) vernichten, sie gleichzeitig schlagen und die klare strategische Linie haben, wen wir zuerst schlagen wollen, gegen wen wir nicht zeitlich, sondern der politischen Bedeutung nach den Hauptschlag richten.«³³

Es war zunehmend schwierig, diese konfuse politische Linie den eigenen Anhängern klar zu machen. Für die Kommunisten an der Basis bedeutete Kampf gegen den Faschismus in erster Linie Kampf gegen die NSDAP.³⁴ Das sozialdemokratische Feindbild der Komintern personifizierte sich in den Funktionsträgern des Staates, insbesondere in der Polizei. Tatsächlich ging für die deutschen Kommunisten nicht von den »Sozialfaschisten«, sondern von den »Nazis« eine reale Gefahr aus. Gegen die »braunen Kolonnen« fanden sich Kommunisten und Sozialdemokraten in einzelnen Stadtteilen und teilweise auch in einigen Betrieben zusammen. Bei den Kommunalwahlen in Württemberg stellten SPD und KPD gemeinsame Listen auf, die von der KPD-Zentrale als rechtsopportunistische Abweichung verurteilt wurden.³⁵ Es kam zu einer punktuellen Zusammenarbeit von Unterbezirks- und Ortsorganisationen beider Arbeiterparteien in Nürnberg, Hamburg, Oberhausen und anderswo. Albert Kuntz, Organisationsleiter der Berlin-Brandenburger Parteiorganisation, beklagte im Februar 1932, daß in der Mitgliedschaft über Inhalt und das Wesen des Faschismus keine Klarheit bestehe, weil immer noch die Auffassung vertreten werde, gegen den Faschismus zu kämpfen bedeute, die Arbeiterschaft lediglich gegen die Nazis einzusetzen.³⁶

Die Wirklichkeit verlief indes anders. Die NSDAP setzte ihren Aufschwung bei den Wahlen im Frühjahr 1932 – sowohl für das Land Preußen als auch die Präsidentenwahlen – auf einem hohen Niveau fort. Sie war inzwischen stärkste Partei in Deutschland. In Preußen erhielt die NSDAP mehr Stimmen als KPD und SPD zusammen. Es bestand die Gefahr, daß die Nationalsozialisten in Preußen oder im Reich an einer Regierung beteiligt werden könnten. Die Selbstüberschätzung vom unaufhaltsamen Aufstieg der KPD erhielt nach den Ergebnissen der Präsidentschaftswahlen, bei denen Thälmann im zweiten Wahlgang lediglich 3,7 Millionen,

aber Hitler 13,7 Millionen Stimmen erhalten hatte, einen empfindlichen Rückschlag. Der immer wieder vertretene Führungsanspruch als einzige antifaschistische Partei hatte die KPD in eine zunehmende Isolierung getrieben.

Die Antifaschistische Aktion

Im Mai 1932 konstatierte Thälmann große politische Unterlassungen und Vernachlässigung bei der Eroberung der Mehrheit des Proletariats sowie eine nichtgenügende bzw. eine überhaupt nicht vorhandene »Zersetzungsarbeit« in der Nazifront. Nun ähnelten sich die »Zwillingsbrüder« nicht mehr, sondern die KPD wollte zwischen beiden Fraktionen des Monopolkapitals deutlicher unterscheiden.³⁷ Es wurde erstmals die Frage aufgeworfen, warum es nicht gelungen war, den Nationalsozialismus aufzuhalten. Eine kritische Analyse unterblieb auch diesmal. Der Ausweg erschöpfte sich in den alten Schlagworten: den Hitler-Faschismus zurückschlagen und der chauvinistischen nationalsozialistischen Welle das Programm der nationalen und sozialen Befreiung aus dem Wahlkampf des Jahres 1930 entgegenstellen.³⁸

Bei Aufrechterhaltung der Frontstellung gegenüber der SPD wollte die KPD nun den Kampf gegen die Nazis verstärken. Inzwischen war Deutschland am Tiefpunkt der Krise angelangt. Zum letzten Mal entfaltete die KPD mit der Ende Mai 1932 ins Leben gerufenen »Antifaschistischen Aktion« das Banner der »Volksrevolution«. Dem Hitler-Faschismus den Weg zur Macht zu verstellen, war jetzt das Hauptanliegen. Wenn die KPD-Führung den Begriff der »Volksrevolution« benutzte, dann öffnete sie sich wieder breiteren Schichten, und der Kampf gegen die Nationalsozialisten stand im Vordergrund. In der »Antifaschistischen Aktion« sollten Belegschaften aus Betrieben, Gewerkschaftsgruppen und oppositionelle Gruppen des Reichsbanners, der SPD und der von ihr 1931 abgespaltenen SAPD in einer neuen Massenbewegung zusammenarbeiten. Sie stellte keinen organisatorischen Zusammenschluß dar, war offen für viele Bündnispartner. Der Führungsanspruch der KPD wurde nicht fallengelassen, aber NSDAP und SPD differenzierter betrachtet. Durch den antifaschistischen Kampf erhoffte sich die KPD zugleich, die Arbeiter von dem Einfluß der Sozialdemokratie zu lösen. Der Hauptgegner war jetzt die Nazi-Bewegung, was eine Einheitsfronttaktik mit anderen, vor allem sozialdemokratischen Hitler-Gegnern, von unten fördern sollte und erstmalig auch mit Funktionären und Leitungen der SPD nicht ausschloß. Bereits nach zwei Monaten nahm die KPD nach Intervention der Komintern diese flexiblere Haltung zurück. Jegliche Zusammenarbeit und Absprache mit Führern der SPD wurden wiederum verworfen.³⁹ Bei den Reichstagswahlen am 31. Juli 1932 gewann die KPD 700 000 Stimmen hinzu, während die NSDAP noch einmal 7,4 Millionen Wähler mehr als im September 1930 mobilisierte und nun die mit Abstand stärkste Fraktion im Reichstag wurde. Die Wahlerfolge der NSDAP im Sommer 1932 wurden als »Hitlers Marneschlacht« heruntergespielt, der nationalsozialistischen Bewegung eine unmittelbar bevorstehende Niederlage prophezeit, der Sieg einer proletarischen Revolution in Aussicht

37 Vgl. SAPMO-BARCH, RY1/12/1/85, Referat Ernst Thälmann auf der Sitzung des Zentralkomitees am 24.5.1932.

38 Ernst Thälmann: Zu unserer Strategie und Taktik im Kampf gegen den Faschismus, in: Die Internationale, 15, 1932, Heft 6, S. 262-292.

39 Rundschreiben Nr. 14. Anweisungen des Sekretariats vom 14.7.1932. Abgedruckt in: Die Generallinie, a.a.O., S. 526ff.

40 Leutnant Florian: Nach Hitlers Marneschlacht, in: Aufbruch, 2, 1932, Nr. 7, S. 3/4.

41 Otto Kuusinen: Die internationale Lage und die Aufgaben der Sektionen der Kommunistischen Internationale, Moskau 1933, S. 75f. Ferner: Ernst Thälmann: Im Kampf gegen faschistische Diktatur. Rede und Schlußwort des Genossen Ernst Thälmann auf der Parteikonferenz der KPD im Oktober 1932, Berlin 1932, S. 34.

42 Walter Ulbricht: Die KPD im Kampf um die Eröberung der Mehrheit der Arbeiterklasse, in: Die KI, 13, 1932, H. 14/15 v. 15.11.1932. Ferner: Die KPD im Angriff, in: Die KI, 13, 1932, H. 17/18 v. 15.12.1932, S. 1211.

43 Das XII. Plenum des EKKI und die KPD, in: Die Internationale, 15, 1932, Heft 15, S. 382ff.

44 Ernst Thälmann: Im Kampf gegen die faschistische Diktatur, a.a.O., S. 34.

45 Siehe Heinrich A. Winkler: Der Weg in die Katastrophe. Arbeiter und Arbeiterbewegung in den Jahren 1930-1933, Berlin, Bonn 1987, S. 165. Im gleichen Sinne auch bei Klaus Rainer Röhl: Nähe zum Gegner. Kommunisten und Nationalsozialisten im Berliner BVG-Streik von 1932. Frankfurt am Main, Campus-Verlag 1994. Kurt Reimann, im Beirat des zentralen Streikkomitees tätig, erinnert sich, daß die Zusammenarbeit der RGO und NSBO bedeutungslos gewesen sei, ebenso der Einfluß der KPD. Es habe maximal 70 RGO-Leute in den BVG-Betrieben ge-

gestellt und nicht näher definierte »revolutionäre Elemente« aufgefördert, die Fronten zu wechseln.⁴⁰

Das letzte Gefecht

Unbeeindruckt kehrte das XII. Plenum des EKKI im September 1932 wieder zu dem scharfen Konfrontationskurs gegenüber der Sozialdemokratie zurück. Jede Gegenüberstellung von Faschismus und Sozialfaschismus wurde als »liberal« verworfen, aber gleichzeitig wurde die KPD kritisiert, sie hätte die Unterschiede nicht genügend beachtet. Diese dialektischen Wendungen waren in ihrer Absurdität nicht mehr nachzuvollziehen.

Dem Chauvinismus und Nationalismus wurde der Kampf angesagt und eine stärkere Hinwendung zum Internationalismus propagiert. Die nationale Frage sollte nunmehr entschiedener im Zusammenhang mit dem »proletarischen Internationalismus« vertreten werden, um auf diese Weise das »Versailler System« zu zertrümmern.⁴¹ Die Losung von der »Volksrevolution« wurde von Walter Ulbricht, als opportunistisch entstellt, zurückgenommen.⁴² Der Paradigmenwechsel vollzog sich über die Abkehr von nationalistischen Schlagwörtern zu einer stärkeren antifaschistischen Ausrichtung im Erscheinungsbild der KPD. Sie sollte die deutschen Arbeiter davon überzeugen, daß die Kommunisten den Kampf gegen den Faschismus wesentlich effektiver führen könnten.

Die Komintern vermeinte, im Herbst 1932 bereits eine beginnende Massenersetzung bei den Nationalsozialisten zu beobachten. Dieser Prozeß sollte gefördert und versucht werden, die »proletarischen Kader des Nationalsozialismus in das Lager des revolutionären Proletariats herüberzuziehen«.⁴³ Walter Ulbricht rief zu einer ideologischen Offensive gegen die NSDAP auf. Ohne einen Einbruch in die NS-Bewegung, ohne Gewinnung ihrer Anhänger sah Ernst Thälmann im Herbst 1932 keine Chancen für die kommunistische Partei, ihren Wähleranhang entscheidend zu vergrößern. Deshalb orientierte die KPD im Oktober 1932 darauf, »mit größter Energie unter Entfaltung einer ideologischen Offensive den Einbruch in die Reihen der nationalsozialistischen Anhängerschaft zu vollziehen und die werktätigen Anhänger des Nationalsozialismus zu gemeinsamen Aktionen gegen Lohn-, Unterstützungsabbau und Papendiktatur zu gewinnen und sie von der Rolle der Hitler-Partei als einer Terror- und Streikbruchorganisation des Finanzkapitals zu überzeugen«.⁴⁴ Dafür bot sich bald eine Gelegenheit. Nationalsozialisten schlossen sich spontan dem von der KPD unterstützten und mit organisierten BVG-Streik Anfang November 1932 gegen den weiteren Lohnrückgang in Berlin an. Gewerkschafter aus der Nationalsozialistischen Betriebsorganisation (NSBO) und aus der kommunistischen Revolutionären Gewerkschaftsopposition (RGO) kämpften nun »Schulter an Schulter« gegen Unternehmer und Gewerkschaftsbürokratie und rangen um Einfluß innerhalb der Verkehrsarbeiterschaft. Eine Einheitsfront von NSDAP und KPD kam nicht zustande. Der BVG-Streik war jedoch kein Paradebeispiel für das destruktive Zusammenwirken der »beiden totalitären Parteien von links und rechts«.⁴⁵ Gelegentliche Berührungspunkte, so beim Volksentscheid gegen die

Preußenregierung, beim BVG-Streik oder bei Mieter-Streiks, führten weder zu Kooperationen noch zu Koalitionen zwischen der unterschiedenen Linken und der äußersten Rechten. Diese Aktionen waren Ausnahmen und eher Ausdruck eines unerbittlichen Konkurrenzkampfes um die Anhänger der jeweils anderen Seite.

Der Rückgang der nationalsozialistischen Wähler um zwei Millionen Stimmen bei den Novemberwahlen 1932 wurde von der KPD wieder einmal als eine entscheidende Niederlage der NSDAP gewertet. Der Besuch von Ernst Thälmann Ende November 1932 in Paris stand ganz im Zeichen einer internationalen Verbrüderung und des nunmehr beschworenen proletarischen Internationalismus der Tat. Von der strategischen Hauptlosung der »Volksrevolution« und von dem »Scheringer-Kurs« hatte sich die KPD inzwischen endgültig verabschiedet, nur der »Aufbruch« hielt noch daran fest.⁴⁶

Die KPD setzte unbeirrt ihren Offensivkurs zur Eroberung der politischen Macht fort. Dabei hätte Ende 1932 die Aufgabe in der Sammlung und Bündelung aller antinazistischen Kräfte zur Verteidigung der Weimarer Republik bestanden. Diese Erkenntnis setzte sich aber erst im August 1935 auf dem VII. Weltkongreß der Komintern durch. Dabei unterblieb weitgehend eine selbstkritische Auseinandersetzung mit den wirklichen Ursachen der verhängnisvollen Politik der Komintern und der KPD und ihrer widersprüchlichen Haltung zum unaufhaltsamen Aufstieg des deutschen Faschismus.⁴⁷

geben und nur einen RGO-Mann in der Zentralen Streikleitung. Dieser habe keine Einheitsfront mit den Nazis, sondern mit den übrigen (SPD-, Gewerkschafts- oder parteilosen) Komiteemitglieder angestrebt. Kopie der Erinnerungen Reimanns im Besitz von Susanne Römer.

46 Dr. Falkenstein: Sturmzeichen in der SA, in: Aufbruch, 2, 1932, Nr. 9, S. 4f. Die verschiedenen oppositionellen SA-Zeitungen – ebenfalls vom militärpolitischen Apparat der KPD herausgegeben – galten als »Sturmzeichen«, daß die SA-Leute einst den Weg Scheringers gehen.

47 Kurt Finker: KPD und Antifaschismus 1929-1934, in ZfG, 41, 1993, Nr. 5, S. 389-398.

THOMAS KOCH

Ost-Identität. Anker – Anspruch – Anschlußmöglichkeiten

Wer auch immer politisch in den neuen Bundesländern etwas werden oder auf den Weg bringen will, trifft seit geraumer Zeit auf eine »Konstellation«, die seinen jeweiligen Absichten ermöglichend wie begrenzend gegenübersteht. Diese wird in der Sprache der politischen Publizistik und in den Sozialwissenschaften höchst unterschiedlich bezeichnet. Die Rede ist von »ostdeutschem Wir-Bewußtsein«, »Ost-Trotz«, »Ostalgie«, »Nostalgie«, »Ost-Identität«, »neuem Selbstbewußtsein im Osten«, »Wir-Gefühl«. Gemeint sind *kollektive Bindungen an wie Orientierungen auf die teilnationale Einheit der neuen Bundesländer und ihnen eingeschriebene Abgrenzungen nach dem Modell »Wir« – »Sie«*.

Ich möchte im folgenden Konturen ostdeutschen »Wir-Bewußtseins« beschreiben und einige seiner *politischen* Implikationen und Anschlußmöglichkeiten diskutieren. Das Vorgehen wird von folgenden Erwägungen und Schritten bestimmt:

Es ist zunächst sinnvoll, den Einstieg über den zeitgenössischen Diskurs zu suchen. Er bietet sowohl Zugänge zu den leitenden Perspektiven als auch zu Facetten des zur Debatte stehenden Phänomens. An diesen Problemaufriß schließt ein theoretisch orientierter Abschnitt an, der das zugrundeliegende Verständnis von »Wir-Gruppen« entwickelt. In einem dritten Schritt werden Grundanker »ostdeutschen Wir-Bewußtseins« präsentiert und einige seiner politischen Optionen ausgelotet.

Im Interesse der Überschaubarkeit und um den Gedankengang nicht übermäßig zu zersplittern, werden Tabellen, die die entwickelten Positionen belegen, in einem Anhang aufgeführt.

Facetten »ostdeutschen Wir-Bewußtseins«

In den Sozialwissenschaften und in der politischen Publizistik wird ein Diskurs über »ostdeutsches Wir-Bewußtsein« geführt, der von sehr unterschiedlichen Wahrnehmungen und Erfahrungen geleitet wird.

(A) Aus *gewerkschaftlicher* Perspektive zeichnen sich viele Belegschaften im Osten durch eine schier grenzenlose Duldsamkeit und Hinnahmehbereitschaft¹ aus. Inner- und überbetriebliche Solidarität der Beschäftigten sind ein knappes Gut. Wie soll da ein darüber hinausreichendes »ostdeutsches Wir-Bewußtsein« wachsen?

(B) Manche Diskursteilnehmer halten »Ost-Identität« und dergleichen für ein Phantom, für ein *Medienkonstrukt, ja für eine unsinnige Erfindung der Westdeutschen*, weil einerseits die

Thomas Koch – Jg. 1947; Dr. sc. phil; Studium der Kulturwissenschaft (1968-72) und Promotion (1975) und Habilitation (1987) an der Humboldt-Universität zu Berlin. Ab 1975 in Lehre und/oder Forschung tätig; wissenschaftlicher Mitarbeiter am BISS e.V. seit 1990; Betreiber des Office für Publizistik und Trendanalyse; Veröffentlichungen zum ostdeutschen Transformationsfall, konzentriert auf die Fragen: Wer sind die Ostdeutschen (Einstellungen, Deutungs- und Handlungsmuster, Identität)? Und Woher kommen und wohin treiben die Angehörigen des neuen »Mittelstandes-Ost«?

1 Vgl. Andreas Molitor: Der Späth-Kapitalismus und die Minenhunde, in: Berliner Zeitung vom 2. Juni 1998.

deutsch-deutschen Gemeinsamkeiten größer seien als die Unterschiede und andererseits die Binnendifferenzierung der ostdeutschen Gesellschaft vernachlässigt werde.²

(C) Aber auch Beobachter, die Ost-West-Unterschiede sehr wohl anerkennen (und zudem die Binnendifferenzierung des Ostens berücksichtigen), bezweifeln die Existenz »ostdeutschen Wir-Bewußtseins«: »Der Osten ist gemessen an der gesamten Bundesrepublik ein spezifischer Sozial- und Kommunikationsraum. Insofern ist er eine relative Einheit. Das ist allerdings der einzige Nenner, auf den der Osten noch zu bringen ist: Er unterscheidet sich vom Westen. Ansonsten ist er in sich differenziert.«³

(D) Für eine Reihe empirisch arbeitender westdeutscher Analytiker und Interpreten ist »ostdeutsches Wir-Bewußtsein« hingegen keineswegs eine Fiktion, sondern *ein überaus reales und* unter dem Aspekt der »Vollendung der Einheit« *problematisch erscheinendes Faktum*. Erkennbar, so Bettina Westle, ist der »Trend einer emotionalen Rückwendung zur ... DDR bzw. die verstärkte Bindung an die teilnationale Einheit der neuen Bundesländer...«⁴. Problematisch daran ist, daß »... beide zunehmend miteinander, nicht aber mit einer Bindung an das vereinte Deutschland verknüpft werden«⁵. Für den politischen Journalisten mit westdeutscher Sozialisation ist das »ostdeutsche Sondertümelei und Verweigerungshaltung«⁶.

(E) Eine durchaus eigenständige Annäherung an »ostdeutsches Wir-Bewußtsein« lassen einige Intellektuelle wie Wolf Biermann, Monika Maron, Stephan Hilsberg und Richard Schröder erkennen. Für sie ist jenes ostdeutsche »Wir« (ähnlich wie bei der unter (D) skizzierten Deutung) keineswegs ein Papiertiger oder eine sozial folgenlose Attitüde, sondern allgegenwärtig – als bewußtes Sein der von der SED-Diktatur seelisch verkrüppelten Menschen (Biermann; ähnlich Schröder) oder als »Bündel antiwestlicher, anti-marktwirtschaftlicher, antidemokratischer Ressentiments« (Hilsberg). Und für Maron, die nach eigenem Bekunden an einer »Zonophobie« leidet, ist allein schon »ostdeutsch« ein Reizwort und wenn es gar noch als »Wir« daherkommt »die Inkarnation des Bösen und Regressiven schlechthin«⁷. Während im Westen »Ostalgie«, Wahlentscheidungen zugunsten der PDS, rechte und fremdenfeindliche Gewalttaten sowie der Einzug der DVU in den Landtag von Sachsen-Anhalt Befürchtungen nähren, der ganze Osten könnte politisch-geistig »wegbrechen«, bestätigen »Insider« mit Ostbiographien wie Biermann, Maron, Schröder und Hilsberg diese Ängste, aber sie bieten auch Entlastendes.

Bestätigt werden im Westen verbreitete Deutungen dadurch, daß die genannten Insider jeweils (auf eigene Weise) »ostdeutsches Wir-Bewußtsein« mit konkurrierenden völkischen »Wir-Bezügen« im Osten, die auf die Vorrangigkeit des Deutschen und der Deutschen abheben, unzulässig gleichsetzen bzw. aus ein und derselben Wurzel genetisch ableiten.⁸ Im Unterschied zu vielen Strategen im Westen, die am Ende ihres Lateins sind, scheinen die »Insider« über ein plausibles Konzept zu verfügen. Sie verweisen als Etablierte, geleitet von einem affirmativen Verhältnis zur Bundesrepublik mit Nachdruck auf ein anderes, zweites Ostdeutschland, das weder Schwierigkeiten mit der Einheit hat noch eines ostdeutschen

2 Vgl. Stefan Berg: Die neue deutsche Sippenhaft, in: Der Spiegel, 1996, H. 39, S. 53ff.

3 Rolf Reißig: Der Osten will nicht verachtet werden, in: TAZ vom 23./24. Mai 1998.

4 Bettina Westle (1997): Einstellungen zur Nation und zu den Mitbürgern, in: Gabriel, O. (Hrsg.): Politische Orientierungen und Verhaltensweisen im vereinigten Deutschland, Opladen, S. 79.

5 Ebenda.

6 Jens Jessen: Geschichtsfälscher im Wahlkampf, in: Berliner Zeitung vom 28. Mai 1998.

7 Ostdeutsch steht für »larmoyantes Gemaule über »die da oben«, ... Fußtritte und Totschläge gegen »die da unten«, für autoritäre Erziehung, mangelhafte Bildung, Minderwertigkeitskomplexe (Maron 1998:!).

8 »Ostdeutschland«, so Hilsberg in der »Süddeutschen Zeitung« vom 7. Mai 1998, »steckt voller Ressentiments, die an einer anti-marktwirtschaftlichen, anti-

westlichen... Haltung zu erkennen sind. An erster Stelle ist hier die PDS zu nennen, die diese Ressentiments geradezu erzeugt... In der Breite, in der Ressentiments in Ostdeutschland anzutreffen sind, bilden sie einen ausgezeichneten Nährboden für den Rechtsextremismus«.

9 Vgl. Heinrich August Winkler (1997): Abschied von den Sonderwegen, in: Ders. Streiffragen der deutschen Geschichte, München, S. 141f.

10 Thomas Ahbe (1997): Ostalgie als Selbstermächtigung. Zur produktiven Stabilisierung ostdeutscher Identität, in: Deutschland Archiv, H. 4, S. 614-619.

11 Vgl. Lothar Fritze (1997): Die Gegenwart des Vergangenen. Über das Weiterleben der DDR nach ihrem Ende, Weimar Köln Wien.

12 Vgl. Thomas Koch (1997): Ostdeutsche Identitätsbildungen in der dualistischen Gesellschaft. Fokus – Phänomenologie – Forschungsfragen, in: Berliner Debatte Initial, H. 8, S. 93-108.

13 Lothar Fritze (1997): Die Gegenwart des Vergangenen..., a.a.O., S. 107f.

14 Vgl. Thomas Koch (1997): Ostdeutsche Identitätsbildungen..., a.a.O.

15 Unter »Eliten« werden hier die Inhaber von gehobenen und Schlüsselpositionen verschiedener (einschließlich lokaler) Ebenen in Wirtschaft, Politik, Forschung, Wissenschaft, Bildung, Justiz, Kirche, Kultur, Kunst, Freizeitindustrie usw.

»Wir-Gefühls« bedarf. Mithin legen sie »dem Westen« nahe, sich entschiedener auf die »Gewinner«, auf Ostdeutsche wie ihresgleichen zu stützen und die politische, soziale und kulturelle Differenzierung des Ostens voranzutreiben. Es ist daher nur konsequent, wenn Maron (wie auch Schröder) Ost-West-Gegensätze für irrelevant gegenüber Scheidelinien in der Ost-Ost-Dimension hält. Aus der Sicht der »Insider« stellt sich ostdeutsches »Wir-Gefühl« als Deformation, als bedrohliche Attitüde deformierter Menschen dar. Wie auch viele westdeutsche Beobachter meinen sie, daß jenes »Wir« von der PDS und ihrem Umfeld kultiviert und instrumentalisiert werde.⁹

(F) Für Sozialwissenschaftler wie Thomas Ahbe¹⁰, Lothar Fritze¹¹ oder auch Thomas Koch¹² stellt sich hingegen die Heraufkunft »ostdeutschen Wir-Bewußtseins« als eine sehr wohl ambivalente, jedoch *unausweichliche Antwort auf die Herausforderungen von Wende und Umbruch* dar. Lothar Fritze bringt Entstehungsbedingungen und Funktionen von »Ost-Identität« auf den Punkt, wenn er bemerkt: »Typische Prägungen aus der DDR-Zeit, ähnliche Schwierigkeiten unter den neuen Verhältnissen und daraus resultierende Übereinstimmungen in der Interessenlage lassen nach dem Abebben der Vereinigungseuphorie eine Identität der Ostdeutschen aufleben: Diese ... ist genetisch betrachtet eine Reaktion auf empfundene kollektive Subalternität...; funktional betrachtet ein Schutzwall gegen befürchtete soziale und moralische Deklassierung sowie ein Medium der Artikulation gemeinsamer Ost-Interessen.«¹³

Herausgestellt wird ferner, daß es vor allem und in erster Linie *die neuen Mittelschichten Ostdeutschlands sind, die als entschiedene Träger »ostdeutschen Wir- und Selbstbewußtseins« agieren*¹⁴. »Ost-Identität« erweist sich zudem als sozialer Kitt für Arrangements zwischen den neuen ostdeutschen »Eliten«¹⁵ unterschiedlicher sozial-geographischer Herkunft und Sozialisation¹⁶.

(G) In dem Maße, wie Ostdeutschland von der westdeutschen Blaupause zum Experimentierfeld avanciert(e), stellt sich die Frage, ob »ostdeutsches Wir-Bewußtsein« politische wie soziale Innovationen eher verhindert oder fördert. Aus der Sicht politischer Unternehmer wie Biedenkopf¹⁷ oder Späth hat sich der Osten bislang als erstklassiges fremd-bestimmbares Experimentierfeld, als »*Minenhund des Westens*« (Späth) empfohlen. Die Heraufkunft »ostdeutschen Wir-Bewußtseins« könnte als Sand im »Erneuerungs-Getriebe« wirken. Andere Akteure versuchen, »Ost-Identität« *in den Dienst von Entwicklungszielen (oder das Abwehren von Zumutungen) zu stellen*. Dies klingt etwa an, wenn Reinhard Höppner in einer »politischen Bibelstunde« auf dem Kirchentag in Leipzig zu verstehen gibt, die »Ostalgie gehört zu unserem Weg in eine freie Zukunft«. Unter den verschiedenen Ansätzen in dieser Hinsicht ragen zwei durch ihre strategische Reichweite heraus: Was etwa das *Forum Ostdeutschland*¹⁸ bei allen Unterschieden in der Intention und Anlage mit dem *Rostocker Manifest*¹⁹ gemein hat, ist jeweils der Anspruch und Versuch, Politik in, für und aus Ostdeutschland mit einem gesamtdeutschen Reformansatz zu verknüpfen. »Ostdeutsches Wir-Bewußtsein« wird zur *Quelle und Triebkraft selbstbestimmten Experimentierens*.

Wenngleich die offerierten Perspektiven Facetten des zur Debatte stehenden Phänomens andeuten, läßt es sich so nicht erfassen und bewerten. Dazu sind die Maßgaben zu unterschiedlich, von denen sich die Teilnehmer am Diskurs über »ostdeutsches Wir-Bewußtsein« leiten lassen. Wenn schon strittig ist, ob jenes »Wir« für eine empirisch wahrnehmbare Realität steht, ist eine Annäherung der Standpunkte hinsichtlich der Funktions- und Wirkungszusammenhänge von »Ost-Identität«, ihrer Entstehungsbedingungen und sozialen Träger kaum zu erwarten. Daher empfiehlt sich ein theoretischer Exkurs, der die Kriterien entwickelt und benennt, denen ich bei der anschließenden Bestimmung »ostdeutschen Wir-Bewußtseins« folgen werde.

»Wir-Bewußtsein« bei anonymen, sozial differenzierten Großgruppen

Zu allen Zeiten klassifizieren Menschen sich selbst und andere nach sozialen Merkmalen, bestimmen so Zugehörigkeiten und gewinnen dadurch Selbstverständnis und Orientierungswissen. Sich selbst zum Gegenstand der eigenen Wahrnehmung zu machen und als Ich oder/und Wir zu identifizieren, ist das Ergebnis einer spezifischen Leistung. Dabei gehe ich – Elias²⁰ folgend – von der »Ich-Wir-Balance« aus. Sie besagt, es gibt weder ein »ich-loses Wir«, noch ein »wir-loses-Ich«. Denn nur im sozialen Austausch mit anderen gewinnen Individuen Selbst-Bewußtsein. »Ich-Identität« und »Wir-Identität« (genauer mehrfache Wir-Identitäten) existieren im Verbund. »Wir-Identität« ist das Bewußtsein, bestimmten Gruppen anzugehören.

Unter den vielen möglichen Gruppen, denen man angehören kann und sich wie auch immer zugehörig weiß, lassen sich die »Wir-Gruppen« als eine Art Sonderfall abheben: sie unterstellen emotionale Bindungen von Individuen zu einem »Wir« und sie muten andererseits ihren Mitgliedern bestimmte Loyalitäts- und Solidaritätsstandards zu. Voraussetzungen für »Wir-Gruppenbildung« bieten vor allem überschaubare Kleingruppen. Großgruppen (Klassen, Nationen, Gesellschaften) fehlen diese Voraussetzungen. Auf dieser Ebene ist eine »Wir-Gruppenbildung« weitaus problematischer und schwieriger. »Treten sie (d.h. Großgruppen - T.K.) aber dennoch als Wir-Gruppen auf, so ist Vorsicht am Platze.«²¹ Zum einen, weil es sich im Vergleich zu Kleingruppen um »unechte Wir-« bzw. »Pseudo-Wir-Gruppen« (Kreckel) handelt. Und zum anderen, weil die Gefahr sehr groß ist, daß diejenigen, die jenes »Wir« semantisch besetzen und politisch beherrschen, es instrumentalisieren.

Nun lassen sich vor allem zwei einflußreiche geistige Strömungen identifizieren, die nicht nur den Vorbehalt gegenüber kollektiven Identitäten auf der Ebene von Großgruppen systematisch herausstellen, sondern zudem in der Debatte über »Ost-Identität« höchst präsent sind – die (neo)marxistische Tradition und die viele Intellektuelle der alten Bundesländer verbindende Ablehnung von Gemeinschaften jeglicher Art.

In der *marxistischen wie neo-marxistischen Tradition* sind kollektive Identitäten auf der Ebene von Großgruppen bzw. komplexen, sozial differenzierten Gesellschaften entweder *unmöglich* oder – sollte es doch zu ihrer Ausbildung kommen – *reaktionär*²²,

verstanden, die in der Lage sind, Entscheidungen von einiger Reichweite zu treffen. Zwar finden sich auch auf regionaler und lokaler Ebene Westimporte, jedoch spielen hier Einheimische qualitativ und quantitativ eine größere Rolle. Die einheimischen »Eliten« rekrutieren sich a) aus Personen, die bereits in der DDR in der zweiten, dritten oder vierten Reihe Verantwortung getragen haben; b) aus der einstigen DDR-Bürgerbewegung; c) aus Berufseinstiegern.

16 Vgl. Hans -J. Misselwitz (1996): Nicht länger mit dem Gesicht nach Westen. Das neue Selbstbewußtsein der Ostdeutschen, Bonn, S. 85.

17 Vgl. Kurt Biedenkopf (1994): Einheit und Erneuerung. Deutschland nach dem Umbruch in Europa, Stuttgart, S. 166.

18 Vgl. Sozialdemokratische Ost-West-Affären. C. Ritter befragte H. Misselwitz, R. Land und K.-J. Scherer zum Verhältnis von Ost- und Westdeutschen in der Sozialdemokratie, (1997), in: Berliner Debatte Initial, H. 4, S. 49-60.

19 Vgl. Christa Luft u.a. (1998): Rostocker Manifest. Für einen zukunftsfähigen Osten in einer gerechten Republik, Berlin.

20 Vgl. Norbert Elias (1987): Die Gesellschaft der Individuen, Frankfurt/M., S. 210.

21 Reinhard Kreckel: (1994): Soziale Integration und nationale Identität, Berliner Journal für Soziologie, H. 1, S. 15.

22 Vgl. W.I. Lenin (1915):

Über die Losung der Vereinigten Staaten von Europa, in: Ders.: Werke, Bd. 21, Berlin 1957.

23 Vgl. Jürgen Habermas (1976): Können komplexe Gesellschaften eine vernünftige Identität ausbilden?, in: Ders.: Zur Rekonstruktion des Historischen Materialismus, Frankfurt/M.

24 In der Debatte um »Ostalgie« berufen sich beispielsweise Vertreter des »Unabhängigen Historikerverbandes« wie Rainer Eckert einseitig auf das Unmöglichkeitstheorem. Freilich verhehlt Eckert auch nicht, wie wenig ihm eine »kollektive Ostidentität« politisch ins Konzept paßt – vgl. Rainer Eckert (1997): Ostidentität und Geschichtsbewußtsein, in: Deutschland Archiv, H. 5, S. 795-796.

25 Walter Reese-Schäfer (1996): Die politische Rezeption des kommunitarischen Denkens in Deutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B. 36/96, S. 3.

26 Ronald Hitzler (1998): Posttraditionale Vergemeinschaftung. Über neue Formen der Sozialbindung, in: Berliner Debatte Initial, H. 1, S. 85.

27 Karl Otto Hondrich u.a. (1993): Arbeitgeber West. Arbeitnehmer Ost. Vereinigung im Konflikt, Berlin, S. 7.

*regressiv, nicht vernünftig*²³. Die Wirkungsmacht dieser Tradition ist in der Bundesrepublik weit größer, als viele annehmen.²⁴ Worauf es mir an dieser Stelle ankommt, ist zum einen der Hinweis, daß die (neo)marxistische Denktradition durchaus mit der realen Möglichkeit *eines Sozial- bzw. Klassenlagen wie Partei- und Milieubindungen überwölbenden »Wir-Bewußtseins« rechnet*. Zum anderen ist ein von Großgruppen oder Teilgesellschaften ausgebildetes »Wir« mit Sicherheit ambivalent; es läßt sich jedoch erst *nach* einer Analyse sagen, ob jenes »Wir« reaktionär bzw. regressiv ist.

Nach der zweiten einflußreichen geistigen Strömung widerspricht die Herausbildung von »ostdeutschem Wir-Bewußtsein« der Entwicklung moderner Gesellschaften, erscheint als unzeitgemäße Wiederbelebung von Gemeinschaftsdenken. Über die Einwände gegenüber dem Gemeinschaftsbegriff in der alten Bundesrepublik bemerkt Walter Reese-Schäfer: »Selbst wenn man nicht als erstes an die nationalsozialistische Volksgemeinschaft oder ... Ulbrichts sozialistische Menschengemeinschaft denkt, ist doch in der ... wissenschaftlichen Beschäftigung mit diesem Thema immer wieder der Weg von der traditionellen Gemeinschaft zur modernen Gesellschaft, von der Einbindung der Menschen in hergebrachte Strukturen zu ihrer Emanzipation als Individuum nachgezeichnet worden«²⁵. Diese Einwände sind berechtigt. Doch ich sehe aber auch, daß der besondere westdeutsche Entwicklungsweg lange Zeit die Verbreitung der aberwitzigen Vorstellung von einem »wir-losen Ich« begünstigt hat. Diskursbestimmend wird jedoch immer mehr die Position, nach der die Freisetzung der Individuen aus sozialen Bindungen und die Erosion bisher gültiger Orientierungen, die Erfahrung der Entwurzelung, *mit Notwendigkeit die Suche nach Gemeinschaft(en) hervortreibt*. Hitzler hat »posttraditionale Vergemeinschaftung« als neue Form der Sozialbindungen beschrieben. Zu ihren Kennzeichen gehört, daß sie auf einer jederzeit kündbaren Mitgliedschaft, auf Akten freiwilliger Selbstbindung beruhen. Sie verfügen daher über ein begrenztes Gewalt- und Normierungspotential, begrenzt auf das, was ihnen von den Mitgliedern zugebilligt wird. »Sie können den Einzelnen nicht zur Mitgliedschaft verpflichten, sondern ihn... lediglich zur Mitgliedschaft verführen (oder davon abschrecken).«²⁶

Aus diesen Erwägungen lassen sich hinsichtlich der *Möglichkeit und Beschaffenheit* eines »ostdeutschen Wir-Bewußtseins« einige Schlüsse ziehen.

1. Wenn von ihm die Rede ist, so handelt es sich um das »Wir« einer komplexen, sozial differenzierten (Teil)Gesellschaft in Gestalt eines Klassen-, Milieu- und Parteigrenzen überbrückenden Bündels von Vorstellungen/Gefühlen/Wahrnehmungsweisen.

2. Das »Ostdeutsche« an diesem »Wir« kann nur ausdrücken, daß seine (potentiellen) Träger Menschen sind, die *aus dem Osten kommen, hier gelebt haben oder/ und hier leben*.

3. Auf welche Weise erschließen sich empirisch Konturen »ostdeutschen Wir-Bewußtseins«? Einen Zugang findet man über kollektive Selbst- und Fremdbilder: »*Kollektive Identitäten, das sind von vielen geteilte Vorstellungen über Zusammengehöriges und Trennendes*«²⁷.

4. Wie aber können sich von vielen Ostdeutschen geteilte Vorstellungen über Zusammengehöriges und Trennendes einstellen? Aufgrund der Individualisierungsprozesse kann zu »ostdeutschem Wir-Bewußtsein« niemand verpflichtet werden. Vor allem zwei Entstehungsbedingungen für »ostdeutsches Wir-Bewußtsein« lassen sich angeben: Das sind zum einen »... *Gleichartigkeiten des Erfahrungszusammenhanges und der Lebensgeschichte unterhalb, jenseits und in Auseinandersetzung mit Institutionen und Organisationen...*«²⁸. Insofern Transformation und Vereinigung die verschiedenen Bevölkerungsgruppen zwar allesamt, aber auch in unterschiedlichem Maße tangieren und die verschiedenen Gruppen über unterscheidbare Ressourcen und Bewältigungsstrategien gebieten, stellt sich eine Gleichartigkeit von Erfahrungszusammenhängen nicht allein von selbst ein: »*Wir-Bewußtsein*« als Form der Identitätsbildung ist daher zum anderen immer zugleich Medium und Ergebnis von »*Identitätskommunikation*«²⁹.

Konturen »ostdeutschen Wir-Bewußtseins«

Abbildung 1 (im Anhang) präsentiert die Grundanker im Überblick, die nachfolgend erläutert werden sollen.

Grundanker »ostdeutschen Wir-Bewußtseins«

Varianten kollektiver Selbstwahrnehmung und -bezeichnung, deren gemeinsamer Nenner in der *Gewißheit* besteht, nicht-westdeutsch zu sein;

ähnliche *Erfahrungen mit den übernommenen Institutionen: Institutionen sind immer auch Privilegienordnungen;*

vornehmlich auf *prosozialistische Einstellungen* gegründete Distanz zu Elementen der aktuellen Verfaßtheit wie der sich abzeichnenden Richtung, in die die Bundesrepublik treibt;

ein Selbstverständnis, demzufolge die »*Wir-Gruppe*« über *Wissensbestände und Erfahrungen verfügt, die Westdeutschen fehlen* oder/und für deren Wert sie keine Antenne haben;

selektive Rückgriffe auf Vergangenes, wobei die (unterschiedlich erlebte und reflektierte) DDR-Vergangenheit sowie die Gewinne und Verluste im Vereinigungsprozeß eine zentrale Rolle spielen;

ein wachsendes (unterschiedlich ausgeprägtes und gerichtetes) *Unbehagen an westdeutscher Vormacht und Dominanz;*

Wie die Tabellen 1 bis 5 (im Anhang) zeigen, werden Selbstbezeichnungen als Ostdeutsche/r und Selbstwahrnehmungen als Eizengruppe von vielen favorisiert. Die sich darin ausdrückende *Gewißheit, nicht-westdeutsch zu sein* (Anker 1), bildet die Klammer unterschiedlicher »Wir-Bezüge«. Belegen die hierzu präsentierten Befunde relativ klar Bindungen *an* und die stabile oder wachsende Hinwendung *auf* die teilnationale Einheit der neuen Bundesländer, so konkurrieren zwei unterschiedliche Akzentsetzende Lesarten dieses Sachverhalts:

Die erste Lesart besagt, aus der Sicht vieler Ostdeutscher könne man nur schwer Ostdeutscher und zugleich Bundesbürger sein, es handle sich um konkurrierende Gruppenzugehörigkeiten³⁰. Nach der zweiten Lesart stehen die Selbstbezeichnungen und -wahrneh-

28 Ralf Bohnsack (1995): Interaktion und Kommunikation, in: Korte, H. & Schäfers, B. (Hrsg.) (1995): Einführung in die Hauptbegriffe der Soziologie, Opladen, S. 47.

29 Klaus Eder (1990): Kollektive Identität, historisches Bewußtsein und politische Bildung, in: Umbrüche in der Industriegesellschaft, Bonn, S. 364.

30 Vgl. Thomas Blank (1997): Wer sind die Deutschen? Nationalismus, Patriotismus, Identität – Ergebnisse einer empirischen Längsschnittstudie, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B. 13/97, S. 41.

31 Wolfgang Pfeiler (1998): Wann wächst zusammen, was zusammengehört? Deutschland auf dem Weg zur inneren Einheit, in: Deutschland Archiv, H. 2, S. 279.

mungen als Ostdeutscher »... zu jeder Zeit zum gesamtdeutschen Nationsgefühl nur in einer Teilmengenrelation«³¹. Sollte die erste Lesart zutreffen, so ist die Welt der Westdeutschen von der der Ostdeutschen in der Wahrnehmung vieler grundsätzlich geschieden! Man sieht sich auf einem *anderen* Boot. In diesem Falle hätte alle Politik schlechte Karten, die davon ausgeht, daß sich die Wahlkampfthemen und Probleme in Ost und West immer mehr angleichen. Die Aufgeschlossenheit (im Osten) dafür wäre weitaus größer, wenn die zweite Lesart der Realität näher sein sollte.

Inzwischen haben die Bürger der neuen Bundesländer vielfältige Erfahrungen mit den Ordnungsleistungen der aus dem Altbundesgebiet übernommenen Institutionen sammeln können. Zu diesen Erfahrungen gehört, daß die transferierten Institutionen (vom Arbeitsamt bis zum Bundesverfassungsgericht) nicht nur schützen und hegen, sondern ebenso Verhaltensweisen wie Problemlösungsmuster privilegieren bzw. ausschließen. In diesem Sinne werden die übernommenen Institutionen (*auch*) als *Privilegierungsordnung* (Anker 2) wahrgenommen. Diese Formel bündelt vielfältige und unterschiedliche Erfahrungsbestände von »Eliten« wie »Nicht-Eliten«. Aus der Perspektive der *neuen Eliten favorisieren* die Institutionen ganz bestimmte Problemlösungsmuster, deren Angemessenheit für östliche Problemlagen oft fraglich scheint. Dies erschließt sich freilich auch Teilen der Nicht-Eliten, deren Erfahrungshorizonte überdies davon geprägt sind, daß Institutionen bestimmte Haltungen prämiieren. Insofern der Zugang zu gehobenen und Schlüsselpositionen in den Institutionen sich ebenfalls an Einstiegsvoraussetzungen anlehnt, die in den alten Bundesländern gelten, haben ostdeutsche Anwärter oft schlechtere Karten, zumal der Einsatz zugewanderter Eliten ohnehin objektiv die Karriereöglichkeiten von Einheimischen auf Jahre limitiert.

Zu den stabilsten und am meisten ausgeprägten kollektiven Selbstwahrnehmungen gehört offenbar das Gefühl, Bürger zweiter Klasse im vereinigten Deutschland zu sein (vgl. Tabelle 6). Wengleich die Zustimmung überwältigender Mehrheiten zu dieser Antwortvorgabe sich aus sehr unterschiedlichen und gegenläufigen Erwägungen speist; und zudem noch das Gefühl »Bürger 2. Klasse« zu sein, mehrere Bedeutungen hat, die sich im Verlaufe der Zeit in ihrer Wichtigkeit veränderten³², so geht die Wahrnehmung der von den westdeutsch geprägten Institutionen ausgehenden privilegierenden wie diskriminierenden Ordnungsleistungen in dieses Gefühl ein.

In dieser Hinsicht drängen sich mir drei Wahrnehmungen auf: a) es gehört zu der Kehrseite der skizzierten Wahrnehmung der übernommenen Institutionen, daß Individuen und Gruppen die bestehende Partizipations- und Einflußmöglichkeiten unterschätzen und ausschlagen; b) gibt es in den neuen Bundesländern eine breitgefächerte und eigenständige Kritik an Institutionen und sozialen Sicherungssystemen, die allerdings von sehr verschiedenen Positionen erfolgt. Und es findet c) eine Art »Kulturkampf« statt: »Es wird um westliche Werte gestritten... Dieser Streit geht durch Freundeskreise, Familien und Parteien. Es geht dabei vor allem um den prinzipiellen Konflikt zwischen Freiheit und Gleichheit.«³³

32 Vgl. Dieter Walz/Wolfram Brunner (1997): Das Sein bestimmt das Bewußtsein. Oder: warum sich die Ostdeutschen als Bürger 2. Klasse fühlen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B. 51, S. 13-19.

33 Klaus Hartung (1997): Was der Westblick im Osten übersieht. Überlegungen zum Jahrestag der Einheit, in: DIE ZEIT, Nr. 41, vom 3. Oktober, S. 4.

Als dritter Grunddanker »ostdeutschen Wir-Bewußtseins« läßt sich eine aus unterschiedlichen Quellen gespeiste *Distanz zu Elementen der Verfaßtheit sowie zu der Entwicklungsrichtung der Bundesrepublik* identifizieren. Das bei weitem wichtigste und folgenreichste Distanzierungssyndrom sehe ich in der vollendeten oder unvollendeten »sozialistischen Trias« (positive Haltung zur Idee des Sozialismus plus prosozialistische Einstellungen ostdeutscher Mehrheiten plus Präferenz für einen bestimmten Demokratietyp – das Modell des demokratischen Sozialismus). Im Gegensatz zu Verlautbarungen von Politikern der CDU wie der SPD hat der Zusammenbruch des Kommunismus die »Idee des Sozialismus« weniger diskreditiert, als ursprünglich angenommen (Tabelle 7). Die Befunde der Umfrage und Meinungsforschung weisen zudem im Osten eine Dominanz »prosozialistischer« Werte und Einstellungen nach der Formel G3+S (Gerechtigkeit / Gleichheit/ Gemeinschaftlichkeit + Erwartungen an die Staatstätigkeit) aus³⁴. Die meisten Ostdeutschen sind »unbewußte Sozialisten« geworden und geblieben³⁵. Schließlich konnten Fuchs/Roller/Weßels zeigen, daß »das institutionelle Lernen der Bürger der neuen Länder in der früheren DDR.... dazu geführt (hat), daß diese bestimmte Prinzipien betonen, die zur Präferenz eines anderen Demokratie Modells führen als desjenigen, das durch die Verfassung des vereinigten Deutschland eingerichtet ist. Dabei handelt es sich um Formen direkter Bürgerbeteiligung.... und vor allem soziale Grundrechte.«³⁶

Dieses Modell hat Fuchs an anderer Stelle als »Modell des demokratischen Sozialismus«³⁷ bezeichnet und zugleich herausgearbeitet, daß es sich um *legitime Vorstellungen* im Rahmen dessen handelt, was Demokratie alles sein kann (siehe Abb. 2 im Anhang).

Der »sozialistischen Trias« kommt m.E. eine reale und legitime (Hilfs-)Funktion beim Bestimmen des künftigen Kurses der Bundesrepublik insofern zu, als sie sogenannten marktwirtschaftlichen Erneuerungen gewisse Fesseln auferlegt, Grenzen setzt. Die sozialistische Trias als Repertoire von Denk- und Verhaltensmustern ist freilich ambivalent und bedarf dringend der Ergänzung wie Bereicherung³⁸. Für die PDS bedeutet sie eine Chance, für die CDU ist sie bedrohlich. Und die SPD versetzt sie in eine paradoxe Situation: Die SPD ist wie keine andere politische Kraft Ursprung und Heimstatt eines demokratischen Sozialismus, aber die Träger dieser Option in der SPD befinden sich in einer marginalen Position. Obgleich in Ostdeutschland eine Nachfrage nach praktikablen entsprechenden Politikansätzen und -Konzepten besteht und die SPD fest entschlossen ist, für einen Politikwechsel Mehrheiten zu gewinnen, zieht sie mit »dem marktwirtschaftlichsten Programm, das die SPD je hatte«, in den Wahlkampf. In der Sache steht es »neoliberalen« Politikansätzen näher als »sozialistischen«. Mithin klaffen Politikangebot der SPD und (eigentliche) Nachfrage auseinander. Diese Kluft schließt nicht aus, Wahlen zu gewinnen. Doch bezweifle ich, ob sie auf Dauer überbrückt werden kann.

Daß die Ostdeutschen *exklusive Träger von Erfahrungen und Wissensbeständen* seien, die der Mehrzahl der Westdeutschen nicht zugänglich sind, läßt sich als vierter Grunddanker ihres »Wir-Bewußtseins« festhalten. Die soziale, kulturelle und politische Diffe-

34 Vgl. Dieter Fuchs/Edeltraud Roller/Bernhard Weßels (1997): Die Akzeptanz der Demokratie des vereinigten Deutschland. Oder: Wann ist ein Unterschied ein Unterschied?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B. 51.

35 Vgl. Peter Bender (1992): Unsere Erbschaft. Was war die DDR – was bleibt von ihr?, Hamburg/Zürich; Ders. (1997): Gastkolumne. Unbewußte Sozialisten in Ost und West, in: Neues Deutschland, vom 29./30. März.

36 Dieter Fuchs/Edeltraud Roller/Bernhard Weßels (1997): Die Akzeptanz der Demokratie..., a.a.O., S. 11.

37 Dieter Fuchs (1997): Welche Demokratie wollen die Deutschen? Einstellungen zur Demokratie im vereinigten Deutschland, in: Gabriel, O. (Hrsg.): Politische Orientierungen und Verhaltensweisen im vereinigten Deutschland, Opladen, S. 105.

38 Vgl. Thomas Koch: Unbewußter Sozialismus und acht Lernziele, in: Neues Deutschland vom 15./16. Februar 1997.

renzierung der ostdeutschen Teilgesellschaft wirkt sich in Gestalt konkurrierender Vorstellungen über Träger und Inhalte jener exklusiven Erfahrungen aus. Exklusivität von Erfahrungen und Wissensbeständen wird in folgender Hinsicht beansprucht:

- a) »wie das Leben in der DDR wirklich war«;
- b) das Agieren unter zwei Wirtschafts- und Sozialordnungen;
- c) für eine Minderheit ist leitend, »wir haben die friedliche Revolution gemacht«;
- d) die Gewißheit, von *Lebensmöglichkeiten ausgeschlossen zu sein* – teils vor 1989 oder /und seit 1989 (»vierzig verlorene Jahre«/»zum zweitenmal betrogen«/»zum zweitenmal enteignet«);
- e) in Teilen des ostdeutschen Managements ist die Gewißheit verbreitet, man sei *besser für »Krisenmanagement« konditioniert als die importierten Eliten*, die unter den Bedingungen einer »Fettlebe« sozialisiert worden seien;
- f) schließlich besteht eine erhebliche *Frustration* darüber, daß »wir in Ostdeutschland mehr konsumieren und verbrauchen als es uns derzeit zu erarbeiten möglich ist«.

Überzeugungen der skizzierten Art stehen einmal in ihrer Mehrzahl für ein neues Selbstbewußtsein im Osten und nicht gerade für Minderwertigkeitskomplexe. Dies hat m.E. Konsequenzen, wie Individuen und Gruppen *anzusprechen* sind. Zum zweiten stellt sich die Frage nach dem sachlichen bzw. normativen Bezug dieser kollektiv geteilten Vorstellungen, nach ihrer Adäquatheit und Stabilität. Zum dritten bieten mindestens die unter b), c), e) und f) aufgeführten Überzeugungen Anknüpfungspunkte für Problemlösungen: wenn der Osten ohne selbstbestimmte(!) Experimente, ohne das Beschreiten anderer als bisher praktizierter Wege nicht aus seiner Misere herauskommt, dann liegt das keineswegs außerhalb des Denkbaren der hier lebenden Menschen.

Als fünfter Grundanker »ostdeutschen Wir-Bewußtseins« lassen sich *Rückgriffe auf Vergangenes* ausmachen, die zum einen dadurch gekennzeichnet sind, daß die unterschiedlich erlebte und reflektierte *DDR-Vergangenheit* unter allen möglichen Vergangenheiten eine zentrale Rolle spielt. Zum anderen will sich eine »Totalablehnung« der DDR im Rückblick auch am Ende der neunziger Jahre nicht bei Mehrheiten einstellen.³⁹

In der Literatur wird ein solcher Rückgriff auf Vergangenes oft und nicht sehr zutreffend als »Nostalgie« bezeichnet. Dabei ist es für die politische Praxis, für das Initiieren von Lernprozessen, für die politische Bildung sinnvoll, in Anlehnung an Lothar Fritze⁴⁰ verschiedene Formen zu unterscheiden und deren je subjektiv gemeinten Sinn zu entschlüsseln.

Die in den Vergangenheitsbezügen zum Ausdruck kommenden Gewinn-Verlust-Rechnungen stellen sich nach einem Systemwechsel zwangsläufig ein. Sie werden von Maßgaben geleitet, in denen die oben skizzierte »sozialistische Trias« mitschwingt. Diese Koordinaten sind ebenso kritisch zu hinterfragen als auch politisch aufzugreifen. Den produktiv-kritisch aufzugreifenden politischen Impuls sehe ich darin, daß die »Marginalisierung und Ausgrenzung einer neuem Unterklasse«⁴¹, zu der sich selbst überlassene Marktwirtschaften tendieren, als unzulässig gilt.

39 Vgl. Gunnar Winkler (1997): *Leben in Ostdeutschland*, in: Sozialreport 1997. Daten und Fakten zur sozialen Lage in den neuen Bundesländern, herausgegeben vom SFZ durch Gunnar Winkler, Berlin, S. 11-63.

40 Vgl. Lothar Fritze (1997): *Die Gegenwart des Vergangenen...*, a.a.O., insbesondere S. 93-133.

41 Claus Offe (1996): *Moderne »Barbarei«: Der Naturzustand im Kleinformat?*, in: Miller, M./H.-G.

Als sechster Grunddanker »ostdeutschen Wir-Bewußtseins« ist das *wachsende Unbehagen an westdeutscher Vormacht und Dominanz* hervorzuheben. Es speist sich aus drei Hauptquellen. Zu konstatieren ist eine massive *Erosion des Vertrauens in »westliche Problemlösungsmuster«*. Zweifellos hat die Einheit den Ostdeutschen objektiv vieles gebracht, aber eines gerade *nicht* – eine selbsttragende Wirtschaftsentwicklung. Eine solche Entwicklung, von der die Zukunftsfähigkeit Ostdeutschlands und die Lebenschancen seiner Bewohner abhängt, ist nach Expertenurteil bei dem noch verbliebenen Industriebesatz und unter sonst gleichen Bedingungen auch nicht möglich. Als zweite Quelle des Unbehagens an westdeutscher Dominanz schlägt der zum Teil exzessive Einsatz importierter Eliten zu Buche, und zwar insofern, als er objektiv den Zugang von einheimischen Anwärtern zu gehobenen und Schlüsselpositionen auf Jahre blockiert (vgl. Tabelle 8 im Anhang).

Die dritte Quelle ihres Unbehagens gründet sich darauf, daß die Einheit für die Ostdeutschen mit einem hohem Maß an *Fremdbestimmung* verbunden ist. *Fremdbestimmt* nenne ich politische Entscheidungen in Hinsicht auf Ostdeutschland dann und insofern, als sie nach Maßgaben erfolgen, die vorrangig an westdeutschen Rationalitäten, Kalkülen, Ressentiments, Machtbalancen und Klientelen orientiert sind. Und dies bedeutet, daß reale Gegebenheiten und Entwicklungsnotwendigkeiten der neuen Bundesländer wie in einem Prisma gebrochen oder gar außen vor gelassen werden. Nicht nur nahezu alle politischen Entscheidungen seit 1990 (»Rückgabe vor Entschädigung«), sondern auch die *Ratschläge an politische Freunde* in den neuen Bundesländern (auf welche Koalition die Regierung in Magdeburg sich gründen müsse) folgen dieser Matrix.

Was bedeuten die drei Komponenten, an denen sich das Unbehagen an westlicher Vormacht festmacht, für Politik in, aus und für Ostdeutschland? Sie wird inhaltlich wesentlich durch einen Wettbewerb über Wege und Mittel einer selbsttragenden Wirtschaftsentwicklung bestimmt werden. SPD und PDS haben bereits konkurrierende Modelle in Gestalt ihre Wahlprogramme (im Falle der PDS ist zudem das »Rostocker Manifest« von Belang) vorgelegt. An dem massiven Einsatz importierter Eliten in Ostdeutschland einerseits und andererseits an der selbstverständlich Netzwerkgeleiteten Vergabe von Aufträgen aller Art (Expertisen, Beauftragen von Meinungsforschungsinstituten, Unternehmen der freien Wirtschaft usw.) durch diese Eliten haben Entscheidungsträger der CDU-Ost wie der SPD-Ost ihren Anteil. Die Personalentscheidungen haben neben positiven Effekten – einem Zuwachs an Sachverstand – nicht-intendierte negative Folgen, die nur »verwaltet« werden können. Denn selbstverständlich sind Arbeitsverträge einzuhalten. Dazu gehören blockierte Karrieremöglichkeiten für einheimische Anwärter wie eine schwache regionale Verankerung der Parteien selbst. SPD und CDU stehen schließlich dafür ein, daß die ostdeutschen Probleme nur gesamtdeutsch gelöst werden könnten. Ihre gesamtdeutsche Existenz betrachten sie als einen strukturellen Vorteil beim Vertreten ostdeutscher Belange und Interessen. Da indes die ostdeutschen Gliederungen relativ schwache Formatio-

Soeffner (Hrsg.): Modernität und Barbarei. Soziologische Zeitdiagnose am Ende des 20. Jahrhunderts, Frankfurt/M., S. 274.

nen sind und noch dazu eine unversöhnte innere Heterogenität aufweisen, bietet bundesweite Präsenz dafür nur die *Möglichkeit*. Tatsächlich erweist sie sich oft als Vehikel der Fremdbestimmung. Aus diesem Grunde liegen m.E. institutionelle Vorkehrungen, wie sie das »Rostocker Manifest« vorschlägt (Veto-Recht der neuen Bundesländer/Innovationsbank Ost) oder Anleihen bei der von der Regierung Blair ermöglichten schottischen Lösung (Autonomie; eigenes Parlament; begrenzte Steuerhoheit) gleichsam in der Luft. Bemerkenswert ist zudem die Resonanz auf die Hauser-These (vgl. Tabelle 9), derzufolge das Wahlverhalten der Ostdeutschen die Solidarität der alten Bundesländer gefährdet.

Ostdeutsche Interessenlagen

In Anlehnung an eine bereits oben zitierte Position wird hier die Auffassung vertreten, daß es ein Set übergreifender Ost-Interessen gibt und Ost-Identität ein Medium ist, solche Interessen zu definieren und zu artikulieren:

das Interesse an einer *selbsttragenden Wirtschaftsentwicklung*;
 übereinstimmende Interessenlagen, die sich daraus ergeben, daß die überwältigende Mehrheit der Ostdeutschen als *Nicht-Eigentümer* – in einer auf die ermöglichenden Potenzen des Privateigentums setzenden Gesellschaft – *lohn-, gehalts- oder/und sozialstaatsabhängig ist, über keine größeren Rücklagen* verfügt, eher zu den *Mietern und Pächtern* als zu den Grundstückseigentümern gehört.

Während in den alten Bundesländern Strategien und Konzepte zum Umbau des Sozialstaates nicht ganz unbegründet auf die in vielen privaten Haushalten (»Generation der Erben«) akkumulierten Vermögensbestände abheben, entfällt diese Option in den neuen Bundesländern weitgehend. Zudem ist »mit der Vereinigung eine Bevölkerungsgruppe (die Ostdeutschen - T.K.) hinzugekommen, die fast einstimmig Sozialleistungskürzungen ablehnt«⁴².

Zum dritten verdient eine spezifische Wertbezogenheit ostdeutscher Interessenlagen Beachtung, weil sie auf die zu formulierenden Ziele wie auf die Rechtfertigung der Mittel, mit denen diese Ziele zu verfolgen sind, ermöglichend und begrenzend durchschlägt: »*der ostdeutsche Wertehaushalt ist ein sozialdemokratischer*«⁴³. Allerdings nicht im parteipolitischen Sinne.

Die konfessionsfreien Mehrheiten haben ein Interesse, von einer *macht- und institutionengestützten Re-Christianisierung verschont zu bleiben*..⁴⁴

Keine, allenfalls partielle Restauration von sozialen Strukturen und Restitution von Besitzständen, die nach 1945 und im Verlauf der DDR-Geschichte ihren Eigentümern genommen wurden – in dieser Weise läßt sich eine weitere übergreifende Interessenlage von Mehrheiten fassen.

Mögen Restitutionsen, so läßt sich in Anlehnung an Jacob Burckhardt festhalten, »...vielleicht an und für sich eine Herstellung der Gerechtigkeit, ja eine Herstellung der unterbrochenen Totalität der Nation« bedeuten, so sind sie praktisch aber genau um so viel gefährlicher, je umfassender die vorangegangene Umwälzung war. Die Ansprüche von Emigranten und ihren Nachfahren treffen bei

42 Dieter Fuchs/Edeltraud Roller/Bernhard Weßels (1997): Die Akzeptanz der Demokratie..., a.a.O., S. 7.

43 Rolf Reißig: Der Osten will nicht verachtet werden, a.a.O.

44 Vgl. Klaus Schlesinger (1998): Von der Schwierigkeit, Westler zu werden, Berlin; Wolfgang Lüder (1998): 10 Gebote der Humanisten an die Christen für Toleranz und Menschenwürde. Zur Auseinandersetzung mit christlichen Machtansprüchen in der Demokratie, in: Humanismus heute, H. 2, S. 5-7.

den heute im aktiven Lebensalter stehenden Generationen auf Menschen, deren gesamte Existenz einerseits auf der Zerstörung des *Staus quo ante* beruht und die andererseits selbst größtenteils schon nicht mehr in die damaligen Aufhebungen von Eigentums- und Besitzverhältnissen involviert waren. Daher betrachten sie die Restitutionsmaßnahmen, die man ihnen abverlangt, als Unrechtsakte, als Beschneiden von Zukunftsmöglichkeiten.⁴⁵ Und dies betrifft nicht nur die Resultate der Bodenreform. Der Begehrlichkeiten sind viele.

Fazit

Beim Betrachten ostdeutscher Identitäts-Genese seit 1990 als Realprozeß und mit Blick auf dessen öffentliche Reflexion scheint mir eines hervorhebenswert: Was sich dem Beobachter in der ersten Hälfte der neunziger Jahre noch als unübersichtliche Gemengelage, als eigenartige Mischung präsentierte, ist nunmehr klar geschieden und läßt sich voneinander abheben. »Ostdeutsches Wir-Bewußtsein« und »völkische Wir-Bezüge« im Osten repräsentieren zwei sehr verschiedene Konfigurationen. Daher lassen sie sich auch nicht auf einen Nenner bringen.

»Ostdeutsches Wir-Bewußtsein« impliziert zwar in der Sache eine Art Entwicklungsnationalismus, der aber universalistischen Ansprüchen verpflichtet bleibt, Differenz aushält, Fremde anerkennt und sie zur Mitwirkung an einem zukunftsfähigen Ostdeutschland einlädt. Noch in den Randzonen jenes »Wir« wirkt es als Bollwerk wider rassistische Ambitionen. »Ostdeutsches Wir-Bewußtsein« ist keineswegs Medium antidemokratischer Ressentiments, sondern sucht im »demokratischen Sozialismus« als Demokratie-Typus seinen eigentlichen Ausdruck. Dies schließt ein, daß für seine Träger die Aussonderung einer neuen Unterklasse unzumutbar, nicht tolerierbar ist. Ihr Credo lautet vielmehr: Lebensmöglichkeiten für alle. Aus diesen Gründen empfiehlt sich »ostdeutsches Wir-Bewußtsein« als unersetzbar und zu pflegende Ressource für all jene Politikansätze, die in, aus und für Ostdeutschland Reformen mit gesamtdeutschem Anspruch wagen wollen.

45 Vgl. Jacob Burckhardt (1905/1985): Weltgeschichtliche Betrachtungen. Historische Fragmente, Leipzig, S. 180-181.

46 Elisabeth Noelle-Neumann (1994): Wenig Neigung zur Demokratie. Ein demokratisches Porträt der PDS-Anhänger, in: FAZ vom 28. Juni; Dies. (1996): Die Einsamkeit der CDU-Wähler im Osten, in: FAZ vom 17. April.

47 Max Kaase (1996): Die Deutschen auf dem Weg zur inneren Einheit. Eine Längsschnittanalyse von Selbst- und Fremdbildern bei West- und Ostdeutschen, in: Rudolph, H. (Hrsg.): Geplanter Wandel, ungeplante Wirkungen. Handlungslogiken und Ressourcen im Prozeß der Transformation, Berlin, S. 174.

48 Oscar W. Gabriel (1996): Politische Orientierungen und Verhaltensweisen, in: Kaase, M. u.a.: Politisches System (Bericht 3 der KSPW), Opladen, S. 243.

49 Dieter Fuchs/Edeltraud Roller/Bernhard Weißels (1997): Die Akzeptanz der Demokratie..., a.a.O., S. 88.

DIETRICH STARITZ

Widerstand und Opposition, Dissidenz und Resistenz in der DDR¹

Der Titel könnte den Eindruck erwecken, als wollte ich im folgenden allen in ihm genannten Formen von abweichendem Verhalten in allen Phasen der DDR-Entwicklung nachgehen und versuchen, DDR-Geschichte unter dem Aspekt der stets konflikthaltigen Beziehungen von Staat und Gesellschaft zu bilanzieren. Das wäre sicher nützlich, ist aber gegenwärtig schon deshalb nicht zu leisten, weil der bislang erreichte Forschungsstand mehr als vorläufige Aussagen nicht zuläßt. Vorgelegt werden vielmehr einige Anmerkungen zu den unterschiedlichen Erscheinungsformen kritisch-abweichenden Verhaltens, das sich im Laufe der Jahre ebenso veränderte wie seine sozialen und politischen Bedingungen. Die »großen« Zusammenhänge, in denen Überlegungen wie diese immer stehen – gleich ob sie thematisiert werden oder nicht –, können nur in einigen Vorbemerkungen angesprochen werden, an ihre internationale Dimension (mit Blick auf die Lagerkonfrontation wie die Intradblockstrukturen) sei wenigstens erinnert.

Wahrscheinlich wurde seit dem Ende der DDR über kein Thema so intensiv gearbeitet wie über »Opposition und Widerstand«. Die Mehrzahl der Untersuchungen, zumeist auf die dichten Überlieferungen des MfS gestützt, galt den achtziger Jahren – und auf ihnen wie auf den Siebzigern liegt auch der Schwerpunkt des im letzten Jahr erschienenen umfangreichen Werkes von Ehrhart Neubert². Daneben konzentrierten sich viele auf den 17. Juni³, und generell gelten die meisten dem Aufarbeiten regionaler oder lokaler »Fälle«. So weit ich sehen kann, fehlt bisher ein Versuch, die aufgefundenen Phänomene unter generalisierenden politikwissenschaftlichen oder sozialgeschichtlichen Aspekten mit Blick auf die ganze DDR-Geschichte zu systematisieren⁴.

Da sich das Interesse der zumeist engagierten Rechercheure verständlicherweise auf die widersetzlichen Akteure konzentrierte bzw. auf ihren Widerpart, in der Regel Partei und Staat (zumeist in Gestalt des detailversessenen MfS), die »übrige« Gesellschaft zumeist aber nicht in den Blick genommen wurde, vermitteln viele dieser Studien, teils volens, teils nolens, das Bild einer weithin widersetzlichen, zumindest durchgängig unangepaßten Gesellschaft und eines Staates, der recht eigentlich von seiner Gründung an seiner Liquidation entgegenging. Es ist dies eine Sicht, die sich markant in der Anlage wie im Titel der Arbeit von Mitter und Wolle aus dem Jahre 1993 niederschlug, in ihrem »Untergang auf Raten«⁵, in dem sie aus den Stasi-Akten die Erschütterungen der DDR u.a.

Dietrich Staritz – Jg. 1934, Prof. Dr., geboren in Berlin; studierte nach einer Banklehre Wirtschaftswissenschaften, Politologie und Soziologie in Berlin (u.a. an der Humboldt-Universität); war Redakteur beim »Spiegel«, habilitierte sich, war Professor für Politische Wissenschaft an der Freien Universität Berlin und später Geschäftsführender Leiter des Arbeitsbereiches Geschichte der DDR am Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung der Universität Mannheim. Lebt heute in Karlsruhe. Zahlreiche Veröffentlichungen zur politischen und sozialen Entwicklung der DDR und zum Parteiensystem der Bundesrepublik, u.a.: »Sozialismus in einem halben Lande« (1976), »Das Parteiensystem der Bundesrepublik« (Hrsg., 2. Auflage 1980), »Geschichte der DDR« (erw. Neuausgabe 1996).

1 Leicht überarbeitete Fassung eines Textes, der am 8.1.1998 im Brandenburger Verein für politische Bildung »Rosa Luxemburg« in Babelsberg vorgetragen wurde.

2 Ehrhart Neubert: Geschichte der Opposition in der DDR 1949-1989, Berlin 1997.

3 Vgl. etwa: die von Ilko-Sascha Kowalttschuk, Armin

Mitter und Stefan Wolle herausgegebenen Studien: Der Tag X – 17. Juni 1953. Die »Innere Staatsgründung« der DDR als Ergebnis der Krise 1952/54«, Berlin 1995.

4 Anregende Ansätze enthält der unlängst von Detlef Pollack und Dieter Rink herausgegebene Band: Zwischen Verweigerung und Opposition. Politischer Protest in der DDR. 1970 – 1989, Frankfurt/M.- New York 1997, vgl. insbesondere S. 7 ff., S. 252 ff.

5 Armin Mitter, Stefan Wolle: Untergang auf Raten, Unbekannte Kapitel der DDR-Geschichte, München 1993.

durch den 17. Juni, den XX. Parteitag und den Prager Reformkommunismus mit Blick auf das Jahr 1989 rekonstruierten.

Solche Porträtstudien der ostdeutschen Gesellschaft erinnern ein Stück weit – und das ist ein Aspekt, unter dem Texte zu dieser Problematik häufig bedacht werden – an jene Skizzen, die insbesondere während der siebziger Jahre über die Befindlichkeit der großdeutschen Volksgemeinschaft zwischen den dreißiger Jahren und dem Kriegsende vorgelegt worden waren. In ihnen gab es (neben den markanten Akteuren des Widerstandes und neben rassistisch Verfolgten) nachgerade keine Schicht, Gruppe oder Institution (außerhalb des inneren Machtzirkels) mehr, der nicht eine wenigstens teiloppositionelle Haltung bzw. Resistenz attestiert werden konnte. Erst seit den Achtzigern – befördert durch die Studien über Bayern unter dem Nationalsozialismus, die Martin Broszat und das Münchner Institut für Zeitgeschichte auf den Weg gebracht hatten – setzte sich die Erkenntnis durch, daß nicht Opposition, Widerstand oder widersetzliche Unangepaßtheit das Verhalten der deutschen Gesellschaft bestimmt hatten, sondern eine Melange aus zustimmender Anpassung und partieller Resistenz (eine Art kulturelle Imprägnierung, bewirkt z.B. durch religiöse oder andere stabile weltanschauliche Bindungen), die die volle Akzeptanz des ganzen NS ver- oder zumindest behinderte.

Nun soll diese Erinnerung an Ergebnisse der westdeutschen Widerstandsforschung nicht zu dem Gedanken verleiten, eine entsprechend differenzierte Analyse der in der DDR dominanten Haltungen werde letztlich zu denselben Resultaten führen. Das ist aufgrund der unterschiedlichen Herrschaftsverhältnisse und ihrer – so weit wir das heute wissen – unterschiedlichen sozialen Akzeptanz nicht zu erwarten. Und hierauf zielt eine weitere Vorbemerkung: Obwohl auch in der DDR-Gesellschaft – vor allem seit dem Mauerbau – massenhaft nach Wegen gesucht wurde, individuelle Lebensentwürfe, abweichende Werte, Interessen, Überzeugungen und Haltungen möglichst konfliktfrei im Rahmen oder am Rande der politisch gebilligten Wertehierarchie und der gegebenen Strukturen zu realisieren, sie also irgendwie in das offiziell sanktionierte einzupassen, trotz dieser in NS- wie in DDR-Zeiten verbreiteten Bereitschaft zum Arrangement also, sprechen insbesondere die erwähnten Unterschiede der Machtstrukturen und ihre unterschiedliche Hinnahme durch die Gesellschaft gegen ein Gleichsetzen von kollektivem Verhalten und kollektiver Befindlichkeit unter der NS- und der SED-Herrschaft. Denn obwohl für beide Systeme der Verzicht auf demokratische Verfahren, durchgängig wirksame rechtsstaatliche Garantien oder auf Meinungs- und Organisationsfreiheit charakteristisch war, obwohl zudem in beiden verbindliche »Weltanschauungen« sowie die Repressionsapparate eine erhebliche, machstabilisierende Rolle spielten, zeigt ein Vergleich der ideologischen Begründungen und ihrer herrschaftswirksamen Konsequenzen doch markante Unterschiede. Dort: der letztlich eliminatorische Rassismus und militaristische Expansionismus der angeblich zur Weltherrschaft berufenen arischen, in Führer und Gefolgschaft geordneten Herrenmenschen. Hier: die »Diktatur des Proletariats« genannte, sozial wie kulturell neu differenzierende

(intentional: eingleichende) Erziehungsdiktatur einer vermeintlich ebenso ziel- wie wegsicheren Partielite.

So gewiß also die Machtverhältnisse unter dem Nationalsozialismus wie unter der SED nichtdemokratisch waren, scheint es mir doch wenig hilfreich, sie angesichts der markanten Differenzen in der Herleitung und den Outputs der Systeme dem selben Machttypus zuzuordnen, heiße er nun totalitäre Herrschaft oder Diktatur bzw. moderne Diktatur⁶. Hinzu kommt, daß in dieser Komparatistik, die gemeinhin vor allem die Bedeutung von Ideologien, politischen Systemen und Methoden der Machtausübung untersucht, zwei Momente der Herrschaftswirklichkeit zu kurz kommen: die soziale Trägerschaft und die Akzeptanz der Machtverhältnisse. Beide Interpretationsmodelle, der Totalitarismus- wie der Diktaturansatz, deren (gleichsam positive) Referenzmodelle ja Pluralismus, Demokratie und Rechtsstaat sind, unterstellen vielmehr implizit eine systemnotwendige Dichotomie, wenn nicht gar einen Antagonismus von Herrschenden und Beherrschten und können Abweichungen von dieser Konstellation nur schwer erklären, allenfalls beim Blick auf die Entstehungsphase dieser Ordnungen, nicht aber hinsichtlich ihrer Dauer. Gerade das aber wäre für eine vergleichende Forschung von Belang, die nicht nur nach strukturellen Ähnlichkeiten sucht (etwa um so zusammen mit der DDR-Geschichte auch die des NS zu entsorgen), sondern präzisere Kenntnisse über das Verhältnis von Gesellschaft und politischer Ordnung anstrebt. Und diese sind natürlich insbesondere beim Blick auf Konfliktlagen von Bedeutung. Aber auch hier mag eine Vorbemerkung genügen, denn mittlerweile ist unstrittig, daß der mörderische Nazifaschismus nahezu bis zu seinem Ende von der Majorität, der »Volksgemeinschaft«, getragen wurde, während die SED-Führung – so jedenfalls scheint es bislang – ihre Macht zu keinem Zeitpunkt auf eine nur annähernd so breite, zustimmende Mehrheit stützen konnte und wohl auch deshalb seit 1946 davon absah, ihre Machtausübung durch demokratische Verfahren bestätigen zu lassen.

Das bedeutete allerdings nicht, daß ihr während ihrer ganzen Herrschaft jedwede Legitimation fehlte. Es ist vielmehr davon auszugehen, daß sie ihr in gewissem Maße und nicht nur zeitweilig zuwuchs – kraft zustimmungsfähiger Herrschaftsleistungen etwa in der Gesellschafts-, Bildungs- oder Sozialpolitik, im Sport oder im Wohnungsbau. Und das wiederum führte wohl auch bei vielen zu jenem seit Max Weber oft zitierten Legitimitätsglauben, zur Annahme, die Herrschaft sei rechtens (oder doch wenigstens gerechtfertigt), wenn sie zu gemeinwohldienlichen, im Falle der DDR: wohlfahrtsstaatlichen Outputs fähig ist⁷.

Grundsätzlich freilich – und auch an diesen Bezug kann nur erinnert werden – war derlei Legitimation durch Verfahren oder sozialstaatliche Effizienz für die Machtelite ebenso verzichtbar wie ein Legitimitätsglaube in der Gesellschaft. Zur Rechtfertigung ihres Machtanspruchs reichte es ihr recht eigentlich hin, sich auf ihre Ideologie zu berufen, sich mit Lenin als die Wegbereiterin eines historisch Notwendigen zu begreifen, als jene konzeptionell stets besserwissende Partei neuen Typus die – mit unverstellter

6 Die eher normativen, an den Konturen eines Idealtyps orientierten Lesarten würdigend (für die Totalitarismus-Ansätze etwa: Eckhard Jesse: War die DDR totalitär?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, [APuZ], B 40/94 v. 7.10.1994, S.12 ff., für die Diktatur-These u.a. Günther Heydemann, Eckard Jesse [Hrsg.]: Diktaturvergleich als Herausforderung, Berlin 1998, für den Approach »Moderne Diktatur« Jürgen Kocka: Die Geschichte der DDR als Forschungsproblem, in: Ders.[Hrsg.]: Historische DDR-Forschung. Aufsätze und Studien, Berlin 1993), läßt jetzt Konrad H. Jarausch zu Überlegungen ein, die zu einer präziseren begrifflichen Fassung des Realtyps der ostdeutschen Herrschaftsverhältnisse führen sollen: Realer Sozialismus als Fürsorgediktatur. Zur begrifflichen Einordnung der DDR, in: APuZ, B 20/98 v.8. Mai 1998, S. 33ff. Wie schwer es selbst Protagonisten der (politisch instrumentalisierten und schon deshalb kaum wissenschafts-tauglichen) Großkategorien fällt, die Komplexität politisch-sozialer Prozesse und Befindlichkeiten über ihre jeweiligen Begriffsleisten zu schlagen, demonstrierte Jesse (s.o.). Angesichts der Resultate seiner (bislang freilich nicht veröffentlichten) Analysen der DDR-Strukturen auf der einen und der schließlich doch immer eher idealtypischen Totalitarismus-Modelle auf der anderen Seite schlug er, wohl launig, vor, beim Blick auf die DDR künftig statt von autoritär oder totalitär von »autolitär« zu sprechen.

7 Vgl. Sigrid Meuschel:

Legitimation und Parteiherrschaft. Zum Paradox von Stabilität und Revolution in der DDR 1945-1989, Frankfurt/M.1992.

8 Auch wenn dieses ideologiebestimmte Politikverständnis in seiner rauen Form die SED vor allem in den frühen DDR-Jahren leitete, so war es doch bis zu ihrem Ende speziell im Bildungswesen, in den Sicherheitsapparaten sowie in der Anleitung und Kontrolle von gesellschaftlichen Organisationen und nicht zuletzt in der der Massenmedien lebendig.

erziehungsdikatorischer Attitüde und ohne demokratiethoretische Skrupel – ihr streng kontrolliertes, vermeintlich stets richtiges Bewußtsein zuerst in die von ihr reklamierte »Arbeiterklasse«, dann mit Hilfe des Planes, der Schulen oder der Massenorganisationen in die Gesellschaft zu tragen habe, um diese für ihre per definitionem richtigen Zwecke zu mobilisieren⁸.

Nun waren die Konzepte der Partei neuen Typus und der Diktatur des Proletariats ursprünglich mit Zielen zusammengedacht worden, die in der Sicht mancher die Wahl der Mittel rechtfertigten, die von den Kommunisten an der Macht fortan genutzt wurden. Immerhin standen ja zuerst die Überwindung einer ungerechten Ordnung, dann die baldige Öffnung der mangelbeladenen Übergangsgesellschaft hin zum Reich der Gleichen und Freien auf der Tagesordnung. Allerdings hatte sich diese Vision in den Führungsrängen der kommunistischen Bewegung schon sehr früh verloren, in der SED-Führung fanden sich von ihr anfangs womöglich noch Spurenelemente; in der visionslosen Formel vom »real existierenden Sozialismus« wie in seiner Realität aber blieb von ihr schließlich gar nichts mehr: Die Macht, konzipiert als Mittel zu guten Zwecken, wurde zum Selbstzweck und diente am Ende nur noch sich selbst, der Konservierung des Status quo.

Ebenso ist schließlich zu berücksichtigen, daß beinahe jede politische Gegnerschaft stets auch das Identitätsproblem der DDR reflektierte: die im Kalten Krieg vollzogene Konstituierung einer materiell nicht eben üppig ausgestatteten Teilgesellschaft zu einem Staat, dessen Leistungen und Vermittlungsverfahren bis zu seinem Ende nicht hinreichten, seinen Untertanen auszureden, daß sie zu einem die DDR übergreifenden nationalen Verbund gehören und es sich im anderen, scheinbar stets prosperierenden Teil besser leben lasse.

So viel zu den Kontexten; nun die Anmerkungen.

Erstens: Die erste gilt den unterschiedlichen Intentionen und Formen von politischer Gegnerschaft. Dabei schlage ich vor, zwischen zwei Polen zu unterscheiden, zwischen einer Gegnerschaft, die – fundamental – auf einen grundsätzlichen Wandel der Gesellschaftsordnung zielte, und einer solchen, die eine partielle Modifikation, in der Regel die demokratische Öffnung der politisch-sozialen Verhältnisse bewirken wollte. Zudem sollte berücksichtigt werden, ob Gegnerschaft intentional innerhalb der gegebenen Strukturen und unter Berufung auf ihr Regelwerk, also eher legal geübt wurde oder bewußt außerhalb dieser Vorgaben, also illegal. Das auf Legalität bedachte Handeln Opposition zu nennen, das Illegale dagegen Widerstand⁹, scheint mir vor allem angesichts der unterschiedlichen Intentionen der Akteure sinnvoll. Da der Adressat aber beinahe immer der gleiche war, die SED-Führung und ihr Machtapparat, habe ich allerdings Zweifel an dieser Unterscheidung. Denn was legal, was illegal war – das definierte allein das Machtzentrum, und von ihm wurde, nach (freilich relativ stabilen) Opportunitätsabwägungen häufig auch das legal Unternommene (mit oder ohne entsprechende Gesetzgebung) illegalisiert bzw. kriminalisiert. Schon deshalb, weil es gemäß der ideologiegeprägten

9 Dieser (freilich nicht immer zu operationalisierenden) Unterscheidung folgen die meisten Autoren, vgl. für viele: Karl Wilhelm Fricke: Opposition und Widerstand in der DDR. Ein politischer Report, Köln 1984; Ulrike Poppe, Rainer Eckert, Ilko-Sascha Kowalschuk (Hrsg.): Zwischen Selbstbehauptung und Anpassung. Formen des Widerstandes und der Opposition in der DDR, Berlin 1995.

Weltsicht der Spitze spätestens seit dem »Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse« in der DDR-Gesellschaft für Gegnerschaft recht eigentlich keine sozialen Gründe mehr gab, sie also nur Rudiment der alten Ordnung sein konnte, wenn sie nicht von außen kam oder von dort gesteuert wurde.

Zweitens: Daß auch legales Tun in aller Regel als illegal gewertet und kriminalisiert wurde, heißt natürlich nicht, daß es Gegnerschaft in Form von bewußter Regelverletzung (also im Sinne der gewählten Abgrenzung: Widerstand) nicht gegeben hätte, und es bedeutet ebenfalls nicht, daß dieser nicht auch – vor allem in den frühen DDR-Jahren – von »auswärtigen« Gegnern im Kalten Kriege ausging, von der Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit (KgU) etwa, vom Untersuchungsausschuß freiheitlicher Juristen, von westlichen Geheimdiensten, vom Ostbüro der SPD oder eher privaten westlichen Widerstandsgruppen. Seine konkreten Ausmaße sind jedoch, sieht man von (eher rechtfertigenden) Studien über das Ostbüro und die KgU ab, weithin unerforscht.

Drittens: Derart motivierte Unternehmungen fanden seinerzeit jedoch vor allem deshalb Unterstützung, weil sie auf eine lebendige, wenn auch unter den Bedingungen der Besatzungsherrschaft nur selten artikulationsfähige oder offen agierende fundamentalgegnerische Strömung trafen. Diese kaum zu quantifizierenden und bislang inhaltlich nicht exakt zu bestimmenden kritisch-ablehnenden Einstellungen und Handlungen gegenüber der neuen, antifaschistisch-demokratisch genannten Ordnung sollten angesichts der Tiefe der sozialen Umbrüche, aber auch in Anbetracht der zeitlichen (bei vielen auch: mentalen) Nähe zum Nationalsozialismus nicht unterschätzt werden. Sie galten der (speziell anfangs) kruden Besatzung¹⁰, den Vergewaltigungen, Verhaftungen, dem Hungern und Sterben in den Internierungslagern, den Reparationen, Deportationen, sowie den Methoden und Folgen der Entnazifizierung ebenso wie (insbesondere bei den Betroffenen) der Enteignung des privaten Industriebesitzes oder der Bodenreform und nicht zuletzt einem Besatzungsregime, das die KPD/SED, in den Augen vieler die »Russenpartei«, stützte. Hier mischten sich anfangs offenkundig die verschiedensten Interessen und Ressentiments; immerhin war die Verfolgung der politischen Linken zwischen 1933 und 1945 ja von nicht wenigen gebilligt und ein Sieg der »jüdisch-bolschewistischen Untermenschen« nicht gerade herbeigesehnt worden.

Viertens: Sprecherinnen des so gestimmten Teils der ostdeutschen Gesellschaft waren zuweilen die Blockparteien, die radikale Entscheidungen zu verhindern oder zu modifizieren, Härten zu mildern und moderatere Verfahren vorzuschlagen suchten, sich aber in der Regel strikt an das Legalitätsgebot hielten. Das wurde seit 1947/48 zunehmend schwieriger. In dieser Zeit begann die SED-Führung gegen den Protest ihrer freiwillig-unfreiwilligen Partner im Parteienblock wie auch ehemaliger Sozialdemokraten ihren Führungsanspruch massiv durchzusetzen und die Keime einer tendenziell pluralistischen und parlamentarischen Demokratie unter-

10 Vgl. Norman M. Naimark: The Russians in Germany. A History of the Soviet Zone of Occupation, 1945 -1949, Cambridge(Mass.),London 1995, insbesondere S. 69 ff.

zupflügen. Die Einheitspartei wurde in diesen Jahren – nicht bloß passiv, im Sog der Lagerbildung im Kalten Krieg, sondern durchaus aus eigenem Antrieb – zu jener per definitionem besser wissenden Partei neuen Typus nach Stalinschem Zuschnitt. Sie erklärte der Arbeiterklasse und deren prospektiven Bündnispartnern ihr Kampfziel und den alten Ober- und Mittelschichten in aller Form den Klassenkampf – falls diese nicht doch zum »Bündnis«, zur Kooperation unter kommunistischer Führung, bereit seien. Das bedeutete das Ende für die bis dahin noch mögliche, wenn auch durch das Blockprinzip bereits gebändigte parlamentarische Opposition.

Fünftens: Seit den Volkskammerwahlen auf der Basis der Einheitsliste und der 1952 von den (auch durch Säuberungen) vollends disziplinierten Blockpartieführungen gegebenen Zustimmung zum »Aufbau des Sozialismus«, gab es schließlich auch strukturell, in der Staatsräson der DDR (hergeleitet aus dem Selbstverständnis der SED), keinen Platz mehr für eine (etwa in kompetitiven Wahlen) um Alternativen streitende Opposition. Zwar galt noch die Verfassung von 1949, die Verfassungswirklichkeit aber bestimmten seit 1948/49 die Regeln des »Demokratischen Zentralismus«. Da zudem die politisch relevanten (und viele irrelevante) Entscheidungen in der Parteispitze konzentriert und über hierarchisch gegliederte Apparate umgesetzt wurden, fehlte schließlich auch im Institutionengefüge ein Ort, an dem abweichende Meinungen oder besondere Interessen legal sowie mit Aussicht auf Gehör vorgetragen werden konnten. Vielmehr stand fortan selbst teillopositionelle Gegnerschaft im Verdacht der Feindseligkeit und Fremdsteuerung. Sie galt zumeist nur als reaktionär, zuweilen aber als faschistisch, was einen gütlichen Konfliktaustrag von vornherein ausschloß, statt dessen in aller Regel zur Flucht der so Stigmatisierten oder zu ihrer Verhaftung führte.

Sechstens: Diese Illegalisierung selbst teillopositioneller Bestrebungen betraf ebenfalls die SED. Politische Meinungsbildung durch Diskussion alternativer Positionen war seit dem Parteistatut von 1950 nahezu ausgeschlossen. Schon im Konzept der Partei neuen Typus galten kontroverse Diskussionen ja nur in der Entscheidungsfindung und bis zu einem Beschluß als legitim. Die zusätzlich dekretierte Verbindlichkeit der Beschlüsse von übergeordneten Parteiorganen sowie das strikte Fraktionsverbot machten ihren Vortrag kaum noch möglich – weder in der Führung noch an der Basis der Partei. Auch in der SED stand seither selbst konstruktive Kritik, jedenfalls bei Fragen von Rang, im Verdacht der Gegnerschaft. Beim Umbau der SED zur bolschewistischen Kaderpartei galt das Mißtrauen vor allem jenen Genossen, die aus der Sozialdemokratie kamen, und jenen, die vor oder nach 1933 kommunistischen Splittergruppen angehört hatten und deshalb zu erneutem »Irrtum« fähig schienen. Sie wurden in zwei Säuberungswellen, die kleinere 1948, die größere 1950/5, aus der Partei ausgestoßen, und viele, unter ihnen besonders zahlreich die stets der Kollaboration mit dem SPD-Ostbüro verdächtigen ehemaligen Sozialdemokraten, verloren ihre Posten oder wurden festgenom-

men, unter Anklage gestellt (häufig wegen angeblicher Sabotage oder Wirtschaftsvergehen) und verurteilt – alles unter dem Dach einer Theorie, die derlei als historisch »notwendig« erklärte. Hatte Stalin doch gelehrt, daß sich der Klassenkampf beim Aufbau des Sozialismus gesetzmäßig verschärfe.

Siebertens: Diese Sicht und die aus ihr abgeleiteten Feindbilder bedurften der permanenten Bestätigung. Der Gegner, der »Klassenfeind« oder seine Agenten, wurde überall vermutet; alle waren zu ständiger Wachsamkeit angehalten, und viele entdeckten ihn denn auch: im Großbauer genannten Besitzer von mehr als 20 Hektar, der sein Ablieferungssoll nicht erfüllte, im Gewerbetreibenden, der seine Bücher verfälschte, oder in Arbeitern, die versäumt hatten, ihre Drehbänke ordentlich einzurichten. Sie konnten im Bedarfsfalle als »Saboteure« des Aufbaus herhalten oder, beim Fehlen anderer Anhaltspunkte, wenigstens als »objektive« Agenten gelten, als Leute, die so gehandelt hatten, wie es Agenten (bekanntermaßen) gemeinhin tun.

Der Verdacht betraf viele, auch Parteimitglieder. Das zeigte sich Ende der vierziger/Anfang der fünfziger Jahre am Umgang mit jenen Kadern, die die Nazijahre in der westlichen Emigration verbracht und zudem häufig einen jüdischen Familienhintergrund hatten. Nahezu alle, auch viele von denen, die in westliche oder in jugoslawische Kriegsgefangenschaft geraten waren, verloren zumindest vorübergehend ihre Partei-, Organisations- oder Staatsfunktionen. Etliche wurden verhaftet und als Agenten westlicher Geheimdienste oder – wie der nichtjüdische Paul Merker¹¹ – als Förderer des »Zionismus« verurteilt, offenbar weil Stalin glaubte, sich bei der Blockbildung und der Abwehr von eigenen Wegen à la Tito nur auf die Kader wirklich verlassen zu können, die ihre Treue zur Sowjetunion in der Sowjetunion selbst unter Beweis gestellt hatten und dem stets zugriffsbereiten Klassenfeind nicht nahegekommen waren.

Wahrscheinlich verhinderte nur Stalins Tod, daß es auch in der DDR zu Schauprozessen nach dem Rajik-, Kostoff- oder Slansky-Muster kam. Weniger wahrscheinlich dagegen ist das schon früh von Ulbricht, später von Honecker oder Axen behauptete Hintertreiben solcher Verfahren durch die SED-Führung. Zwar gab es in Berlin keine öffentliche Schuld-und-Sühne-Inszenierung wie in Budapest, Sofia oder Prag. Immerhin aber erging das Urteil gegen den 1952 verhafteten Merker noch 1955, ein Jahr bevor er (im Klima des XX. KPdsU – Parteitages) freigelassen und juristisch, nicht aber politisch rehabilitiert wurde. Bis heute ist ungeklärt, was den Westemigranten Mielke schützte. Er blieb anscheinend gänzlich unbehelligt, erwarb sich vielmehr bei dieser Säuberung zusätzliche Meriten beim Aufdecken des feindlichen Untergrundes.

Achtens: Wie schwer es ist – auch beim Blick auf die DDR-Geschichte –, zwischen fundamentaler und partieller Gegnerschaft sicher zu trennen, zeigen die zahlreichen Forschungen zum 17. Juni 1953¹². Sie verweisen zudem auf die Schwierigkeit, die sozialen Strukturen einer Massenbewegung und die ihr gemeinsamen

11 Für vieles: Wolfgang Kießling: Partner im »Narrenparadies«. Der Freundeskreis um Noel Field und Paul Merker, Berlin 1994.

12 Vgl. Anm. 3 und die Literaturangaben bei Neubert (Anm.2) sowie Detlef Pollack: Bedingungen der Möglichkeit politischen Protestes in der DDR. Der Volksaufstand von 1953 und die Massendemonstrationen 1989 im Vergleich, in: Pollack/Rink (Hrsg.) – Anm. 4 – S. 303 ff.

Ziele, ihren Grundkonsens gewissermaßen, zu rekonstruieren. Unstrittig ist, daß in den Tagen vor dem 17. Juni und bis in den Juli hinein eine Arbeiterrebellion stattfand, die sich zunächst gegen die Lohnpolitik des Staates richtete, in der aber rasch politische Forderungen formuliert wurden, wie die nach dem Rücktritt der Regierung und freien Wahlen oder – zuweilen – nach dem Fortfall der in der DDR offiziell noch »Demarkationslinie« genannten innerdeutschen Grenze. Zureichend nachgewiesen ist mittlerweile ebenfalls, daß an Streiks und Demonstrationen auch viele teilnahmen oder mit ihnen sympathisierten, die aus anderen sozialen Schichten stammten. Mehr wohl kleine Angestellte oder Bauern, weniger diejenigen, die beim Elitenaustausch nach 1945 aufgestiegen waren, zumeist als Neulehrer, Volksrichter oder -Staatsanwälte in den öffentlichen Dienst, die in Leitungspositionen in der Wirtschaft bzw. im Staatsapparat arbeiteten oder als »Arbeiter- und Bauernkinder« an den ABF und danach an Universitäten und Hochschulen studierten. Das galt auch für viele aus der »alten«, der bürgerlichen Intelligenz, die bis zur Ankunft der »neuen«, eher proletarischen, materiell wie sozial privilegiert wurden, und schließlich auch für die Intellektuellen, die Kulturwissenschaftler, Künstler und Publizisten, die sich im wesentlichen erst nach den Junitagen kritisch zu Wort meldeten. Daß vor allem sie auf einen später einmal so genannten »verbesserlichen Sozialismus« setzten, vielleicht auf einen »dritten Weg« zwischen Sowjetsystem und Kapitalismus, aber nicht auf die Liquidation der DDR, ist gut belegt; und vieles spricht auch für die Annahme, daß große Teile der Diensteliten ähnlich dachten.

Ob die Streikenden mit der Abwahl der Regierung die Wiedervereinigung und mit ihr die Wiederherstellung der alten, in der Bundesrepublik konservierten Sozialordnung wollten, wurde im Westen bis in die späten achtziger Jahre kontrovers diskutiert, in vielen jüngeren Veröffentlichungen hingegen zumeist ebenso fraglos unterstellt wie ein starker nationaler Impuls der Bewegung. Für einen expliziten Wunsch nach der alten Eigentumsordnung finden sich allerdings keine Belege, was nicht überrascht –: Denn selbst wenn Akteure dies im Sinn gehabt haben sollten, so waren doch angesichts der akuten Streiksituation von ihnen kaum Losungen zu erwarten, die etwa die Rückkehr der alten Besitzer verlangten. Es scheint jedoch, daß dies für die meisten Akteure auch zweitrangig war, daß es ihnen vielmehr zunächst um bessere Lebensbedingungen ging, dann um Kontrolle und Mitbestimmung, letztlich also um eine Veränderung der von der SED bestimmten Machtverhältnisse.

Die Wiedervereinigung hatte wahrscheinlich einen hohen Rang. Noch hielten ja alle deutschen Parteien, am heftigsten die SED, programmatisch am Ziel der Einheit fest, und in der DDR sahen in ihr wohl viele ein Mittel zu sozialen Zwecken, einen Weg zur Beendigung des Mangels. Daß bei den Demonstrationen häufig »Deutschland, Deutschland über alles« gesungen wurde, die erste Strophe jenes Deutschlandliedes, das bis zum Frühjahr 1945 zusammen mit den Versen Horst Wessels die barbarischen Hochzeiten der Deutschen umrahmt hatte, taugt allerdings weder als starkes Indiz für eine nationale Stoßrichtung noch als schlagender

Beweis für NS-Nostalgie. Zum einen fehlte es angesichts der bald panzerbestückt anrückenden Sowjetmacht an anderen gemeinschaftstiftenden Liedern (anders 1989, nach dem friedlichen Maueröffnen, als die gesamtdeutsche Kickerhymne »So ein Tag, so wunderschön wie heute« zur Verfügung stand); zum anderen waren Hoffmanns übrige Zeilen den meisten gar nicht präsent. Gleichwohl nutzte die SED-Führung auch dieses Faktum zur Begründung ihrer Lesart, die Rebellion sei ein faschistischer Putschversuch gewesen und vom Westen angezettelt. Zwar konnte die Stasi trotz mehrfacher Ermahnung durch das Politbüro die lenkende Hand des Westens nicht nachweisen und ebensowenig ein Steuern des Aufstandes durch Nazis. Gleichwohl sahen das über die Jahre etliche so, insbesondere die bis 1945 Verfolgten oder die aus dem Exil Zurückgekehrten. Sie wollten nicht glauben daß sich die Volksgemeinschaft nach ihrer Niederlage tatsächlich, noch dazu spurlos, aufgelöst habe und zur Gesellschaft des Arbeiter- und Bauernstaates mutiert sei. Sie vermuteten deshalb in vielen Akteuren der Junitage unerkannt gebliebene Vor- oder aktive Mitläufer des Nazifaschismus¹³. Das aber war materiell nur sehr selten nachzuweisen (etwa bei hoher Repräsentanz von ehemaligen Wehrmachtschergen in Streikkomitees) und reichte nicht hin, die realiter unkoordinierten Aktionen einem übergreifenden Plan zuzuordnen. Gleichwohl sollte dieser Verdacht nicht nur als Versuch von Zeitgenossen abgetan werden, das Label (»faschistischer Putschversuch«), das Niederschlagen des Aufstandes und vielleicht auch die eigene Rolle in jenen Tagen zu legitimieren. Dem nützte diese Deutung sicher auch. Darüber hinaus aber verweist sie zugleich auf das in der Forschung bislang kaum thematisierte Faktum, daß viele der männlichen Juni-Rebellen nur acht Jahre zuvor noch Krieg geführt hatten – nicht wenige gegen die in der DDR seither präsente Sowjetarmee –, und daß es bei manchen womöglich doch noch eine offene Rechnung gab mit »dem Russen« oder seinen deutschen Helfern.

Mit Blick auf die Intentionen und die Breite der politischen Gegnerschaft der um den 17. Juni Aktiven zeigten die Streiks und Demonstrationen, aber auch ihr mit Gewalt herbeigeführtes Ende, ein insgesamt deutliches Überwiegen fundamentalgegenerischer Haltungen sowie eine gewisse Orientierung an demokratietauglichen Werten und Verfahren. Es waren dies wahrscheinlich auch, so denke ich, die in der Gesellschaft wie auch unter SED-Mitgliedern dominanten Einstellungen. Und sie reichten bis weit in das Funktionärskorps hinein, was die Führung denn auch veranlaßte, einen erheblichen Teil der Parteikader, aber auch Positionsinhaber in Gewerkschaften und anderen Massenorganisationen auszutauschen.

Neuntens: Ein Umstand, der 1953 wie in den folgenden Jahren viele davon abhielt, ihre Gegnerschaft aktiv, oppositionell oder widerständig zu äußern, war die bis zum 13. August 1961 offene Grenze. Über sie gingen bis zum Mauerbau etwa drei Millionen Menschen, zumeist junge, gut ausgebildete, sozial aktive. Das führte einerseits zu weiteren Prestigeeinbußen der Partei sowie zu zusätzlichen ökonomischen Belastungen. Es hatte aber anderer-

13 Vgl. für viele: Wilhelm Girmus: Aus den Papieren des Germain Towardschus. Unvollständiger Bericht über eine Lebenserfahrung, Rostock 1982 oder Bert Brecht, vgl. Werner Hecht: Brecht -Chronik, Frankfurt/M. 1997, S. 842 ff., passim.

seits, wie Ralf Dahrendorf Anfang der Sechziger formulierte, eine »latente Stabilisierungswirkung«: Potentielle Konflikttträger verließen das Land und schwächten das Lager der Gegner. Zwar gibt es keine verlässlichen Informationen über die Motive der Westwandernden und ihren Wandel im Zeitverlauf. Doch gleich, ob diese Entscheidung aus Furcht vor Verfolgung und Verhaftung getroffen wurde, ob sie einem besser dotierten Arbeitsplatz galt, dem höheren Konsumniveau, der Reisefreiheit oder der politischen Kultur im Westen – alle Gründe verwiesen darauf, daß die bald »republikflüchtig« Genannten nicht glaubten, ihre Lebensentwürfe in der DDR auch leben zu können, und alle belegen mithin eine – sicher unterschiedlich intensive – Ablehnung der Sozialordnung der DDR und/ oder ihres politischen Systems. Mit dem Mauerbau war diese Konfliktlösung den meisten versperrt. Gegnerschaft, fundamentale wie partielle, war nun auf andere Weise auszutragen.

Zehntens: Das galt auch für die innerparteiliche Dissidenz, verstanden als Abweichung von den herrschenden Lesarten der Ideologie, Politik, oder des Demokratischen Zentralismus. Bis zum August 1961 hatte die Einheit Deutschlands in der Programmatik der SED noch einen hohen Stellenwert, auch wenn der Mehrheit der Parteiführung spätestens seit 1955, seit dem Beitritt von Bundesrepublik und DDR zu den Paktorganisationen ihrer Vormächte, bewußt war, daß dieses Ziel zu den von ihr formulierten Konditionen nicht zu erreichen war. Wohl auch deshalb gaben intern Mitglieder der Parteiführung zuweilen zu bedenken, daß beim Ausbau der sozialen und politischen Strukturen der DDR auch dessen nationale Konsequenzen zu beachten seien – sowohl mit Blick auf die Chancen einer interalliierten Verständigung oder innerdeutschen Annäherung als auch hinsichtlich der Modalitäten einer Vereinigung. Das galt für Anton Ackermann, der dies 1951 auf einer Parteivorstandssitzung expressis verbis formulierte, und womöglich ebenfalls für Herrnstadt und Zaisser, die 1953, noch vor dem 17. Juni und gemäß der Linie der Stalinnachfolger, für eine gesamtdeutsche Initiative votierten. Vielleicht plädierten sie auch deshalb (vor allem aber wegen Ulbrichts Autoritarismus) für (etwas) mehr Demokratie und (etwas) weniger Zentralismus in der Partei. Den Zusammenhang von deutscher Einheit und innerer Ordnung der DDR hatten ebenfalls Schirdewan, Wollweber und Oelßner im Sinn, als sie 1956 /57 in der Parteispitze für ein anderes Tempo bei der weiteren Transformation der ostdeutschen Gesellschaft warben und ebenfalls für eine stärkere Betonung des ersten Teils vom Wortpaar Demokratischer Zentralismus.

Obzwar als Fraktionen »entlarvt«, war ihr Schicksal glimpflicher als das von Kurt Vieweg (der seinerzeit einen anderen Kollektivierungspfad vorschlug) oder Wolfgang Harich, der ein Programm für ein demokratisch-sozialistisch wiedervereinigtes Deutschland entworfen hatte, das auf das Zusammengehen einer entstalinisierten SED mit einer sich wieder nach links orientierenden SPD zielte. Vieweg, Harich und mit ihnen viele andere Parteiintellektuelle wurden verhaftet, angeklagt und zu langjährigen Zuchthausstrafen verurteilt¹⁴.

14 Neubert – ähnlich gestimmt wie die frühere bundesdeutsche Rechtsprechung über den Widerstand deutscher Kommunisten seit 1933 – erscheint die Zuordnung Harichs zu einem in seiner Sicht hinreichend legitimen Oppositions- oder Widerstandshandeln offenbar schon deshalb unangebracht, weil Harichs Denken nicht an den Werten der freiheitlich-demokratischen Grundordnung orientiert war. Er nennt seine Plattform »zutiefst undemokratisch« und sieht in ihr das »Dokument eines politischen Sendungsbewußtseins, das keine demokratische Legitimation brauchte...«. (Anm. 2, S. 106 ff.).

Elftens: Diese Prozeßwelle, die mit der Zwangsemeritierung Ernst Blochs, der Maßregelung etlicher Wissenschaftler, z.B. der Ökonomen Fritz Behrens und Arne Benary oder des Wirtschaftshistorikers Jürgen Kuczynski einherging, war die Antwort der Parteiführung auf die Irritationen, die der XX.Parteitag der KPdSU bei zahlreichen Intellektuellen, selbst bei einem so ergebenen Parteiarbeiter wie Kurt Hager, verursacht hatte – durch seine Kritik an den Lehren wie am Terror Stalins.

Bei genauerem Hinsehen zeigte sich, daß der seinerzeit durchgängige Revisionismus-Vorwurf (der Begriff Dissidenz wurde in der DDR weder von den Akteuren noch von ihren Verfolgern gebraucht) in der Regel Menschen traf, die auf unterschiedliche Weise, doch zumeist auf ihre »Klassiker« gestützt, an jene Ziele erinnerten, derenthalben die Partei neuen Typus wie die Diktatur des Proletariats einst erdacht worden waren. Der Legitimationsrahmen der Parteierrschaft, der Marxismus-Leninismus, taugte mithin auch für das Einfordern einer Politik, die geeignet sein mochte, die Leninschen Politikmuster (in ihrer so stabilen Stalinschen Fassung) zu überwinden und das Verhältnis von Staat und Gesellschaft zu demokratisieren. Da beim Propagieren des ML der letztlich demokratische Impetus des Marxschen Denkens nicht zu verstecken war, blieb er, auch wenn er ex cathedra stets herrschaftsdienlich interpretiert wurde, ein zumindest partiell legitimer Referenzpunkt für Kritik am politischen System und seinen ideologischen Begründungen. Es war wohl dieser Zusammenhang, der dazu beitrug, daß sich (außerhalb der evangelischen Kirchen) politisch-ideologische Dissidenz in der DDR immer wieder (und lange Zeit zumeist) an den »vergessenen« sozialistischen Demokratie-Idealen herausbildete und weniger an denen aus bürgerlich-liberaler Tradition, jedenfalls bis in die achtziger Jahre hinein. Auch wenn in Rechnung zu stellen ist, daß der Zugang zu diesen Quellen schwieriger, wenn auch keineswegs unmöglich war. Mit Blick auf diese Marx-Rezeption sei hier zum einen an die ostdeutsche Belletristik erinnert, zum anderen an – durchaus unterschiedliche, von der Führung aber als gleichermaßen feindlich gewertete – politische Denker oder Akteure, wie etwa Wolfgang Harich, Robert Havemann, Rudolf Bahro, Wolf Biermann. Das trifft auch für die Autoren des 1978 im »Spiegel« veröffentlichten »Manifests« eines nicht existierenden »Bundes Demokratischer Kommunisten Deutschlands« zu, zu denen federführend der Wissenschaftler Hermann v. Berg gehörte. Der versuchte zwar später nachzuweisen, daß Marx allenfalls als pfiffiger Plagiator Geltung beanspruchen könne, aber selbst hierbei schien noch durch, wie sehr dieser sein Denken beeinflusst hatte¹⁵.

Zwölftens: Das galt zum Teil auch für christlich Orientierte. Zwar war ihre Zahl seit dem rigiden Kulturkampf insbesondere der fünfziger Jahre geschrumpft, waren ihre Kreise durch die sozial bedingte und politisch forcierte Säkularisierung ausgedünnt worden. Ihre (häufig durchaus konservativen) Wertehaushalte und Überzeugungen aber hatten sie zumeist bewahrt. Sozial verankert vor allem in den Resten der alten Ober- oder Mittelschichten, speziell in

15 Vgl. Hermann v. Berg: Marxismus-Leninismus. Das Elend der halb deutschen, halb russischen Ideologie, Köln 1986.

16 Vgl. Christoph Kleßmann: Relikte des Bildungsbürgertums in der DDR, in: Kaelble/Kocka/Zwahr (Hrsg.): Sozialgeschichte der DDR, Stuttgart 1994; Neubert (Anm. 2); Pollack/Rink (Anm. 4); Vester/Hofmann/Zierke (Hrsg.): Soziale Milieus in Ostdeutschland, Köln 1995; Anna-Sabine Ernst (»Die beste Prophylaxe ist der Sozialismus«. Ärzte und medizinische Hochschullehrer in der SBZ/DDR 1945-1961, Münster u.a. 1997, S. 343) macht mit Blick auf ihren Untersuchungszeitraum allerdings darauf aufmerksam, daß schon in diesen Jahren das damals noch weithin bildungsbürgerliche Milieu keineswegs nur Resistenz, sondern auch Kompromißbereitschaft förderte.

17 Das sowie die Tendenz seines Zerbröselns erschien mir seit Mitte der achtziger Jahre als Resultat der DDR-Entwicklung. Vgl. Dietrich Staritz: Geschichte der DDR 1949-1985, 1. Aufl., Frankfurt/M. 1985, S. 175 ff., 226ff., ders.: Geschichte der DDR, erw. Neuausgabe 1996, Frankfurt 1972, S. 239 ff. Ähnlich, wenn auch mit anderem Zungenschlag, argumentiert neuerdings der »gelernte« DDR-Deutsche und spätere Sozialdemokrat Stefan Wolle (Die heile Welt der Diktatur. Alltag und Herrschaft in der DDR 1971-1989, Berlin 1998), wenn er z.B. formuliert: »Die Diktatur erschien im Gewande väterlicher Liebe. Sie belohnte die artigen und bestrafte die bösen Kinder, nicht um sie zu vernichten, sondern um sie zum Besseren zu bekehren« (S.83). Und: »Das alles hätte nicht funktioniert, wenn es nicht auch bequem

denen des Bildungsbürgertums, bildeten sie eigene soziokulturelle Milieus¹⁶. Sie erwiesen sich gegenüber den offiziellen Werten als weithin resistent und waren oftmals fähig, ihr Normensystem sozial zu vererben. Etliche von ihnen, speziell Protestanten, fanden Zugänge zu den philosophischen Ingredienzien oder politisch-moralischen Postulaten der Parteitheorie, die aus gemeinsamen Wurzeln stammten. Seit der Staat Ende der Sechziger seinen Konfrontationskurs korrigiert und Kooperationsbereitschaft signalisiert hatte, sofern sich die DDR-Kirchen aus den gesamtdeutschen Strukturen der EKD lösten, waren viele Theologen und Kirchenführer zu einem neuen Modus vivendi bereit, definierten sich im damals gegründeten DDR-Kirchenbund als »Kirche im Sozialismus« und diese wiederum als berufene Mittlerin zwischen dem Staat und den zunehmend dissidenten Teilen der jüngeren Generationen. Nicht untypisch für die Sicht dieser Theologen scheint mir das bereits zitierte Wort Heino Falkes vom »verbesserlichen Sozialismus«, dem er allerdings eine ebenfalls »verbesserliche Kirche« gegenübersah.

Womöglich gab es derart resistente Milieus ja auch in den unteren Gliederungen von Blockparteien, die im Rückblick von vielen ihrer Mitglieder als politische Nischen beschrieben werden, die Schutz vor dem Zugriff der SED und ein Stück dissidenter Gemeinsamkeit boten. Bisher aber fehlen für diese Deutung schlüssige Forschungsergebnisse, und so halte ich eher dafür, daß sich dort, wenn auch auf gewissermaßen höherem Niveau, etwa das zeigte, was seit den sechziger Jahren angesichts des eklatanten Mangels an praktikablen Alternativen für die Mehrheit der DDR-Deutschen in ihren alltäglichen Lebenszusammenhängen bestimmend geworden war: eine wachsende Bereitschaft, sich in den nun einmal nicht zu verändernden Strukturen einzurichten, sich ihnen anzupassen und den Anforderungen der Obrigkeit möglichst unauffällig zu entsprechen.

Dreizehtens: Nicht eine weltanschaulich und/oder durch spezielle soziokulturelle Milieus bedingte individuelle und kollektive Immunität oder Resistenz gegenüber den Anforderungen von Partei und Staat also kennzeichnete (wie gegenwärtig zuweilen insinuiert) die Beziehungen zwischen der Mehrheit der ostdeutschen Gesellschaft und ihrer Obrigkeit. Es waren vielmehr, etwa seit Mitte der sechziger Jahre und bis weit in die Achtziger hinein, so meine These¹⁷, Arrangements: informell aufeinander bezogene, beiderseits kompromißhafte Interessenskalküle. Eine Tendenz zu ihnen hatte sich schon Ende der Fünfziger gezeigt. Sie war jedoch durch den Mauerbau und die ihm vorausgehenden Turbulenzen beendet worden. Nach 1961 wurde sie dadurch wiederbelebt, daß der Staat auf einen Teil der (intentional umfassenden) politischen wie soziokulturellen Bevormundung zu verzichten begann, statt dessen im Rahmen des Neuen ökonomischen Systems versuchte, Individuen und Kollektive durch wirtschaftliche »Stimuli« (Konsumgüter, differenzierte Einkommen, Leistungsprämien etc.) zu »richtigem« Handeln zu bewegen, und sich insgesamt scheinbar als dauerhaft leistungsstark erwies. Er garantierte weitreichende

soziale Sicherheit (wenn auch auf relativ niedrigem Niveau), es besserten sich die materiellen Lebensbedingungen, und schließlich begann die Partei, private Freiräume zu dulden (hielt sie aber unter Kontrolle) und lockerte ihre Aufsicht über die Künste.

In der Gesellschaft wie in der Machtelite verlor sich das Gefühl des dauernden Ausnahmezustandes, auch wenn der Führung der Schock des 17. Juni noch immer und tief in den Knochen steckte. Es entstanden kalkulierbare Regeln für sozialen Aufstieg, für Prestigezuweisungen wie für das Rollenverhalten und mit ihnen die Eckpunkte eines für viele zustimmungsfähigen Gesellschaftsvertrages¹⁸. Seine ökonomisch-sozialen Artikel regelten den Tausch von wohlfahrtsstaatlichen Gratifikationen gegen industriegesellschaftsübliche, stets auf DDR-Maß reduzierte Arbeitsleistungen. Dies erschien seit 1971 insbesondere in der programmatisch fixierten »Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik«. Die politischen Passagen des Vertrages enthielten eine Als-Ob-Klausel, die die politische Kultur der DDR immer stärker prägte, weil sie es einerseits – jedenfalls in der Regel – den Individuen gestattete, öffentlich so zu tun, als glaubten sie wirklich, was zu glauben ihnen aufgegeben war, und es andererseits der Partei möglich machte, sich so zu verhalten, als nehme sie das öffentlich Bekundete für bare Münze – so lange nur sie selbst oder der Plan nicht Schaden nahmen. So ließ sich die formale Akzeptanz als reale propagieren und Anpassung als Identifikation behaupten, zumal die einzelnen im Zweifelsfall ja stets bei ihrem öffentlichen Wort und so in Disziplin oder im (nie kalkulierbaren) Ernstfall in Strafe zu nehmen waren.

Das Als-Ob zeigte sich im ganz selbstverständlichen Wechsel zwischen Offizial- und Alltagssprache – je nach den Adressaten – ebenso wie in der Schule, bei Schulungen oder im Wahlverhalten. Beinahe alle bekundeten öffentlich, was sie privat zumeist bestritten – ihr inniges Einverständnis mit diesem Staat und seiner Politik. Die nachgewiesenen Verfälschungen der Kommunalwahlergebnisse von 1989 bestätigen diese Überlegung –: Die Resultate brauchten nur um ein paar Prozente nach oben korrigiert zu werden, damit das (Zerr-)Bild vom monolithischen Wahlvolk ohne Kratzer blieb.

Das Arrangement gelang um so leichter, je ähnlicher die Partei dem Volke wurde. Seit den sechziger Jahren mußte sie ihre Mitglieder aus einer Gesellschaft rekrutieren, deren politische Kultur sie zumindest mitbestimmt hatte, und deshalb begannen der von ihr induzierte soziale Wandel und die von ihm beeinflussten mentalen Prägungen schließlich auf sie selbst zurückzuwirken. Auch in der derart »vergesellschafteten« Avantgarde herrschte seither zumeist das Klima des öffentlichen Dienstes, dominierten Interessenkalküle und formale Akzeptanz, ersetzten Arrangements das Engagement, regulierte das Als-Ob die Binnenkommunikation.

Vierzehntens: Das Einwilligen großer Teile der DDR- Gesellschaft in diese Strukturen allein aus den Machtverhältnissen seit 1945 erklären zu wollen, griffe zu kurz. Manche Wurzeln reichen tiefer und verweisen – das gilt natürlich ebenso für den Westen Deutschlands – auf eine sozialgeschichtlich eingeschliffene obrigkeit-

gewesen wäre. Man lebte in den Tag und genoß die Unfreiheit«(S. 127). Oder : »War die DDR ein brodelnder Kessel des Unwillens, den nur ein allgegenwärtiger Repressionsapparat am Überkochen hinderte, oder hatte sich eine große Mehrheit der Bevölkerung eigentlich mit den Verhältnissen arrangiert? Beide Standpunkte [...] haben gute Argumente für sich.« (S. 227). Derlei Differenzierung ging einem nun auf Rügen ansässigen ehemaligen Westlinken, später Grünen, dann ostdeutscher Sozialdemokrat, zu weit: »Wolles Wertungen sind voller elitärer Verachtung für die DDR-Bürger und ihr angeblich unbegriffen aufgegebenes DDR-Leben.« Udo Knapp: Die Diktatur im Alltag, in: Süddeutsche Zeitung v. 25.5.1998, S.12.

18 Staritz, 1997, (Anm. 17), S. 239 ff.

staatliche Mentalität. Schaut man auf die Altersstruktur der Ostdeutschen, so zeigt sich, daß 1945 für die knappe Hälfte das Kaiserreich den prägenden Erlebnishintergrund gebildet hatte, für etwa ein Drittel die NS-Jahre und für nur ein Fünftel die Jahre der Weimarer Republik. Mehr als die Hälfte gehörte zu den Jahrgängen, durch deren Wahlverhalten die »Machtergreifung« möglich geworden war. Zwar hatte es starke Hochburgen der Arbeiterparteien gegeben, im mitteldeutschen Industrieviertel etwa oder in Berlin, die dem Sog des NS länger standhielten als die der Liberalen. Doch auch in sie hatte der NS-Chauvinismus bis zur Kriegswende breite Breschen geschlagen. Zwar gab es also demokratische Traditionen, sie waren jedoch neben den vorherrschenden obrigkeitsstaatlich-autoritären nicht eben stark, und sie hatten nach Kriegsende kaum eine Chance, aufs neue auszutreiben.

Der bald überall herrschende Demokratische Zentralismus honorierte erneut die Hinnahme fremder Autorität, was die Akzeptanz der eigenen Subalternität bedingte, und wieder nicht das selbstbestimmte Handeln von Individuen oder demokratisch verfaßten Organisationen. Gefragt waren mithin noch immer die Tugenden, die schon die historischen Obrigkeitsstaaten geschätzt hatten. So besehen hatten viele nur wenig Neues hinzuzulernen: Nach wie vor waren dem materiellen Wohlbefinden zuliebe Anpassungsleistungen fällig.

Fünfzehntens: Freilich: Die seit den sechziger Jahren entstandenen Arrangements waren immer fragil. Erstens, weil das Leben im Osten stets mit dem im Westen verglichen wurde, mit seiner reichen Warenwelt, aber auch mit seinen bürgerlichen Freiheiten, und auch aus diesem Grunde nur sehr wenige die SED-These glaubten, die DDR-Deutschen hätten mit den anderen nur noch Geschichte und Sprache gemein, seien aber ansonsten eine eigene Nation. Zweitens, weil das Einwilligen in die Verhältnisse und damit die partielle Legitimierung der Ordnung zunehmend an Qualität und Umfang von kontinuierlichen Wohlfahrtsleistungen gebunden wurde, diese aber kontinuierlich nicht zu haben waren, vielmehr seit dem Ende der siebziger Jahre knapper wurden. Und drittens, weil sich in den nachwachsenden Generationen die ererbten obrigkeitsstaatlichen Fixierungen zu verlieren begannen, die für die Alten und Älteren charakteristisch gewesen waren. Anfang der achtziger Jahre stellte die Gruppe der nach 1945 Geborenen mehr als die Hälfte der DDR-Bevölkerung, und die nach 1961 auf die DDR-Welt gekommenen Jungen bildeten bereits ein starkes Drittel. Ihre Sozialisation war, je jünger sie waren um so weniger von Not und Umbruch geprägt. Sie hatten vielmehr ihre Kinder- und Jugendjahre in materiellem Wohlstand verbracht, auch wenn sie ihn eher mager fanden, wenn sie ihn mit dem westdeutschen verglichen. Viele zeigten nur noch wenig Neigung, die von Eltern und Großeltern als überlebenswichtig gelernte Lebensweise von vornherein zu akzeptieren – auch nicht ihre autoritätsfixierte politische Kultur oder ihre verinnerlichten Wachstums- und Wohlstandsorientierungen.

Der Wertewandel – Folge wie Faktor von Veränderungen in den

Lebens- und Arbeitsbedingungen sowie ihrer politisch-sozialen Vermittlung – hatte Ende der siebziger Jahre auch die DDR erreicht. In der Bundesrepublik war er zehn Jahre früher ans Licht gekommen, in der Rebellion von Kindern bessersituierter Mittelsstandseltern, und hatte dort zu einer (vielleicht nachhaltigen) Veränderung der politischen Kultur geführt: zu einer stärkeren Hinwendung zu postmateriellen Werten, wie Selbstbestimmung, Lust und Partizipation sowie zur Skepsis gegenüber den überkommenen materiellen Werten, wie Einkommen, Leistung, Gehorsam und Pflicht. Einen ähnlichen, wenngleich weniger prägnanten Trend ermittelten seit Ende der siebziger Jahre die (Leipziger) Jugendforscher auch für die DDR¹⁹. Er zeigte sich bei ihnen – gemäß den landesüblichen Indikatoren – im schwindenden Glauben an die Überlegenheit und Sieghaftigkeit des Sozialismus sowie in einer nachlassenden Bereitschaft, die Disziplingebote oder Karrieremuster des Obrigkeitsstaates umstandslos zu akzeptieren. Und das wiederum äußerte sich in den folgenden Jahren individuell in der Suche nach anderen, selbstbestimmten Lebens- und Arbeitsformen und kollektiv in ethisch, sozial oder ökologisch motivierten Gruppen außerhalb oder am Rande von etablierten Institutionen, insbesondere aber in der Nähe bzw. unter dem Dach der evangelischen Kirchen.

Viele dieser »Alternativen« stammten aus »Intelligenzler«-Familien, etliche waren religiös, doch auch die Nichtchristen unter ihnen schätzten die (in der Regel) tolerante Gesprächsbereitschaft der Kirchenleute und ihre besonderen, eben resistenten, soziokulturellen Milieus²⁰.

Was sie bewegte, hatte mit der Fundamentalopposition der früheren Jahre oder der Dissidenz von marxistischen Intellektuellen nur wenig gemein, auch wenn es unter den Aktivisten viele ehemalige SED-Mitglieder gab, die etwa mit Bahro, Havemann oder Biermann sympathisierten. Die Mehrzahl der Zirkel war ursprünglich allenfalls partiell gegnerisch, und auch in den mehrheitlich ökosozialistischen Programmen, die Ende 1989, noch vor der »Wende«, die »Initiative für Frieden und Menschenrechte« und »Demokratie jetzt« oder der »Demokratische Aufbruch« veröffentlichten, wurde zwar die Anerkennung der realen kulturellen und politischen Pluralität der DDR-Gesellschaft postuliert und die Zulassung der vor ihrem Hintergrund entstandenen Organisationen verlangt, es fehlten jedoch Forderungen nach einer grundlegenden Veränderung der politischen und sozialen Ordnung. Aufgrund des Verbotes, ihre sozialethisch oder explizit religiös begründete Kritik am Wehrkundeunterricht, an der Nachrüstungspolitik oder der Umweltzerstörung öffentlich zu machen, wurden die Gruppen illegalisiert und einzelne Mitglieder – auch wenn Kirchenleute für sie eintraten – inhaftiert, was etliche erst zu system- oder fundamentalgegnerischen Optionen brachte. Im Juni 1989 hatte die Stasi ca. 160 »personelle Zusammenschlüsse«, darunter 150 kirchliche Basisgruppen und ein »Gesamtpotential« von 2500 Personen (ohne »Sympathisanten oder politisch Irregeleitete«) unter Kontrolle²¹. Das waren – selbst wenn die dichte Überwachung und die Prävention gegen »Gruppenbildung« in Rechnung gestellt werden – nicht sehr viele.

19 Vgl. Werner Hennig, Walter Friedrich (Hrsg.): Jugend in der DDR. Daten und Ergebnisse der Jugendforschung vor der Wende, Weinheim 1991; s.a. Walter Friedrich: Regierte die SED ständig gegen die Mehrheit des Volkes?, in: Jochen Cerny, Dietmar Keller, Manfred Neuhaus (Hrsg.): Ansichten zur Geschichte der DDR, Bd. 5, Berlin 1994, S. 123ff.

20 Vgl. dazu die Beiträge in Pollack/Rink (Anm. 4).

21 Zit. nach: Staritz, 1997 (Anm. 17), S. 339.

Doch bedeutsamer als ihre Zahl war ihre Präsenz in den westlichen Medien. Über diese wirkten sie in die DDR zurück, gaben anderen ein Beispiel und ermutigten wohl auch viele von denen, die das Land, statt es zu verändern, verlassen wollten.

Sechzehntens: Wäre der Modus vivendi allein von dieser Minderheit aufgekündigt worden, dann hätte jene von mir als Sozialvertrag charakterisierte Übereinkunft wohl noch gehalten. Statt dessen aber nahm die Zahl derer rasch zu, die sich ihn nicht einmal mehr ansehen wollten, weil immer deutlicher wurde, daß dieser Staat auch künftig nicht in der Lage sein würde, den versprochenen Zuwachs an oder wenigstens die Stabilität von materieller Lebensqualität zu gewährleisten²². Deutliches Indiz für diese Stimmungslage waren die Ausreiseanträge. Sie anzunehmen, hatte sich die DDR 1975 mit der Unterzeichnung der KSZE-Schlußakte verpflichtet, weil im KSZE-Prozeß die internationale Anerkennung nur zum Preise einer Beachtung der herkömmlichen Bürgerrechte zu haben gewesen war. Und obwohl sich Partei, Staatssicherheit und der weithin rigide Behördenapparat alle Mühe gaben, den Antragstellern den Ausreisewunsch auszureden, obwohl Anfang der achtziger Jahre Zehntausenden die Ausreise gestattet wurde, nachdem man sie aus der Staatsbürgerschaft entlassen hatte, und die Bearbeitungszeiten verkürzt wurden, wuchs die Zahl der DDR-Müden, und sie waren es, die die Existenz der DDR am heftigsten in Frage stellten.

Siebzehntens: Im Rückblick erscheint das Jahr 1975 als das Datum, von dem an der labile Teilkonsens in Frage stand. Vordergründig war es das Jahr, in dem – mit der Unterzeichnung der KSZE-Schlußakte – die DDR endgültig zu einem anerkannten Mitglied der Staatenwelt, zu einem normalen Staat geworden zu sein schien. Doch für normale Zeiten war sie nicht ausgelegt. Im Kalten Krieg zu ausschließlich lager-(block-)politischen Zwecken (ohne Konsultation des Staatsvolkes) entstanden und an die Lagerkonfrontation als Normalzustand gewöhnt, wurde ihr Staatsgrund in dem Maße fragwürdig, in dem die Ost-West-Spannungen abnahmen und im Innern die Schwierigkeiten wuchsen, die bisherige Gesellschaftsverwaltung wenigstens ökonomisch zu legitimieren. Bislang hatte der Staat sein Demokratiedefizit und seinen Mangel an nationaler Identität durch ein hohes Maß an Außenlegitimation zu kompensieren versucht. Er war Teil des sozialistischen Lagers, sein westlicher Vorposten, und deshalb galt ihm über die Jahre hin die besondere Aufmerksamkeit der Sowjetunion (sowie seit den siebziger Jahren auch die des Westens). Die sowjetische Politik hatte ihr selbst in Zeiten, in denen die Legitimationslücken unübersehbar waren – 1953 oder 1961 – zu relativer politischer Stabilität verholten. Nun, angesichts der intensivierten internationalen Kooperation, verloren in der Sicht der Sowjetführung die Allianzen ihre alte Bedeutung. Leistungswettbewerb und Annäherung der Systeme schienen auf der Tagesordnung zu stehen, und dafür war ein »neues Denken«, waren radikale Reformen in den Ländern des »realen Sozialismus« erforderlich. Bald war es fraglich, ob –

22 Vgl. Staritz (Anm. 17), S.329 ff. Ähnlich sieht es Clemens Vollnhals in seiner Rezension des Pollack-Rink-Bandes: »Der aufgekündigte Gesellschaftsvertrag« in: Süddeutsche Zeitung v. 24/25. Januar 1998, S. 10.

angesichts der veränderten Welt und der wachsenden Vielfalt im Warschauer Pakt – ein sozialistisches Lager überhaupt noch gebraucht werde. Für Staaten wie Polen und Ungarn war diese Gemeinschaft grundsätzlich verzichtbar. Denn – wie auch immer sich diese Länder politisch entwickeln mochten –: Polen bliebe Polen und Ungarn Ungarn. Und die DDR?

Für ihre Führung war das sozialistische Lager seit dem Aufbruch im Innern und dem wachsenden Drang nach draußen («drüben») vor allem als Grenzsicherungsgemeinschaft von Belang, die half, die Überdrüssigen im Lande zu halten, und deshalb war das Aufweichen der Paktstrukturen höchst gefährlich. Auch wenn es scheint, als habe die Spitze die Krisenzeichen nicht wahrnehmen wollen, so hatte sie womöglich doch früher als ihre zunehmend kritische Basis erkannt, daß ein Einschwenken auf den Gorbatschow-Kurs nicht nur ihre Macht, sondern die DDR insgesamt in Frage stellen werde. Das sah die Parteintelligenz offenbar anders. Bis dahin (auch intern) eher zur Rechtfertigung der Verhältnisse als zu ihrer Kritik bereit, gab ihnen Gorbatschow nun die Legitimation für mahrende Fragen nach einer Modernisierung der DDR, für das Einfordern einer Politik gegen die virulenten Auflösungserscheinungen im Lande. Doch bekanntlich wurde sie wie die ganze Gesellschaft mit der Behauptung anhaltend prächtiger Erfolge abgewiesen.

Daß das Mißtrauen der SED-Führung gegen den neuen Mann in Moskau mit Blick auf die Existenz des Staates durchaus Gründe hatte, erschloß sich vielen erst, als sichtbar wurde, wie rasch sich mit dem Umbau der sowjetischen Innen- und Außenpolitik dort wie zuvor schon in einigen Blockländern die Machtstrukturen auflösten und das sozialistische Lager zerfiel. Der Systemwettbewerb war verloren, der Kalte Krieg nahezu beendet, der zum Block geronnene »proletarische Internationalismus« somit nahezu obsolet – und die DDR ohne Existenzgrund, denn ein anderer war ihr nicht zugewachsen. Der Staat stand zur Disposition, und das um so deutlicher, je mehr sich, bald massenhaft und schichtenübergreifend, anschickten, die lange Folgsamkeit aufzukündigen – eine Bewegung, die schließlich auch die SED-Basis erreichte. Otto Reinhold, damals noch Rektor der SED-Akademie für Gesellschaftswissenschaften, brachte im Sommer 1989 die Lage auf den Punkt, als er die rhetorische Frage formulierte, welche Existenzberechtigung denn eine kapitalistische DDR neben einer kapitalistischen Bundesrepublik haben könne, und schnörkellos antwortete: keine.

*

Wenn ich das Skizzierte mit Blick auf das Ende der DDR und die von mir benutzten Kategorien zusammenfasse, dann waren ihre letzten Jahre bestimmt durch:

- eine signifikante Zunahme von partiell gegnerischen Einstellungen angesichts der Defizite des sozialstaatlichen Outputs,
- die wachsende Dissidenz bei Jungen und Intellektuellen,
- immer selbstbewußter formulierte Forderungen nach Öffentlichkeit und Partizipation,

– die sich rasch verbreitende zivilcouragierte Bereitschaft, sich außerhalb der gegebenen Strukturen für eigene Ziele, autonom, zu organisieren und die Legitimität der Kritik wie die Legalität ihrer Artikulation ostentativ friedlich zu behaupten,

– die Akzeptanz dieses Selbstbewußtseins durch und sein Übergreifen auf die Teile der Gesellschaft (bis dahin: die Mehrheit), die sich noch an die Regeln des Sozialvertrages hielten, sowie durch

– die schließliche Radikalisierung der Forderungen hin zu systemgegenerischen, beschleunigt durch die, die an eine baldige Besserung nicht mehr glaubten und deshalb das Land verlassen wollten, und begünstigt durch eine Parteiführung, die – vor Ratlosigkeit starr – alle Kritik abwehrte, mental mehr zur Repression als zum Dialog neigte, zu massiver Gewaltanwendung aber wohl weder bereit noch angesichts der Neutralität der Sowjetunion fähig war.

Daß es im Sommer 1989 einer anders disponierten Führung hätte gelingen können, sich mit der DDR-Gesellschaft auf einen neuen Staatsgrund zu verständigen, ist allerdings höchst unwahrscheinlich – angesichts der alarmierenden Wirtschaftsdaten wie des nur noch mäßigen Interesses der Welt an einem zweiten deutschen Staat.

Auch wenn im März 1989 die D-Mark und andere nationale Emotionen zunächst zu Mehrheiten führten, die den »eentlichen« Parteipräferenzen nicht entsprachen, so zeigten die Volkskammerwahlen doch – sowohl in der Abwahl der SED wie in der Mißachtung der ökosozialistischen Alternativen –, daß fundamentalgegenerische Überzeugungen deutlich überwogen, daß Konzepte für einen »verbesserlichen Sozialismus«, für den Erhalt einer umzubauenden DDR, nur für Minderheiten attraktiv waren, daß bei der überwältigenden Mehrheit der Ostdeutschen von einem Staatswillen mithin keine Rede war.

THOMAS J. RICHTER

»... Erotik findet links statt«

Interview

THOMAS J. RICHTER: (ironisch) Eingangs möchte ich ganz herzlich danken für die Möglichkeit der Selbstdarstellung. Denn gut ist alles, was dem Ruf schadet, weil es der Biographie immer nützt. Dem Nachruf.

STEFAN AMZOLL: So könnte unser Gespräch beginnen. Trotzdem, ich will da nicht gleich mitgehen und rufschädigende Fragen stellen, sondern daran anknüpfen, was du mir vorhin gesagt hast. In Westfalen, schlägst du vor, soll deine Kunst mithelfen, Jugend aus einem Music-Center zu »vertreiben«. Wie willst du das schaffen?

THOMAS J. RICHTER: Ich will sie nicht vertreiben, sondern ein Freund von mir, der die »Musikfabrik« betreibt, will die Jungs nicht reinlassen. In dieser Musikfabrik finden Konzerte statt, Lesungen und Independent-Music, Punk-Music etc., dort können die Leute Billard spielen. Klar, daß auch dort, in diesem schwarz-braun-katholischen Flachland nahe der holländischen Grenze, junge Leute unter den politischen Verhältnissen leiden und Zuflucht suchen. Mein Freund hat diese Fabrik nicht allein aufgebaut, sondern hat viele Interessenten und Mitwirkende gehabt. Ja, nun sind die aber in die Jahre gekommen, das heißt, die sind jetzt vierzig, etwas jünger, etwas älter.

STEFAN AMZOLL: Was ist Schlimmes daran?

THOMAS J. RICHTER: Nichts. Nur, jetzt läuft dieser Konsumerfektionismus in dieser Gesellschaft hier so grauenvoll ab, daß diese jungen Leute zwischen sechzehn und zweiundzwanzig da rein wollen, sie, die, mit dieser Massenkultur aufgewachsen, nur noch diese Massenkultur einfordern und diese Massenkultur überall haben wollen, also diese krachende Elektronik, diese Techno-Scheiße, diese Adidaslaufen, dieses Girlygesocks, dieses sinnentleerte Gelaber von Fastfoodmutanten, Love-Parade, dieser ganze erbärmliche Globalinfantilismus, »just for fun«, also diese ganze kapitalistische Karnickelzucht. Vielleicht kann man sich das vorstellen, vielleicht auch nicht.

STEFAN AMZOLL: Sei nicht böse, aber du redest böseartig.

THOMAS J. RICHTER: Ja. Weil die Sache böse ist, nicht die jungen Leute. Nun sind die Vierzigjährigen ja nicht alt, aber fühlen sich

Thomas J. Richter – Jg. 1955, stammt aus einer Berliner Künstlerfamilie. Die Phantasie des Heranwachsenden prägten die Kunst seines Großvaters Gottfried Richter und die Bilderwelt des Malers Ernst Schroeder. Während seiner Bereitschaftspolizeiersatzdienstzeit 1973/74 trieben ihn die Kasernenzustände in die Reihen der SED. Zwei Studienjahre Kunsterziehung/Geschichte absolvierte er an der Leipziger KMU, bis er 1978 das Handtuch schmiß. 1983 beendete er sein fünfjähriges Studium an der Weißenseer Kunsthochschule. Danach erhielt er Förderverträge und Porträtaufträge in Berlin und beteiligte sich neben eigenen Ausstellungen im In- und Ausland an der bildnerischen Gestaltung des U-Bahnhofs Rosa-Luxemburg-Platz. Seine gemeinsam mit Martin Wilke geschaffene monumentale

Skulptur »Das Schiff zur Rettung der Unschuld der Kunst« (1987/88) steht noch unangetastet auf dem Gelände des Bezirksamtes Prenzlauer Berg.

Studienreisen führten ihn in die Sowjetunion, die USA, nach Frankreich, Spanien, Italien und Irland. Von 1989 bis 1991 war Thomas J. Richter Meisterschüler bei Nuria Quevedo. Danach Ausstellungen im In- und Ausland. Derzeit arbeitet Richter an mehreren Bild- und Grafikprojekten, auch Bild-Text-Bücher sind in Arbeit. Stellt demnächst in Münster aus.

Thomas J. Richter lebt und arbeitet in Berlin-Friedrichshagen.

Ein erstes Gespräch Amzoll-Richter druckte UTOPIE kreativ unter dem Titel »Wir sind mindestens um hundert Jahre zurückgefallen« in Heft 57 (Juli 1995).

Stefan Amzoll – Jg. 1943; studierte von 1968 bis 1972 Theater- und Musikwissenschaft an der Humboldt-Universität Berlin. Er arbeitete im Verband der Komponisten und Musikwissenschaftler der DDR als wissenschaftlicher Mitarbeiter, seit 1977 als Musikredakteur und Redaktionsleiter Ernste Musik bei Radio DDR II. Promovierte 1987 über kulturelle Aspekte des Rundfunks der Weimarer Republik. Nach der Wende Chefredakteur des Kulturprogramms Radio DDR II, übernahm er 1990 die Programmleitung von Deutschlandsender Kultur. Ende 1991 durch Einrichtungschef Mühlfenzl und ZDF-Intendant Stolte vom Dienst suspendiert. Danach einige Monate arbeitslos. Seit 1992 als freier Publizist tätig. Von Stefan Amzoll in

zunehmend verdrängt von dieser Legion der Konsumidioten, die ja ihre Kinder sind.

STEFAN AMZOLL: Was tat dein Freund?

THOMAS J. RICHTER: Er hat sich gedacht, er wird in oder neben dieser Fabrik einen Raum schaffen, der Ballhaus heißen soll, und worin die jetzt Vierzigjährigen eben ihren Bob Dylan hören können und ihre Stones. Also einen Raum für diejenigen, die noch Musik genießen können, und für die geilen Weiber und die geilen Böcke, die noch wissen, was Erotik ist. Die sollen dabei einen saufen können, unter Palmen sitzen und sich gegenseitig anbaggern.

STEFAN AMZOLL: Und ihre Kinder würde man nicht mehr reinlassen?

THOMAS J. RICHTER: Die unter zweiundzwanzig kämen nicht mehr rein. Die sind so großmäulig, das wird ihnen ja im Fernsehen vorgeführt, wie das zu funktionieren hat, daß man großmäulig sein kann, ohne was in der Rübe zu haben, und auch großmäulig aussehen kann, ohne was zu wissen, was Geschmack ist, aber irgendwie wird sie's ja wurmen. Und da habe ich mir gedacht, soll er doch dazu von den Sachen, die ich im Moment gerade arbeite, und zwar erotische Grafik farbig und schwarzweiß, die ich für sehr poetisch halte, soll er doch davon etwas unter Glas hinhängen. Dann tanzten die da, würden sich anbaggern und einen saufen, und an der Wand würde eben gevögelt werden, in subtilster Art und Weise.

STEFAN AMZOLL: Und das spräche sich dann herum, glaubt ihr.

THOMAS J. RICHTER: Ja, und die jungen Dödel, diese Fast-Food-Mutanten müßten draußen stehen. Die sollen wissen: Da ist etwas anderes. Wir kommen da nicht rein.

STEFAN AMZOLL: Das greift doch nicht.

THOMAS J. RICHTER: Doch, es würde sich etwas in dieser öden, geistlosen westdeutschen Provinz herumsprechen: Da ist was anderes!!! Da hängen an den Wänden lauter Bilder, wo gevögelt wird.

STEFAN AMZOLL: Das sehen die Jungs an jeder Ecke.

THOMAS J. RICHTER: Nein. Man wird ihnen sagen, arrogant sagen: Das ist was anderes, davon habt ihr keine Ahnung! Ihr vögelt wahrscheinlich, wie ihr Musik hört oder sonst konsumiert oder in der Art eurer dummen Sprüche, doch Vögeln ist Kultur, und Kultur muß man sich verdienen. Und dann würden sie sich womöglich ärgern und vielleicht doch gern mal Mäuschen spielen und reingucken, und dann wären sie vielleicht auch gerne mal dabei, um rauszukriegen, wie es aussieht, wenn man eine Frau gut behandelt und Menschen zueinander zärtlich sind, und daß zum Ficken nicht nur ein strammer Turbo-Schwanz gehört, terminatormäßig.

STEFAN AMZOLL: Und sind sie dann wirklich neugierig geworden, was dann?

THOMAS J. RICHTER: Und sind sie dann wirklich neugierig geworden, dürfen sie es sich verdienen, ein bißchen von unserer Gefühls- und Gedankenwelt, die wir ansammeln durften, abzubekommen.

STEFAN AMZOLL: Wie bitte?

THOMAS J. RICHTER: Ja, richtig! Vielleicht wäre das für sie eine Chance, neben dem Fernsehen, neben Take That, neben dieser ganzen Scheiße, die zu kaufen sie gezwungen werden und darin zu vegetieren, eine Chance, wirklich einmal zuzuhören, also aus ihrer Armseligkeit mal ein bißchen rauszukommen.

STEFAN AMZOLL: Kannst du dir vorstellen, daß die Zwanzigjährigen, wenn sie über ihre Wünsche und Genüsse reden, das viel besser können als die Vierzigjährigen?

THOMAS J. RICHTER: Ich sagte ja schon, die Massenkultur, die Werbung, das Fernsehen oder das Kino (das fast nur noch amerikanische Schinken bringt) bläut ja pausenlos ein, daß die jungen Leute jedes Jahr andere Klamotten kaufen müssen, um eine Gruppenzugehörigkeit zu empfinden, und daß es sich gehört, hierfür im Jahr mehr Geld auszugeben, als eine alte Frau ihr Leben lang. Es muß auch sein, daß sie es besser wissen und daß sie es besser können, sie sollen ja so eine Art Ersatzselbstbewußtsein haben, was ihnen auch plausibel macht, daß sie diese ganze Scheiße konsumieren müssen.

Diejenigen, die das Geld haben, die großen Konzerne, die wollen etwas verkaufen, die müssen ja denen, die es kaufen sollen, auch eintrichtern, daß sie dadurch bessere Menschen sind, dadurch zu denen gehören, die besser Bescheid wissen. Und bevor sie überhaupt angefangen haben zu denken und zu fühlen und miteinander richtig umzugehen, werden sie schon in den Zustand versetzt, daß sie alles besser wissen. Wissen kann man ja nur im Denkprozeß erreichen. Aber sie wissen schon alles, bevor sie überhaupt etwas wissen, damit sie nämlich möglichst schnell konsumieren und imstande sind, im nächsten Jahr was vollkommen anderes zu konsumieren. Sie sollen ja nicht darüber nachdenken. Die Art, die der Kapitalismus fordert, ist, daß man nicht nachdenkt, und daß das Nachdenken nicht mehr zum Alltag gehört, nicht mehr Alltagskultur ist. Sie sollen nicht denken, sie sollen konsumieren.

STEFAN AMZOLL: Wer ist »der Kapitalismus«? Ist der personifizierbar? Gibt's da einen Belzebub, der für alles verantwortlich zu machen wäre?

THOMAS J. RICHTER: Man muß das System abschaffen.

STEFAN AMZOLL: Ich glaube, daß Jugendliche viel resistenter als wir sein können gegen diese Art von Konsumkultur, von der du gesprochen hast, also gegen das, was sie blind schlucken sollen, gegen das, was sie wie die Kühe zu Futterfressern macht.

UTOPIE kreativ neben dem in der Richter-Marginalie erwähnten ersten Gespräch Amzoll-Richter u.a.: in Heft 79 (Mai 1997 [vergriffen]) »Kampf um den ungespielten Oktober. Porträt des sowjetischen Dokumentarfilmers Dsiga Wertow«; in Heft 81/82 (Juli/August 1997) Gespräch mit Hans-Eckardt Wenzel »Was war dieses Jahrhundert eigentlich?«; und in Heft 91/92 (Mai/Juni 1998) »Ich ist kein anderer. Hanns Eisler und die DDR – Eine Montage«.

THOMAS J. RICHTER: Ich kann nur hoffen, daß es immer wieder einige gibt, die dagegen resistenter sind als die vielen, die ich erlebe, und nicht alles umsonst ist. Ich komme ja nun aus einer Gesellschaft, die man unter anderem auch als Leseland-Gesellschaft bezeichnet hat. Ich sehe immer weniger Menschen, die lesen, und wenn, dann große Buchstaben im optischen Angriff. Also ich weiß nicht, wo diese Resistenz herkommen soll. Es gibt eine Resistenz der Politik gegenüber, es gibt eine Resistenz gegenüber dem Zuhören, es gibt eine Resistenz gegenüber gutem Essen, was sich darin dokumentiert, daß die Klubs der meisten Kinder und jungen Leute großenteils McDonalds sind, es gibt eine Resistenz gegenüber der Welterfahrung, die darin zu erkennen ist, daß die Leute heute überall hinfahren, aber unfähig sind, die Stille und Schönheit einer Stadt wie Neuruppin an einem Novembertag zu begreifen, und stattdessen sofort von heilloser Langeweile gequält werden. Und das ließe sich fortsetzen.

STEFAN AMZOLL: Ist das nicht ungerecht gegen die vielen, die dazu fähig sind?

THOMAS J. RICHTER: Ich weiß natürlich, daß das sehr ungerecht und gnadenlos ist und so nicht stimmt. Aber ich gebe das wieder, was ich erfahre und was ich sehe. Ich weiß, daß es anderes gibt, darüber kann man natürlich sprechen. Aber ich meckere auch ganz gerne.

STEFAN AMZOLL: Da du eben das Lesen angeführt hast, was liest du gerade?

THOMAS J. RICHTER: Alles, schon als Kind. In den Jahren, als ich groß geworden bin, standen die Buchläden voll mit Turgenjew, und den habe ich gern gelesen. Und ich bin auch froh, daß wir in der Schule Maxim Gorki hatten, was andere vielleicht als Last empfunden haben. Ich habe das nicht als Last empfunden, sondern ich habe das wunderschöne Gefühl gehabt, lesen zu dürfen, weil ich etwas lesen mußte, weil es Pflicht war und ich mich trotzdem wohlfühlte. Das war schon dadurch gerechtfertigt, daß ich immer ein Buch in der Hand hatte. Und wenn dazu jemand sagte, es sei doch Arbeit, was du da tust, dann war ich doppelt zufrieden innerlich. Ich erfüllte eine Pflicht, von der ich wußte, daß sie andere nur ungern erfüllten, und das war dann für mich doppelt gerechtfertigt und besonders schön.

STEFAN AMZOLL: Nikolai Ostrowskis »Wie der Stahl gehärtet wurde«, das Buch hast du sicher auch gern gelesen.

THOMAS J. RICHTER: Das habe ich auch sehr gerne gelesen. Vielleicht handelte es sich gar nicht um hohe Literatur, aber selbst bei denen, die sich heute darüber lustig machen, gibt es, ich glaube, so gut wie keinen, der da nicht irgendwie mitgegangen ist und nicht irgendwelche Bilder im Kopf hatte, die dazu führten, daß man eben für die Guten oder für die gute Sache Partei ergriffen hat. Klar war das ein wichtiges Buch, für uns alle wahrscheinlich. Vielleicht gibt

es welche, die es vergessen haben, doch wenn man sie darauf anspricht, vergessen hat's keiner, es wird weggedrängt. Viele Dinge erscheinen jetzt wichtig, die in zwei Jahren überhaupt nicht mehr wichtig sind, aber so ein Buch vergißt man nicht. Es gab natürlich viel bessere Literatur, die solche Probleme behandelt hat.

STEFAN AMZOLL: Bei der Gelegenheit kann ich nach Kindheitseindrücken fragen, nach den Umständen, unter denen du groß geworden bist. Als du zehn warst oder dreizehn, was hast du da zum Beispiel an Filmen konsumiert, und welche haben dir besonders zugesagt?

THOMAS J. RICHTER: Schwierige Frage. Was mich damals besonders interessiert hat, ist nicht unbedingt für bare Münze zu nehmen. Denn dazwischen schieben sich ja alle möglichen Erfahrungen, auch Vorurteile. Vielleicht wünschte ich mir jetzt, daß das meine Lieblingsfilme gewesen wären. So einfach ist das ja nicht. Ich kann jetzt sagen, was mir in der Erinnerung ist, und dann ist es eben das »Singende klingende Bäumchen«, ein furchtbar kitschiger DEFA-Märchenfilm; der hatte wunderbare Bilder, eine wunderbare Märchengeschichte und, naja, der war einfach phantastisch. Ob die Bilder, die der Film hatte, in meinem Kopf sind, das weiß ich nicht. Der ist ja durch meine Traumvorstellung gegangen.

STEFAN AMZOLL: Die Umstände, unter denen du groß geworden bist, das ist ja meine Frage, darüber würde ich gern etwas wissen. Was gäbe es aus deiner Erinnerung hervorzukramen, das die Leser interessieren könnte?

THOMAS J. RICHTER: Meinst du, so richtig harte Dinger, wo der Westmensch leicht verwundert, leicht gegruselt wird, oder ganz normale Sachen?

STEFAN AMZOLL: Beides.

THOMAS J. RICHTER: Um gleich die Westvorurteile zu bedienen: Ich bin also am Rand von Berlin aufgewachsen, in der Nähe vom Müggelsee, und ich kann mich zum Beispiel erinnern, daß damals bei uns noch die Russen lagen, in ihrer Garnison, und die hatten irgendwo ihren Sportplatz, wohin sie zu ihren Leibesertüchtigungen ausrückten. Und die zogen also, nahe bei uns, die Straße entlang zum Sportplatz, morgens. Ja, und wie die das taten, das war für uns Kinder einfach faszinierend, deutsche Soldaten hätten das nicht gebracht; die Russen also zogen in ihrem Marschblock und hatten vor sich einen Vorsänger, der sang, und dann kam dieser Männerchor. Und da klang eben was. Das sind Klänge der Kindheit. – Jaja, Soldaten und Armee sind immer Scheiße, da passiert Mord und und und. Aber das waren ja alles ganz junge Kerle, und ich wußte schon sehr früh – ob man das nun Indoktrination nennt oder nicht (die sind mir wurscht, die das so nennen, die gehören sowieso auf die falsche Seite) –, ich wußte also schon sehr früh darum, daß der 8. Mai der Tag der Befreiung ist. Was ja heute auch nicht mehr benutzt wird.

STEFAN AMZOLL: Was meinst du mit Indoktrination? Einen Vorwurf? Gab es die nicht?

THOMAS J. RICHTER: Durch meine Eltern, durch meine Großeltern, Freunde, Bekannte, durch alte Antifaschisten, durch Menschen, die aus der Geschichte gelernt haben und im Unheil selbst verstrickt waren, wußte ich schon sehr früh darum, was in Deutschland passiert war. Und daß eben seit Auschwitz alles anders war. Wenn ich mir das mit sieben Jahren auch nicht voll bewußt machen und formulieren konnte, so bin ich doch in dieser Bewußtseins- und Gedankenwelt aufgewachsen, und ich bin dankbar dafür. Und das bezeichne ich nicht als Indoktrination. Es ist ja wohl richtig so, daß Eltern ihren Kindern etwas weitergeben. Und also waren diese jungen Soldaten die Befreier. Und daß die Befreier so wunderbar singen konnten, noch dazu in einem Land, wo die Volksmusik ausgerottet war (und ist), hält diese Erinnerung bei mir umso intensiver wach.

STEFAN AMZOLL: Was ist für dich die »falsche Seite? Die Leute drüben? Stellst du sie dir manchmal vor?

THOMAS J. RICHTER: Ich könnte mir vorstellen, daß es eigentlich für jeden, überall auf der Welt, verständlich ist, daß wir im Buddelkasten gespielt haben und daß wir mit den Eltern sonntags spaziergegangen sind und daß der Vater im Wald was erzählt hat über den Wald usw. usw. Nur ist der haarsträubende Kapitalismus in einer dermaßen ekelhaften Form über uns gekommen, daß ich es mir manchmal – eher freud- und lustvoll als nur deprimiert und zynisch – einfach nicht vorstellen kann, daß die Leute drüben auch in den Buddelkasten gegangen sind und ihnen der Vater was über den Wald erzählt hat. Weil, wie ich diese Welt jetzt erlebe und auch erlebe, wie sehr unterschiedlich in der DDR die Menschen miteinander umgingen und welche Dinge jetzt hauptsächlich eine Rolle spielen, und ich jetzt sehe, welche Eigenschaften der Mensch haben muß, um durchzukommen, und ich jetzt erlebe, wie die Menschen sich zunehmend vereinzeln, wodurch das eigentlich Wichtige am Leben eher unwichtig wird, also alles, was man nicht mit ins Grab nehmen kann, das Leben bestimmt usw., dann müssen die doch eine derart andere Sozialisation erfahren haben durch die Scheißlebensverhältnisse im Kapitalismus, daß es mir manchmal wirklich schwerfällt, zu glauben, daß die auch so eine normale und glückliche Kindheit hatten.

STEFAN AMZOLL: Vielleicht hatten die so eine, wie du sie gehabt hast. Man muß mit den merkwürdigsten Dingen rechnen.

THOMAS J. RICHTER: Ich weiß, daß sie die vielleicht genauso hatten und daß ein Großteil meiner Kindheitserfahrung, Bilder und Gerüche, sicher ähnlich, der ihrigen vergleichbar sind. Aber im Gesamtzusammenhang ist eine Hierarchie der menschlichen Eigenschaften entstanden, die uns jetzt auch als notwendig und als wunderbar angepriesen wird. Die kann ich nicht nachvollziehen.

STEFAN AMZOLL: Du sagst, es gäbe unheimlich viel Zombiverhalten, auch unter an sich liebenswerten Menschen.

THOMAS J. RICHTER: Ja, und das sollen wir jetzt auch noch lernen. Und zwar sollen wir vor allem dieses Zombiverhalten anderen beibringen. Einer der Lieblingsbegriffe, der durch den Äther oder die Medien geistert, ist ja der der Freiheit, die uns immer genommen ward. Nun sind aber die freien Menschen, die uns jetzt die Freiheit so nahe gebracht haben, immer die ersten, die einem sofort die Grenzen zeigen. Die Grenze ist, daß man Angst haben muß um seinen Arbeitsplatz, um sein Dach über dem Kopf, Angst haben muß, das Maul aufzumachen. Wenn man zum Beispiel PDS wählt, aber Angst hat, an seinem Arbeitsplatz auch dazu zu stehen, oder zumindest damit rechnen muß, daß das nicht folgenlos bleibt. Wenn man Angst hat, mit 'ner abgewetzten Parkajacke als Ingenieur in seinem Büro zu erscheinen, was in der DDR zuletzt einfach ganz normal und gang und gäbe war, und sich sofort nach der Wende einen auberginenfarbenen Anzug und ein passendes Hemd dazu kauft, um überhaupt als Ingenieur durchzugehen usw. Wenn es also diese Ängste gibt, die ja auch das alltägliche Leben und Empfinden bestimmen, dann weiß ich nicht mehr, was von diesem großartigen Freiheitsbegriff noch Bestand haben soll.

STEFAN AMZOLL: In gewissen Medien ist noch manches möglich, in der Jungen Welt etwa.

THOMAS J. RICHTER: Daß manches oder alles möglich ist, ändert doch nichts an der Unfreiheit, die davon herrührt, daß die Chance eben nicht besteht oder nur sehr bedingt besteht, die Bücher zu schreiben und zu lesen, worin die Leute vielleicht etwas Wahres über eine Gesellschaft entdecken, deren Herrschaft alles dafür tun wird, in ihrer Gemeinheit weiterzubestehen, die gar nicht will, daß die Menschen über Bücher oder Zeitungen die Wahrheit erfahren, die weiterhin all ihre Finanzkraft weltweit dafür einsetzen wird, die Wahrheit zu verstecken.

STEFAN AMZOLL: Ich komme auf deine Familie. Du stammst ja aus einem Elternhaus, in dem das Leben mit bildender Kunst Alltag war. Wie hast du die Atmosphäre in deinem Elternhaus erlebt? Was würde dir da einfallen?

THOMAS J. RICHTER: Da fällt mir das Wort Privilegien ein. Jeder, der über die DDR Positives zu berichten hat, und leider, leider vermelden muß, daß er nicht allzusehr gelitten hat, wird erstmal danach durchforstet, ob er Privilegien hatte. Jeder, dem es nicht allzu schlecht ging, muß ein Privilegierter gewesen sein. Weil ja ansonsten alle verdammte Opfer waren. Und ich kann das leider von mir nicht so sagen, ich muß leider, leider sagen, daß ich nach diesem eingerissenen Sprachgebrauch ein Überprivilegierter geworden bin.

STEFAN AMZOLL: Wie habt ihr in den frühen Jahren gelebt?

THOMAS J. RICHTER: Wir hatten damals nicht viel Geld und manchmal auch wenig zu essen. Ich trug manchmal die Klamotten meines Bruders auf, und aus den zu kleingerateten Strickjacken wurden neue gemacht. Das kann man ja wunderbar ausmalen: Uns ging es elend, wir hatten nichts zu fressen, nichts anzuziehen. Gott, jaja, mein Großvater war Maler, mein Vater Grafiker. Meine Mutter hatte zwei Kinder am Hals, und ich war sicherlich ein widerliches Kind, trotzdem ist sie zur Abendschule gegangen und hat sich qualifiziert zu einer medizinisch-technischen Assistentin. Sie hatte einen etwas schwierigen Mann, meinen Vater, und diese beiden Kinder, von denen mindestens eines scheußlich war, und sie hatte abends immer noch die Kraft, einen ordentlichen Facharbeiter zu machen. Die waren früher über alle Maßen privilegiert. Also wir hatten ein Leben wie jeder andere auch. Und viele andere in den Jahren, in denen ich aufgewachsen bin, hatten eine Hoffnung in diese Gesellschaft gesetzt, eine Scheißwut auf Erscheinungen in dieser Gesellschaft, aber eine doch mehr oder weniger gemeinsame Zukunftsvorstellung, Zukunftshoffnung, die empfinden zu können wichtig ist für eine glückliche Kindheit.

STEFAN AMZOLL: Was hat dir dein Vater, als Künstler, beibringen können?

THOMAS J. RICHTER: Mein Vater konnte mir zum Bildermalen nicht so viel sagen. Er hat als Grafiker und Gebrauchsgrafiker seine Arbeit gemacht. Er hatte viele Kunstbücher, und an den Wänden hingen Bilder von wunderbaren Malern, er hatte Plastiken von Seitz und Cremer, auch Sachen von Ernst Schröder und natürlich von meinem Großvater. Und mein Vater konnte eben mit sehr viel Liebe und mit sehr viel Wissen mir diese Dinge nahebringen. Und dann gab es eben immer Papier und Bleistift. Es war da auch keine übermäßige Ordnung, die Kreativität verhindert hätte, sondern es war eher ein unordentlicher Haushalt da, also Dinge, die es uns ermöglicht haben, von selbst einen Strich aufs Papier zu machen. Das ist schon sehr viel mehr, als viele andere erleben durften. Ja, und da sind wir dann schon wieder bei den Privilegien.

STEFAN AMZOLL: Darüber wollen wir aber nicht weiter sprechen, oder?

THOMAS J. RICHTER: Nur soviel noch. Ich finde, jeder Deutsche, der die Möglichkeit hatte, wenigstens den wenn auch oft hilflosen und oft grauen und müdemachenden, zermürbenden, ätzenden Versuch bei uns und nicht nur diesen aberwitzigen kapitalistischen Stumpsinn in seinem Leben erleben zu dürfen, der also die Möglichkeit hatte, auch an diesem Versuch teilzunehmen und die Erfahrung zu machen, die ändern vielleicht noch lange vorenthalten sein wird, jeder dieser Deutschen ist vor der Geschichte privilegiert.

STEFAN AMZOLL: Aber die Privilegierten kriegen ihren Minderwertigkeitskomplex nicht weg.

THOMAS J. RICHTER: Dieser leider Gottes herangezüchtete Minder-

wertigkeitskomplex wird ja nun durch die satte, prächtige Bundesrepublik und deren sichtbare und hörbare Vertreter noch extrem befördert. Die Leute hier sollten langsam mal umschalten und sich als privilegiert empfinden, sie sollten lieber sagen: Mann, wir haben aber Schwein gehabt, daß wir mit etwas mehr Ruhe und ohne diesen Zwangsapparat haben leben können.

STEFAN AMZOLL: Zwangsapparat?

THOMAS J. RICHTER: Ja. Genau! Der Maler, der noch Zeichnen gelernt hat, der noch die Muße hatte, nicht sofort auf den Markt reagieren zu müssen, der nicht berühmt werden mußte, sondern mit wenig Geld ein Atelier haben konnte (und der auch eines gefunden hat, und sei es ein Dreckloch), dieser Maler mußte nicht sofort das Gefühl haben, sich verkaufen zu müssen, also nun kunstfeindlich denken zu müssen, sondern hatte die vielen Jahre bei sich die Gelegenheit, solche Dinge zu finden, die ihn zu Kunst führen konnten.

STEFAN AMZOLL: Also müßtest du jetzt Entwicklungshilfe leisten. Wie soll das gehen?

THOMAS J. RICHTER: So etwas ist fällig, weil eben auch viel Menschliches verkümmert ist, nicht nur das Künstlerische.

STEFAN AMZOLL: Wie hat das denn Picasso gemacht? Der ist ja nun in dieser Gesellschaft groß geworden. Ich weiß, du magst seine Bilder außerordentlich.

THOMAS J. RICHTER: Es ist jetzt sehr leicht, so etwas zu sagen, aber wir befinden uns ja in allen möglichen erkennbaren Entwicklungen in Endzeiten. Und der ist geboren und aufgewachsen in einer vollkommen anderen Zeit. Wir hatten einige große Zäsuren, und eigentlich hat der Zweite Weltkrieg im Ersten Weltkrieg angefangen, also auch Auschwitz. Und Picasso hat über alle möglichen Stufen die Zeit davor und die Zeit danach erlebt. Wer jetzt lebt, wer künstlerisch arbeitet, wer jetzt aufwächst, erlebt diese Endzeit.

STEFAN AMZOLL: So etwas wie Endzeit gab es um 1900 schon. Sie lief unter dem Namen »Fin de siècle«.

THOMAS J. RICHTER: In dem, worauf ich mich beziehe, hat Picasso davor und danach gelebt. Und deswegen ist die Sache so einfach nicht vergleichbar. Es bestehen für mich heute wirkliche Endzeiten. Das andere ist diese Normalität, in der Picasso den Baum und die schöne Frau und Boot am Meer gezeichnet hat. Die Sachen gelten heute noch als moderne Kunst, weil sie Picasso gemacht hat. Diese Selbstverständlichkeit ist ja nicht mehr da. Heute muß man begründen, wenn man ein schönes Bild malt, und man wird erstmal attackiert, wenn man ein schönes Bild malt. So etwas wäre nicht zeitgemäß.

STEFAN AMZOLL: Stört es dich, wenn du attackiert wirst?

THOMAS J. RICHTER: Ich werde ja nicht attackiert! Mich stört aber alle Dummheit. Und wenn das jetzt so sehr rein und direkt rüberkommt, daß man nicht die heile Welt malen soll, daß das nicht zeitgemäß wäre und daß man sich doch den Problemen der Zeit zu widmen habe, so kann ich dazu bloß sagen: Es ist das Problem unserer Zeit, daß wir mehr denn je nach dem verlorenen Paradies suchen, und wenn wir das nicht immer wieder tun, auch im Bild, dann geht vielleicht das Bewußtsein, das Gedächtnis für das verlorene Paradies und für eine zu erstrebende bessere Welt verloren, und das wäre natürlich fatal.

Und wenn einer nun so direkt von mir fordert, ich hätte jetzt den »Zeitgeist« in meinen Bildern zu haben, sonst wäre das keine moderne Kunst, was ich mache, dann handelt es sich um Dummheit, und Dummheit ärgert und nervt.

STEFAN AMZOLL: Man braucht sich darüber nicht aufzuregen. Es kann einem egal sein, was die anderen sagen.

THOMAS J. RICHTER: Gut, es gibt Menschen, die regen sich über gar nichts auf, ich rege mich über alles auf.

STEFAN AMZOLL: Ich erlebe also auch unter Jugendlichen, daß sie sich von den Verhältnissen gar nicht so sehr anstecken lassen und häufig dieses eingeübte Konsumverhalten nicht wollen und sich verweigern. Sie meinen zu Recht, daß sie damit besser fahren, sie dadurch vielleicht weniger Geld haben, aber dafür ihr eigenes Leben leben können. Und so denken viele, und das ist gut so. Wie siehst du das?

THOMAS J. RICHTER: Das ist gut so, und das sehe ich auch so, und das Verweigern finde ich prima. Aber dieses Sich-Verweigern läßt diese Gesellschaft ja nicht ohne Grund sehr gerne bis zu einem bestimmten Grade zu. Da diese Grenze nur wenige überschreiten, weil das ja auch mit Gefahren verbunden ist, scheint mir dieses kleine alltägliche Verweigern sehr systemimmanent zu sein. Zu guter Letzt führt es auch dazu, daß die einen immer reicher werden und die anderen immer ärmer und daß die Kriege in immer perfekterer Form, in immer schöneren Waffen geführt werden können. Nun ist die Frage: Ist die Verweigerung dergestalt und nimmt die so massenhafte Formen an, daß sie das System der Kriegsführer und der Massenmörder und der Schreibtischtäter in Frage stellt, oder führt die Verweigerung bloß dazu, daß der mögliche Widerstand überhaupt keine Ausdrucksform mehr findet? – Also das ist eben ein sehr zweischneidiges Schwert.

STEFAN AMZOLL: Ja, aber ein Ergebnis kann doch sein, daß der einzelne vielleicht glücklicher lebt. Gerade junge Leute fragen: Was befähigt und behindert mich, so und nicht anders zu leben, wann, unter welchen Umständen, mit wem und in welcher Umgebung kann ich zufrieden existieren. Sie tun gut daran, den Zeitpunkt ihres Glücks nicht auf den Sanktnimmerleinstag zu verschieben. Die mehr wollen als nur dumpf vegetieren, fragen nach

ihrer Welt jetzt, nach ihrem Oben und Unten, nach dem Unglück darin, ohne gleich die passende Antwort parat zu haben. Und die jungen Leute, von denen ich rede, denken gerecht, zumeist gerechter als die meisten in der Erwachsenenwelt. Auch der Sechzehnjährige, der klaut, weil bei ihm zu Hause alles fehlt, oder das einfach macht, weil er sich durchs Blendwerk herausgefordert fühlt, denkt gerecht. – Und wie die jungen Leute fragen, ebenso frech wie nachdenklich, das werden die sich nie abgewöhnen, mag die Konsumfalle noch so graulich zuschnappen.

Du hast natürlich recht, an dem »wie lebt der Mensch« lassen sich tausend Probleme knüpfen. Die menschliche Geschichte ist voll davon.

THOMAS J. RICHTER: Die Frage ist, werden sie glücklicher. Vielleicht gibt es solche, die ihre eigene Nische finden. Es wurde immer gesagt, die DDR sei eine Nischengesellschaft. Die Gesellschaft, in der wir jetzt angekommen sind, ist eine absolute Nischengesellschaft. Kann ja sein, daß da einer glücklicher wird. Aber was ich täglich erlebe, und zwar quer durch die Generationen, ist eine zunehmende Vereinsamung und Vereinzelung. Und solche widerwärtigen Neuwörter wie Single-Gesellschaft sind etwas kokette, leichte Formulierungen für einen ganz grausamen Zustand. Die Leute denken, sie seien glücklich, wenn sie dabei nur an sich selber denken, an die Befriedigung ihrer Bedürfnisse, und eigentlich sind sie nur einsam. Hat man früher fröhlich im Wald gevögelt und die Liebe genossen, geht man heute in einen seltsamen Single-Klub, in ein SM-Studio, haut sich Haken in die Brustwarzen und läßt sich an die Decke leiern. Man ersetzt die Liebe durch irgendwelche rätselhafte Sexualpraktiken, geht hinterher wieder nach Hause und hat dann, wenn man zu den besserverdienenden Mittdreißigern gehört, eine Anderthalbzimmer-Suite, fährt irgendwo auf der Welt in Urlaub, um ein One-Night-Stand zu haben oder eine lockere Zweierbeziehung oder eine Beziehungskiste ...

STEFAN AMZOLL: Das ist das, was das Fernsehen uns suggeriert, das ist doch nicht eins zu eins, das ist doch eine andere Realität ...

THOMAS J. RICHTER: Ich sehe aber in der Realität, daß es immer mehr einsame Menschen gibt, auf der Straße, in meiner Bekanntschaft, ich höre es von Leuten, die noch in Lohn und Brot stehen, wenn sie aus dem Betrieb berichten. Ich sehe zunehmende Einsamkeit an Orten, wo sich die Menschen in der Öffentlichkeit begegnen, ich sehe den Unterschied bei einer Ausstellungseröffnung der Galerie am Prater Ost-Berlin und einer Galerie am Savignyplatz, wo eigentlich nur Kälte herrscht. Diese Vereinsamung sehe ich an vielen Details. Und vieles von dem, was Ausstieg bedeutet, führt auch zu Einsamkeit.

STEFAN AMZOLL: Ich will das noch fragen. Könnte es nicht sein, da du ja einen sehr komplexen Blick hast, der Maler sieht anders und zumeist schärfer als der Normalbürger ...

THOMAS J. RICHTER: Was ist ein Normalbürger?

STEFAN AMZOLL: ... zum Beispiel einer, der kein Maler ist, ... könnte es nicht sein, daß dieses permanente Sich-Reiben-müssen an dem, was jetzt vorgeht, an dieser Krise, an diesem widerlichen Zustand bei dir Kreativität behindern kann. Oder fordert dich das – als Künstler – im Gegenteil heraus? Schaut man deine Bilder an, so ist darin von der Welt, wie du sie beschreibst, ja so gut wie nichts zu sehen. Da sublimiert sich ja anderes.

THOMAS J. RICHTER: Ich kann's nicht ändern, ich kann deine Frage bloß mit ja beantworten. Es kann sein, daß einen das sehr behindert, es kann sein, daß man durch die Lebenssituation, in die wir gekommen sind, nicht mehr arbeiten kann. Es könnte bei mir aber auch so sein, daß, wenn ich mich nicht mehr reibe und nicht mehr aufrege, ich auch nicht mehr arbeiten kann. Und dann: Kunst ist immer Gratwanderung. Nun muß ich aufpassen oder Glück haben, daß ich mich von dieser beschissenen Zeit nicht kaputtmachen lasse und daß ich die, die ich als Schweine bezeichne, nicht als Sieger davonkommen lasse, und daß ich einen Kräftehaushalt finde, der mich so weitermachen läßt – nicht daß ich mich jetzt nur verweigere und zurückziehe und ..., dann könnte ich auch nicht arbeiten.

STEFAN AMZOLL: Denkst du da auch an Alfred Hrdlicka, als, sagen wir mal, Leitfigur?

THOMAS J. RICHTER: Hrdlicka, der ja nun ganz anders arbeitet und für mich kleines Licht nur als Vorbild gelten kann ...

STEFAN AMZOLL: ... nana, kleines Licht ...

THOMAS J. RICHTER: ... egal, jedenfalls braucht der sein großes Maul. Wenn alle Leute »links« nicht mehr hören können und »Klassenkampf« nicht mehr hören können und alle, die früher Klassenkampf gesagt haben, jetzt müde und ängstlich sich am liebsten die Ohren verstopfen, dann brüllt Hrdlicka. Aber nun stell' dir mal die Plastiken, die Arbeit und die Wut in der Arbeit und sein ganzes Werk vor, ohne daß der sich nicht dauernd aufregen würde. Solche Menschen gibt's eben auch. Bei mir ist das gestisch nicht so brachial und nicht so genial wie bei Hrdlicka; ich rege mich auf, und indem ich mich aufrege, räume ich erstmal mit gnadenlosem Urteil und Vorurteil alles raus, was mich ankotzt an dieser Welt, bis das entsteht, was ich eigentlich suche – ein stilles Bild. Ich habe Sehnsucht nach Schönheit, nach vögeln bei Vogelgezwitscher, nach Wasser und nach Horizont und nach Sonnenschein. Und das ist das eigentliche. Und das steht den Schweinen nicht zu.

STEFAN AMZOLL: Das bringt uns auf das Verhältnis: die Linke und die Erotik. Du sprichst da von Defiziten. Worin drücken die sich aus, was zum Beispiel den Ostteil der Bundesrepublik angeht?

THOMAS J. RICHTER: Man kann sich dieser Frage auf verschiedenen

Wegen nähern. Ich habe ja zum Beispiel mit der PDS ausgesprochen meine Schwierigkeiten. Aber: Ich kann nicht lassen von ihr. Weil sie die einzige politische Kraft ist in Deutschland, die, als linke Kraft, noch erkannt und darum auch bekämpft wird. Daran kann man das sehen. Und die hat natürlich – wie in anderer Art alle anderen – das Problem, wie weit man solche Leute erreichen kann, die mit dieser Welt noch zu tun haben oder sich noch in dieser Welt aktiv bewegen. Nun ist es der PDS ja hoch anzurechnen, daß sie die Partei ist vor allen anderen Parteien, die die dörflichen Kindergärten rettet, so sie kann.

STEFAN AMZOLL: Solange es Kinder gibt, wird es Kinder geben.

THOMAS J. RICHTER: Genau. Und weil der Mensch nur über die Fortpflanzung existiert, ist das Thema eins nicht umsonst Thema eins. Wir Menschen sind keine Triebtiere. Seit der Menschwerdung bestimmt auch die Erotik unser Leben. Die ganze Humangeschichte (und Kunstgeschichte) hindurch läßt sich das verfolgen. – Nun muß ich mich natürlich, wenn ich als Partei wirken will, mit diesem Problem auch beschäftigen. Betrete ich aber das Liebknecht-Haus, so komme ich in ein verstaubtes, abweisendes Gebäude. Häuser, in denen nichts Erotisches ist, möchte ich auch gleich wieder verlassen oder sie gar nicht erst betreten. So ist das bei der PDS, bei den Linken. Die haben immer damit zu tun, Programme zu verabschieden, Tagesordnungspunkte festzulegen und wieder umzustürzen, Positionen zu bestimmen und Posten zu besetzen. Das ermüdet.

STEFAN AMZOLL: Die Kapitalmacht ist nimmermüde, auch die Porno-Industrie.

THOMAS J. RICHTER: Klar, sie will Dollars machen. Und Dollars haben keine Zeit. Keiner weiß um das Thema besser als diese Industrie, die den Erotik-Zweig abdeckt. Die Menschen bewegt seit je der Sex, die Erotik, die Beziehung der Geschlechter. Es ist ein unermeßliches Marktpotential, und dessen bedient sie sich. Auf möglichst kurzem Wege sollen die Leute in ihrer Sehnsucht nach Liebe, nach Sex, nach Erotik gepackt werden. Das macht die Sache profitabel. Und hinzu kommt, daß in diesem Bereich auch viel Knete vorhanden ist und das Feld mühelos gesamtgesellschaftlich besetzt werden kann. Dieser Industriezweig ersetzt Erotik durch Pornographie.

STEFAN AMZOLL: Ich denke, das schockiert heute auch im Osten niemand mehr, das wissen die meisten, und viele greifen dennoch oder gerade deswegen nach dieser Surrogatwelt

THOMAS J. RICHTER: Darunter befindet sich dieser idiotische sexuelle Leistungssport. Das Problem ist: Die schöne erotische Grafik oder das Gemälde oder die Musik von Mozart gerät vollkommen in den Hintergrund, sie wird ersetzt durch schreiende Plakate, wo Scheinerotik mit turbokapitalistischen Terminator-Weibchen, auf deren Oberfläche man Nüsse knacken kann, abgebildet sind, und

das soll nun erotisch sein. Von daher gibt es eben Beate Uhse, SuperIllu, die Bunte, und für die Alten, damit sie sich das Vögeln mit Spaß weiter abgewöhnen, gibt es die Illustrierten über die Königshäuser, gibt es dann Dalles und Denver, und für die jungen Leute, damit sie gar nicht erst lernen, wie es wirklich sein kann, »Gute Zeiten, schlechte Zeiten«, gibt es die »Lindenstraße« und einen Massenauswurf an Scheißmusik, das hat ja auch immer mit Erotik zu tun, womit zusätzlich eine Stange Geld verdient wird.

STEFAN AMZOLL: Wie das bei den Rechten ist: Erotik und rechts, rechte Musik und Erotik, darüber weiß ich leider zu wenig ...

THOMAS J. RICHTER: Sex und Gewalt haben da immer miteinander zu tun. Es gibt bei denen diese enge Gruppenzugehörigkeit, das heißt, Erotik findet dort statt, wo Menschen zuhauf sind, wo es auf Eingliederung ankommt. Dieses Gefühl nach Gruppenzugehörigkeit kann dort sehr schnell und sehr radikal bedient werden. Die erotische Ausstrahlung von Uniformen, der Zusammenhang von Erotik und Gewalt, also das, was im Unterbewußtsein der jungen Leute gärt, daran können die Kameraden sehr schnell appellieren. Was von rechts kommt, bedient schnell.

STEFAN AMZOLL: Und die Linke, die kommt immer zu spät, oder?

THOMAS J. RICHTER: Wir müßten sagen, die Erotik findet links statt. Kunst ist links! Wir vögeln am besten, weil wir auch die schönsten Bücher lesen und uns die schönsten Bilder angucken, wir sind nicht durch Fremdenfeindlichkeit und Rassismus verblödet, darum können wir von allen Kulturen auch am besten die Anregung annehmen, wie man am besten vögelt. Und ich bin mir sicher, daß ein Großteil der jungen Leute und der West-Linken auch erwartet, daß da eine Partei kommt, die geistreicher ist, erotischer, und bei der es nicht peinlich ist, wenn die Leute sich politisch engagieren, sondern die Menschen miteinander Spaß haben, auch in der Politik.

STEFAN AMZOLL: Nun sind das erstmal Parolen. Wie will man das nun verwirklichen?

THOMAS J. RICHTER: Indem man einfach anfängt, etwa im Liebknecht-Haus, wo es nach alten Möbeln, nach Akten und Papier riecht, mal schöne Sachen hinhängt.

STEFAN AMZOLL: Akte statt Akten.

THOMAS J. RICHTER: Statt Akten Akte. Ich meine, die Kunstgeschichte ist voll davon, und es steht uns auch zu, aus der Kunstgeschichte zu nehmen, was uns gefällt, zum Beispiel diese wunderbaren Grafiken von Picasso oder einen Akt von Cranach. Es muß keineswegs dort, wo früher Honecker hing, jetzt ein schlechtgemachtes Plakat über Arbeitslosigkeit hängen, sondern da muß eben die »Schlummernde Venus« von Giorgione hängen. Über die Arbeitslosigkeit muß man diskutieren. Aber es wäre

auch schön, wenn an der Wand die »Schlummernde Venus« hinge.

STEFAN AMZOLL: Das Intim-Problem des Karl-Liebknecht-Hauses wäre damit schlagartig gelöst.

THOMAS J. RICHTER: Nein, die müssen ja selber erst mal von irgendwoher Kraft kriegen. Solange die PDS sich als eine andere politische Partei versteht, solange muß sie den Leuten, die sich überhaupt noch zur Wehr setzen können, zeigen, daß sie diese Kraft brauchen, daß sie Freude brauchen. Vor allem muß sie das Gefühl vermitteln, daß sie selbst anders ist. Ich meine, so ein Mann wie Gysi hat ja schon eine gewisse erotische Note in den Bundestag gebracht und einige Abgeordnetendamen ... Der Versuch war ja da, und alle haben gewartet, jetzt muß es kommen. Es kommt aber nicht genug. Ich bleibe dabei: Von links muß Erotik in die Politik! Wir müssen zeigen, daß wir schön sind.

STEFAN AMZOLL: Die Zeit der pracht- und machtvollen, auf Fröhlichkeit getrimmten Marschblöcke am 1. Mai ist vorbei.

THOMAS J. RICHTER: Was soll ich dazu sagen. Es ist Mai, der Monat, in dem die jungen Frauen die kurzen Röcke anhaben und wo die Brüste schaukeln in roten Blusen. So habe ich mir das immer in Paris vorgestellt. Das ist offensichtlich auch nicht mehr da. Ich wünschte mir am 1. Mai, daß alle auf die Straße gingen und sich freuten, daß die Leute sich träfen und ihre kleinen Kinder mitbrächten und die Burschen den Mädchen auf den Arsch schauten. Und so kämen sie alle zum 1. Mai und nicht zum Unternehmer-Tag.

STEFAN AMZOLL: Nun ja, der Unternehmer, zu dem die PDS gute Beziehungen sucht oder sie schon hat, was nicht unwichtig ist, der Unternehmer (in der Textilbranche) ist doch der, der fürs Outfit dabei sorgt, also für attraktive Klamotten, für Schuhe in allen Varianten. Alles, was ein schönes Äußeres ausmachen kann, das produziert er en masse und trägt es in den Markt. Koste es was es wolle, hierfür legt er sich ins Zeug und setzt Bedingungen, daß die Abnehmer das auch kaufen und konsumieren können. Die jungen Leute ziehen sich nun mal gut an, die lieben das Bunte, und die Mädchen tragen Blusen mit so tiefem Ausschnitt, daß man die Busen wackeln sieht, was bekanntlich hoherentisch sein kann. Also, das gehört doch irgendwo zusammen. An dem Punkt geht es um Qualitäten des Kapitalismus, über die wir uns vorhin aufs Häßlichste geäußert haben.

THOMAS J. RICHTER: Aber warum überläßt man denen das ganze Feld. Ich meine, ich werde doch nicht die großen zivilisatorischen Leistungen des Kapitalismus irgendwie negieren. So etwas wie Levi-Strauss ist wunderbar, da sage ich: Leute, stärkt den Kapitalismus, kauft Jeans! Das sieht wenigstens noch gut aus, und boykottiert »adidas«. Und läßt eure schönen kleinen Mädchenfüße nicht durch solche Roboterklumpen aus Hundertprozent Nasa-Plaste verschandeln. Also stärkt den Kapitalismus, kauft Bluejeans!

STEFAN AMZOLL: ... sagte Brecht, und lutschte, die Weigel auf dem Schoß habend, an seiner Zigarre.

Bevor ich es vergesse, du hast vorhin eher beiläufig den Satz gesagt: Die Welt ist optisch zugehämmt. Und es kam das Wort von einem optischen Angriff. Die sichtbare Welt sei verstellt. Heißt das, es gäbe keine Lücken, keine Gucklöcher oder Stellen, die man aufreißen könnte, um wieder genauer sehen zu können?

THOMAS J. RICHTER: Natürlich gibt's die. Das Schlimme an dem Zugehämmt ist ja, daß die schöne Welt gleichzeitig da ist. Ich denke nicht, das sei alles nicht mehr da. Was ich sehe, ist, daß wir in einer zunehmend perfekten Mediengesellschaft leben. Jetzt gibt es so etwas wie virtuelle Realitäten und Leute, die glauben, wenn sie den ganzen Tag vor dem flimmernden Computer sitzen, der Welt näherzustehen. Ich meine damit, daß die Menschen zunehmend weniger imstande sind, Nachrichten darüber aufzunehmen, wie erhaltenswert diese Welt eigentlich ist. Die schöne Welt ist deswegen erhaltenswert, weil sie da ist. Was soll ich zu deiner Frage weiter sagen? Es kommt darauf an, immer wieder klarzumachen, was schön und wichtig an der Welt ist.

STEFAN AMZOLL: Also die Arbeit des Freischaufelns muß immer wieder getan werden.

THOMAS J. RICHTER: Wir können ohne diese ganzen bunten Kaufhäuser leben, viel besser, wir können ohne diese ganzen Werbetafeln leben, viel besser, wir können ohne diese ganzen vielen Fernsehkanäle mit diesen abartigen, schon perversen Serien wie »Gute Zeiten, schlechte Zeiten« leben. Auch unsere Kinder – es kann sein, daß das keiner mehr wahrhaben will – auch unsere Kinder, die jetzt zwischen zehn und sechzehn sind, könnten vielleicht ohne »Gute Zeiten, schlechte Zeiten« leben. Es wäre möglich! Es wäre möglich, daß sie sich von Wildschwein in Rotweissoße ernähren und nicht von McDonalds. Es wäre eine schöne Welt auch ohne McWorld möglich, und sie ist möglich. Das muß man immer wieder sagen. Man muß auch immer wieder ein Bild malen, damit die Leute nicht denken, alle Bilder kommen aus dem Computer, genauso wie die Milch ja nicht von Aldi kommt, sondern aus der Kuh.

STEFAN AMZOLL: Ich will etwas mehr über deinen Beruf wissen und auch danach fragen, was du gerade tust. Da es diesen Streit um die Bilder für den Reichstag gegeben hat, und der ist ja wohl noch nicht ganz zu Ende: Wenn dich jemand ansprechen würde, ein Bild zur Verfügung zu stellen für den künftigen Bundestag im alten Reichstagsgebäude, würdest du das tun?

THOMAS J. RICHTER: Bedingungslos?

STEFAN AMZOLL: Nein, wenn Dich jemand darum bäte, ob du es tun würdest.

THOMAS J. RICHTER: Unter bestimmten Bedingungen würde ich's

tun, weil ich mir dann natürlich die Chance nicht nehmen lassen würde, etwas von dem zu erreichen, was ich ja erreichen will. Unter den Bedingungen, wie es jetzt abläuft, würde ich's nicht tun.

STEFAN AMZOLL: Unter welchen bestimmten Bedingungen?

THOMAS J. RICHTER: Ich male ja nicht so große Bilder, die da wohl erwünscht sind. Aber setzen wir einmal voraus, daß Gysi, Enkelmann und Co. da auch in Zukunft zu tun haben werden; ich gönnte es ihnen, beim Wandeln durch diesen großen lichtdurchfluteten Raum auch ein paar stille Bilder ansehen zu können. Und da hängen dann eben auch Bilder von Christa Böhme und Lothar Böhme, von Wolfgang Leber und Manfred Böttcher und einige wunderbare Zeichnungen von Goltzsche. Und verschwunden wäre von den Wänden diese gigantomanische »Weltkunst« in deutscher Fassung, wozu ich auch Heisig und Mattheuer zähle, diese möglichst materialintensive, zentnerschwere Last. Das würde mir schon zusagen. Dieser Krach wäre weg, und Bilder in der Art eines schönen Stillebens von Christa Böhme blieben.

STEFAN AMZOLL: Hm.

THOMAS J. RICHTER: Ich weiß, daß das 'n Scheißort ist. Aber ich kann ja nur für mich reden. Wenn ich Bedingungen stellen könnte, wären die sehr viel umfassender. Ich würde zum Beispiel, wenn die PDS nicht wieder in den Bundestag reinkommt, aus Solidarität da auch kein Bild von mir erlauben.

STEFAN AMZOLL: Die anderen haben auch was im Kopf. Die meisten sind zwar nicht besonders klug, aber auch nicht besonders dumm, sondern durchschnittlich gebildet. Überhaupt sind es Menschen wie du und ich.

THOMAS J. RICHTER: Da sitzen massenweise dumme Leute rum, weil sie eigentlich nur Strohänner sind fürs Kapital. Und diese dummen Leute werden dort gebraucht. Da sind sicher auch sehr kluge Leute drin. Gerade unter diesen Geldschweinen sind Leute, die sich Kunst leisten und sie genießen können. Das ist mir alles klar. Kotzt mich sowieso an, ist aber leider so.

STEFAN AMZOLL: Ich meine, es wäre fatal, mit denen als Individuen abzurechnen und sie als Politiker auszugrenzen. Das wäre die falsche Antwort auf die PDS/Gysi-Hatz, die gegenwärtig läuft. Marx hat fälschlich das Lumpenproletariat aus dem Befreiungskampf ausgesondert. Sollen wir die ganze Schar derer, die letztlich den Interessen der großen Machtgruppierungen Vorschub leisten – eine Unzahl –, aus unseren menschlich-umgestaltenden Überlegungen ausklammern oder gar dazu aufrufen, sobald die Morgenröte aufsteigt, sie in Gewahrsam zu nehmen? Die nehmen viel eher uns in Gewahrsam! Sich die Bourgeoisie zum Teufel zu wünschen, was in der Arbeiterbewegung gewiß ehrenwert gewesen war, das funktioniert nicht mehr.

THOMAS J. RICHTER: Aber natürlich sitzen im Bundestag haufenweise dumme Menschen. Schau sie dir doch an – eine einzige Bundestagsdebatte genügt –, dann erzählst du nicht mehr, die seien nicht dumm. Bloß weil die in den Bundestag gekommen sind und höhere Weihen erfahren haben, seien die nicht dumm?

STEFAN AMZOLL: Darf's dir nicht egal sein, welche Leute es sind, die deine Bilder angucken? Oder anders: Wären Frau Merkel und Frau Lengsfeld, gesetzt, Arbeiten von dir hingen im Parlament, als Betrachterinnen statthaft?

THOMAS J. RICHTER: Die Vorstellung ist mir natürlich widerlich. Und noch widerlicher wäre es, wenn Frau Lengsfeld ein Bild von mir gut fände. Würde die sich einen Termin von mir im Atelier holen wollen und gern ein Bild von mir kaufen, mir würde einfach schlecht werden.

Also, so gesehen, hätte ich erstmal grundsätzlich ein unangenehmes Gefühl, im Reichstag auszustellen. Wie das Ding schon heißt: Reichstag.

STEFAN AMZOLL: Schon da – stimmt! – kann einem alles hochkommen. – Die Zeit ist nicht hinter uns, man fragt den DDR-Künstler immer noch, ob er seit 1989 anders Kunst machen würde, ob sein Denken sich verändert habe. Wie ist das mit deiner Malweise, mit deinen Gedanken?

THOMAS J. RICHTER: Man hat bestimmte Dinge nicht weiterbetrieben, nicht weiterverfolgt, anderes ist wichtiger geworden. Woran das liegt? Ob das aus der inneren Logik kommt, am inneren Zusammenhang der Arbeit liegt oder aus der Konsequenz des einmal Angefangenen oder ob da primär die Wende der Auslöser war, das ist sehr schwer herauszukriegen.

STEFAN AMZOLL: Die meisten weisen auf die Kontinuität ihrer Arbeit.

THOMAS J. RICHTER: Die Dinge, die mir damals wichtig waren, die in der Kunstgeschichte Vorbild sind, die Themen, die in meinen Bildern immer wieder vorkommen, die sind mir heute genauso wichtig. In allem, was die Arbeit grundsätzlich bestimmt, sehe ich bei mir keinen wesentlichen Unterschied.

Zum Beispiel mache ich jetzt viel erotische Grafik, und ich will dann auch wieder mit den Bildern weitermachen, aber ich zeichne jetzt viel. Und das wird sich auch in die Bilder langsam vorarbeiten.

STEFAN AMZOLL: Könnte das auch mit dem Leben, in dem wir jetzt sind, zu tun haben?

THOMAS J. RICHTER: Vorher haben wir den Westen durchs Fernsehen oder durch Bücher wahrnehmen können, jetzt haben wir ihn im Alltag. Indem man diese Realität nun so massiv erfährt, ist der Wille größer geworden, auch Facetten von Liebe, Erotik und Sex zu zeigen und so heranzutragen, daß die Ergebnisse nicht durch

Kommerz und Härte und Gemeinheit, sondern freudvoll erfahren werden. Das Thema nimmt also jetzt einen größeren Raum ein, erlangt eine größere Wichtigkeit, eben durch den Druck von draußen, dem wir uns erwehren müssen. So gesehen hat sich da schon was geändert. Ich meine: Wenn sich meine Arbeit irgendwie verändert hat, dann in dem Sinne vielleicht, daß der Druck – und die Notwendigkeit, sich dessen zu vergewissern und das auch immer wieder zu behaupten – immer größer geworden ist, also auch die Notwendigkeit, etwas dagegen zu setzen. Das heißt, ich muß weiter Bilder malen und die Dinge in den Bildern auf den Punkt bringen.

STEFAN AMZOLL: Ob einsam in deinem Atelier oder draußen, du willst das Schönheitsideal behaupten?

THOMAS J. RICHTER: Das ist bei mir grundlegend. Vielleicht macht man durch diesen äußeren Druck, durch diese manchmal fieberhaften Bemühungen in der Arbeit auch vieles falsch. Vielleicht schadet es auch der Arbeit, weil, ein Bild muß in Ruhe wachsen, Unruhe oder Krach gefährden es. Aber das muß nicht unbedingt so sein. Manchmal ist das auch förderlich, dann, wenn man sich fast gejagt fühlt, etwas sagen zu müssen, obwohl darin ein absoluter Widerspruch liegt.

STEFAN AMZOLL: Jetzt muß es ganz ruhig zugehen, jetzt, wo der Kunstmarkt so sehr lärmt. Das ist die Devise. Andererseits hat das Gejagtsein mit Lärm zu tun, der aber darf nicht reingelassen werden. Liegt darin der Widerspruch?

THOMAS J. RICHTER: Ich will es noch anders verdeutlichen. Ich male eine Frau, die liegt an einem Fluß, und die ist von einem so unbegabten Zeitgenossen wie mir natürlich sehr anders gemalt worden als die Liegende von Giorgione.

Die Sehenden werden schon feststellen, daß die Zeit da auch drin ist.

STEFAN AMZOLL: Bei Hrdlicka schreit es oft aus den Bildern und Plastiken.

THOMAS J. RICHTER: Ich kann nur sagen: Das ist meine Sache nicht. Der eine muß das machen, der andere muß das machen. Aber, was ich meine und was ich in Verruf bringen will, ist dieser einfache Gedankengang, daß in den Bildern auf die gleiche Art und Weise und mit den gleichen Mitteln nur noch optische Angriffe auf menschliche Auge losgelassen werden, wie es überall geschieht.

STEFAN AMZOLL: Und das Politische, soll das allein der Journaille gehören?

THOMAS J. RICHTER: Ich muß doch nicht wiederholen, was die Bild-Zeitung macht. Und wenn ich die Bild-Zeitung anprangere, dann ist das auch schon wieder Bild-Zeitung. Die Bild-Zeitung hat in den Bildern von mir nichts zu suchen.

STEFAN AMZOLL: Ich meine das Politische, das, was die Menschen angeht, was ihnen im positiven Fall ermöglicht, sich klarer zu werden über ihre Lage.

THOMAS J. RICHTER: Die Menschen sollen entscheiden, ob sie die Bild-Zeitung lesen oder ob sie Turgenjew lesen. Die Möglichkeit dieser Entscheidung ist ja noch nicht vom Tisch. Das muß man ja immer wieder vor Augen führen.

STEFAN AMZOLL: Deine Landschaftsbilder scheinen mir einer Psychologie nahe zu sein, die auf Harmonie baut. Diese Bilder sind für Leute, die noch staunen können, von einem ungeheuren Zauber. Ich meine dieses immerwährende Rekurrieren auf arkadische Landschaften bei dir, deine Auflehnung gegen das Zerbrechen des Schönheitsideals, dein dauerndes Begehren, Ruhe zu stiften, Eintracht, auch Traurigkeit und Verlassenheit. Das geht schon sehr lange, und dahinter liegen wohl strenge Lebens- und Denkmaximen. Ist das so?

THOMAS J. RICHTER: Ich schleppe meine Sehnsüchte durch die Welt und durch meine Bilder. Ob das mit Psychologie oder Psychoanalyse zu erklären ist, das müssen andere ergründen.

STEFAN AMZOLL: Und was hältst du von der Psychoanalyse? Die ist so mannigfaltig auf die Kunst angewandt worden, daß die Irritationen darüber immer größer wurden. Thomas J. Richter und die Psychoanalyse, das scheint mir ein Unverhältnis zu sein.

THOMAS J. RICHTER: In den Anfängen war das sicher eine hochachtbare Angelegenheit, sehr bedenkenswert, sehr neu, wichtig, befreiend, emanzipatorisch – alles gut und schön. Heute begegnet uns die Psychoanalyse in ihrer amerikanischen Ausprägung. In amerikanischen Filmen etwa gibt's die Psychoanalyse für die armen, ewigen, sinnlosen, sattsam bekannten Beziehungsdialoge. Sie bedienen sich immer einer sehr seltsamen Sprache, nämlich der Sprache des Vollidioten im Western oder der Sprache des amerikanischen Gutmenschen, der auf dem Arsch von Woody Allen steht.

STEFAN AMZOLL: Manche Woody-Allen-Filme können durchaus amüsieren ...

THOMAS J. RICHTER: Was über uns gekommen ist, ist die amerikanische, kommerzielle, verblödete Ausprägung der Psychoanalyse. Das ist eher gefährlich als hilfreich. Das ist so wie in Technik und Wissenschaft, wo die Rüstung am weitesten gediehen ist.

STEFAN AMZOLL: Wir begegnen ihren Theorien überall.

THOMAS J. RICHTER: Ja, aber diese Theorien werden gar nicht mehr konstruktiv in die Gesellschaft eingebracht. Etwa so: Wir kommen jetzt in den inneren Kreis, und die Silke faßt den Bert an, und wir beginnen ... Es ist immer der Ausstieg, niemals die Möglichkeit der

Änderung dessen, was einen wurmt oder warum einen was wurmt. Ich erfahre täglich die Spuren von dieser enormen Erkenntnisleistung in sehr widerwärtiger Form.

STEFAN AMZOLL: Karl Kraus, der große Wiener Kulturkritiker und Dichter, opponierte so: Nervenärzten, die uns das Genie verpathologisieren, solle man »mit dessen Gesamten Werken die Schädeldecke einschlagen«.

THOMAS J. RICHTER: So geht mir das, wenn ich die Zeitung aufschlage, und ein neuer Woody-Allen-Film wird angezeigt. Das ist der Endpunkt, der, wo mit dem meisten Geld und auf die infantilste Art und Weise Versatzstücke der Psychoanalyse dazu herhalten müssen, damit die Leute willfährig bleiben und alles fressen, alles herunterwürgen. Und nochmal der Vergleich zur Hightech: Bei ihr ragt eben heraus die Treffsicherheit einer intelligenten Rakete, die von der Erde aus zielsicher den Bunker findet in Bagdad, wo nur Zivilisten drinsitzen. So ähnlich scheint es mir mit der Psychoanalyse zu sein.

STEFAN AMZOLL: Kommunisten seien schlecht, weil es Stalin gegeben hat, lautet eine ironische Bemerkung von dir. Du begreifst dich selber als Kommunist. Was beschäftigt dich an dem Problem Stalinismus?

THOMAS J. RICHTER: Was mich an dem Problem Stalinismus beschäftigt, ist das Gleichheitszeichen zwischen Faschismus und Kommunismus. Dem sind wir doch täglich ausgesetzt, und es wird täglich so gedacht – was natürlich ein wunderbarer Weg ist, daß der Faschismus wiederkommt. Das soll radikalem Widerstand jede Chance nehmen. Und man mystifiziert Menschheitsverbrechen, die passiert sind und die wieder passieren können. Deswegen beschäftigt mich das Problem, deswegen muß ich mich damit auseinandersetzen und glaubhafte Antworten finden. Ich kann mir den Vorwurf nicht gefallen lassen, daß ich das ignoriere, was mit Stalin gewesen ist und welche Verbrechen unter ihm begangen worden sind. Und ich kann mir auch nicht gefallen lassen, daß ich als Kommunist in einen Topf geschmissen werde mit den Planern, Durchführern und Leugnern von Auschwitz. Da fühle ich mich getroffen. Und, wie gesagt, nach Auschwitz ist alles anders. So etwas läßt mir keine Ruhe.

KLAUS KINNER

Prolegomena zu einer Geschichte des deutschen Kommunismus

Am Ende des »kurzen 20. Jahrhunderts«, das als »Jahrhundert der Extreme«, der Krisen und Kriege in die Geschichte eingehen wird, stellt sich die Frage nach den die Geschichte dieses Jahrhunderts bewegenden Kräften neu.¹ Wenngleich der Blick in das kommende Jahrhundert durch mannigfache Unwägbarkeiten verstellt ist, scheint eines deutlich: Das blutige, dem Mittelalter das Attribut finster streitig machende 20. Jahrhundert kann in der Geschichte eine Sonderstellung geltend machen. Erstmals gewann die Menschheit die Fähigkeit zur Selbstvernichtung, erstmals wurde das kapitalistisch-marktwirtschaftliche System über viele Jahrzehnte hinweg ernsthaft in Frage gestellt, erstmals stellte sich dieses System in seiner faschistischen Übersteigerung selbst in Frage.

Mit der »Urkatastrophe« des Ersten Weltkrieges setzte ein Krisenzyklus der bürgerlichen Gesellschaft ein, der erst nach mehr als dreißig Jahren durch das »goldene Zeitalter« des liberalen Kapitalismus abgelöst wurde. Dessen Ende in den siebziger Jahren einerseits und das Ende des »Kalten Krieges« mit dem Zusammenbruch des Sowjetimperiums andererseits warfen jedoch erneut und neue Fragen auf, die solche vom Anfang dieses Jahrhunderts auf globaler Ebene reproduzierten.

Die Geschichte des Kommunismus steht in diesem Spannungsfeld. Die Russische Revolution von 1917 und die von ihr geprägte kommunistische Weltbewegung haben diesem Jahrhundert ihr Signum gegeben. In den Debatten um die Definitionsmacht über dieses zu Ende gehende Jahrhundert ist gegen den Mainstream der konservativen Meinungsmacher geltend zu machen, daß dieses Saeculum ohne den Versuch einer Gesellschaftsalternative, ohne Gegenentwurf, an seinem Ende sich mutmaßlich als ein faschistisch und rechtskonservativ beherrschtes Staatensystem (zumindest in Europa und weiteren Teilen der Dritten Welt) darstellen würde. Der liberale, parlamentarische Kapitalismus hat die Mobilisierung seiner regenerativen Kräfte nicht zuletzt der Herausforderung durch seinen Systemgegner zu verdanken.

Mit Eric Hobsbawm ist zu konstatieren, daß eine der Ironien dieses Jahrhunderts darin besteht, daß die Oktoberrevolution das System, das sie beseitigen wollte, am Ende gerettet hat.

Eine nüchterne Bilanz dieses Jahrhunderts muß jedoch zur Kenntnis nehmen, daß der Parteikommunismus, der von der Oktoberrevolution intendiert wurde, gescheitert ist.

Moderne linke Gesellschaftsanalyse kann nicht einfach an

Klaus Kinner – Jg. 1946.
Prof. Dr. sc., Historiker.
Studium und Forschungsstudium in Leipzig.
Aspirantur in Berlin. 1978-1992 Karl-Marx-Universität bzw. Universität Leipzig.
1981-1990 ord. Professor.
Seit 1992 freiberuflich tätig.
Forschungsschwerpunkte: Historiographiegeschichte, Geschichte des deutschen Kommunismus.
Geschäftsführer der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V.

kommunistischen oder auch linkssozialistischen Ideen anknüpfen.

Das heißt jedoch nicht, daß die Geschichte des Kommunismus im 20. Jahrhundert als Geschichte des Scheiterns einer von Anbeginn verfehlten Idee, als »Schwarzbuch« zu schreiben ist. Geschichte als Resultante divergierender Interessen, als offenes System zu begreifen, heißt auch, sie nicht vom Resultat, dem jeweils vorläufigen, zu begreifen. Geschichte ist insofern nicht nur nach vorn, sondern in gewisser Weise auch nach hinten offen.

Der Kapitalismus des 19. Jahrhunderts als vorwiegend extensiv erweiterter Reproduktionstyp war an Wachstumsgrenzen gestoßen. Der Übergang zum vorwiegend intensiv erweiterten Reproduktionstyp vollzog sich in einer Strukturbruchkrise. Der liberale Kapitalismus geriet in eine Weltkrise, dessen krassester Ausdruck der Erste Weltkrieg war, der von den Zeitgenossen als Menschheitskatastrophe empfunden wurde. Der Kommunismus vom Typ der Oktoberrevolution war nicht das Ergebnis der Verschwörung bolschewistischer Geheimzirkel, sondern Reaktion auf diesen Weltzustand.

Die radikale Infragestellung des kapitalistischen Systems dieser Zeit war die folgerichtige Reaktion der Volksmassen auf ein als unerträglich empfundenen Regime der Unterdrückung und des Völkermordens.

Die Russische Revolution 1917 wirkte als Initialzündung für einen revolutionären Prozeß, der erstmals den Weltkapitalismus erschütterte.

Da jedoch Deutschland und die anderen industriellen Zentren diese Erschütterungen überstanden, verblieb die sich als sozialistisch deklarierende Sowjetmacht letztlich in den Strukturen kapitalistischer Reproduktionsmechanismen. Das sozialistisch intendierte politische System in Sowjetrußland vermochte der staatskapitalistischen Realität z. T. bemerkenswerte Zugeständnisse abzutrotzen, den sozialistischen Zielvorstellungen näherte es sich je länger desto weniger. Gleichwohl gingen von diesem Projekt nicht nur Faszination, sondern auch Impulse aus, die die Welt real veränderten.

In dem Maße, in dem sich Realität und sozialistische Utopie in der sowjetrussischen Entwicklung entkoppelten, gewann die Berufung auf diese Entwicklung in der kommunistischen Bewegung quasireligiöse Züge.

Deutscher Kommunismus ist jedoch nicht nur aus der Prägung durch den Impuls der Oktoberrevolution zu erklären. Er hat eigenständige Wurzeln in der deutschen Arbeiterbewegung. Insgesamt aber ging der deutsche wie der entstehende Weltkommunismus von drei Prämissen aus, die unter den obwaltenden Bedingungen der ersten Nachkriegsjahre nicht nur Kommunisten als durchaus realistisch erschienen:

Erstens konnte man annehmen, daß der Kapitalismus mit Krieg und Nachkriegskrise am Ende seiner Entwicklungsmöglichkeiten angelangt sei und sein Zusammenbruch bevorstünde.

Zweitens schien die sich behauptende Revolution in einem Riesenreich wie Rußland nur denkbar als Auftakt einer Weltrevolution.

Drittens glaubten nicht nur Kommunisten an die langfristige

wirtschaftliche Überlegenheit des Sozialismus, und sei es nur in einem Lande. Die Faszination, die später von der sich entwickelnden Planwirtschaft auch und gerade für bürgerliche Ökonomen ausging, belegt dies eindrucksvoll.

Diese Prämissen erwiesen sich – vor allem nach dem Ausbleiben der deutschen Räterepublik – von Jahr zu Jahr als weniger haltbar. War ein utopisches Moment, das jeder revolutionären Bewegung und Theorie notwendig eigen ist, in den frühen Jahren durchaus produktiv, so wurde es mit dem Eintritt in die nach- und nichtrevolutionäre Phase der Zwischenkriegsentwicklung in Gestalt des Beharrens auf dem zwangsläufig heranreifenden Zusammenbruch des Imperialismus und der gleichsam naturgesetzlich obsiegenden Weltrevolution kontraproduktiv, wurde es zum Gedankendogma, das kreative Ansätze konterkarierte.

Eine Analyse der Geschichte des deutschen Kommunismus muß der Darstellung des Verhältnisses von Theorie und Politik breiten Raum geben. Dabei erscheint die Rekonstruktion des Selbstverständnisses der deutschen Kommunisten als zentrale Fragestellung, die aus der Jahrhundertperspektive eine Gesamtsicht ermöglichen kann.

So war eine entscheidende Frage dieses Selbstverständnisses die nach dem Bild, welches sich die deutschen Kommunisten vom Kapitalismus resp. Imperialismus machten. Es war dies die Frage danach, in welchem Verhältnis das sich wandelnde Kapitalismusbild zu den Reaktionskonzepten der KPD auf die sie umgebende gesellschaftliche Wirklichkeit stand. Rosa Luxemburgs Akkumulationstheorie als Grundlegung des deutschen Kommunismus und Durchsetzung der leninistischen, nicht unbedingt Leninschen, Imperialismustheorie stehen als Eckpunkte, zwischen denen eine Vielfalt von Theorie- und Politikansätzen changierten.

Aus diesen Ansätzen ergaben sich Handlungsspielräume für realistische Politik oder abenteuerliche weltrevolutionäre Konzepte.

Damit stellen sich Fragen, die nicht mit rein theoriegeschichtlichen Analysen beantwortbar sind. Ihre Beantwortung erfordert die Einbeziehung mentaler Befindlichkeiten. Die Existenz zweier in der Arbeiterbewegung wurzelnder Massenparteien in Deutschland zwischen 1918/1919 und 1933 sowie in den Jahren 1945/1946 wirft die Frage nach ihrer mentalen, sozialpolitischen und ökonomischen Verankerung auf. Es existierte auf der Basis gemeinsamen Herkommens sowohl ein sozialdemokratisches als auch ein kommunistisches Milieu, das sich in der Lebenspraxis vielfach überlappte.

Es ist zu fragen, inwiefern und inwieweit solche mentalen und milieugeprägten Verortungen dispositiv für politisch-ideologische Standorte wirkten.

Das Selbstverständnis deutscher Kommunisten war insofern auch Reflex gelebten Lebens und sozialen Milieus.² Politische Strömungen in der KPD erklären sich nicht zuletzt aus solchen in der Forschung noch wenig hinterfragten Zusammenhängen. In diesem und in zahlreichen anderen Zusammenhängen stellt sich für die Geschichte der KPD, für die Rekonstruktion kommunistischen Selbstverständnisses, die Frage nach dem Selbst- und dem

Fremdbild. Die rigide Ausgrenzung und Stigmatisierung der Kommunisten durch die überwiegend konservativ geprägte Weimarer Gesellschaft und die Atmosphäre der als Bruderkampf begriffenen Auseinandersetzung mit der Sozialdemokratie erschwerten das »Ankommen« der Kommunisten in der Weimarer Demokratie außerordentlich. Verhärtung, Abschottung nach innen und revolutionärer Attentismus nach außen waren auch Folgen dieser Ausgrenzung.

Selbstbestimmung kommunistischer Identität und das zunehmende Maß der mit der Durchsetzung stalinistischer Strukturen in der KPD einhergehenden Fremdsteuerung prägten als Gegenpole Selbstverständnis und Mentalität der deutschen Kommunisten entscheidend. Es geht aber an der Realität vorbei, anzunehmen, eine Massenpartei wie die KPD könnte auch unter den Bedingungen der Dominanz dieser Strukturen und Politikmuster im Rahmen einer parlamentarischen Demokratie total fremdgesteuert werden. Es stellt sich so die Frage nach den eigenständigen Wurzeln einer Politik und deren Verinnerlichung durch große Teile der Mitgliedschaft, die nur unscharf traditionell als linksradikal bezeichnet wird, war sie doch eher linksfundamentalistisch und -traditionalistisch.

Gleichzeitig ist nach den Quellen und Wurzeln demokratischer, humanistischer, antifaschistischer Normen zu fragen, die die Kommunisten und ihre Anhängerschaft zur stärksten Kraft des Widerstandes werden ließen. Besonders hier scheidet stalinistische Fremdsteuerung als Impuls weitgehend aus.

Eine Geschichte der KPD hat zu differenzieren zwischen dem Scheitern des kommunistischen Parteityps, der im Gefolge der Oktoberrevolution entstanden war, und der kommunistischen Massenbewegung in und um die kommunistischen Parteien, die die in hohem Maße basisdemokratischen Intentionen der Volksmassen bündelte, bewahrte und in mannigfaltigen Substrukturen weiterführte.

Eine Neubefragung der Geschichte des deutschen Kommunismus in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts mit den Erfahrungen und Erkenntnissen des zu Ende gehenden Saeculums sieht sich in vielschichtige Traditionsbezüge gestellt.

In der Selbstsicht der KPD gerann die Geschichte des deutschen Kommunismus im Maße der Durchsetzung der Doktrinen des Stalinschen Leninismus zur Vorgeschichte und Geschichte der Partei Thälmanns. Die Bündelung der KPD-Traditionslinie im Obsiegen der Leninisten im »Thälmannschen Zentralkomitee« reduzierte die Geschichte der KPD und des deutschen Kommunismus auf ein Zerrbild. Die Vielfalt und der Reichtum der Strömungen im deutschen Kommunismus gingen in dieser Sicht nicht nur verloren, sondern sie wurden zudem als gefährliche Abweichungen stigmatisiert. Diese mit dem Begriff Thälmann-Legende verkürzt zusammenzufassende, im Stalinismus wurzelnde Geschichtsfälschung wurde durch die SED-Propaganda und Geschichtsschreibung mit Mitteln der Literatur, der Filmkunst etc. jahrzehntelang wirksam verbreitet und durch einen beträchtlichen Teil der DDR-Bevölkerung verinnerlicht. Die tatsächliche Differenziertheit und

Vielfalt des deutschen Kommunismus traten hinter diesem Thälmann-Mythos zurück.

Da jede der SED-Führungen sich in der direkten Nachfolge dieses »Thälmannschen Zentralkomitees« begriff und mangels hinreichender demokratischer Legitimation der Rückgriff auf diese Tradition die jeweilige »Erbfolge« begründete, war ein kritisches Aufbrechen dieser Legende innerhalb der DDR-Geschichtsschreibung bis zu ihrem Ende blockiert. Hinzu kam, daß die Chance der radikalen Erneuerung marxistischen Denkens im Umfeld und in der Folge des XX. Parteitages der KPdSU nicht genutzt wurde. Die Stalinismuskritik blieb halbherzig, bewußt oder unbewußt verschleiern, entstellend und letztendlich verfälschend.

Die gezielte Ausblendung der Vielfalt und in sich reichen wie widersprüchlichen Gedankenwelt sozialistischen Denkens, die Dominanz des Macht- und Sicherheitsdenkens in Freund-Feind-Kategorien führte zu einer partiellen Kritik an Stalin, die einer Rettung des Stalinismus im Gewand des Poststalinismus gleichkam.

In der historischen Analyse spielte das Leninismus-Axiom eine entscheidende Rolle. Die Kritik an Stalin – der Begriff Stalinismus war ein gegnerisches Unwort – führte zu einer subjektiv ehrlichen oder auch demagogischen Rückbesinnung auf Lenin. Indem diese Rückbesinnung sich jedoch des Leninismus-Begriffs bediente, rettete sie das Stalinsche Konstrukt des Marxismus-Leninismus, das in Lenins Werk die allgemeingültige Weiterentwicklung des Marxismus im 20. Jahrhundert sah. Damit wurden Politik und Theorie der Arbeiterbewegung mit dem Maßstab des Leninismus gemessen, Rosa Luxemburg zwar vor dem Rufmord Stalins in Schutz genommen, jedoch danach bewertet, wie sie als Theoretikerin in der Leninschen Periode der Entwicklung des Marxismus sich der Erkenntnis Lenins angenähert hatte. Eigenständige Beiträge wurden nach ihrer Kompatibilität mit dem leninistischen Paradigma bewertet.

Auch die Arbeiten des Verfassers in den siebziger und zum großen Teil auch noch in den achtziger Jahren blieben diesem Paradigma verhaftet. In ihrem Rahmen waren begrenzte Erkenntnisfortschritte möglich, auch eine Mimikry, die die Vielfalt marxistischen Denkens als leninistisch in den eingeschränkten Diskurs einbrachte.

Im Verlaufe der achtziger Jahre differenzierte sich die geschichtswissenschaftliche Debatte auch in solchen Bereichen, die als innerer Zirkel der Parteigeschichtsschreibung begriffen wurden. Mit der Analyse des Bildes, das sich die Kommunisten vom Kapitalismus machten, gelang ein realistischer Ansatz zur Erklärung ihrer strategischen Konzepte. Eigenständige Forschungsergebnisse gerieten immer stärker in Konflikt mit der parteioffiziellen Legendenbildung, in deren Zentrum das »leninistische Zentralkomitee unter der Leitung Ernst Thälmanns« stand. Gleichzeitig behinderten eigene Denkblockaden den radikalen Bruch mit diesem Geschichtsbild.

Die mit der Perestrojka einhergehende Revision der Geschichte der kommunistischen Bewegung blieb inkonsequent, führte jedoch

gerade in der DDR – weit über die Historikerzunft hinaus – zu einer Erschütterung poststalinistischer Geschichtsmonumente und auch zu verschärften Auseinandersetzungen innerhalb der Geschichtswissenschaft. Dennoch bedurfte es weiterer Einsichten in den Verlauf geschichtlicher Entwicklung, bis deutlich wurde: Das Projekt Oktoberrevolution ist gescheitert und mit ihm der Parteilokommunismus bolschewistischen Typs. Erst mit der Einsicht dieses Scheiterns eröffneten sich neue Perspektiven. Der schmerzhafteste Bruch mit dem Paradigma des Marxismus-Leninismus ermöglichte es jedoch, der Frage nach den Gründen des Scheiterns und möglichen Alternativen nachzugehen.

- 1 Diese und andere Überlegungen des Verfassers sind dem grandiosen monumentalen Essay Eric Hobsbawns verpflichtet (siehe Eric Hobsbawm: Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, München, Wien 1995).
- 2 Siehe Klaus Michael Mallmann: Kommunisten in der Weimarer Republik. Sozialgeschichte einer revolutionären Bewegung, Darmstadt 1996.

HELMUT DAHMER

»Ohne Geld keine Revolution.
Und auch keine Edition ...«

CHRISTOPH JÜNKE: Bei der Diskussion um das Erbe der Oktoberrevolution und des Stalinismus werden noch immer die Alternativen der Linken Opposition und Trotzki kaum mitbedacht. Warum ist diese Alternative nicht präsent? Warum wird unter linken Intellektuellen stattdessen nur über die »Linie Luxemburg-Gramsci« diskutiert, unter Ausklammerung der Position Trotzki's?

HELMUT DAHMER: Das müssen wir realistisch, das heißt historisch sehen. Trotzki's Rolle in der Revolution, als Vorsitzender des Petrograder Arbeiterrats, Organisator des Oktoberaufstands und der Roten Armee, wird in jedem Artikel über die Ereignisse von 1917 erwähnt. Der »Rest« seiner Theorie und Praxis liegt außerhalb des Interesses und der Kenntnis. Rosa Luxemburg und Antonio Gramsci hatten nicht direkt Anteil an der russischen Revolution. Luxemburg, die die Oktoberrevolution enthusiastisch begrüßte und die undemokratische Selbstbehauptungspolitik der Bolschewiki attackierte, ist im Januar 1919 in Berlin erschlagen worden. Gramsci engagierte sich für die Dritte Internationale, gründete 1921 die KPI, lebte anschließend zwei Jahre in der Sowjetunion, ging 1924 nach Italien zurück, wurde aber schon 1926 verhaftet und verbrachte (bis zu seinem Tod im Jahre 1937) elf Jahre im Gefängnis. Leben und Schriften Luxemburgs und Gramscis sind ungleich weniger mit dem Projekt »Russische Revolution und Komintern« verknüpft, als das bei Trotzki der Fall ist. Über Trotzki's spätere Schicksale, über seine theoretische und organisatorische Praxis in den Jahren 1923-1940, ist im allgemeinen wenig bekannt, abgesehen davon, daß er im August 1940 im mexikanischen Exil von einem Agenten Stalins (Ramon Mercader) ermordet wurde.

CHRISTOPH JÜNKE: Aber es müßte doch eigentlich ein großes Interesse an Trotzki geben, weil gerade er gezwungen war, sich mit dem Niedergang der Revolution und mit dem daraus resultierenden Regime auseinanderzusetzen. Luxemburg und Gramsci konnten das nicht. Luxemburg ist viel zu früh umgekommen, Gramsci war im Kerker. Man geht der Auseinandersetzung mit dem sich stalinsierenden Regime aus dem Wege, wenn man sich auf die Linie Luxemburg-Gramsci zurückzieht.

HELMUT DAHMER: Das ist richtig. Und das hängt damit zusammen, daß von den heutigen »Linken«, speziell von den westdeutschen,

Helmut Dahmer – Jg. 1937, Prof. Dr. phil. habil.; studierte Soziologie, Philosophie und Literaturwissenschaft in Bonn, Göttingen und Frankfurt a.M. Er lehrt Soziologie an der TH Darmstadt. Von 1968 bis 1991 redigierte er die psychoanalytische Monatszeitschrift PSYCHE. Seit 1988 gibt er eine zehnbändige Ausgabe von Schriften Leo Trotzki's heraus. Publikationen u.a.: Pseudonatur und Divergenz (1994); Divergenzen (1996).

Überarbeitete Fassung eines Interviews, das Christoph Jünke mit Helmut Dahmer führte.

sozialwissenschaftlich geschulten Intellektuellen, keiner so richtig weiß, was er sich unter der »Linken Opposition« vorstellen soll. Danach befragt, lautet die Antwort vielleicht: »Ich glaube, das waren die Trotzlisten und so«; im günstigen Fall wird hinzugefügt: »Die haben irgendwelche nicht-Stalinischen Vorstellungen über Industrialisierung entwickelt.« Von der IV. Internationale glaubt man zu wissen, daß es sich um einen dubiosen, zerstrittenen Geheimbund ohne politische Bedeutung handelt. Daß mehr nicht in die Köpfe gedrungen ist, ist vor allem die Folge der Jahrzehnte lang anhaltenden stalinistischen Diffamierung Trotzki's und des Trotzismus und der (daraus resultierenden) Nichtverfügbarkeit seiner Texte. Nur Spezialisten beschäftigen sich heute noch mit den Komintern-Publikationen aus den zwanziger Jahren. Nur in den Buchregalen von 68'ern finden sich noch die Feltrinelli-Reprints von vor dreißig Jahren, ob gelesen, ob nicht gelesen. Zur Geschichte der »Linken Opposition« erschien damals u.a. eine nützliche, aus der Komintern-Presse zusammenkopierte, fünfbandige Dokumentation im Verlag Olle und Wolters. Aber ich kenne keinen heute lehrenden Soziologen, der auch nur einen dieser Bände gelesen hätte. Das (russische) Bulletin der Opposition (das 1929-1941 in 87 Ausgaben erschienen ist) wurde nie ins Deutsche übersetzt. Ebensovienig Trotzki's ausführliche Darstellung seiner politischen Theorie und Praxis vor der (von dem amerikanischen Philosophen John Dewey geleiteten) Untersuchungskommission, die (auf Betreiben Trotzki's) im April 1937 einen »Gegenprozeß« zu den Moskauer Schauprozessen veranstaltete (The Case of Leon Trotsky). Wirkliche Kenntnisse vermitteln die dreibändige Trotzki-Biographie von Isaac Deutscher, die in den Jahren 1954-1963 erschienen ist und später ins Deutsche übersetzt wurde, und die 1988 veröffentlichte Biographie von Pierre Broué, von der eine deutsche Übersetzung im ISP-Verlag herauskommen soll. Aber diese umfangreichen Arbeiten gehören nicht zur »normalen« Lektüre von Intellektuellen, sondern nur zur Pflichtlektüre von Spezialisten...

CHRISTOPH JÜNKE: Im Herbst 1998 sollen die beiden ersten von vier Teilbänden der Trotzki-Schriften zur Linken Opposition und zur IV. Internationale veröffentlicht werden. Worin bestand »linke« Alternative zur Stalinisierung der Revolution?

HELMUT DAHMER: Da muß man etwas ausholen und auf die Ursprünge dieser Revolution zurückgehen. Die relative wirtschaftliche Schwäche des Zarenreichs lähmte seine Kriegsmaschinerie eher als die der anderen kriegführenden Mächte. Die enormen Spannungen zwischen den sozialen Klassen eines rückständigen, ungleichmäßig entwickelten Landes, die sich schon 1905, nach dem verlorenen Krieg gegen Japan, in einer Revolution entladen hatten, führten auch 1917 wieder zu einer politischen Revolte. Die Armee, kriegsmüde Bauern in Uniform, meuterte, strömte von der Front zurück und begann mit der Lösung der Agrarfrage auf eigene Faust. Die landhungrigen, bewaffneten Bauern fanden einen städtischen Verbündeten und eine städtische Führung in dem minoritären, aber in Großbetrieben (wie den Putilow-Werken) kon-

»Die Partei hat den Staatsapparat geschaffen und kann ihn auch wieder neu errichten, solange es sie gibt. Aber wenn es nur den Staatsapparat gibt und nicht die Partei, wird der Staatsapparat die Partei nicht schaffen.«
Leo Trotzki: Die Aufgaben des 12. Parteitages der KPR (5. April 1923), in: Trotzki Schriften. Linke Opposition und IV. Internationale 1923-1926, Bd. 3.1.

»Als wir, nachdem wir die Elementargewalt des Marktes von der Kette gelassen hatten, merkten, daß diese Elementargewalt sich recht bescheiden ausnimmt, begannen wir, nach dem richtigen Verhältnis zwischen der planerischen Prognose und der Koordination der Arbeiten der staatlichen Wirtschaftsorgane einerseits und der spontan wirkenden Arbeit des Marktes andererseits zu suchen... Wenn wir keinen Wirtschaftsplan ausarbeiten, ihn nicht überprüfen und regulieren, ihn nicht im Prozeß der Ausführung überarbeiten, dann zerbrechen unser Transportwesen und unsere Schwerindustrie. Natürlich würde die Schwerindustrie mit Hilfe des Marktes in 10 bis 20 Jahren wiedererstehen, dann aber schon als eine privatkapitalistische Industrie. Darin liegt das Wesen der Sache, Genossen.«
 Leo Trotzki: Rede auf dem 12. Parteitag über die Industrie (20. April 1923), in: Ebenda.

zentrierten Proletariat und in dessen politischen Parteien. Das Programm der Revolution lautete: »Frieden sofort!« und »Das Land den Bauern!« Keine der Provisorischen Regierungen zwischen März und November 1917 war bereit, dies Programm zu dem ihren zu machen und es als ein Sofortprogramm zu realisieren. Einzig die bolschewistische Minderheit, eine Partei von (im April 1917) 40.000 Mitgliedern, versprach, eben diese Forderungen zu ihrem Regierungsprogramm zu machen, und eroberte im Laufe des Sommers mit diesem Versprechen die Mehrheit in den städtischen Räten (Sowjets), den basisdemokratischen Massenorganisationen, die zu den Provisorischen Regierungen in Konkurrenz traten und ihnen schließlich die Macht streitig machten. Aus dieser »Doppelherrschaft« erwuchs die dritte Losung der Oktoberrevolution: »Alle Macht den Räten« (bzw. »Nieder mit den kapitalistischen Ministern«). Der bolschewistisch dominierte II. Gesamtrussische Rätekongreß, der am 7. November 1917 zusammentrat, sanktionierte den bewaffneten Aufstand gegen die Kerenski-Regierung und legalisierte (mit dem Dekret über die Nationalisierung des Bodens) die bäuerliche Landnahme. Der vom Sowjetkongreß eingesetzte, aus Bolschewiki und linken »Sozialrevolutionären« zusammengesetzte »Rat der Volkskommissare« war ganz und gar von der Unterstützung der aufständischen Massen abhängig; hätten sie Petrograd nicht gegen die anrückenden konterrevolutionären Truppen verteidigt, hätte die Oktoberrevolution ein rasches Ende gefunden. Die Revolutionsregierung unterstützte auch die Kontrollmaßnahmen der Belegschaften in den Betrieben (die »Arbeiterkontrolle über die Produktion«). Doch erst im Zuge der militärischen Verteidigung der Revolution gegen die »weißen« Armeen und die sie unterstützenden Interventionstruppen der imperialistischen Mächte wurden weitgehende antikapitalistische Maßnahmen ergriffen, unterstellte das revolutionäre Regime die Banken, die Betriebe, das Transportsystem, den Handel und die Presse seiner Kontrolle.

Der bewaffnete Aufstand gegen die Regierung Kerenski, die letzte der Provisorischen Regierungen des Revolutionsjahres 1917, war das Projekt einer Minderheit – zunächst auch nur einer Minderheit unter den Bolschewiki. Die (sozialdemokratische) Mehrheit der russischen und der internationalen Arbeiterbewegung teilte die Einschätzung des »orthodoxen« Marxisten Karl Kautsky, der den Aufstand für ein unverantwortliches, gefährliches Abenteuer hielt und im Hinblick auf die Rückständigkeit des Landes prognostizierte, daß der gegen den »weißen« Terror (der Konterrevolution) gerichtete »rote« Terror schließlich in eine »Staatsklaverei« münden werde.

Die klarste Prognose und theoretische Rechtfertigung der Oktoberrevolution stammte von Trotzki, dem spiritus rector des Petersburger Arbeiterrats von 1905, der 1906 im Gefängnis seinen erst sehr viel später berühmt gewordenen Essay über die Permanenz der Revolution in Rußland schrieb. Darin fand sich der Schlüsselsatz, das Proletariat könne unter bestimmten Umständen in einem wenig entwickelten Land die Staatsmacht früher als in hochentwickelten kapitalistischen Staaten erobern. Und genau das geschah im November 1917.

Nachdem sich die russische Räteregierung – anders als ihre Vorgängerin, die Pariser Commune von 1871 – mit Hilfe der von Trotzki organisierten Roten Armee in einem dreieinhalbjährigen Bürgerkrieg behauptet hatte, der im Frühjahr 1921 mit einem »Pyrrhussieg« (Deutscher), der blutigen Niederschlagung des antibolschewistischen Kronstädter Aufstands, endete, befand sich die durch und durch militarisierte bolschewistische Partei im Alleinbesitz der politischen Macht. 1917 waren die Bolschewiki davon überzeugt, ihre Aktion sei nur ein Vorspiel zur westeuropäischen Revolution: »Wir halten hier nur einen Vorposten der internationalen Revolution und warten Tag für Tag und Jahr um Jahr darauf, daß die deutschen und dann die übrigen westeuropäischen Arbeiter uns zuerst politisch-militärisch und dann wirtschaftlich und technisch zu Hilfe kommen.«

Spätestens im Jahre 1923 aber mußten die Bolschewiki sich (nach dem Scheitern des »deutschen Oktober«) eingestehen, daß die europäische Arbeiterrevolution, die dem Weltkrieg ein Ende gemacht hatte, nirgendwo außer in Rußland zum Siege, d.h. zur Etablierung einer »Arbeiterregierung« geführt hatte, daß also die russische Revolution auf Jahre hinaus isoliert bleiben würde. Die bolschewistische Parteiführung aber, die 1921 die »Fraktionsbildung« illegalisiert und damit die innerparteiliche Demokratie – die letzte verbliebene Insel demokratischer Willensbildung und Kontrolle – entscheidend eingeschränkt hatte, verfügte nun – als eine »Avantgarde ohne Klasse« (Schljapnikow), das heißt ohne Impulse und Kontrolle »von unten« – über eine ungeheure Machtfülle. »Im Namen« des Proletariats kommandierte sie in Staat und Staatswirtschaft und sicherte sich gegen die innere und die äußere Konterrevolution durch den Aufbau eines gewaltigen Repressionsapparats.

Welche Möglichkeiten gab es, das grundlegende Problem einer isolierten Revolution in einem wirtschaftlich zurückgebliebenen Land zu lösen, das heißt: den Rückstand der Arbeitsproduktivität und der Pro-Kopf-Produktion im Verhältnis zu den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern in kurzer oder in mittlerer Frist aufzuholen? Einem Gleichnis Trotzki zufolge mußte das bolschewistische Rußland versuchen, einen Schnellzug mit einem Güterzug einzuholen. (Als die Wirtschaft der UdSSR dann, nach Jahrzehnten und nach der Aufopferung von vielen Millionen Menschen, endlich selbst einem D-Zug vergleichbar war, verfügten die kapitalistischen Konkurrenten, um im Bilde zu bleiben, längst über einen ICE...) Trotzki schrieb: »Wir verfügen über zwei Hebel. Einen kurzen – in Gestalt unserer eigenen wirtschaftlichen Anstrengungen. Auf diesem Felde müssen wir versuchen, unter dem Schutz des staatlichen Außenhandelsmonopols, planmäßig eine rasche industrielle Entwicklung in Gang zu bringen. Diese muß von Anfang an den verbündeten sozialen Klassen, die das revolutionäre Regime stützen, zugutekommen. Nur so läßt sich das Bündnis der städtischen Industriearbeiter mit der Bevölkerungsmehrheit, den (genossenschaftlich organisierten) armen Bauern, aufrechterhalten. Industrialisierung und landwirtschaftliche Modernisierung können durch Besteuerung der wohlhabenden Bauern (»Kulaken«) und durch Exporte finanziert werden. Sollte das funktionieren,

»Der Bolschewik ist nicht nur ein Mensch der Disziplin, nein, er ist ein Mensch, der gründlich nachdenkt, sich zu jeder Frage eine feste Meinung erarbeitet und diese mutig und unabhängig nicht nur im Kampf gegen die Feinde, sondern auch innerhalb der eigenen Organisation verteidigt. Heute ist er in seiner Organisation in der Minderheit. Er ordnet sich unter, denn es ist seine Partei. Aber das bedeutet natürlich nicht immer, daß er unrecht hätte. Vielleicht hat er nur früher als andere eine neue Aufgabe gesehen oder die Notwendigkeit einer Wende erkannt. Beharrlich wird er die Frage ein zweites, ein drittes, ein zehntes Mal aufwerfen.«

Leo Trotzki: Der neue Kurs (8. Dezember 1923), in: Trotzki Schriften. Linke Opposition und IV. Internationale 1923-1926, Bd. 3.1.

»Wenn die kapitalistische Produktion in den nächsten Jahren und Jahrzehnten einen neuen, mächtigen Aufschwung nehmen sollte, dann hieße das, daß wir, der sozialistische Staat, zwar die Absicht haben, vom Güterzug auf einen Personenzug umzusteigen, und das auch tatsächlich zuwege bringen, daß wir aber in Wirklichkeit einen Schnellzug einholen müßten. Einfacher gesagt: Das hieße, daß wir uns in der grundlegenden historischen Einschätzung geirrt hätten. Das würde bedeuten, daß der Kapitalismus seine historische ›Mission‹ noch nicht erschöpft hat, daß die sich entwickelnde imperialistische Phase keineswegs die Phase des Verfalls des Kapitalismus, seiner Konvulsionen und seiner Fäulnis ist, sondern nur die Voraussetzung einer neuen Blüte. Es ist völlig klar, daß unter den Bedingungen einer neuen, langjährigen europäischen und weltweiten kapitalistischen Wiedergeburt der Sozialismus in einem rückständigen Land unmittelbar mit den größten Gefahren konfrontiert wäre. Gefahren welcher Art? Ein neuer Krieg, den auch diesmal das durch den Aufschwung ›befriedete‹ europäische Proletariat nicht verhindern könnte, ein Krieg, in dem unser Feind über ein kolossales technisches Übergewicht verfügte? Eine Flut von kapitalistischen Waren, die ungleich besser und billiger als die unsrigen sind, von Waren, die das Außenhandelsmonopol und danach auch andere Grundlagen der sozialistischen Wirtschaft sprengen? Das ist dann eigentlich schon eine zweitrangige Frage. Leo Trotzki: Kapitalismus oder Sozialismus? (/. November 1925), in: Ebenda.

werden wir – solange wir uns lediglich auf die sowjetischen Ressourcen stützen können und unter dem Druck des kapitalistischen Weltmarkts und der imperialistischen Armeen stehen – den Wettlauf mit den kapitalistischen Wirtschaften verlieren. Der zweite, längere, wirksamere »Hebel«, über den wir verfügen, ist der der revolutionären Außenpolitik...« Es gelte also, alles daran zu setzen, mit Hilfe der Außenpolitik des sowjetischen Staates und der Kominternsektionen einen Ausbruch zu versuchen, sei es nach Osten, nach China, sei es nach Westen, nach Deutschland, England oder Spanien...

Mit diesem (Leninschen) Programm standen Trotzki und die Linke Opposition eigentlich schon 1923/24 allein.

Die stalinistische Alternative dazu war eine propagandistisch-terroristische. Seit dem Herbst 1924 behauptete die Stalin-Fraktion, der Aufbau des »Sozialismus« sei auch in einem rückständigen, isolierten Lande (wie der Sowjetunion) möglich – unabhängig von der Entwicklung der internationalen Revolution. Die Stalin-Politik der nächsten drei Jahrzehnte war der Versuch, die neue, autarkistische Doktrin terroristisch umzusetzen. Das Land wurde wirtschaftlich, militärisch und kulturell abgeriegelt; Generationen von Arbeitern, Bauern und Intellektuellen wurden für eine mühsam beschleunigte Industrialisierung verschlissen. Kautskys Prognose bewahrheitete sich: Die nominell »herrschenden« Klassen wurden einem drakonischen Regime unterworfen; im »Archipel GULag« fronten viele Millionen von Zwangsarbeitern. Führung und Bevölkerung warteten derweil auf bessere Zeiten: auf den Tag, an dem das kapitalistische Weltsystem sich in unlösbare Krisen verwickeln und »zusammenbrechen« würde. Dann werde der sowjetische Staat (bzw. der von der Sowjetunion dirigierte »Block«) mit seiner planmäßig entwickelten Produktivität im Vergleich zu den krisengeschüttelten kapitalistischen Industriestaaten seinen Bürgern ein Mehr an Sicherheit und Wohlstand bieten können und den »Wettlauf der Systeme« gewinnen. Dies utopistische Programm hat Chruschtschow, der stalinistische Reformier des bürokratischen Regimes, noch im Jahre 1961, auf dem 22. Parteitag der KPdSU, erneuert (»die heutige Generation wird im Kommunismus leben«...).

CHRISTOPH JÜNKE: Das hört sich so an, als wären Trotzki und die Linke Opposition wirklich das, was ihnen so oft vorgehalten wurde - frühe stalinistische Industrialisierer einerseits, Exporteure der Revolution andererseits. Wo liegen die Unterschiede?

HELMUT DAHMER: Fangen wir mit dem zweiten, mit dem Etikett vom »Weltrevolutionär auf Teufel komm' raus« an. Der Gedanke, die Revolution notfalls auch militärisch zu »exportieren«, lag für die isolierte bolschewistische Führung nahe. Der gescheiterte Polenfeldzug im Jahre 1920 war (unter anderem) ein Versuch, zu den revolutionären deutschen Arbeitern durchzubrechen. Auch bei der Kooperation mit der Reichswehr (nach Abschluß des deutsch-sowjetischen Rapallo-Vertrags), bei der Waffenhilfe für die türkischen Kemalisten oder bei der Unterstützung des (totgeborenen) deutschen Oktoberaufstandes von 1923 – durch die Entsendung

von militärischen Instruktoren – ging es um verzweifelte Versuche, aus der politisch-wirtschaftlichen Isolation herauszukommen. Che Guevaras militärische Aktionen zur Unterstützung bzw. zur Schaffung von revolutionären Bewegungen im Kongo und in Bolivien waren also nichts Neues. Dergleichen gehörte auch zur sowjetischen und Komintern-Politik der zwanziger und dreißiger Jahre.

Der Gegensatz der Linken Opposition zur Stalin-Fraktion, wahrlich eine Todfeindschaft, beruhte zunächst auf der unterschiedlichen Einschätzung der Möglichkeiten hochindustrialisierter (Deutschland) und ökonomisch zurückgebliebener Gesellschaften (China), mit Systemkrisen fertig zu werden. Die Antwort der Linken Opposition war: Im 20. Jahrhundert lassen sich auch traditionell bürgerlich-kapitalistische Aufgaben – die Zerschlagung des Großgrundbesitzes, die Durchsetzung der Volkssouveränität, die nationale Selbstbestimmung, die ökonomisch-kulturelle »Modernisierung«, die Demokratisierung und die Verwirklichung der Menschenrechte – nur (vollständig) lösen, wenn eine andere Klasse, die Bevölkerungsmehrheit des Stadt- und Landproletariats, sich dieser Aufgaben annimmt.

Die internationale Politik der zunächst noch inhomogen zusammengesetzten Stalinfraktion (die sich durch periodische »Säuberungen« allmählich in einen »Monolithen« verwandelte) diente im wesentlichen dem Hinauszögern eines Krieges durch Aufrechterhaltung des Status quo. Zu diesem Zweck wurden Sozialrevolutionen verhindert oder gelähmt, indem die (in Abhängigkeit gehaltenen und »gesäuberten«, also stalinisierten) nationalen kommunistischen Organisationen gezwungen wurden, in von bürgerlichen Parteien dominierte Bündniskoalitionen, sogenannte »Volksfronten«, einzutreten – wie im China der zwanziger und im Frankreich oder Spanien der dreißiger Jahre. Dieselbe Funktion erfüllte der von der Moskauer Führung oft nach dem Scheitern einer »Volksfront«-Politik angeordnete Kurs der »ultralinken« Abkapselung kommunistischer Parteien, die sie unfähig machte, sich mit anderen Arbeiterorganisationen zu kampffähigen Einheitsfronten zusammenzuschließen. So ermöglichte die (von Thälmann, Remmele und Neumann geführte) KPD den Nazis einen kampflosen Sieg, indem sie in den Jahren 1929 bis 1933 die Sozialdemokratie zu ihrem »Hauptfeind« erklärte, statt mit den nichtkommunistischen Arbeiterorganisationen eine Einheitsfront gegen die Rechte zu bilden. Die Politik der Komintern-Führung und der Komintern-Sektionen war – seit der sogenannten »Bolschewisierung«, das heißt seit der Gleichschaltung der kommunistischen Parteien in den zwanziger Jahren – von der Außenpolitik des sowjetischen Staats unter stalinistischer Führung abhängig.

Die Tausende von Seiten, die Trotzki und andere linke Kommunisten gegen diese Politik geschrieben haben, lassen sich folgendermaßen zusammenfassen: In hoch- wie in unterentwickelten Ländern müsse die organisatorische und konzeptionelle Selbständigkeit der (international zusammengeschlossenen) kommunistischen Arbeiterorganisationen verteidigt werden, die, solange sie in der Minderheit sind, vor der Aufgabe stehen, die in konkurrieren-

»Grobheit und Illoyalität gehen mit Feigheit Hand in Hand. Unsere Plattform wird geheimgehalten. Richtiger: Man versucht, sie geheimzuhalten. Was bedeutet die Furcht vor der Plattform? Das ist klar: *Die Furcht vor der Plattform ist die Furcht vor den Massen.*«

Leo Trotzki: Die Furcht vor unserer Plattform (23. Oktober 1927), in: Trotzki Schriften. Linke Opposition und IV. Internationale 1927-1928, Bd. 3.2.

»Lenin sprach von Grobheit und Illoyalität; das sind längst nicht mehr nur persönliche Eigenschaften, sondern Charakteristika der herrschenden Fraktion, ihrer Politik und ihres Regimes. Es geht dabei nicht um Äußerlichkeiten. Der Glaube an die Allmacht der Gewalt – sogar der eigenen Partei gegenüber – ist vielmehr das Hauptkennzeichen des gegenwärtigen Kurses.«
Ebenda.

den Arbeiterorganisationen reformistischer oder anarchistischer Prägung organisierten Arbeiter zu einer Einheitsfront zusammenzuschließen und sie zum Aufstand zu führen.

Zweifellos hätten sich die in den zwanziger, dreißiger und vierziger Jahren in verschiedenen Ländern bestehenden sozialrevolutionären Potentiale allenfalls mit Hilfe einer solchen Politik, wie sie die internationalistischen Revolutionäre vertraten, aktualisieren lassen. Und eben darum hatte Stalins GPU den Auftrag, »Trotzkisten« und ihresgleichen zu verfolgen und zu vernichten, wo immer ihr das möglich war – in Moskau und in Workuta, in Barcelona und in Paris, in New York und in Coyoacan (Mexiko).

Nun zu der Frage nach den Unterschieden zwischen einer (möglichen) Politik à la Trotzki und der ruinösen Realpolitik Stalins. Nach 1945 hat in (West-)Deutschland u.a. Willy Huhn die These vertreten, es habe zu Stalin keine Alternative gegeben (außer der, das gescheiterte Experiment Sowjetunion abzubrechen); Trotzki sei demnach nur ein »gescheiterter Stalin« gewesen... Zuletzt habe ich dies »Argument« noch einmal vor ein paar Wochen von Robert Steigerwald gehört, der (im Rahmen einer Podiumsdiskussion über die Oktoberrevolution) behauptete, Stalin habe eigentlich nur die Bauernpolitik in die Tat umgesetzt, die Trotzki vorgeschlagen habe. Das ist natürlich Unsinn. Kein Marxist vor Stalin und seiner Gruppe, weder Trotzki, noch Bucharin, hat jemals einen Bürgerkrieg gegen einen Großteil der Bauernschaft erwogen oder praktizieren wollen, – und eben darum handelte es sich ja bei der Zwangskollektivierung während des 1. Fünfjahresplans. Die Marxisten verstanden genug von Ökonomie, um einzusehen, daß dadurch die Existenz des nachrevolutionären Regimes überhaupt in Frage gestellt und die bäuerliche Produktivkraft auf Generationen hinaus zerstört würde. Und sie verstanden genug von der Politik, um zu wissen, daß die Parteidiktatur sich nach einem solchen Krieg gegen die Bevölkerungsmehrheit in eine Despotie verwandeln würde.

Wie sah nun das von der Linken seit 1923 vorgeschlagene Wirtschaftsprogramm aus? Sie plädierten für die probeweise Entwicklung flexibler Wirtschaftspläne; für eine zügige Industrialisierung, finanziert durch eine angemessene Besteuerung der wohlhabenden Schichten der Bauernschaft und durch Exporte (Preobraschenski), geschützt durch das Außenhandelsmonopol. Die Wirtschaftspolitik des Arbeiterstaats sollte ein von konjunkturellen Krisen freies Wirtschaftswachstum gewährleisten, die Stellung der Arbeiterklasse stärken, ihren Lebensstandard kontinuierlich erhöhen. Und sie sollte sich für die bäuerliche Mehrheit des Landes »auszahlen«, um das 1917 geschlossene Bündnis (die »Smyschka«) zwischen der städtischen Arbeiterschaft, den kleinbürgerlich-bäuerlichen Schichten auf dem Land und der Dorfarmut zu stabilisieren. Die planwirtschaftlich beschleunigte, nachholende Industrialisierung sollte die technischen Voraussetzungen (Traktoren, Düngemittel) für eine allmählich sich entfaltende Genossenschaftsbewegung auf dem Lande schaffen und unter der demokratischen Kontrolle reaktiver Arbeiter- und Bauernräte vonstatten gehen.

Das russische Proletariat des Jahres 1917 hatte sich binnen fünf

Jahren durch Flucht aufs Land, Tod im Bürgerkrieg und durch sein Aufgehen in der neuen Staats- und Verwaltungsbürokratie als soziale Klasse mehr oder weniger aufgelöst. Die überlebenden Arbeiter-Sozialisten der Vorkriegszeit und die Veteranen der Revolution und des Bürgerkriegs gingen in dem unter der »Neuen Ökonomischen Politik« (NEP) und der Neo-NEP aus der Bauernschaft rekrutierten neuen Proletariat unter. Die sowjetische Arbeiterschaft war der bolschewistischen Staatspartei (und ihren Fraktionen) kein Partner mehr, geschweige denn ein Widerpart. Der vom Parteisekretariat rekrutierte und gesteuerte, von der Geheimpolizei überwachte (und periodisch »gesäuberte«) Funktionärskader der KPdSU – mit dem Zentraldespoten und seiner Gang an der Spitze – behauptete sich jahrzehntlang (während des heißen und während des kalten Krieges) erfolgreich als einziger politischer Akteur der Sowjetgesellschaft. Schon in den zwanziger Jahren fungierte nur eine kleine Minderheit der reproduzierten sowjetischen Arbeiterklasse noch als eine »Klasse für sich«. An diese Minderheit appellierten die verschiedenen kommunistischen Oppositionsgruppen in und außerhalb der KPdSU in den Jahren vor der Errichtung der Stalin-Despotie (1937). Diese politikfähige Minderheit des Proletariats fiel dann ebenso wie die kommunistischen Oppositionellen dem Massenterror zum Opfer, der von oben durchgepeitschten Industrialisierung und Zwangskollektivierung der dreißiger Jahre folgte.

Als die Stalin-Fraktion das Land (nach dem Bruch mit der von Bucharin geführten Parteirechten) von Panik ergriffen in das Abenteuer des 1. Fünfjahresplans stürzte, das heißt, 5 Jahre zu spät und autokratisch die Industrialisierung in Angriff nahm, warnte der helllichtige Christian G. Rakowski (der bis 1934 die Linke Opposition in der Sowjetunion anführte), ein solcher Versuch, einen Teil des Leninschen und des oppositionellen Wirtschaftsprogramms ohne dessen politische Voraussetzungen zu realisieren – sich also statt Lenins Programm »Sowjetmacht plus Elektrifizierung« auf eine »Elektrifizierung ohne Sowjetmacht« zu beschränken –, müsse zu einem Desaster führen, »zum Einsturz des ganzen sozialistischen Baus«.

Im (späteren) stalinistischen Wirtschaftssystem wurden Produktionsmittel – worauf Ernest Mandel in Debatten über den Charakter der stalinistischen Sowjetunion hingewiesen hat – marktfrei akkumuliert. Das Geld spielte im Sektor der Produktionsmittel-Produktion als Wertmesser kaum mehr eine Rolle. Trotzki trat Zeit seines Lebens unter Berufung auf das institutionelle Erbe der Oktoberrevolution, die verstaatlichten Produktionsmittel, dafür ein, den Sowjetstaat gegenüber seinen imperialistischen Gegnern zu verteidigen (und im Zuge dieser Verteidigung Stalins Despotie zu stürzen). Seine Charakteristik der stalinistischen Sowjetunion lautete (1936): In diesem System gehören die Produktionsmittel dem Staat; der Staat aber gehört der Bürokratie. Daß der Staat der Bürokratie gehörte und sie vermöge des Staates autokratisch über die Produktionsmittel verfügen konnte, verhalf der Partei- und Staatsbürokratie zu einer irreversiblen Übermacht über das in den dreißiger und vierziger Jahren aus der Landbevölkerung rekrutierte neue Industrieproletariat, das zahlenmäßig die Arbeiterschaft

»Die Personenauswahl durch das Sekretariat, die Apparat-Gruppierung der Stalin-Leute verselbständigte sich unabhängig von der politischen Linie. Deshalb gab Lenin, sein Ausscheiden aus der politischen Arbeit vor Augen, der Partei seinen letzten Rat: Entfernt Stalin (aus dem Amt des Generalsekretärs), denn er kann die Partei zur Spaltung und in den Untergang führen. Die Partei hat von diesem Rat nicht rechtzeitig erfahren; ein sorgfältig ausgewählter Apparat hat ihn verheimlicht. Die Folgen davon haben sich in ihrer ganzen Größe vor uns aufgetürmt. Die führende Fraktion glaubt, sie könne mit Gewalt alles erreichen. Das ist ein kardinaler Fehler. Die Gewalt kann eine bedeutende revolutionäre Rolle spielen. Aber nur unter der Bedingung, daß sie der richtigen Klassenpolitik untergeordnet bleibt.«
Ebenda.

»Die Produktivkräfte sind mit einem nationalen Rahmen nicht vereinbar... Die Produktivkräfte der kapitalistischen Länder passen schon längst nicht mehr in den Rahmen des Nationalstaats. Aber eine sozialistische Gesellschaft kann man nur auf der Basis der fortgeschrittensten Produktivkräfte aufbauen, auf der Elektrifizierung, auf der Chemisierung der Produktionsprozesse, auch in der Landwirtschaft, auf der Kombination, der Verallgemeinerung und der Fortentwicklung der avanciertesten gegenwärtigen Technik. Seit marx wiederholen wir, daß der Kapitalismus nicht in der Lage ist, mit den von ihm gerufenen Geistern der neuen Technik fertigzuwerden, die nicht nur die privatrechtliche Hülle des bürgerlichen Eigentums, sondern auch, wie der Krieg von 1914 zeigte, den nationalen Rahmen des bürgerlichen Staates sprengt. Der Sozialismus soll aber vom Kapitalismus nicht nur die höchstentwickelten Produktivkräfte übernehmen, sondern sie auch unverzüglich weiterentwickeln, steigern und ihnen eine im Kapitalismus nicht gekannte Entfaltung ermöglichen. Wie kann nun aber der Sozialismus, so fragt man sich, die Produktivkräfte in den Rahmen des Nationalstaates zurücktreiben, wenn sie schon unter dem Kapitalismus ungestüm aus ihm ausgebrochen sind? Oder sollen wir auf die ›ungezügelter‹ Produktivkräfte verzichten, denen es im nationalen Rahmen und folglich auch im Rahmen der Theorie des Sozialismus in einem einzelnen Land zu eng ist, und uns auf die gezähmten, sozusagen heimischen Produktivkräfte beschränken, d.h. auf eine

der Revolutionszeit weit hinter sich ließ. Die jahrzehntelang währende Mangelwirtschaft und die sie sichernde bürokratische Herrschaft (in ihrer terroristischen und in ihrer »liberalisierten« Variante), vor allem aber der politische Genozid der dreißiger Jahre hat, das sowjetische Proletariat dauerhaft gelähmt, das heißt, als eine politikfähige soziale Klasse ausgeschaltet. Zu einer antibürokratischen, politischen Revolution gegen die »usurpatorische« (oder »substitutionalistische«) Bürokratie kam es in der Nachkriegszeit zwar an der Peripherie des »sozialistischen« Blocks (in der DDR, in Ungarn, der CSSR und Polen), nie aber in dessen Zentrum, der UdSSR. Auch in den letzten Jahren der Sowjetunion gab es zwar Defensivstreiks, bei denen vereinzelt auch politische Forderungen erhoben wurden, es fanden sich aber keine proletarischen Verteidiger der Staatsindustrie, die willens und in der Lage gewesen wären, diese, sieben Jahrzehnte nach der Revolution, in eigene Regie zu übernehmen, das heißt, sich selbst zu einer real herrschenden Klasse zu machen.

CHRISTOPH JÜNKE: Hat Trotzki dem nicht Rechnung getragen, als er Ende der 30er Jahre zwar noch zur Verteidigung der Sowjetunion aufrief, aber zunehmend darauf insistierte, daß aus der UdSSR keine Erneuerung mehr zu erwarten sei, nur noch vom Westen?

HELMUT DAHMER: Auch die IV. Internationale hat in bezug auf die Sowjetunion in der Erwartung gelebt, daß der nichtkapitalistisch organisierte Zentralsektor der sowjetischen Ökonomie – günstige internationale Verhältnisse vorausgesetzt – die Reproduktion eines zur politischen Revolution fähigen SU-Proletariats begünstigen werde. Dem entsprach das Festhalten an dem Terminus »bürokratisch entarteter Arbeiterstaat«, wenn es um die soziologische Charakteristik des stalinistischen und nachstalinistischen Rußland ging.

CHRISTOPH JÜNKE: Welches Licht wirft der Zusammenbruch des ehemaligen »realen Sozialismus« auf die trotzkistische Bewegung, die sich nie richtig entfalten konnte?

HELMUT DAHMER: Seit 1923, das heißt seit dem sowjetischen Thermidor, war die Sowjetunion nur noch potentiell ein »Arbeiterstaat«. Die These, die Arbeiterklasse sei zwar aktuell durch die usurpatorische Bürokratie (und deren politische Agentur: die stalinisierte KPdSU) entmachtet, habe aber wegen der noch existenten nichtkapitalistischen Wirtschafts- und Lebensformen eine reale Chance, wieder an die Macht zu kommen, war – mindestens seit dem Massenterror der dreißiger Jahre – unrealistisch.

Aber auch die Hoffnung, das quantitativ wachsende Weltproletariat werde in absehbarer Zeit imstande sein, die Basis-Institutionen der kapitalistischen Gesellschaft durch revolutionäre Intervention zu ändern und eine nachkapitalistische Weltordnung herbeizuführen, die den Individuen mehr Wohlstand, Freiheit, Gleichheit und Partizipation garantiert, als es die höchstentwickelten kapitalistischen Gesellschaften (zu ihrer besten Zeit) vermochten, also ein Leben ohne Mangel, Krieg und staatliche Repression, ist enttäuscht

worden. Das enorme quantitative Wachstum der freien Lohnarbeiterschaft im Weltmaßstab ist bisher nicht in eine neue Qualität des politischen Handelns umgeschlagen. In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts hat es keinen Versuch zur Umgestaltung der kapitalistischen Gesellschaft gegeben, der einen Vergleich mit der Pariser Commune (1871), mit den russischen Revolutionen von 1905 und 1917, mit der deutschen Novemberrevolution von 1918 oder mit der spanischen Revolution von 1936 aushielte. Mit dem Zweiten Weltkrieg sind wir in eine Phase der Entwicklung der bürgerlichen Weltgesellschaft eingetreten, in der es keine international organisierte, revolutionäre Arbeiterbewegung mehr gibt. (Die 1938 ins Leben gerufene IV. Internationale ist deren Platzhalter.) Die spektakulären Nachkriegs-Revolutionen in China, Jugoslawien und Kuba, die antikolonialistischen Aufstände und Befreiungskriege (von Algerien bis Vietnam) haben das Erlöschen einer revolutionären Arbeiter-Massenbewegung in den hochentwickelten kapitalistischen Industriestaaten verdeckt. Auch die Fortexistenz der nachstalinistischen Sowjetunion (und des von ihr dominierten Blocks strukturell assimilierter Staaten) und ihre außenpolitischen Bemühungen um Selbsterhaltung (von der Alimentierung »befreudeter« Parteien bis zu »Stellvertreterkriegen«) haben den Sachverhalt verschleiert, daß dem quantitativen Wachstum der internationalen Arbeiterklasse bisher kein Zuwachs an Spontaneität, Selbstorganisation und Interventionsmacht entspricht. Zu fürchten ist, daß dem schwarzen 20. ein ebenso finsternes 21. Jahrhundert folgt, daß es also in den vor uns liegenden Jahrzehnten nicht weniger Krisen, Kriege und Massaker geben wird als in den hinter uns liegenden. Die Unterdrückten und die »Modernisierungs-Verlierer« werden darauf immer wieder, bald in hoch entwickelten, bald in unterentwickelten Ländern, mit Protesten und Massenstreiks, mit Aufständen und Guerillakriegen antworten. Durchaus möglich sind in den nächsten Jahren auch vereinzelte Erfolge der Linken, sei es ein Wahlsieg der Arbeiterpartei (PT) in Brasilien, sei es eine Ausweitung der Chiapas-Bewegung auf ganz Mexiko. Was sich aber im Vergleich zu der Situation von vor 1914 oder vor 1945 geändert hat, ist zum einen, daß der Versuch, im unterentwickelten Rußland eine Art Brückenkopf des Weltsozialismus zu errichten und zu verteidigen, infolge des Ausbleibens der Revolution in den Zentren der kapitalistischen Entwicklung in Terror und Stagnation untergegangen ist. Zum anderen, daß hinter uns 70 bis 80 Jahre siegreicher (faschistischer, imperialistischer, nationalistischer, militärischer und stalinistischer) Konterrevolutionen liegen. Und daß es (infolgedessen) keine kampffähige, antikapitalistische Arbeiter-Internationale mehr gibt, also keinen Verbund revolutionärer oder auch reformistischer Massenorganisationen, der als Gegengewicht zum internationalen »Finanzkapital« ernstzunehmen wäre. Eine aktive, internationale, antikapitalistische Arbeiterbewegung ist für die jetzige Generation nur noch ein Traum und eine Legende.

Technik der ökonomischen Rückständigkeit?
 Leo Trotzki: Kritik des Programmentwurfs für die Kommunistische Internationale (28. Juni 1928), in: Trotzki Schriften. Linke Opposition und IV. Internationale 1927-1928, Bd. 3.2.

CHRISTOPH JÜNKE: Weil es keine Gruppe von Leuten mehr gibt, die in der Lage wäre, die realen Klassenkämpfe in einer solchen Richtung zu politisieren?

»Bekannte Komintern-Vertreter argumentieren folgendermaßen: Natürlich ist die Theorie des Sozialismus in einem einzelnen Land unhaltbar; aber sie gibt den russischen Arbeitern unter schwierigen Verhältnissen eine Perspektive und hebt ihren Mut. Es ist schwer, den intellektuellen Niedergang von Leuten zu ermesen, die von einem Programm nicht eine wissenschaftlich begründete Orientierung der Klasse erwarten, sondern moralische und erbauliche Theorien, die im Widerspruch zu den Tatsachen stehen, gehören in das Reich der Religion, nicht in das der Wissenschaft. Die Religion aber ist das Opium des Volkes.«
Ebenda.

HELMUT DAHMER: Die Autoren des »Kommunistischen Manifests« setzten (vor 150 Jahren) auf den Dialog zwischen (kommunistischen) Minderheiten, »die sich zum Verständnis der gesamten Entwicklung heraufgearbeitet haben«, und Lohnarbeiter-Massen, die eine Orientierung suchen und aufgrund praktischer Erfahrungen allmählich solchen Minderheiten ihr Vertrauen schenken. Auch die Bolschewiki und die in der Kommunistischen Internationale zusammengeschlossenen Organisationen waren solche Minderheiten, die darauf hofften und politisch darauf hinarbeiteten, das sozialistische Maximalprogramm in ihrer Zeit mehrheitsfähig zu machen. Heute gibt es keine solchen Organisationen. Es gibt nur die kleinen Gruppen, die der IV. Internationale angeschlossen sind oder mit ihr konkurrieren, und versprengte Organisationen mit ähnlicher (revolutionär-marxistischer bzw. libertär-sozialistischer) Orientierung in diesem und jenem Lande, dieser und jener Provinz, dieser und jener Stadt, untereinander zerstritten wie eh' und je. Aber die »Klasse für sich«, ein national oder international der Selbstorganisation fähiges Proletariat, auf das diese politischen Minderheiten sich beziehen, an das sie sich wenden könnten und das ihnen einen Rückhalt böte, sehe ich nicht.

CHRISTOPH JÜNKE: Ist das jetzt, politisch gesprochen, ein Plädoyer für einen linken Liberalismus?

HELMUT DAHMER: Nein. Es sei denn, der »Sozialismus« werde neuerdings nicht mehr bei seinem Namen genannt und (aus Verlegenheit) »linker Liberalismus« getauft. Wenn die Frage aber darauf zielt, was ein isolierter Sozialist oder eine linke Gruppierung heute tun soll, sage ich, daß es zunächst einmal darauf ankommt, zu verstehen, was da alles über uns hinweggerollt ist, nicht nur in den letzten zehn, sondern in den letzten 70 Jahren. Daß wir noch einmal von neuem darüber nachdenken müssen, was von Menschen unserer Orientierung unter anderen geschichtlichen Voraussetzungen versucht wurde und warum es mißlang. Daß wir einsehen müssen, daß das »Maximalprogramm«, die revolutionäre Überwindung des Kapitalismus als eines internationalen Wirtschaftssystems, für unsere Generation nicht mehr – wie noch für die Generation Lenins oder Luxemburgs – auf der Tagesordnung steht. Daß sich in unserer Gegenwart das (frühere) »Minimalprogramm« wie ein Maximalprogramm ausnimmt: Die weltweite Verteidigung der Menschen- und Bürgerrechte, die Verteidigung und Generalisierung der in den kapitalistischen Kernländern etablierten sozialstaatlichen Leistungen für jedermann, der Kampf für den Verzicht auf Kernreaktoren und Kernwaffen, für Abrüstung und für eine Neuverteilung des gesellschaftlichen Reichtums zwischen Arm und Reich auf nationaler und internationaler Ebene...

Die wichtigste Aufgabe eines sozialistischen Intellektuellen sehe ich heute und morgen darin, sich jeder »substitutionalistischen«, also Stellvertreter-Politik zu widersetzen, mit keiner nationalkommunistisch-terroristischen Bewegung oder Diktatur zu paktieren und in Theorie und Praxis die Basis- oder Rätedemokratie zu verteidigen, wie uns das die russische und internationale »Linke

Opposition« in den zwanziger und dreißiger Jahren vorgemacht hat.

Diejenigen sozialistischen Intellektuellen, die mit dem ABC der Sozialwissenschaften vertraut sind, das heißt auch mit den Theorien von Marx, Freud und Trotzki, sollten die Zeit, die uns bis zur nächsten Katastrophe bleibt, für den Entwurf einer kritischen Theorie der Weltgesellschaft am Ausgang des 20. Jahrhunderts nutzen. Und sie sollten alles daransetzen, sich Gehör zu verschaffen, indem sie ihre Diagnosen und Prognosen in einige wenige, für Mehrheiten akzeptable Minimal-Forderungen übersetzen und öffentlich für ein solches »Aktionsprogramm« eintreten.

Die gegenwärtig noch in Gruppen und Sekten organisierten Sozialisten werden noch Jahre brauchen, um sich mit ihrer eigenen Vergangenheit auseinanderzusetzen und sich in der seit 1989 veränderten Welt zurechtzufinden. Sie leben zum großen Teil noch in einer vergangenen Phase der Arbeiterbewegung, sind gleichsam deren Fossile.

CHRISTOPH JÜNKE: Und für solche Gruppierungen gilt das skizzierte Programm einer Selbstreform des Bewußtseins?

HELMUT DAHMER: Ja. Sie müssen die Geschichte ihrer Organisation aufschreiben, wie ihre Vorgänger das in den Ebbezeiten sozialrevolutionärer Bewegungen des 19. Jahrhunderts getan haben. Die politische Tätigkeit solcher überlebender Gruppen der alten Linken ist nicht vergeblich, denn Traditionen werden nicht nur in Gestalt von dicken Büchern und gelehrten Traktaten überliefert. Sie müssen immer auch ein Stück weit »nachgelebt« werden – in Diskussionsklubs und Propagandazirkeln. Die immense Mühe, die es kostet, eine eigene Zeitschrift herauszugeben und einen organisatorischen Zusammenhalt aufrechtzuerhalten, ist nicht vertan. Verliert die enttäuschte und geschlagene Linke ihren organisatorischen Zusammenhalt, dann wird ein Großteil der isolierten Oppositionellen der Faszination, die von den bestehenden Machtverhältnissen ausgeht, erliegen.

CHRISTOPH JÜNKE: Und Helmut Dahmers Beitrag zu einer Erneuerung einer linken Politik ist, neben seiner Vorlesungstätigkeit, die Herausgabe der Trotzki-Schriften?

HELMUT DAHMER: Ja, unter anderem. Ich möchte einen politischen Klassiker des zwanzigsten Jahrhunderts, der dem Bürgertum feind und den Stalinisten ein Greuel war, und bei dem man sich aus erster Hand über die russische Revolution, Stalins totalitäre Despotie, den »Großen Terror« und die Alternativen dazu informieren kann, durch eine wissenschaftliche Edition seiner Schriften für die Überlieferung retten. Bei den Trotzki-Schriften, von denen bisher vier Teilbände (mit je etwa 600 Seiten) erschienen sind, handelt es sich um eine thematisch und chronologisch geordnete Auswahl aus Trotzki zwischen 1900 und 1940 entstandenem Œuvre (20 Bände, also ein Viertel des auf 80 Bände geschätzten Gesamtwerks). Die Ausgabe soll einen zuverlässigen und gut lesbaren Text bieten, der

»Wir verabscheuen die byzantinische Philosophie des Widerrufs, derzufolge die Anerkennung der Einheit der Partei in der Epoche der proletarischen Diktatur den Verzicht auf die Auffassungen bzw. auf die Verteidigung der Auffassungen voraussetzt, die die gegenwärtige Führung, um ihr ›Prestige‹ zu wahren, für unzulässig erklärt und sie sogar entschlossen ist, mit den Mitteln der Staatsmacht zu verfolgen. Wir hielten es für kriminell, hätten wir unseren harten innerparteilichen Kampf in den vergangenen fünf Jahren für Ideen geführt, von denen man sich auf Kommando oder aus Angst vor einem Parteiaus-schluß einfach lossagen könnte. Die Arbeit für die Partei ist vom Kampf für die richtige politische Linie nicht zu trennen. Verächtlich sind Pseudo-Parteimitglieder, die das Risiko eines zeitweiligen Verzichts auf das Parteibuch – eines zweifellos schwerwiegenden Verzichts – höher bewerten als die Pflicht, für die grundlegenden Traditionen der Partei und deren Zukunft zu kämpfen.«

Leo Trotzki: Erklärung an den VI. Kongreß der Kommunistischen Internationale (12. Juli 1928), in: Trotzki Schriften. Linke Opposition und IV. Internationale 1927-1928, Bd. 3.2.

der stilistischen Raffinesse des Historikers und Literaturkritikers gerecht wird. Die ausführliche Kommentierung dient dazu, die Kluft zu überbrücken, die den heutigen Leser von der Erfahrungswelt Trotzki und seiner Generation trennt.

CHRISTOPH JÜNKE: Das hat sich als ein mühsames Unterfangen erwiesen. 1971 hast Du den ersten Anlauf zur Herausgabe einer deutschen Werkausgabe Trotzki gemacht. Nach der Veröffentlichung der Trotzki-Schriften über Deutschland scheiterte dieser Versuch. Ende der achtziger Jahre unternahmst Du einen zweiten Versuch. Vier von ca. 20 Teilbänden sind bereits erschienen, vier stehen kurz vor der Veröffentlichung, zwei weitere sind so gut wie fertig. Eigentlich sollten schon alle Bände veröffentlicht sein. Doch die Arbeit zog sich unerwartet hin. Für den Rest der Edition gibt es nun keine Mittel mehr. Warum die Verzögerungen, warum ist das Gesamtprojekt gefährdet?

HELMUT DAHMER: Unser Team hatte gelegentlich Kontakt zu Wissenschaftlern, die an der MEW- und an der MEGA-Ausgabe mitarbeiteten. Die haben uns erstaunt gefragt: Eure kleine Gruppe produziert diese Bände? Denn sie waren natürlich an eine ganz andere Infrastruktur gewöhnt, an ein Team nicht von drei, sondern vielleicht von 20 hauptamtlichen Mitarbeitern...

Der jeweiligen Thematik entsprechend, machen die wissenschaftlichen Kommentare 20 bis 40 Prozent des Gesamtvolumens der von uns edierten Bände aus. Das ist ein aufwendiges Unternehmen. Es verlangt eine besondere Schulung der Mitarbeiter, die die Kommentare erarbeiten. Zu meinem Erstaunen führte die Delegation von Aufgaben, die Aufteilung der Arbeit unter mehreren Team-Mitgliedern zunächst keineswegs zu einer wesentlichen Beschleunigung der editorischen Arbeit. Es dauerte ein paar Jahre, bis wir verbindliche Standards der Kommentierung, der Textüberarbeitung und Übersetzungskontrolle und entsprechende Kooperationsformen entwickelt hatten. Ich habe seit Mitte der achtziger Jahre zehn, zwanzig Russisch-Deutsch-Übersetzer und Übersetzerinnen geprüft, von denen schließlich zwei, drei den Löwenanteil der bisherigen Übersetzungsarbeit geleistet haben. Als schließlich vier Bände erschienen, zwei weitere weitgehend fertiggestellt waren, wir über eine Spezial-Bibliothek von ein paar tausend Bänden verfügten und den ganzen Betrieb auf EDV umgestellt hatten, verlor die »Hamburger Stiftung für Wissenschaft und Kultur«, die uns bis dahin großzügig gefördert hatte, im Mai 1993 plötzlich das Interesse an dem Projekt und stellte (Ende 1994) ihre Zahlungen ein.

CHRISTOPH JÜNKE: Aus welchen Gründen?

HELMUT DAHMER: Ohne Diskussion und ohne Angabe von Gründen. Aber natürlich dauerte das alles – nach Meinung der Geldgeber – viel zu lange und wurde viel zu teuer. Wir hatten bis dahin eine Anschubfinanzierung von ein paar Millionen Mark erhalten; eine Weiterfinanzierung bis zum Jahre 2002 war in Aussicht gestellt. Wir versuchten dann, die Arbeit an den 4 Teilbänden »Linke

Opposition und IV. Internationale« (insgesamt 2.500 Seiten) zu forcieren und – parallel dazu – die Übersetzungs- und Kommentierungsarbeit für die von uns geplante, vollständige Dokumentation von Trotzki's literaturkritischen Essays (die Bände 5.1 und 5.2) zum Abschluß zu bringen. Die Arbeit an den beiden Teilbänden des geplanten 4. Bandes, in dem erstmals sämtliche Trotzki-Texte zur Theorie der »Permanenten Revolution« dokumentiert werden sollten, mußte (nachdem etwa ein Zehntel der Texte übersetzt worden war) abgebrochen werden.

Ich mußte 1994 die eingearbeiteten, hoch qualifizierten Mitarbeiter entlassen und unser (Frankfurter) Büro schließen. Die Bibliothek wurde, wegen fehlender Räume, auf die Universitäten Mannheim und Darmstadt aufgeteilt.

Trotz aller Schwierigkeiten haben wir knapp die Hälfte des Gesamtprojekts und den Großteil der Erst- und Neuübersetzungen (aus dem Russischen) bewältigt. Die zweite Hälfte der Edition (also die Themenbände 4 und 6-10) wäre, wenn es denn dazu kommen sollte, übersetzungs- und kommentartechnisch leichter zu erarbeiten. (Zur Realisierung der noch »fehlenden« Bände wäre dementsprechend auch nur noch etwa ein Drittel der Gesamtkosten der Edition aufzubringen.) Bei kontinuierlicher Weiterfinanzierung wären die geplanten 10 Themenbände (in 20 Teilbänden) bis zum Jahre 2002 auf dem Markt gewesen...

CHRISTOPH JÜNKE: Was ist nun der Stand der Arbeit?

HELMUT DAHMER: Von den vier Teilbänden des Bandes 3 (»Linke Opposition und IV. Internationale«) sind drei druckfertig, der vierte kann nur als Textband ohne Kommentar erscheinen. Die Bände 3.1 und 3.2 werden im Herbst 1998 herauskommen. Der erste Teilband des Bandes 5, der Literatur-Schriften, ist fertiggestellt und bedarf lediglich einer Schlußredaktion. Da die DFG uns 1997 für die Erstellung der Kommentare zum 2. Halbband (5.2) nur eine halbe Stelle bewilligte, wird sich die Arbeit an diesem Teilband bis Herbst 1999 hinziehen.

Unser Verlag, Rasch und Röhring in Hamburg, hat eine schwierige Zeit hinter sich. Er ist noch immer außerstande, die Herstellungskosten (die pro Teilband immerhin 40.000 DM betragen) vorzuschießen. Obwohl es sich bei diesen Herstellungskosten nicht um einen verlorenen, sondern um einen (aus den Verkaufserlösen) rückzahlbaren Vorschuß handelt, konnten wir bisher weder einen Mäzen, noch eine Stiftung finden, die sich bereitgefunden hätte, einen solchen (vergleichsweise geringen) Betrag auf Zeit in die Trotzki-Edition zu investieren.

Die wirklichen Gründe der derzeitigen Finanzierungsschwierigkeiten bestehen natürlich darin, daß Trotzki im Bewußtsein von Mäzenen und Stiftungen mit der Oktoberrevolution und mit dem Schicksal der Sowjetunion verbunden ist. Mitgefangen – mitgehungen. Er war (neben Lenin) der Hauptverantwortliche für den Oktoberaufstand; er war der Organisator des Sieges der Roten Armee im Bürgerkrieg. In den Augen seiner Kritiker macht es ihn nicht sympathischer, daß er seit 1923 der hellstichtigste und mili-

tanteste Kritiker des sich herausbildenden Stalinismus war, denn Trotzki attackierte Stalins totalitäres Regime, weil es die Arbeiter-selbstverwaltung in der Sowjetunion und Arbeiterrevolutionen in Deutschland oder in Spanien blockierte...

»Das ist doch jetzt alles nur noch Geschichte«, hören wir oft, wenn wir für unser Projekt werben. Mit diesem Argument könnte man freilich auch die Finanzierung einer Machiavelli-, Robespierre-, Fourier- oder Blanqui-Ausgabe ablehnen.

CHRISTOPH JÜNKE: Trotzdem bist Du optimistisch?

HELMUT DAHMER: Ich hoffe, die ersten 9 Teilbände und einen unkommentierten 10. Band bis zum Jahre 2002 auf dem Markt zu haben. Ob sich das Projekt darüber hinaus weiterführen läßt, ist derzeit leider ganz ungewiß. Aber ich habe die Hoffnung, wenigstens einzelne Bände noch realisieren zu können.

Ein Beispiel: Trotzki's Stalin-Biographie wurde vor Jahrzehnten nach einer problematischen (gekürzten) amerikanischen Ausgabe ins Deutsche übersetzt. Sie ist längst vergriffen. Inzwischen ist in den USA eine neue, vollständige, zweibändige Version in russischer Sprache erschienen, die man nur zu übersetzen braucht. Alle Welt redet gegenwärtig (wieder) von »Totalitarismus«. Doch Trotzki's erhellende Studie des Menschen Stalin und des von ihm errichteten totalitären Regimes ist so gut wie unbekannt. Es müßte doch mit dem Teufel zugehen, wenn sich nicht jemand fände, der dieses wichtige und vergleichsweise billige Projekt finanziert. Auch eine erweiterte Version der (ebenfalls vergriffenen) Schriften über Deutschland, also von Trotzki's Faschismus-Analysen, halte ich für realisierbar. Man könnte in eine erweiterte Ausgabe seinen Briefwechsel mit deutschen Emigranten und seine Warnungen vor dem exterminatorischen Antisemitismus aufnehmen.

HELMUT DAHMER: Trotzki sagte einmal, ohne eine gut gefüllte Kasse könne man weder Krieg führen, noch Revolution machen. Ich füge hinzu: nicht einmal eine Edition.

THEODOR BERGMANN

Isaac Deutscher — ein jüdischer Ketzler im Kommunismus

»Wer zur Quelle will, muß gegen den Strom schwimmen« – dieses japanische Sprichwort könnte als Motto über Leben und Tod von Isaac und Tamara Deutscher stehen. Er hatte den Mut und die Kraft, Außenseiter zu sein. Er war Kommunist meist ohne Parteibuch, undogmatischer Marxist, kritischer Bewunderer Leo Trotzki's, gemieden von denen, die Trotzki in Erbpacht genommen hatten, nicht-jüdischer Jude, vaterlandsloser Geselle. Von den Stalinisten wurde er als Agent des Westens, von den Trotzkiisten als Apologet des Stalinismus bezeichnet.

Er war Historiker, der einige bleibende, große Werke geschrieben hat, und Publizist, auch Journalist, der laufende Ereignisse kommentierte und dabei manchmal irrte. Selbstkritisch erklärte er 1963: »Ich gestehe ehrlich, daß ich mich in einem Punkt geirrt habe – ich erwartete zehn Jahre zuvor, daß es heute in Rußland mehr politische Freiheit geben würde ... Ich hätte erwartet, daß bis zu diesem Zeitpunkt eine offene politische Debatte in Rußland möglich sein würde.«¹

Zu gewissen Zeiten des Stillstands der sozialistischen Bewegung zog sich der Revolutionär in den Turm des Beobachters zurück, um aktiv mitzustreiten, sobald wieder Bewegung in die sozialistische Bewegung kam und man ihn brauchte. Sein Status erinnert mich an Albert Einsteins leicht ironische Anekdote. Als dieser einmal nach seiner Staatsbürgerschaft gefragt wurde, antwortete er, es gebe zwei Möglichkeiten. Sollten seine Theorien sich als richtig erweisen, werden die Deutschen sagen, er war ein Deutscher, die Amerikaner, er war ein Amerikaner, die Franzosen, er war ein Weltbürger, er gehört uns allen. Falls aber seine Theorien sich als falsch herausstellen sollten, würden die Deutschen sagen, er war ein Jude, die Franzosen, er war ein Deutscher, und die Amerikaner, er war ein Kommunist.

Isaac Deutscher wurde 1907 – sieben Jahre vor Beginn des Ersten Weltkriegs – im Städtchen Chrzanów in dem Teil Polens geboren, der damals zu Österreich-Ungarn gehörte. Das Elternhaus war jüdisch-orthodox. Aber diese Juden, die im 17. Jahrhundert aus Deutschland (die Deutscher aus Fürth) zugewandert waren, waren zugleich Pioniere der größten deutschen Kulturleistungen. Seine Familie hatte ursprünglich gedacht, der Junge würde ein frommer jüdischer Gelehrter werden. Aber schon sehr bald verließ er die fromme Atmosphäre und näherte sich der sozialistischen Bewegung. Mit zwanzig Jahren trat er dann der Kommunistischen Partei

Theodor Bergmann – Jg. 1916, Stuttgart. Politisch geprägt durch die KPD-O; 1933 Emigration, Landarbeiter im ehemaligen Palästina, der CSR und Schweden. Anfang 1946 Rückkehr nach Westdeutschland, zusammen mit Heinrich Brandler und Waldemar Bolze Herausgeber der »Arbeiterpolitik« bis 1952. 1973-81 Professor für international vergleichende Agrarpolitik an der Universität Stuttgart-Hohenheim. Umfangreiche publizistische Tätigkeit zur Geschichte der Arbeiterbewegung, u.a. 1987 »Gegen den Strom« – die Geschichte der Kommunistischen Partei Deutschlands – Opposition.

1 Isaac Deutscher in einem Interview. Zitiert nach Ludger Syré: Isaac Deutscher – Marxist, Publizist, Historiker. Sein Leben und Werk 1907-1967, Hamburg 1984, S. 393.

Polens (KPP) bei. Er gab eine jiddische sozialistische Zeitung heraus und schrieb für die kommunistische Presse. Da die meisten Artikel und Essays in jener Zeit der Illegalität und Verfolgung ohne Verfassernamen publiziert wurden, wissen wir wenig über seine damaligen Arbeiten. 1932 wurde er aus der Partei ausgeschlossen, weil er die Größe der faschistischen Gefahr erkannte. Die KP-Führung begründete den Ausschluß so: Er »übertrieb die Gefahr des Nazismus und verbreitete Panik in den Reihen der Kommunisten«.²

2 T.D. (Tamara Deutscher): Isaac Deutscher 1907-1967. In: Isaac Deutscher: The Non-Jewish Jew and other essays, London 1981, S. VIII.

3 Vgl. Syr , a.a.O., S. 45.

Es waren also ähnliche Probleme wie in der KPD, die viele Mitglieder in die Opposition gegen den international durchgesetzten ultralinken Kurs trieben. 1931/1932 bildete sich eine Opposition in der KPP, deren Programm folgende Punkte umfaßte: erstens Einheitsfront mit den Sozialdemokraten im Kampf gegen Rechts und den Faschismus, zweitens Einheit der Gewerkschaftsbewegung, drittens Kampf gegen bürokratische Bevormundung, das heißt für innerparteiliche Demokratie.³ Im August 1936 schrieb Deutscher eine Broschüre über den ersten Moskauer Prozeß, in dem er Methoden und Inhalt des Schauprozesses aufdeckte. Im April 1939 konnte er Polen verlassen und ging als Korrespondent einer polnischen Zeitung nach England. Anfangs war er völlig mittellos. Als der Krieg begann, wollte er am Kampf gegen den deutschen Faschismus teilnehmen und meldete sich 1940 zu den von der Londoner polnischen Exilregierung aufgestellten Truppen. Wegen des Nationalismus und Antisemitismus im Offizierskorps und wegen des militanten Antikommunismus dürfte er sich dort nicht besonders wohl gefühlt haben. Sehr bald kam er in ein Straflager in Schottland.

Er hatte begonnen, politische Kommentare zu schreiben, die anfangs von einem Freund übersetzt, später nur noch überprüft werden mußten. Bei Kriegsbeginn hatte er nicht gezögert, die Stalinische Außenpolitik und seine Kriegsziele zu kritisieren – von einer sozialistischen Position aus: »Stalins Handlungsweise war nicht tadelnswerter als die anderer Großmächte, die strategische Stützpunkte besetzt hielten oder zu erwerben trachteten. Aber Stalins Vorgehen gegenüber den baltischen Staaten mußte deshalb so verabscheuungswürdig erscheinen, weil es in schreiendem Gegensatz zu den Grundsätzen stand, zu denen er sich immer bekannt hatte, und weil er zu solch groben Tricks griff, um diesen Widerspruch zu verdecken«.⁴ Jedoch erkannte er auch den Unterschied zur Politik der kapitalistischen M chte und schrieb über die russische Revolution: »Sicherlich, dies war eine Revolution, die auf den Spitzen der Bajonette importiert wurde, eine Revolution, die durch barbarische Mittel in einer Atmosphäre von einer bizarren Mischung aus Sozialismus und asiatischen Methoden ausgeführt wurde. Aber eine Revolution auf den Spitzen der Bajonette und durch barbarische Mittel ausgeführt ist noch immer eine Revolution ...«.⁵ Ebenso kritisierte er, daß Stalin im Juni 1941 faktisch auf die faschistische Invasion nicht vorbereitet war; alle Warnungen vor einem deutschen Angriff schlug er in den Wind: »Er beging jetzt einen jener Fehlritte, wie sie manchmal von  bervorsichtigen Menschen getan zu werden pflegen«. »Die bloße Sturmwarnung schien ihm das Herannahen des Gewitters zu beschleunigen«.⁶

4 Isaac Deutscher: Stalin. Eine politische Biographie, Berlin 1990, S. 571.

5 Isaac Deutscher in *Wiedomo ci Polskie*, Februar 1942. Zitiert nach Deutscher: *Marxism, wars and revolution. Essays from four decades*. Hrsg. Tamara Deutscher, London 1984, S. 23.

6 Deutscher: *Stalin*, a.a.O., S. 579 u. 582.

Die Qualität seiner Artikel und Essays und die Atmosphäre der Kriegsallianz zwischen England und der Sowjetunion führten im Februar 1942 zu Deutschers Anstellung bei der führenden englischen Wochenzeitung »Economist«. 1947 heiratete er die polnisch-jüdische Journalistin und Sekretärin der polnischen Journalisten-Union Tamara Frimer, geboren 1913 in Łódź. Gleich nach Ende des Zweiten Weltkriegs unternahm er als Korrespondent des »Economist« mit Tamara einige Reisen auf den kriegszerstörten Kontinent. In seinen Reportagen nahm er auch zu den Nachkriegsproblemen Stellung. Bei aller Freude über die Niederlage des deutschen Faschismus blieb er kritisch gegenüber den Folgen dieses Sieges und den Methoden der Sieger. Er sah die russische Expansion einerseits positiv als Revolution an, andererseits negativ als Okkupation, die das Selbstbestimmungsrecht des Proletariats des besetzten Landes mit Füßen trat und damit dessen nationale Gefühle beleidigte und verstärkte. Ebenso kritisch äußerte er sich gegen die von den kapitalistischen Siegermächten betriebene Restauration des Kapitalismus. Aus seiner internationalistischen Position heraus protestierte er gegen die Aussiedlungen: »Die Deutschen haben ohne Zweifel Strafe verdient, aber nicht durch diese Art von Folter. Wenn die Polen und Tschechen in ihrer Zivilisation höher als die Nazis eingeschätzt werden möchten, werden sie die Vertreibungen sofort abbrechen«. ⁷ Er lehnte auch die offensichtlich von der Stalinführung initiierte »Zusammenarbeit« der italienischen Kommunisten mit der Regierung des Ex-Faschisten Marschall Badoglio ab. Er wünschte sich stattdessen, die Sowjetunion sollte »ihre Sicherheit in einem unerschütterlichen Bündnis mit den arbeitenden Klassen und fortschrittlichen Kräften der Welt suchen«. ⁸

7 »The Economist«, London 15.9.1945.

8 »Tribune«, London 9.3.1945.

Über Isaacs Gedanken, als er nach Deutschland ging, schrieb Tamara Deutscher: Ihn bewegte »so stark die unausgesprochene Hoffnung, daß er unter den Trümmern des Nazismus vielleicht, vielleicht einige zarte Pflänzchen sozialistischen Denkens entdecken werde, einige Regungen einer echten revolutionären Bewegung, die den Schutt des wilden Nationalismus, Militarismus und Rassismus hinwegfegen würde, die Deutschland überwältigt und Verheerung über ganz Europa gebracht hatten«. ⁹ In seiner Hoffnung auf die Vernunft der Nachbarländer hatte er sich jedoch geirrt. Die Siegermächte – alle vier, nicht nur die Sowjetunion – schufen einen neuen Zankapfel zwischen dem wiedererstarkenden deutschen Kapitalismus, der UdSSR, Polen und der CSR.

9 Tamara Deutscher im Vorwort zu Isaac Deutscher: Reportagen aus Nachkriegsdeutschland, Hamburg 1980, S. 22.

Vom »Economist« ging Deutscher 1946 zur Wochenzeitung »Observer«. Unter Pseudonym schrieb er gleichzeitig für die linkssozialistische »Tribune«. Als der Kalte Krieg begann – mit Churchills Rede in Fulton, Missouri, am 5. März 1946 offiziell eingeläutet –, wandte sich Deutscher von der Tagesjournalistik weitgehend ab, weil er mit seiner sozialistischen Position in den führenden bürgerlichen Zeitschriften kaum Schreibfreiheit bekommen hätte, und begann mit seinen größeren historischen Forschungsarbeiten. Doch schuf er sich ein eigenes Korrespondenzbüro und versuchte, seine Kommentare international unterzubringen.

Über den Kalten Krieg schrieb er 1965 rückblickend: »Man sagt,

im Krieg sei das erste Opfer die Wahrheit. Das gilt umso mehr für den Kalten Krieg, in dem die Wahrheit, ohne die die Menschheit weder zielbewußt noch sinnvoll leben kann, zum wichtigsten und totalen Opfer geworden ist, wie sie es niemals zuvor gewesen ist. Und die Waffen, die den menschlichen Verstand zertrümmern und in Asche verwandeln sollen, sind so mächtig wie die zur physischen Vernichtung produzierten Waffen. In noch einer anderen Hinsicht hat uns der Kalte Krieg einen Vorgeschmack auf den totalen Atomkrieg gegeben: Er kann ebenfalls nicht auf feindliches Gebiet begrenzt werden; er trifft, sogar primär, unser eigenes Land und unsere eigenen Leute, er vergiftet das moralische Gewebe, er zerstört und entstellt das Denken der Bevölkerung in unseren Ländern, das heißt in allen Ländern, die sich am Kalten Krieg beteiligen«.¹⁰

10 Isaac Deutscher: Vietnam in perspective. In: Deutscher: Ironies of history. Essays on contemporary communism, New York 1966, S. 148.

Auch der marxistische Ketzer lebt in seiner Zeit und wird von den herrschenden Strömungen, vom Zeitgeist, in seiner Arbeit beeinflusst – in dieser oder jener Richtung. 1961 schrieb er im Vorwort zur zweiten Auflage seiner Stalin-Biographie: »Als ich den Plan zu diesem Werk faßte, waren Publikum und Presse hierzulande (in England) noch nicht frei von ihnen in der Kriegszeit üblichen Schmeicheleien für Stalin; als ich letzte Hand daran legte, brausten die Flugzeuge der Luftbrücke ohne Unterlaß über Berlin, und Stalin war zum Schurken des Kalten Krieges geworden. Ich glaube aber nicht, daß dieser krasse Wechsel im politischen Klima meine Darstellung Stalins beeinflusst hat: Ich war nie dem Stalinkult verfallen gewesen, und der Kalte Krieg war nicht mein Krieg«.¹¹ Im Postskriptum 1966 gestand er jedoch, er hätte bei nochmaliger Niederschrift die Darstellung anders akzentuiert. Insgesamt fiel dieses Nachwort kritischer gegenüber Stalin aus.

11 Deutscher: Stalin, a.a.O., S. 9.

Nach der Stalin-Biographie und einem großen Essay »Rußland nach Stalin«, in dem er Hoffnungen auf eine politische Reform äußerte, wollte er sich einer Biographie über Leo Trotzki zuwenden. Er plante, das Trotzki-Archiv in Harvard und ein Archiv in Stanford, USA, zu besuchen, wo im Hoover-Institut eine große Sammlung vorrevolutionärer russischer Publikationen zugänglich ist. Es ergaben sich zwei Schwierigkeiten. Da die »Trotzkisten« ihn als Gegner ihres Trotzki und als »Apologeten des Stalinismus«¹² betrachteten, versuchten sie, Natalia Sedowa, Trotzki's Witwe, zu veranlassen, ihm den Zugang zum Archiv zu verwehren. Es gelang Deutscher aber, die Sedowa für eine Erlaubnis zu gewinnen, und später entwickelte sich eine verständnisvolle Freundschaft mit ihr. Die zweite Hürde errichteten die US-Behörden, die in der McCarthy-Aera hysterisch antikommunistisch waren. Kommunisten waren auch als Forscher unerwünscht; und ehemalige KP-Mitglieder sollten sich schriftlich zum Antikommunismus bekennen und dem Marxismus abschwören. Das wollte Deutscher nicht tun. Schließlich formulierte er folgende Erklärung: »Es ist wahr, daß ich im Alter von neunzehn Jahren nichts über die häßlichen Züge der Kommunistischen Partei wußte. Aber ich möchte mich damit nicht entschuldigen Weder bedauere ich meinen Eintritt in die Kommunistische Partei noch möchte ich den leisesten Eindruck des Bedauerns geben, denn ich handelte aus ehrenhafter Überzeu-

12 George Breitman in »The Militant« am 22.6.1953. Zitiert nach Syré, a.a.O., S. 243.

gung. Ich denke nach wie vor, daß die Erfahrung mit der Kommunistischen Partei für meine eigene geistige Entwicklung und für mein späteres Werk durchaus wertvoll war. Ein Grund für meine harte Opposition gegen die KP ist meine Abscheu vor den dort praktizierten Widerrufern gewesen. Dieser Abscheu blieb sehr stark in mir haften; und sie gilt allen Arten von Widerrufern, für wen und für welche Gründe sie auch immer verlangt werden mögen.¹³

Die Biographie gestaltete sich zu einer Riesenarbeit in drei Bänden (zusammen etwa 1500 Seiten), die entsprechend der Tragödie Trotzki wie ein Drama in drei Akten aufgebaut war: Der bewaffnete Prophet, Der unbewaffnete Prophet, Der verstoßene Prophet. Sie war wissenschaftlich und literarisch-stilistisch ein Meisterwerk. Deutscher bewunderte den großen Revolutionär, den Organisator der Roten Armee, den bedeutenden Schriftsteller. Er hatte zugleich genügend historische und akademische Distanz vom Helden seines Dramas, um Trotzki Irrtümer und menschliche Schwächen kritisch darzustellen. Nach dem brutalen, verbrecherischen Mord durch einen stalinschen Henkersknecht und nach dem Sieg der Roten Armee über den Faschismus, den sich Stalin zugute gerechnet hatte, hat Deutscher Leo Trotzki der Vergessenheit entrissen und ihn einer neuen Generation wiederentdeckt.

Über seine Trotzki-Biographie schrieb Deutscher selbst folgendes: »Trotzki Rolle in der Russischen Revolution, wie ich sie schildere, wird manche überraschen. Beinahe dreißig Jahre lang arbeitete der stalinistische Propagandaapparat wie besessen, um den Namen Trotzki aus den Annalen der Revolution zu löschen oder um ihn gleichsam mit dem eines Erzverrätters zu verewigen. Der gegenwärtigen Sowjetgeneration – und nicht nur ihr allein – kommt die Lebensgeschichte Trotzki wie ein altes ägyptisches Grab vor, das einst die Hülle eines großen Mannes und die in Gold gefaßten Aufzeichnungen seiner Taten barg, dann aber, heimgesucht von Grabräubern und leichenfressenden Dämonen, derart verödete und verfiel, daß nichts mehr von seinem Inhalt kündigt. Das Werk der Grabräuber war in unserem Fall so gründlich, daß selbst die Ansichten unabhängiger Historiker und Forscher des Westens davon nicht unbeeinflusst blieben.«¹⁴

Immer wieder hatte sich Deutscher mit der Zukunft der UdSSR und ihren Entwicklungsperspektiven nach Stalins Tod befaßt. Sein Grundton war optimistisch. Er hielt den Stalinismus und seine Methoden für historisch überholt, der Reife der sowjetischen Gesellschaft längst nicht mehr adäquat, und hoffte auf eine Entwicklung hin zu sozialistischer Demokratie. So erklärte er 1946: »Es gibt keinen Grund anzunehmen, daß die gegenwärtige intellektuelle Stagnation Rußlands viel mehr ist als eine vorübergehende historische Erscheinung.«¹⁵ 1949 erklärte er den Polizeistaat für anachronistisch, weil er zu einem Hindernis für die weitere Entwicklung geworden sei. Für die Ära nach Stalin sei die Loslösung der Revolution vom Polizeistaat die wichtigste Aufgabe.¹⁶

Als die Entstalinisierung nach Stalins Tod endlich aktuell wurde, nahm er anfangs in dem Kampf um die Führung zwischen Stalins Getreuen und den Reformern nicht eindeutig Stellung. Er hielt Chruschtschow für einen, der »zweifelloso die treuen Anhänger des

13 Zitiert nach Tamara Deutscher: *Work in progress*. In David Horowitz (Hrsg.): *Isaac Deutscher. The man and his work*, London 1971, S. 67.

14 Isaac Deutscher: *Trotzki. Der bewaffnete Prophet 1879-1921*, 2. Aufl., Stuttgart 1972, S. 8.

15 »The Economist«, 23.2.1946.

16 »The New York Times Magazine«, 13.3.1949.

Stalinismus beim Angriff auf Malenkov ... anführte« und fuhr fort: »Jeder Schritt in Chruschtschows Aufstieg ist von einem Versuch begleitet worden, den Stalinkult zu stimulieren und Stalins politische Methoden wieder einzusetzen. Selbst seine Herrschaft erscheint wie eine beabsichtigte Wiederholung von Stalins Aufstieg zur Macht von den obskuren inneren Winkeln des Generalsekretariats der Partei aus«. ¹⁷ M.E. war Deutschers Urteil über Nikita S. Chruschtschow nicht richtig, nicht gerecht und wurde von der weiteren Entwicklung faktisch widerlegt.

17 »Manchester Guardian«,
12.2.1955.

Isaac Deutscher war immer wieder hin und her gerissen zwischen seinem Wunsch nach wissenschaftlicher Aufarbeitung der großen Probleme der revolutionären Bewegung und der Versuchung, an ihren aktuellen Kämpfen teilzunehmen und zu ihrem sehnlichst erhofften Neuaufstieg seinen Beitrag zu leisten. So unterstützte er die neue sozialistische Zeitschrift »New Left Review«, nahm am Russell-Tribunal gegen die US-Intervention in Vietnam teil, unterstützte die Studentenbewegung schon zu ihrem Beginn in den USA 1965/1966. Daher mußte die Lenin-Biographie leider ein Torso bleiben. Sicher wäre Deutscher der am besten geeignete Verfasser gewesen, der eine der Trotzki-Biographie gleichwertige Arbeit über Lenin hätte schreiben können. Aber sein Optimismus in Hinblick auf die sozialistische Bewegung und die historische Mission des Proletariats trieben ihn immer wieder zur Einmischung. Er sah die schädlichen Wirkungen der Stalin-Aera auf Theorie und Praxis der sozialistischen Bewegung; aber er befand: »Marxisten im Westen brauchen nicht zu resignieren und am Ende der Schlange auf die Erfüllung eines historischen Versprechens zu warten. Sie haben für die Rehabilitierung ihrer Gedankenschule zu arbeiten und das Niveau des sozialistischen Bewußtseins in der Arbeiterbewegung zu heben«. ¹⁸

18 Ebenda.

Als er auf seiner Amerikareise Anfang 1966 nach Berkeley kam, war die Anti-Vietnam-Bewegung bereits abgeflaut. Und es hatte die von der KP Chinas mitverantwortende Tragödie der indonesischen Kommunisten gegeben. Er kritisierte die sowjetischen Parolen vom friedlichen Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus und von der friedlichen Koexistenz. Letztere mußte zwar für regierende kommunistische Parteien gelten, nicht aber für die Klassenkämpfe in kapitalistischen Ländern. In Berkeley forderte er die revoltierenden Studenten auf, den »schlafenden Riesen« der amerikanischen Arbeiterklasse nicht zu ignorieren, wenn die Basis der Bewegung erweitert werden sollte. Nur mit der Arbeiterklasse könnte die Bewegung zum Erfolg geführt werden. »Aber wenn ich sage, geht hinaus zur Arbeiterklasse, dann meine ich nicht, wendet Euch an die Bürokraten Eurer Gewerkschaften, ... die Teil eines kapitalistisch-imperialistischen Establishments sind. ... Geht vielmehr zu dem jungen Arbeiter, der noch nicht korrumpiert ist, der die Welt der Elektronik und der Fernsehgeräte als selbstverständlich hinnimmt und bestimmt fühlt, daß er trotzdem eine unterdrückte, entfremdete und ausgebeutete Kreatur ist. Wendet Euch an den jungen Arbeiter, appelliert an ihn, bringt ihm den Sozialismus!« ¹⁹ Damit stellte er sich gegen den damals gerade unter den radikalen Studenten der USA sehr populären Marxisten Herbert

19 In einem unveröffentlichten Manuskript, zitiert nach Syré, a.a.O., S. 258.

Marcuse, der meinte, die Arbeiterklasse habe keine historische Mission mehr; sie sei bereits verbürgerlicht.

In dieser Rede diskutierte Deutscher auch den Charakter der Sowjetunion. Er glaubte nicht, daß dort bereits der neue Mensch sich herausgebildet habe oder gar die gesellschaftliche Szene dominiere. Die SU sei keine Überflußgesellschaft, vielmehr eine Übergangsgesellschaft: »Obwohl sich die Bedingungen in den vergangenen Jahren sehr verändert haben, sind Armut, Ungleichheit, Mangel an politischer und intellektueller Freiheit und der bürokratische Terror noch immer vorhanden Folglich ist die Sowjetunion auch heute noch eine Übergangsgesellschaft, irgendwo zwischen Kapitalismus und Sozialismus, die Merkmale der einen wie der anderen Gesellschaft kombiniert und sogar noch Spuren ihres noch primitiveren vorkapitalistischen Erbes zeigt«.²⁰

1967, in seinem letzten Lebensjahr, wurde er, den die Academia bis dahin trotz seiner wissenschaftlichen Leistungen ausgeschlossen und von den Universitäten fernzuhalten sich bemüht hatte, mit der Aufgabe geehrt, die Trevelyan-Vorlesungen zu Ehren des britischen Historikers George Macaulay Trevelyan in Cambridge zu halten. Sie erschienen nach seinem Tode unter dem Titel »Die unvollendete Revolution«. In diesen sechs Vorträgen behandelt Deutscher die russische Revolution und ihre Folgen und bekennt sich bei offener, radikaler Kritik an den Mängeln der sowjetischen Entwicklung zur Hoffnung auf die Entstalinisierung, die erst zur sozialistischen Demokratie führen und damit den großen Transformationsprozeß endgültig vollenden könne, der 1917 eingeleitet wurde. Und er sieht eine sozialistische Zukunft: »Der Sozialismus hat noch immer einige entscheidende revolutionäre Akte sowohl im Westen als auch im Osten aufzuführen; und die Geschichte wird nirgends zu einem Ende gelangen. Der Osten hat zuerst das Prinzip einer neuen sozialen Ordnung in Kraft gesetzt, das der Westen ursprünglich konzipiert hatte. Fünfzig Jahre Sowjetgeschichte berichten uns von dem erstaunlichen Fortschritt, den ein rückständiges Land errungen hat, indem es dieses Prinzip, noch dazu unter den ungünstigsten Bedingungen, angewandt hat; und damit allein weisen sie auf die grenzenlosen Horizonte hin, die sich der westlichen Gesellschaft und der Welt eröffnen lassen, wenn sie sich nur von ihren konservativen Fetischen befreit«.²¹ Skeptischer blieb er hinsichtlich der Entstalinisierung. Sie sei bisher nur partiell gewesen, fast ein Fiasko, die osteuropäische Gesellschaft also doch noch stalinistisch, der Bürokrat herrsche weiter: »Das ideologische Gebäude des Stalinismus ist gesprengt worden; aber nachdem seine Fundamente erschüttert wurden, sein Dach hinweggefegt wurde und seine verkohlten Mauern einzustürzen drohten, steht das Gebäude noch immer; und die Menschen sollen weiterhin in ihm leben«.²²

Kurz nach diesen letzten, inhaltlich und stilistisch hervorragenden Analysen starb Isaac Deutscher ganz plötzlich auf einer Italien-Reise am 19. August 1967. Seine Lebensgefährtin und kritische Mitarbeiterin Tamara betreute fortan sein Lebenswerk, ohne dabei auf eigenständige Arbeiten zu verzichten.

Als Tamara Lebenhaft war sie am 1. Februar 1913 in der polni-

20 Isaac Deutscher: On socialist man. In: Marxism, wars and revolutions, a.a.O. S. 274f.

21 Isaac Deutscher: Die unvollendete Revolution, Frankfurt am Main 1970, S. 102.

22 Ebenda, S. 93.

schen Textilstadt Łódź geboren worden. Fast ihre ganze Familie wurde durch die Nationalsozialisten vernichtet. Sie besuchte die Schule zuerst in Łódź, dann in Belgien und konnte 1940 nach der Niederlage Frankreichs nach England entkommen, das nun ihre Heimat wurde. Sie begann als Literaturkritikerin zu publizieren, gab aber diese vielversprechende eigenständige Karriere auf und verband 1947 endgültig ihr Leben und ihre Arbeit mit Isaac Deutscher. Die enge Zusammenarbeit, die, wie Tamara bemerkte, tiefe »Bindungen in ihrer Freundschaft« schuf, half beiden, ihre schwierige Arbeit in der Periode des Kalten Krieges beharrlich fortzuführen und trotz aller Anfeindungen nicht aufzugeben. Im Vorwort der Stalin-Biographie dankt Deutscher seiner Frau, »deren unermüdliche Hilfe dieses Werk erst möglich machte und deren kritischer Sinn zur endgültigen Fassung jedes einzelnen Abschnitts beigetragen hat.«²³ Tamaras Anteil auch an den späteren Arbeiten und an der endgültigen Anerkennung des Historikers und Publizisten Isaac Deutscher ist unzweifelhaft. Sie arbeitete mit dem englischen Historiker E.H. Carr zusammen bei der Herausgabe seines Standardwerkes über die russische Revolution. Sie ordnete versprengte Artikel und Essays ihres verstorbenen Mannes und edierte einige wichtige Essaysammlungen mit erläuternden Einführungen (u.a. *The Non-Jewish Jew*; *Russia, China and the West*; *Marxism in our time*; *Marxism, wars and revolutions*). Ein alljährlich vergebener Isaac-Deutscher-Preis förderte junge marxistische Forscherinnen und Forscher.

Tamara beteiligte sich aktiv an den Debatten der kritisch-marxistischen Linken. Sie arbeitete zusammen mit den Herausgebern der *New Left Review* in London, schrieb Artikel, rezensierte Bücher, gab eine Lenin-Anthologie heraus. Viele Debatten zu Grundsatzfragen und zur aktuellen Politik der sozialistischen und kommunistischen Bewegung wurden in ihrem gastfreundlichen Haus im Nordwesten Londons geführt. Sie bewunderte den großen Revolutionär Leo Trotzki, ohne ihn anzubeten, aber sie verachtete die fraktionellen Streitereien der vielen trotzkistischen Gruppen, die alle Trotzki in Erbpacht genommen hatten. Wie sehr die Deutschers über linkes Sektierertum erhaben waren, zeigt die enge Freundschaft, die sie mit Heinrich Brandler schlossen.

Als Brandler aus Cuba nach Deutschland zurückzukehren versuchte, mußte er für zwei Jahre Zwischenhalt in London machen. Dort lernte er Isaac und Tamara Deutscher kennen, und es entwickelte sich ein intensiver Gedankenaustausch, der erst durch den Tod der beiden Männer im Jahre 1967 sein Ende fand. Der Briefwechsel der beiden Revolutionäre, die dann weit entfernt voneinander lebten, von Hermann Weber unter dem Titel »Unabhängige Kommunisten« herausgegeben, ist ein bewegendes Dokument geistiger und menschlicher Nähe.²⁴ Tamara Deutscher erinnerte sich später der ersten langen Gespräche bis spät in die Nacht und daran, wie sich »ein herzliches Band gegenseitiger Achtung, Bewunderung und Zuneigung zwischen den beiden Männern« entwickelte. Sie waren beide beeindruckende Menschen. Trotz verschiedener politischer Herkunft bestand eine starke Wahlverwandschaft zwischen ihnen. Einer korrigierte die Fehler des anderen. Sie bemüht

23 Deutscher: Stalin, a.a.O., S. 17.

24 Hermann Weber (Hrsg.): *Unabhängige Kommunisten. Der Briefwechsel zwischen Heinrich Brandler und Isaac Deutscher 1949-1967*, Berlin 1981.

ten sich gemeinsam, aktuelle und historische Ereignisse richtig zu interpretieren.

Tamara Deutscher war, wie schon gesagt, eine Persönlichkeit und Sozialistin im eigenen Recht. Ich hatte dreimal Gelegenheit, sie mit meiner Lebensgefährtin Gretel in London zu besuchen, ihre Gastfreundschaft und Kochkunst zu ästimieren und lebhaft Debatten über Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft der sozialistischen Bewegung zu führen. Sie nahm intensiv Anteil an den kritischen Entwicklungen in den Ländern des real existierenden Sozialismus. Sie begrüßte das endgültige Ende des Stalinismus, das sie als notwendig und überfällig betrachtete, war aber besorgt, ob die Reformer eine klare Strategie hatten und imstande seien, die positiven Errungenschaften der Revolution aufzuheben. Unser letzter Besuch bei ihr fand am 10. Oktober 1987 statt. Da ich im Mai in Moskau gewesen war und Bucharins Witwe und seine Tochter getroffen hatte, meinte ich optimistisch, Michail Gorbatschow würde vermutlich in seiner Festrede zum bevorstehenden 70. Jahrestag der Oktoberrevolution Nikolai Bucharin offiziell rehabilitieren. Tamara blieb skeptisch und ließ sich von meiner Stimmung nicht anstecken: Sie wollte das erst schwarz auf weiß sehen, bevor sie es glauben würde. Ich hatte mich mit meiner Prophezeiung nur um drei Monate vertan; im Februar 1988 wurde Bucharin rehabilitiert.

Tamara freute sich, daß Teile der Trotzki-Biographie nun in sowjetischen Zeitschriften erschienen, und hoffte im Interesse der dortigen Historiker, daß Isaac Deutschers wichtigste Werke endlich auch in der Sowjetunion erscheinen. Sie konnte die Rehabilitierung Trozki nicht mehr erleben und empfand es als ungenügend, daß er nur stückweise, in einzelnen Publikationen der Geschichte und der Öffentlichkeit bekannt wurde.

Bis in ihre letzten Tage hinein blieb Tamara Deutscher kritische Beobachterin der Entwicklung der sozialistischen Weltbewegung. Sie gab ihre tiefe sozialistische Überzeugung trotz aller Rückschläge und der tiefen Krise nicht auf und inspirierte durch ihre klugen, kritischen, oft auch humorvollen Kommentare den beträchtlichen Kreis jüngerer marxistischer Forscherinnen und Forscher, die ständig mit ihr Kontakt hielten. Nach kurzer Krankheit starb sie am 7. August 1990 in London.

Wie ist nun Isaac Deutscher in seiner besonderen Stellung – als Außenseiter, als jüdischer Kommunist, als Ketzler jenseits aller Lager – zu charakterisieren und wie sah er sich selbst?

Erstens: Unzweifelhaft war er der bedeutendste westliche Marxist der Nachkriegsperiode. Marxismus war für ihn keine Bibel, kein Kanon, kein Rezeptbuch für den Klassenkampf in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, sondern ein hervorragendes, bewährtes, unübertroffenes Analyseinstrument, mit dessen Hilfe wir unsere heutige Lage verstehen und die richtige Strategie des Klassenkampfes erarbeiten können: »Der Marxismus ist Teil meiner Existenz geworden ... Marxist bin ich natürlich. Die Kritiker, die mich als ›unbelehrbar‹ bezeichnen, sind meistens Menschen, die sich einmal gut von Stalin belehren ließen und dann Antikommunisten wurden. Ich ließ mich von Stalin nicht belehren, noch von

Chruschtschow, noch gar von Mao Tse-tung, und vom westlichen Antikommunismus gewiß nicht. Der Marxismus ist für mich keine unfehlbare Theorie – so etwas kann es gar nicht geben. Doch als Weltanschauung und Denkmethode ist der Marxismus meiner Meinung nach überhaupt nicht veraltet oder ›überwunden‹.«²⁵

25 So in einem Interview des Norddeutschen Rundfunks, gesendet in der Reihe »Zeugen ihrer Zeit« am 23.7.1967, zitiert nach Deutscher: Reportagen, a.a.O., S. 228f.

Zweitens: Seine Hauptsünde in den Augen der Erbpächter der Gedanken Leo Trotzki war, daß er in den dreißiger Jahren Trotzki von der Gründung der Vierten Internationale abgeraten hatte. Die Voraussetzungen dafür schienen Deutscher zu fehlen. Und er hatte Recht. Er glaubte auch nicht an eine Renaissance jenes orthodoxen Trotzkiismus: »Es ist extrem schwer, an ein Wiederaufleben einer revolutionären Arbeiterbewegung auf der Basis des Trotzkiismus oder der ersten vier KI-Kongresse plus den später von Trotzki hinzugefügten Punkten zu glauben. Dennoch meine ich, daß ich in Methode und Geist Trotzki viel näher stehe als die meisten seiner erklärten Anhänger.«²⁶

26 Deutscher an Alfred Rosmer am 22. 5. 1954. Zitiert nach Syré, a.a.O., S. 61.

Drittens: Isaac Deutscher machte einen scharfen Unterschied zwischen Ketzern im Kommunismus und Renegaten des Kommunismus. Die Renegaten waren großenteils unkritische, begeisterte, fast gläubige Anhänger des real existierenden Kommunismus, d.h. des Stalinismus bzw. des Maoismus gewesen. Unvorbereitet von der Realität enttäuscht, wurden sie zu Antikommunisten. Der Renegat »ist ein umgedrehter Stalinist. Er verharrt darin, die Welt schwarz und weiß zu sehen, aber die Farben sind jetzt anders verteilt. Als Kommunist sah er keinen Unterschied zwischen Faschisten und Sozialdemokraten. Als Antikommunist sieht er keinen Unterschied zwischen Nazismus und Kommunismus. Damals hat er den Anspruch der Partei auf Unfehlbarkeit akzeptiert; jetzt glaubt er an seine eigene Unfehlbarkeit.«²⁷ Der Ketzer dagegen bleibt Marxist und Revolutionär und versucht, aus vermeidbaren Fehlern, unvermeidlichen Irrtümern und zu verurteilenden Verbrechen, die im Namen des Kommunismus begangen wurden, zu lernen. Er kritisiert offen – auch auf die Gefahr der Exkommunikation hin. Deutscher rät den Ketzern, sich keinesfalls dem antikommunistischen Lager anzuschließen, sondern sich lieber vorübergehend zurückzuziehen: »Es scheint, daß die einzig würdige Haltung, die der intellektuelle Exkommunist einnehmen kann, darin besteht, sich über die Sache zu stellen. Er kann sich weder dem stalinistischen Lager noch der antistalinistischen Heiligen Allianz anschließen, ohne seiner Überzeugung Gewalt anzutun. Deshalb soll er außerhalb der Lager bleiben.«²⁸

27 Isaac Deutscher: The ex-communist's conscience. In: Marxism, wars and revolutions, a.a.O., S. 53f.

28 Ebenda, S. 57.

Viertens: Deutscher beobachtete die nationale und internationale Aufspaltung des Kommunismus in verschiedene Richtungen: national in Rechte, Linke, Versöhner etc., international in das sowjetische, das chinesische Lager und die zwischen ihnen lavierenden kleineren Staaten (Jugoslawien, Cuba, Vietnam, Rumänien). Diese Öffnung sah er als historisch notwendig und vernünftig an, als Schritt weg von der Einfalt des Stalinschen Monolithismus hin zum marxistischen Pluralismus der Vielfalt: »Jeder, der die historische Entwicklung versteht, muß doch erkennen, daß das Wiederauftauchen von Spaltungen natürlich und unvermeidbar ist. Es ist ein Zeichen von Vitalität, nicht von Morbidität. Es korre-

spondiert mit dem natürlichen Rhythmus der Geschichte«. ²⁹ Der Beginn einer freien und ehrlichen Debatte ohne Tabus und Anathemata sei die einzige Möglichkeit, eine neue Einheit des Kommunismus auf höherer Ebene zu schaffen.

In Hinblick auf die verfeindeten Lager des Kommunismus riet Deutscher den Marxisten im Westen zu Distanz und Unabhängigkeit: Wir »sollten es als unsere Aufgabe betrachten, uns weder mit den Russen noch mit den Chinesen zu identifizieren, denn es ist klar, daß die aktuellen Positionen niemanden gefallen können, der in der marxistischen Gedankenschule aufgewachsen ist und dem die Interessen des Sozialismus in den fortgeschrittenen kapitalistischen Gesellschaften am Herzen liegen. Wir sollten eine unabhängige Haltung bewahren«. ³⁰ Er hoffte auf eine Entmaoisierung analog der Entstalinisierung: »Eines Tages wird China zweifellos aus diesen krassen Formen einer ritualisierten Ideologie herauswachsen, so wie es in der UdSSR geschieht«. ³¹ Und an anderer Stelle schrieb er: »Ich glaube, daß früher oder später die objektive Logik ihrer Situation die UdSSR und China in eine gemeinsame Front treiben wird«. ³² Im ersten Punkt bekam Deutscher Recht, was den zweiten angeht, kamen die Führungen der KPCh und der KPdSU zu spät.

Fünftens: Isaac Deutscher war und blieb revolutionärer Internationalist. Er unterstützte den Freiheitskampf der Kolonialvölker, behielt aber seine eigene Position bei. Denn er sah in diesen Befreiungsbewegungen auch nationalistische Kräfte am Werke. So erklärte er zum algerischen Unabhängigkeitskampf: »Ich bin mir nicht sicher, ob es richtig ist, wenn ein französischer Marxist so vollkommen, so ohne jeden Vorbehalt sich mit der Politik der FLN identifiziert. Natürlich ist es die Pflicht eines jeden französischen Marxisten, und der Linken überhaupt, das Recht der Algerier auf Selbstbestimmung zu verteidigen. Aber selbst in dieser Frage, so meine ich, kommt man nicht ohne Klassenkriterien aus. Bevor man der FLN bedingungslose Unterstützung gibt, muß man sich die Frage stellen: Was ist der Klassencharakter der FLN? ... Deshalb ist es auch die Pflicht des Marxisten, in einer Einheitsfront seinen eigenen Standpunkt sowie eine kritische Haltung gegenüber seinen Alliierten, in diesem Fall nationalistischen Alliierten, zu bewahren«. ³³

Sechstens: Als jüdischer Kommunist war Deutscher veranlaßt, seine eigene Position, seine Einstellung zur jüdischen Frage in der Arbeiterbewegung und seine Haltung zum Nahostkonflikt zu bestimmen. Sich selbst sah er als »nichtjüdischen Juden«, so der Titel eines Essays aus dem Jahre 1968. D.h. er bekannte sich zu seiner Herkunft, verstand sich aber als Internationalisten. Dennoch wich er der jüdischen Frage nicht aus.

Durch zwei Entwicklungen von völlig verschiedener Art und völlig verschiedenem Gewicht wurde er gezwungen, immer wieder Stellung zu beziehen. Die eine war die Vernichtung von sechs Millionen Juden durch den deutschen Faschismus; die andere war der Stalinsche Antisemitismus. Hatten die Sozialisten früher als Axiom angenommen, der Sozialismus würde alle nationalen Fragen lösen, also auch die Judenfrage, hat uns alle eine grausame Realität eines

29 »Tribune«, 14.7.1961.

30 Isaac Deutscher: Three currents in communism. In: Ironies of history, a.a.O., S. 77.

31 Isaac Deutscher: Der Maoismus. Ursprung und Perspektive, Hamburg o.J. Zitiert nach Syré, a.a.O., S. 316f.

32 Isaac Deutscher: On the Chinese »Cultural Revolution«. Hrsg. Bertrand Russell Foundation, London (1966), S. 13.

33 Deutscher an Ying Hsang Cheng-Berger am 24.9.1960, zitiert nach Syré, a.a.O., S. 265.

Schlechteren belehrt. Daher anerkannte Deutscher das historische Recht des jüdischen Volkes auf einen eigenen Staat, blieb jedoch kritisch gegenüber der Politik der israelischen Regierung. So schrieb er am 19.9.1953 an David Astor: »Millionen ermordeter Juden (geben) dem Staat Israel eine überzeugende, wenn auch nur negative Berechtigung«.³⁴ Und an Jon Kimche schrieb er am 15.2.1958: Es »hat niemand das Recht, den Juden wegen der Gründung ihres Staates Vorwürfe zu machen: Israel ist das Produkt von Hitlers Gaskammern«.³⁵

34 Zitiert nach Syré, a.a.O., S. 174.

35 Zitiert nach Syré, a.a.O., S. 370.

Zum Zionismus suchte er eine neue Position: »Meinen Antizionismus, der auf meinem Vertrauen in die europäische Arbeiterbewegung basierte oder, allgemeiner, auf meinem Vertrauen in die europäische Gesellschaft und Zivilisation, habe ich natürlich längst aufgegeben, denn diese Gesellschaft und diese Zivilisation haben es Lügen gestraft. Wenn ich in den zwanziger und dreißiger Jahren, statt gegen den Zionismus anzugehen, die europäischen Juden aufgefordert hätte, nach Palästina zu gehen, hätte ich womöglich geholfen, einige Menschenleben zu retten, die später in Hitlers Gaskammern ausgelöscht wurden. Für die Überreste der europäischen Judenheit – und wirklich nur für sie? – ist der jüdische Staat zur historischen Notwendigkeit geworden. Darüber hinaus ist er eine lebendige Realität Dennoch bin ich auch heute kein Zionist«.³⁶

36 Isaac Deutscher: Israels geistiges Klima. In Deutscher: Die ungelöste Judenfrage. Zur Dialektik von Antisemitismus und Zionismus, Berlin 1977, S. 73f.

Aber die jüdische Frage hatte für Isaac Deutscher noch einen weiteren Aspekt. Antisemiten sehen in jüdischen Außenseitern Schädlinge, grenzen sie deshalb aus der Gesellschaft aus. Deutscher ist umgekehrt stolz auf den Beitrag bedeutender Juden zur Menschheitskultur und zur sozialistischen Bewegung. Er dreht den Spieß um und fragt sich in dem erwähnten Essay, warum so viele Juden Hervorragendes geleistet und so viele von ihnen Revolutionäre geworden sind. Seine Antwort: »Haben sie vielleicht wegen ihres ›jüdischen Genius‹ das Denken der Menschheit so entscheidend geprägt? Ich glaube nicht an die einzigartige Genialität irgendeiner Rasse. Aber ich meine dennoch, daß sie in mancherlei Hinsicht sehr jüdisch waren. ... Sie waren a priori außergewöhnlich, insofern, als sie als Juden an der Grenze zwischen unterschiedlichen Zivilisationen, Religionen und nationalen Kulturen gelebt haben und an der Grenze zwischen unterschiedlichen Epochen geboren und aufgewachsen sind. ... Sie lebten an den Randzonen oder in den Ritzen und Falten ihrer jeweiligen Nation. ... Dieser Zustand hat sie befähigt, sich in ihrem Denken über ihre Gesellschaft, über ihre Nation, über ihre Zeit und Generation zu erheben, neue Horizonte geistig zu erschließen und weit in die Zukunft vorzustößen«.³⁷

37 Isaac Deutscher: Der nichtjüdische Jude. In: Ebenda, S. 8f.

Über die radikalen jüdischen Denker sagt er im gleichen Essay an anderer Stelle: »Allen diesen Denkern und Revolutionären waren bestimmte philosophische Prinzipien gemein. ... Sie sind deshalb alle Deterministen, weil sie viele Gesellschaften beobachtet, viele Lebensformen aus nächster Nähe studiert haben und von daher auch die fundamentalen Lebensgesetze begreifen. ... Sie verstanden die Wirklichkeit als etwas Dynamisches, nicht als etwas Statisches. ... Schließlich haben sie alle, von Spinoza über Marx bis Freud, an die endgültige Solidarität der Menschen geglaubt ...

Im Innersten waren diese ›nichtjüdischen Juden‹ stets Optimisten, und ihr Optimismus hat eine Höhe erreicht, die heutzutage nur schwer zu erklimmen ist. Sie haben sich nicht träumen lassen, daß das ›zivilisierte‹ Europa im zwanzigsten Jahrhundert so tief in die Barbarei versinken könnte«. ³⁸

38 Ebenda, S. 15f.

Revolutionäre sind nicht nur Analytiker, sie sind auch handelnde Menschen. Sie wollen die Welt nicht nur verstehen und erklären, sie möchten sie auch verändern. Daraus ergibt sich ein Spannungsverhältnis und eine spezifische Problematik: Die revolutionäre Ungeduld führt häufig dazu, daß Perspektiven verkürzt werden, weil man auf eine baldige Revolution hofft. Es gibt auch einen besonderen Zusammenhang zwischen Analyse und Aktivität in Zeiten des Niedergangs der sozialistischen Bewegung. Das Problem für den Revolutionär: Wie kann ich die richtige Analyse mit dem Aufruf zum Kampf verbinden – auch noch in der schwierigsten Lage? Isaac Deutscher befand sich in dem gleichen Dilemma wie alle Revolutionäre. Diese ständige Spannung zwischen kühler Analyse und heißem Kampfeswillen darf nicht übersehen werden. Ohne Zweifel blieben viele Hoffnungen der Revolutionäre unerfüllt. Aber welcher Mensch kann ohne Hoffnungen leben, und welcher Revolutionär kann ohne Hoffnungen kämpfen?

WOLFGANG HAIBLE, MARVIN CHLADA

August Thalheimer – Zur Erinnerung an einen revolutionären Kommunisten

Wolfgang Haible – Jg. 1959, promovierter Kulturwissenschaftler, Stuttgart.

Marvin Chlada – Jg. 1970, gelernter Schriftsetzer, jetzt Studium der Sozialwissenschaften. Lebt in Duisburg. Themen: Sportsoziologie und Geschichte der Freidenkerbewegung. Publikation: Ball und Birne. Zur Kritik der herrschenden Fußballkultur (VSA 1998)

1 Lamm, Fritz: Gelehrter und Revolutionär. Zum Tode August Thalheimers, in: Lamm, Fritz: Christus als Standuhr. Ausgewählte religions- und gesellschaftskritische Texte, hrsg. und eingeleitet von Marvin Chlada, Aschaffenburg 1998.

2 Zu Westmeyer siehe: Bergmann, Theodor/Haible, Wolfgang/Iwanowa, Galina: Friedrich Westmeyer. Von der Sozialdemokratie zum Spartakusbund – eine politische Biographie, Hamburg 1998.

3 Zu Rück siehe Einleitung in: Chlada, Marvin/Haible, Wolfgang (Hrsg.): Fritz Rück und die Revolution 1918. Berichte und Gedichte aus bewegten Zeiten, Aschaffenburg 1998.

4 Rück, Fritz: November 1918. Die Revolution in Württemberg in: Chlada/

Am 19. September dieses Jahres jährte sich der Todestag August Thalheimers zum 50. Mal. Ein Anlaß, einmal mehr an den undogmatischen Marxisten und Revolutionär zu erinnern.

August Thalheimer wurde am 18. März 1884 in Affaltrach, Württemberg, geboren. Bereits sein Vater war eng mit Clara Zetkin befreundet und stand der Stuttgarter Linken nahe. »In seinem Haus verkehrten die Großen der deutschen Sozialdemokratie«¹ und so wurde der Sohn dort früh mit dem Marxismus bekannt. Nach seinem Studium der Medizin, Philosophie, Sprachwissenschaften und Völkerkunde promovierte Thalheimer 1907 in Straßburg zum Dr. phil., setzte seine Studien der Philosophie und Ökonomie bis 1909 in Berlin fort und kehrte über Leipzig nach Württemberg zurück. 1911 wurde er Chefredakteur des Göppinger sozialdemokratischen Parteiblattes »Freie Volkszeitung«, trat aber, um die Existenz der Zeitung nicht zu gefährden, bereits 1912 von seiner Stelle zurück, nachdem es zum Konflikt mit dem rechten Landesvorstand der SPD gekommen war. Thalheimer arbeitete mit den Stuttgarter Linken um Friedrich Westmeyer² zusammen und verfaßte regelmäßig Beiträge für die von Clara Zetkin geleitete Frauenzeitschrift »Die Gleichheit«. Ab 1915 leitete er die Redaktion des Braunschweiger SPD-Organs »Volksfreund«. Er gehörte zu den Teilnehmern der ersten Reichskonferenz des Spartakusbundes am 1. Januar 1916. Noch im selben Jahr wurde er zum Kriegsdienst eingezogen.

Zusammen mit Fritz Rück³ war Thalheimer 1918/19 einer der bekanntesten Köpfe der revolutionären Bewegung in Württemberg. Im Auftrag des Arbeiter- und Soldatenrates gaben Thalheimer und Rück erstmals in Stuttgart die »Rote Fahne« heraus.

Bei dem Versuch, die Bewegung auch auf Friedrichshafen auszuweiten, wurden beide verhaftet. Obwohl im Gefängnis, wurde Thalheimer nach dem Staatsumsturz in Württemberg als Finanzminister einer provisorischen Regierung der SPD, Gewerkschaften und USPD vorgesehen. Thalheimer und Rück veranlaßten nach ihrer Haftentlassung die Entfernung von Thalheimers Namen aus der Regierungsproklamation, da die provisorische Regierung »außer den üblichen Rosinen und Versprechungen kein Programm einer sozialen Umwälzung«⁴ enthielt. Bedingt durch die Erfahrungen bei der Regierungsbildung in Württemberg, bei der die USPD-Vertreter sich in die parlamentarische Regierungsform einbinden ließen, forderten Thalheimer und Rück – wie aus einem Brief von Clara Zetkin an Rosa Luxemburg vom 17. November 1918 hervorgeht –

früher als diese die Gründung einer eigenständigen Partei: »So bin ich der Ansicht, daß wir mit unbeugsamer grundsätzlicher Kritik zunächst in der USP bleiben. Thalheimer und Rück waren für die sofortige Trennung. Sie wollten heute schon eine selbständige Partei gründen. Sie erklärten, daß ihrer Überzeugung nach und soweit sie aus bestimmten Indizien schließen könnten, auch Du für eine sofortige Verselbständigung seiest. Ich sagte ihnen, daß ich das nicht zu glauben vermöchte. Ich hatte eine lange und leidenschaftliche Aussprache mit ihnen, die aber ihre Auffassung nicht zu ändern vermochten.«⁵ Thalheimer gehörte zu den Mitbegründern der KPD und war von 1919 bis Februar 1924 Mitglied der Partei-Zentrale, leitete zeitweise die Redaktion der »Roten Fahne« und gab die »Internationale« heraus. Nach der Ermordung Rosa Luxemburgs war er einer der führenden Theoretiker der KPD und vertrat bis zum 3. Weltkongreß (1921) der Komintern die Offensivtheorie; danach revidierte er seine Auffassung und wurde Hauptvertreter der sogen. Einheitsfrontstrategie.

1923 geriet die KPD in den Strudel der innerrussischen Fraktionskämpfe. Der ersehnte deutsche Oktober, die Revolution in Deutschland, erwies sich als nicht durchführbar. Thalheimers lebenslanger Freund und Kampfgefährte, Heinrich Brandler, Vorsitzender der KPD⁶, sagte den geplanten Aufstand ab, nachdem klar wurde, daß er ohne Aussicht auf Unterstützung der Massen bleiben würde.⁷ Brandler und Thalheimer mußten ins »Ehrenexil« in die Sowjetunion. In der SU gehörte Thalheimer der Programm-Kommission der Komintern an, wurde Mitglied der KPdSU und lehrte an der Sun-Yat-Sen-Universität Philosophie. Seine später publizierten Vorlesungen zur »Einführung in den dialektischen Materialismus«⁸ gehörten bis zum Ende der Weimarer Republik zu den beliebtesten Schulungsmaterialien der Arbeiter- und Freidenkerbewegung.

Zu Thalheimers Verdiensten gehört seine Faschismusanalyse, deren Ursprünge bereits in der Zeit vor 1923/24 zu finden sind, als Brandler noch Parteivorsitzender war. In Thalheimers Kritik des Programmentwurfs für den VI. Weltkongreß (1928) der Komintern findet die Faschismusanalyse ihre erste größere theoretische Ausarbeitung.⁹ Später in »Gegen den Strom«, der Theoriezeitschrift der KPD-O, entfaltet, diente sie als Grundlage aller weiteren Analysen der Entwicklung und der politischen Schlußfolgerungen und Aktionen der KPD-O in Deutschland, besonders der Propaganda für die notwendige Zusammenarbeit der beiden großen Arbeiterparteien (SPD und KPD) und Gewerkschaften im Kampf gegen den drohenden Faschismus.¹⁰

Ausgangspunkt bildete die Marxsche Analyse den Bonapartismus (»Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte«), den Thalheimer nicht mit dem Faschismus gleichsetzte, sondern als verwandte Erscheinung interpretierte, deren gemeinsame als auch abweichende Züge er herausarbeitete. Besonders richtete sich Thalheimer gegen die von der Komintern-Führung vertretene Meinung, daß die bestehenden Verhältnisse automatisch in faschistische Herrschaftsmethoden mündeten. Während die KPD in ihrer Gegnerschaft zu NSDAP und SPD von einer Faschisierung sämtlicher staatlicher

Haible (Hrsg.): Fritz Rück..., a.a.O.

5 Clara Zetkin an Rosa Luxemburg, 17.11.1918 in: Weber, Hermann: Zwischen kritischem und bürokratischem Kommunismus. Unbekannte Briefe von Clara Zetkin, in: Archiv für Sozialgeschichte 11/1971, S. 433.

6 Über Heinrich Brandler ist eine Dissertation von Jens Becker in Vorbereitung.

7 Siehe: Thalheimer, August: 1923: Eine verpaßte Revolution? Die deutsche Oktoberlegende und die wirkliche Geschichte von 1923, Berlin 1931.

8 Thalheimer, August: Einführung in den dialektischen Materialismus. Sechzehn Vorträge, gehalten an der Sun-Yat-Sen-Universität zu Moskau vom 5. Februar bis 23. Mai 1927. Wien, Berlin 1928 (Marxistische Bibliothek; Bd. 14).

9 Thalheimer, August: Programmatische Fragen. Kritik des Programmentwurfs der Kommunistischen Internationale (VI. Weltkongreß). Mit einem Vorwort von Theodor Bergmann und einer Einleitung von Jens Becker, Mainz 1993.

10 Zur KPD-O siehe: Bergmann, Theodor: »Gegen den Strom«. Die Geschichte der Kommunisti-

schen-Partei-Opposition, Hamburg 1987 (Eine Neuauflage ist in Vorbereitung.)

11 Thalheimer, August: Programmatische Fragen, a.a.O., S. 52.

12 Westblock-Ostblock. Welt- und Deutschlandpolitik nach dem Zweiten Weltkrieg. Internationale monatliche Übersichten 1945-48 von August Thalheimer. Erweitert durch Briefe und Dokumente. Mit Einleitung und Anmerkungen der Gruppe Arbeiterpolitik, o.O. 1992.

13 Thalheimer, August: Die Potsdamer Beschlüsse. Eine marxistische Untersuchung der Deutschlandpolitik der Großmächte nach dem 2. Weltkrieg, o.O. 1945 und Thalheimer, August: Grundlinien und Grundbegriffe der Weltpolitik nach dem zweiten Weltkrieg. Eine marxistische Untersuchung, o.O., 1946.

14 Zu Lamm siehe Einleitung, in: Lamm, Fritz: Christus..., a.a.O.

und gesellschaftlicher Institutionen ausging, unterschied Thalheimer zwischen verschiedenen Etappen des Abbaus der bürgerlichen Demokratie. Er wandte sich gegen eine Ausdehnung des Begriffs Faschismus auf andere Erscheinungen und Formen der kapitalistischen Klassenherrschaft, die streng genommen nicht unter diesen Begriff fallen. »Zeitweilig wurde bei uns alles und jedes Faschismus«, so Thalheimer, er »wurde die Nacht, in der alle Klassen- und Parteunterschiede verschwanden.«¹¹

Nach einer erneuten ultralinken Wende der KPD kehrten Thalheimer und Brandler 1928 nach Deutschland gegen den Willen der KPD-Führung und Stalins zurück, um dem verhängnisvollen Kurs der Partei entgegenzutreten. Noch im selben Jahr wurde er zusammen mit Brandler und vielen anderen ehemaligen Spartakisten aus der KPD ausgeschlossen. Um von außen auf die KPD einzuwirken, gründeten sie die KPD-Opposition als organisierte Richtung im Kommunismus.

1933 emigrierte Thalheimer nach Straßburg, später nach Paris; kurze Zeit war er in Spanien während des Bürgerkriegs (Ende 1936). Dort wurden ihm und den KPD-O Genossen die verhängnisvolle Rolle Stalins immer deutlicher. Nach Kriegsausbruch wurde er in Südfrankreich interniert. Erst 1941 gelang ihm zusammen mit Brandler die Flucht nach Kuba. Thalheimer versuchte zu seinen Freunden und Genossen Verbindung zu halten. Vor allem in der Zeit zwischen 1945-48 schrieb er monatliche Übersichten¹², die die Weltlage analysierten. Auch zwei Broschüren zeigten die analytische und prognostische Kraft eines undogmatischen und kritischen Marxismus.¹³

Politisch sprachen sich Thalheimer und Brandler gegen eine Zusammenarbeit mit den westlichen Besatzungsmächten und für selbständige revolutionäre Aktionen aus. Thalheimers Kritik am Verhalten der Sowjetunion nach 1945 hatte geradezu prophetischen Charakter: Zwar sei es möglich, durch die Rote Armee eine revolutionäre Veränderung herbeizuführen, aber deren Herrschaft müsse zeitlich begrenzt sein und baldmöglichst durch die selbständige Aktion der Arbeiterklasse ersetzt werden. Die dauernde Unterordnung eines selbständigen Staates verhöhne die Methoden der proletarischen Demokratie. Dieser Weg der dauernden Fremdherrschaft könne nur in einer Katastrophe enden, einer Katastrophe für das eroberte Land und einer andauernden Schwächung des Kommunismus.

In Kuba hatte er Kontakt zu Fritz Lamm¹⁴, der auch seine Grabrede hielt: Thalheimer starb am 19. September 1948 in Havanna und wurde auf einem naheliegenden jüdischen Friedhof begraben. Seine angestrebte Rückkehr nach Deutschland war am Widerstand der Militärbehörden gescheitert; weder bei der SPD noch bei der KPD fand er Unterstützung. Der kritische Kommunist war schon wieder in Deutschland unerwünscht.

MICHAEL SCHUMANN/NADJA ROSENBLUM

Weltgeschichte des Kommunismus als Kriminalgeschichte. Nach der Lektüre des »Schwarzbuchs des Kommunismus«¹

I

Eine Kriminalgeschichte des Kommunismus hätte ihre Berechtigung. Hier aber handelt es sich um die Weltgeschichte des Kommunismus als Kriminalgeschichte:

Von den von Lenin angefeuerten Handlungen des revolutionären Massenterrors im russischen Bürgerkrieg von 1918/20 über Stalins unberechenbare Vernichtungsmaschine und Pol Pots *perpetuum mobile* des Grauens bis zu den repressiven Unternehmungen der Regime von Samora Machel, Fidel Castro oder der Sandinisten – Folgen sowohl wie Determinanten der Politik in ganz unterschiedlichen historischen und weltpolitischen Kontexten, gewachsen auf denkbar heterogenen Voraussetzungen politischer, ökonomischer und kultureller Art, als Phänomene repressiver Machtausübung von ganz und gar unvergleichlicher Dimension, von einmal zentraler, das andere Mal eher marginaler Bedeutung für die Entwicklung und Perspektive des einen oder anderen politisch-ökonomischen Regimes, von Staatsverfassungen und politischen Bewegungen.

Die Frage, was die Verbrechen von sich kommunistisch nennenden Regimes oder Bewegungen mit Kommunismus zu tun haben, ist unabweisbar und tief berechtigt. Ein Verfahren der Subsumtion, durch welches uns Lenin und Stalin, Mao Zedong und Pol Pot, Ulbricht und Kadar, Tito und Enver Xotcha, Castro und Ortega, Machel und Mengistu als politische Verwandte ersten Grades, als Triebe eines Stammes, als Ahnen eines ideologischen Geschlechts vorgeführt werden, ist wissenschaftlich dubios.

Die Zweckklüge von der einheitlichen kommunistischen Weltbewegung scheint wieder auferstanden zu sein. Nur ist diesmal der Zweck ein anderer.

II

Kann ein »Schwarzbuch« über Unterdrückung, Verbrechen und Terror im Namen des Kommunismus mehr als bestätigen, daß alle bisherige Geschichte immer auch eine Geschichte von Gewalt, Niedertracht, Verrat und Totschlag ist?

Sie war es mit dem Kommunismus und sie ist es auch ganz ohne Kommunismus, wofür die wiederbelebte »balkanische Barbarei« (S. 463) nur ein Exempel ist.

Die Geschichte ist, wie Georg Büchner einmal verzweifelt schrieb, »vom lieben Herrgott nicht zu einer Lectüre für junge Frauenzimmer geschaffen worden«²; man werde nämlich »wie

Michael Schumann – Jg. 1946, Prof. Dr. phil., Mitglied des Parteivorstandes der PDS, Abgeordneter des Brandenburgischen Landtags (PDS).

1 St. Courtois/N. Werth/J.-L. Panne/A. Paczkowski/K. Bartosek/J.-L. Margolin: Das Schwarzbuch des Kommunismus. Unterdrückung, Verbrechen und Terror. Mit dem Kapitel »Die Aufarbeitung des Sozialismus in der DDR« von J. Gauck und E. Neubert, Piper-Verlag München/Zürich 1998, 987 S.

2 G. Büchner an die Familie, 28. Juli 1835, in: G. Büchner: Briefwechsel. Kritische Studienausgabe, Frankfurt/M 1994, S. 74.

3 G. Büchner an W. Jae-
gle, Mitte Januar 1834, in:
Ebenda, S. 34.

4 Vgl. M. Jäger: Alle
schweigen Hannah Arendt
tot, in: Freitag (Berlin),
17. Juli 1998, S. 12.

5 Vgl. H. Arendt: Elemente
und Ursprünge totaler Herr-
schaft (1951), 4. Aufl. Mün-
chen/Zürich 1995.

zernichtet unter dem gräßlichen Fatalismus der Geschichte«³ zurückgelassen: immerfort dasselbe, töten und getötet werden.

Aber in der Überantwortung sämtlicher verbrecherischer Ge-
schehnisse, von denen das »Schwarzbuch« berichtet, an einen im-
mergleichen »Fatalismus der Geschichte« läge eine unangemessene
Nivellierung. Sie würde die völlig neue Dimension von Gewalt und
Menschenvernichtung aus politischen Motiven übersehen lassen, die
sich mit der Geschichte der hochstalinistischen Sowjetunion und
ihren – vor allem, aber nicht nur asiatischen – Parallelen verbindet.

Michael Jäger hat in diesem Zusammenhang zu Recht die Tota-
litarismus-Theorie Hannah Arendts in Erinnerung gebracht.⁴ Der
Massenterror unter Stalin ist nicht als isoliertes Geschehen ver-
ständlich, das man dann in eine Reihe stellen könnte mit beliebigen
Akten des Massenterrors, seien sie nun Akte eines Staatsterroris-
mus oder nicht. Und noch weniger geht es an, ihn unter dem
Stichwort »Kommunismus« zusammenzuziehen mit beliebigen
Ausdrucksformen grundrechtsverletzender staatlicher Repression,
die übrigens für diverse Regionen der »freien Welt« bis heute zur
»demokratischen« Normalität gehören. Er ist nach Hannah Arendt⁵
totalitärer Massenterror, in seiner außergewöhnlichen Extension,
Unberechenbarkeit und mehr oder weniger unausgesetzten Wir-
kung nur denkbar als Konstituente, als Bestandteil des *totalitären*
Regimes, dessen notwendig komplexe Charakteristik eine Zusammen-
fassung politischer Systeme bloß am Maßstab ihres »kommuni-
stischen Selbstverständnisses« verbietet.

Das »Schwarzbuch« enthält sich der Mühe, theoretische und
methodische Instrumentarien dieser Art – und sei es, um sie hin-
sichtlich ihrer wissenschaftlichen Tragfähigkeit erneut zu prüfen –
in Anschlag zu bringen. Es vermeidet so eine differenzierende Ana-
lyse der »Taten«. Seine Unterscheidungen sind die nach dem zähl-
baren Umfang und historisch-geographischen Kolorit, nicht nach
Begriffen kritischer Wissenschaft.

III

So bleibt die Aufklärung begrenzt. Das werden die Initiatoren des
»Schwarzbuchs« anders sehen. Denn ihre Intention ist gerade
»Aufklärung« darüber, daß alle in ihrer Bilanz aufgelisteten politi-
schen Verbrechen und mit ihnen die mehr oder weniger »staatsüb-
lichen« Repressionen vielgestaltige Verkleidungen eines Prinzips,
Entäußerungen eines hinter allen wechselhaften Erscheinungen
der Gewalt im Namen der Gerechtigkeit stehenden »verbrecheri-
schen« Geistes sind: des »Kommunismus«.

Über diesen, hinter allen einzelnen Werkzeugen des Verbrechens
stehenden resp. sitzenden »Schreibtischtäter« erfahren wir über
hunderte von Seiten immer wieder das gleiche, und dies (bis auf
St. Courtois' Beitrag »Warum?«, S. 793 ff.) auch nur in Andeutungen.

Der »Täter hinter dem Täter« ist der Kommunismus, Marxismus,
Marxismus-Leninismus, die umstandslos als Namen für ein und
denselben Demiurgen des Verbrechens zusammengezogen werden
und dessen Wesen eben die »Tat« ist. Die Welt des Kommunismus
und Marxismus – die Welt als krimineller Wille und perverse
Vorstellung.

Stephan Courtois betont eingangs, daß die Bolschewiki nicht von ungefähr beschlossen, sich »Kommunisten« zu nennen, ebensowenig wie es ein Zufall war, daß sie an der Kremllmauer ein Denkmal für diejenigen errichteten, die sie für ihre Vorgänger hielten: Morus und Campanella. (S. 14) Danach erscheinen dann alle die ausführlich ausgebreiteten Verbrechen wie selbstverständlich in einer bestimmten Optik: als Kopfgeburten einer – wie auch immer – »kommunistischen Ideologie«.

Daß die – jedenfalls weitgehend – unbestreitbaren Verbrechen, von denen dieses Buch berichtet, jeweils auch ihre ideologische Rechtfertigung gefunden haben, ist nicht nur eine Tatsache, sondern gehörte zu ihren Ermöglichungsbedingungen. Ebenso unbestreitbar ist, daß alle diese Rechtfertigungen von kommunistischer bzw. marxistischer Rhetorik durchtränkt sind. Aber macht dies die kommunistische Ideologie bzw. den Marxismus zu einer »Verbrechen erzeugenden Ideologie«? (S. 821)

Das eben ist das Hochproblematische am »Schwarzbuch«: Letztlich sind es nicht der Stalinismus, der Maoismus, die »Ideen« Kim Il Sung oder Pol Pots, die den ideologischen Grund für Massenterror, Mord und Unterdrückung gelegt haben, sondern die leitenden Kategorien des klassischen marxistischen Denkens. Courtois: »Die auf die Geschichte und die Gesellschaft angewandten szientistischen Prämissen – die >geschichtliche Berufung des Proletariats< usw. – beruhen ... auf einer millenaristisch-planetarischen Phantasmagorie und sind im Kommunismus allgegenwärtig. Durch diese Setzungen wird eine >kriminogene< Ideologie fixiert und nach rein ideologischen Kriterien eine willkürliche Segregation (Bourgeoisie/Proletariat) sowie Klassifizierungen (Klein- und Großbürger, reiche, mittlere und arme Bauern usw.) festgelegt. Indem er diese Einteilungen festschreibt, als wären sie definitiv gegeben und als könnten die Menschen nicht von einer Kategorie in die andere wechseln, begründet der Marxismus-Leninismus den Primat der Kategorie und der Abstraktion gegenüber dem Wirklichen und Menschlichen. Jedes Individuum, jede Gruppe wird als Archetyp aus einer vereinfachten, abstrakten Soziologie aufgefaßt. Das erleichtert das Verbrechen: Der Denunziant, der Untersuchungsrichter, der Henker des NKWD denunziert, verfolgt, tötet nicht einen Menschen, sondern er eliminiert eine dem Wohl der Allgemeinheit schädliche Abstraktion.« (821) Der Hinweis auf die »szientistische Prämisse« der Klassenscheidung von Bourgeoisie und Proletariat, die Marx bekanntlich nicht erfunden, sondern aus der klassischen Politischen Ökonomie des Bürgertums übernommen hat, soll den zentralen Leitgedanken unterstreichen, daß – auch wenn dann unter der Hand wieder vom »Marxismus-Leninismus« bzw. von »Lenin und seinen Nachfolgern« die Rede ist – eigentlich die Lehre von Marx, die Substanz dessen, was man die kommunistische Ideologie nennen kann, den Erzeugungsgrund jener oft tödlichen hochstalinistischen Praxis darstellt, die die soziologische Unterscheidung von gesellschaftlichen Klassen und Schichten in ein Poenalisierungsverfahren »transformierte«.

Das Marxsche Denken eine Methode, Menschen, welcher soziologischen Kategorie auch immer, aus der Menschheit auszu-

grenzen? Eine Methode, »die direkt zum Verbrechen gegen die Menschlichkeit führen« muß. (S. 821)

Daß unsereins bei Marx so etwas nie gelesen und ihn auch nie so verstanden hat, mag ja wenig bedeuten. Wie aber große Geister einen Marxschen Humanismus vindizieren, ein Thomas Mann die Begegnung von Marx mit Hölderlin für notwendig und möglich halten konnten, bleibt unter dieser Voraussetzung ein ewiges Rätsel.

Courtois bringt uns Stalins »marxistische« Legitimationsformeln als authentischen Marxismus nahe. So heißt es denn auch ganz im Sinne dieser simplen Ableitungsbemühungen, die »Vernunft des Kommunismus« sei »zynisches Mordverlangen«. (S. 834)

Es ist ungefähr dasselbe, als würde man das »Gott mit uns« auf dem Koppelschloß als Beleg dafür akzeptieren, daß die Verbrechen der Wehrmacht eine quasi naturgesetzliche Folge des Christentums sind.

IV

Die Auseinandersetzung mit der kommunistischen Ideologie bzw. dem Marxismus muß ein Phänomen in Rechnung stellen, das die Wirkungsgeschichte geistiger Strömungen schlechthin zu kennzeichnen scheint: die Wandlung, Richtungsänderung, ja Verkehrung ihrer ursprünglichen Intentionen und Inhalte. In noch viel stärkerem Maße gilt für den Begriff des Kommunismus, der mit dem ausgehenden 19. Jahrhundert zu einem epochalen Leitbegriff avancierte, was für den Leitbegriff des 18. Jahrhunderts, die Aufklärung, festgestellt worden ist: »... auch da, wo äußerlich gesehen derselbe Begriff oder dieselbe Formel erhalten bleibt, sind der Inhalt und die Stoßrichtung der zugrundeliegenden Idee nicht selten einem tiefgreifenden Wandel unterworfen.«⁶ Und das Phänomen ist nicht neu, » daß sich die tragenden Grundideen ... von ihrem ursprünglichen Gedankenkontext ablösen und zu bloßen *Schlagworten* herunterkommen. Was anfangs in der Anstrengung des Gedankens erarbeitet worden war, verliert mehr und mehr seinen ursprünglichen Rang und wird zur Scheidemünze«.⁷

Der Vorgang ist in der Geschichte des Kommunismus auf die Spitze getrieben: In den diversen Rechtfertigungsideologien purer Machtbehauptungspolitik wird der marxistische Kommunismus in sein Gegenteil verkehrt. Aus einer Emanzipationsideologie, »die sehr im Wesen unserer westlichen Kultur steht und eine demokratische Kraft für sich hat«⁸ (Ignatio Soletto), wird – wenn auch bei weitem nicht durchgängig und in jeder Beziehung – im 20. Jahrhundert ein ideologisches Formierungsinstrument für eine antiwestliche, d. h. antidemokratische und gegenmoderne Bewegung.

Genau diesen Vorgang der »Verkehrung« blendet das »Schwarzbuch« aus, obwohl er auf der Hand liegt. Denn was hat der Glaube an die Unfehlbarkeit des genialen Lehrers und Führers des Weltproletariats (oder der Partei) mit dem ätzend-kritischen Gelehrten und Revolutionär Karl Marx zu tun, dessen Lieblingsmotto bekanntlich lautete: *de omnibus dubitandum est?* Und was verbindet den rigiden Edukationismus eines Mao Zedong mit dem Verfasser der Feuerbach-Thesen, der gegen die Aufklärung von oben – weiß Gott keine kommunistische Erfindung! –, die Sondierung der

6 N. Hinske: Die tragenden Grundideen der deutschen Aufklärung. Versuch einer Typologie, in: R. Ciafardone: Die Philosophie der deutschen Aufklärung. Texte und Darstellung, Stuttgart 1990, S. 411.

7 Ebenda.

8 J. Fuchs/J. Gauck/ V. Kural/I. Soletto/M. Wolffsohn/B. Romanowski (Moderation): Verfolgung der Täter – Gerechtigkeit für die Opfer, in: Vergangenheitsbewältigung 1945-1989. Ein unmöglicher Vergleich?, hrsg. von K. Sühl, Berlin 1994, S. 76.

Gesellschaft in zwei Teile, von denen der eine über sie erhaben ist, polemisierte? Man liegt wohl nicht völlig daneben, wenn man davon ausgeht, daß diese Vermeidungsstrategie, die Umgehung der Metamorphosen der kommunistischen Theorie, des Vorgangs ihrer Unterstellung unter ein machtpolitisches Primat, einem äußerlichen Zweck geschuldet ist: Denn wenn man nach dem Grund fragt, warum der real existierende Sozialismus/Kommunismus auch von sozialistischen und kommunistischen Positionen aus schärfster und grundsätzlichster Kritik unterzogen werden konnte, dann kann die Erledigung des marxistischen Kommunismus als »kriminelle Ideologie« ebensowenig überzeugen wie die regierungs(presse)amtliche Verknüpfung von Nationalsozialismus und allem, was mit Kommunismus und Sozialismus zu tun hat, zu dem Amalgam »Totalitarismus« gelingen kann.

V

Das »Schwarzbuch« wird seine Leser finden. Es wird Eselsohren bekommen und benutzt werden – als gewaltiger Steinbruch, überreich an Munition gegen alles, was links stand und steht.

Ausdrücklich zur Lektüre empfohlen sei es jedoch jenen, denen die Verbrechensgeschichte des realen Partei- und Staatskommunismus immer noch als eine Erfindung bössartiger Agitatoren des »Klassenfeindes« oder bestenfalls als zu vernachlässigende Marginalie gilt.

In der Art Pariser Fischweiber (Hegel: Wer denkt abstrakt?) quittieren sie den Hinweis auf die faulen Auslagen mit der Gegenanklage. Gänzlich schief ist diese eindämmende, »historisierende« Argumentation seitens der Freunde des jetzt inkriminierten Kommunismus, das ganze Unternehmen des »Schwarzbuches« mit einem Hinweis – Willkommen im Club – auf die weltweiten Toten des kolonialen, imperialen und globalen Kapitalismus in Frage stellen zu wollen. Denn der Kommunismus wollte doch nicht etwa nur die zweitschlechteste Menschenordnung sein, sondern eben alle menschengemachte Menschenfeindlichkeit von ehemals gerade überwinden.

Was dort zur Kapitallogik gehören mag, könnte hier nur noch zynisch in Anschlag gebracht werden: Wo gehobelt wird, fallen Späne. Die Anklage im »Schwarzbuch« gegen den Kommunismus ist gerade und zuerst wegen der Differenz zwischen ideologischem Anspruch und Praxis durchdringend.

Natürlich ist die Weltgeschichte des Kommunismus nicht auf eine Geschichte des Verbrechens herunterzubringen. Die selektive Wahrnehmung allein aus der Perspektive von Unterdrückung, Verbrechen und Terror wird der geschichtlichen Epoche, die sich mit dem Namen »Kommunismus« verband, ebensowenig gerecht wie jeder anderen. Diese Einsicht wird nur bei denjenigen auf taube Ohren stoßen, deren interessierte Absicht es ist, ihr spezifisches subjektives Feindbild zum objektiv Bösen der Weltgeschichte aufzublasen.

Aber das alles ist geschenkt. Es bleibt die – sehr ernsthafte – Frage, die man sich nach der Bilanz der kommunistischen Revolutionen des 20. Jahrhunderts vorlegen muß: Wenn nach Auschwitz

9 I. Kant: Der Streit der Fakultäten, hrsg. von St. Dietzsch, Leipzig 1992, S. 84.

10 Vgl. W. Benjamin: Allegorien kultureller Erfahrung. Ausgewählte Schriften 1920-1940, hrsg. von S. Kleinschmidt, Leipzig 1984, S. 151.

11 Vgl. E. Bloch/F. Vilmar: Ein Gespräch über ungelöste Aufgaben der sozialistischen Theorie, in: Über Ernst Bloch, Frankfurt/M 1968, S. 86 f.

12 Vgl. K. Marx/F. Engels: Manifest der Kommunistischen Partei, in: MEW, Bd. 4, S. 475.

kein Gedicht mehr möglich sein sollte, kann dann nach dem Gulag noch die Revolution gedacht werden? Ist es nicht so, daß das Wagnis der Revolution, von dem Kant – bezogen auf die Große der Franzosen – noch vermutete, es könne auf eine »moralische Anlage im Menschengeschlecht«⁹ abheben, eben diesen »Dispositions-kredit« hoffnungslos überzogen hat?

Andererseits ist – wie Walter Benjamin sagt – die Katastrophe nicht das Künftige, sondern der Umstand, daß es so weitergeht.¹⁰

Daher ist es wohl wenig sinnvoll, die Erfahrungen mit den Folgen der kommunistischen Revolutionen des 20. Jahrhunderts gegen die marxistische Utopie zu wenden, in deren Zentrum nicht der »Fortschritt« steht, der über Leichen geht, sondern die Aktualisierung der Möglichkeiten der Zeit für die notwendige Veränderung nach humanistischen Maßstäben. Unabweisbar aber ist es, sich um einen *kritischen* Anschluß an das klassische marxistische Denken zu bemühen. Denn so unsinnig es ist, Marx den Gulag auf die Rechnung zu setzen, so verhängnisvoll war (und ist) es, die Blochsche Frage zu übergehen, ob nicht der Marxismus sich in der Sowjetunion auch bis *zur Kennlichkeit*, nicht allein bis zur Unkenntlichkeit, verändert habe.¹¹

Anknüpfungspunkte für die stalinistische »Verwechslung« von sozialer Emanzipation mit Gehorsam gegenüber dem »Neuen« gibt es bei Marx. Sie ihm vorzuhalten ist dumm. Er war nicht der Statthalter der absoluten Wahrheit. Sie zu übersehen ist sträflich.

VI

Eine Geschichte des Kommunismus als Geschichte des Verbrechens zielt auf dessen zentrale Idee als »Tatmotiv«. Und diese Idee, der zusammenfassende Ausdruck des Kommunismus, ist – von jeher – die »Aufhebung des Privateigentums«.¹² Diese Idee erscheint als kriminogen, denn in der Perspektive des »Schwarzbuches« haben alle ihre Verwirklichungsversuche in diesem Jahrhundert zu gesellschaftlichen Zuständen geführt, deren Verkehrsform – das Verbrechen ist. Die Infragestellung des Privateigentums verbindet indes nicht nur die disparaten kommunistischen Revolutionäre und Regimes des 20. Jahrhunderts, sondern unterschiedlichste geistige Strömungen, religiöse und politische Bewegungen der Vergangenheit und Gegenwart. – Das »Alles sei gemeinsam« wurde von Platon her zum Leitgedanken der Utopien. Das Urteil des »Schwarzbuches« ist daher keineswegs nur ein Urteil über Unterdrückung, Verbrechen und Terror durch die Staatsorgane des verflorenen Realkommunismus.

Es handelt sich um eine ideologische Handreichung, die die auch nur gedankliche Infragestellung wirtschaftlicher Machtverhältnisse – ganz im Geiste der Bonner Verfassungsschutzberichte – als ein im Grunde kriminelles Unternehmen einstuft und in dem Bekenntnis zum Status quo der wirtschaftlichen und sozialen Ordnung, in der »Heiligsprechung« des kapitalistischen Privateigentums den tiefsten und entscheidenden Ausdruck demokratischer Gesinnung erblickt.

Diese Sicht der Dinge weist eine enge strukturelle Verwandtschaft mit der Weltanschauung dogmatischer Parteikommunisten auf, die in ihrer Marx-*Gläubigkeit* nach wie vor die Aufhebung

aller sozialen Übel und den Eintritt in die »eigentliche Geschichte« von der Vergesellschaftung des produktiven Eigentums, die bislang immer auf eine Verstaatlichung der Gesellschaft hinausgelaufen ist, erwarten.

Marx hat die Entwicklungsfähigkeit der kapitalistischen Gesellschaft – ebenso wie ihre selbstzerstörerischen Tendenzen – in starkem Maße an das Kapitalverhältnis gebunden. Die Ausdifferenzierung der gesellschaftlichen Bereiche und Praxen ist in ihrer Bedeutung als gesellschaftliches Entwicklungspotential von ihm nicht entsprechend gewürdigt worden. »Der Eigenwert und die Eigenlogik der Institutionen, die diese Entwicklungsfähigkeit verbürgen (ein Bankensystem, der Rechtsstaat, freie Wahlen, die Gewaltenteilung usw.) und die Werte, auf die sich die sozialen Gruppen in den modernen Gesellschaften berufen (Freiheit, Gleichheit, Eigentum usw.), wurden ... unterschätzt.«¹³ Die Ebenen der geschichtlichen Auseinandersetzung und Entscheidung: Politik, Recht, Ideologie galten ihm zu sehr als bloße Reproduktion der Kapitalmacht (obwohl insbesondere seine Arbeiten zur Zeitgeschichte Frankreichs hier auch Gegenakzente gesetzt haben). Von daher konnte sich eine politische Strömung auf Marx berufen, wenn sie die in der Moderne geschaffenen politischen und kulturellen Formen (Zivilgesellschaft) als Möglichkeiten zur Durchsetzung sozialistischer Ziele negierte und sie durch den Parteistaat des staatsmonopolistischen Sozialismus ersetzte, was in der Praxis – hier sind die Beiträge von Nicolas Werth, Karel Bartosek und J.-L. Margolin im »Schwarzbuch« aufschlußreich – zur Verunmöglichung der Entstehung bzw. Zerstörung mehr oder weniger entwickelter zivilgesellschaftlicher Strukturen (und damit entscheidender gesellschaftlicher Entwicklungsmöglichkeiten!) geführt hat. Das kapitalistische Privateigentum als das die gesamte Gesellschaft durchdringende und sich voll und ganz unterwerfende Prinzip – in dieser Leitidee liegt ein fehlleitender und ausnutzbarer Bestandteil der Marxschen Lehre. Wo die Frage des Privateigentums und seiner radikalen Negation (durch die »Diktatur des Proletariats«) so ins Zentrum gestellt wurde, verwandelte sich die Marxsche Idee der sozialen Revolution in ein Projekt der *totalen historischen Diskontinuität*.

Die Geschichte ist Wandlung, Transformation, nicht zuletzt auch Revolution. Überlassen wir sie dem »Markt« oder versuchen wir sie neu und demokratisch-»eingreifend« zu denken?

Das durch die Erfahrung des »Jahrhunderts der Extreme« (Eric Hobsbawm) geläuterte, kritische Anknüpfen an die Traditionsbestände des marxistischen Denkens bleibt unverzichtbar in einer Gesellschaft, die auf dem Weg der Selbstzerstörung und längst dabei ist, ihren eigenen Totalitarismus zu gebären. Die Denunziation von allem, was mit Marxismus, Kommunismus und Sozialismus zu tun hat, als *verbrecherisch* zielt nicht auf das Häuflein unverbesserlicher Stalin-Anhänger, die man mit der Lupe suchen kann. Ziel sind diejenigen, die sich nicht damit abfinden wollen, daß die stalinistische Befreiungslüge durch eine ultrakonservative Bewahrungslüge ersetzt wird.

13 A. Brie/M. Brie/J. Dellheim u.a.: Zur Programmatik der Partei des Demokratischen Sozialismus. Ein Kommentar, hrsg. von Gesellschaftsanalyse und politische Bildung e. V., Berlin 1997, S. 28.

RICHARD SAAGE

Utopia als »irdisches Paradies«. Zu Johann Gottfried Schnabels »Insel Felsenburg«¹

I.

Schnabels Roman *Wunderliche FATA einiger See-Fahrer*, berühmt geworden unter dem Titel *Insel Felsenburg*, gilt als einer der wichtigsten deutschen Beiträge zur Tradition der politischen Utopien im Zeitalter der Aufklärung. Dieses Buch erwies sich zudem im 18. Jahrhundert als ein außerordentlicher Publikumserfolg, der »von Verlegern und Fortsetzern ohne Bedenken ausgenutzt wurde, mit dem Ergebnis, daß noch viele Jahre später Besuche auf den ›beiden Inseln Groß- und Klein-Felsenburg‹ zum Reiseprogramm von Robinsonen zählten. Schnabels Beschreibung des Inselparadieses soll sogar manchen jungen Menschen verführt haben, ›auf abenteuerliche Weise die glückliche Republik des Altvaters Julius, womöglich, in der Ferne aufzusuchen‹ (Haken). Und die Frau Oberamtswärterin in Wielands *Bonifaz Schleicher* (1776) kann sich ›gar keinen Begriff‹ davon machen, ›daß außer der Bibel, ihrem Gesang- und Kommunionbuche, dem Kalender, dem klugen Beamten, der *Insel Felsenburg*, und den *Gesprächen im Reich der Toten* (welche die Bibliothek ihres Mannes ausmachten) noch irgendein anderes gedrucktes Buch in der Welt sein könnte.«² Tatsächlich erlebte Band 1 des Romans zwischen 1731 und 1768 acht Auflagen, Band 2 zwischen 1732 und 1767 sieben Auflagen, Band 3 zwischen 1736 und 1767 sechs Auflagen und Band 4 zwischen 1737 und 1769 immerhin noch fünf Auflagen.³

Sicherlich wurde diese Resonanz, die Schnabels Buch zu einem »der meistgelesenen deutschen Romane seiner Zeit«⁴ machte, auch von der Annahme des Publikums getragen, daß die *Insel Felsenburg* eine Variation auf Daniel Defoes berühmtes Werk *Robinson Crusoe* sei. Doch Schnabel hat sich zu Recht gegen den Vorwurf gewandt, sein Roman sei nichts als »zusammengeraspelte Robinsonaden-Späne«⁽⁶⁾. Die Originalität seines Werkes besteht vielmehr darin, wie ein zeitgenössischer Autor bemerkt, »die Geschichte Robinsons als Geschichte des Menschen und seiner fortschreitenden Kultur im Kleinen«⁵ dargestellt zu haben. Auch gelingt es Schnabel, das Handlungsszenario dieses Romanes, vor dessen Hintergrund er den historischen Entstehungsprozeß seines idealen Gemeinwesens literarisch gestaltet, durch eine doppelte Rahmenerzählung den Leser bei seiner Lektüre zu motivieren: »Den äußeren Rahmen bildet die Geschichte eines fiktiven Herausgebers Gisander, der das Manuskript der *Insel Felsenburg* von einem ›Literatus‹ nach dessen Postkutschenunfall erhält und zum

Richard Saage – Jg.1941,
Politikwissenschaftler,
Professor an der
Martin-Luther-Universität
Halle-Wittenberg.

1 Im folgenden zitiere ich nach folgender Edition: Johann Gottfried Schnabel: *Insel Felsenburg*. Hrsg. v. Volker Meid und Ingeborg Springer-Strand, Stuttgart 1979. Die Belegstellen der Schnabel-Zitate aus dieser mit Bd. I des Schnabelschen Romans identischen Edition, durch runde Klammern gekennzeichnet, befinden sich im Text. Belegstellen aus Bd. III dieses Werkes sind den Fußnoten zu entnehmen. Die Rechtschreibung wurde modernisiert. Das trifft auch für die Zitate der zeitgenössischen Kommentatoren Schnabels zu.

2 Volker Meid/Ingeborg Springer-Strand: Nachwort zu: Schnabel, *Insel Felsen-*

Druck befördert. Das Manuskript selbst enthält (als innere Rahmenerzählung) die Hauptgeschichte des in der Ich-Form erzählenden Eberhard Julius mit seinen Berichten über die ›paradiesische‹ Insel Felsenburg. Innerhalb dieser Hauptgeschichte sind eine Fülle von Einzelgeschichten eingefügt; es handelt sich um die Lebensberichte von Europa-Emigranten und künftigen Bewohnern der Insel Felsenburg.⁶

Hinzu kommt, daß *Insel Felsenburg* verschiedene Lesarten ermöglicht. Einerseits konnte es den verelendeten Schichten des dritten Standes durch die Schilderung einer idealen Gegenwelt so etwas wie Hoffnung vermitteln, weil Schnabel in seinem Roman »einen Neubeginn und mit diesem ein grundsätzlich besseres Leben des Menschen für möglich hält« (668). Andererseits ging vielleicht genau von den Aspekten des Buches eine große Faszination aus, die von der zeitgenössischen moralisierenden Literatur-Kritik gerade verworfen wurden. »In einer elenden barbarischen Sprache geschrieben« und die »Phantasie des jungen Lesers (...) zum Nachteil des gesunden Menschenverstandes« entzündend, verderbe es nicht nur den Geschmack junger Leute und lenke sie von »der nötigen Tätigkeit« ab, weil es den Leser mit einer Welt konfrontiere, in der man ohne Mühe, Fleiß und Arbeit glücklich leben könne. Es enthalte darüber hinaus, weit schlimmer noch, »der Moralität so nachteilige Grundsätze und Bilder«, daß es den »schädlichsten Romanen« in nichts nachstehe.⁷ Tatsächlich wurde das Werk dann auch zu einem Jugendbuch umstiliert, aus dem der Bearbeiter alle anrühigen Passagen entfernte und anstößige Szenen verharmlosend glättete.

Der Bekanntheitsgrad der *Insel Felsenburg* steht in einem schroffen Gegensatz zu den gesicherten Fakten, die man über Schnabels Lebenslauf weiß.⁸ Arno Schmidt hat sie prägnant zusammengefaßt: Johann Gottfried Schnabel »wurde am 7. November 1692 als einziges Kind des Pfarrers zu Sandersdorf (bei Bitterfeld) geboren; beide Eltern verlor er schon im zweiten Lebensjahr. Am 9. Februar 1702 wurde er als »auswärtiger Schüler« auf der Latina in Halle aufgenommen; (in den Universitätsmatrikeln von Leipzig, Jena, Halle, Kiel findet sein Name sich später nicht.) 1708-12 nimmt er unter dem Prinzen Eugen an 3 brabantischen Campagnen teil; man vermutet, als Feldscher beim Stabe. Dann verschwindet die Spur wieder; erst vom 4. August 1724 datiert die Eintragung, daß er als »Hofbalbier« zu Stolberg am Harz den Bürgereid abgelegt habe; bis 1742 ist er dort urkundlich nachweisbar. Sein weiteres Schicksal, sein Todes-Ort und -Jahr, sind unbekannt; die Stolberger Totenlisten enthalten bis 1792 seinen Namen nicht.«⁹ Dennoch reicht dieses dürftige Datengerüst aus, um sich ein Bild von den Lebensumständen machen zu können, unter denen Schnabel seinen utopischen Roman schrieb: Er hat, wie die neuere Forschung zeigen konnte, in seiner Stolberger Zeit zwischen 1731 und 1743, in der die vier Bände der *Insel Felsenburg* erschienen, in sehr ärmlichen Verhältnissen gelebt. Obwohl dem bürgerlichen Stand zuzurechnen, kamen er und seine fünf Kinder – seine Frau starb im Jahr 1733 – kaum über das Existenzminimum hinaus: Die Qualitätsstufe seines Lebensstandards schwankte zwischen dem »Stand der

burg (Anm. 1), S. 594f.

3 Vgl. Meid/Springer-Strand: Nachwort (Anm. 2), S. 594, FN 5.

4 Ebd.

5 Johann Christian Haken: Bibliothek der Robinsone. In zweckmäßigen Auszügen vom Verfasser der grauen Mappe, Bd. 1, Berlin 1805, S. VI.

6 Wilhelm Vosskamp: »Ein irdisches Paradies«. Johann Gottfried Schnabels *Insel Felsenburg*, in: Klaus L. Berghahn und Hans Ulrich Seeber (Hrsg.): Literarische Utopien von Morus bis zur Gegenwart, 2. Auflage, Königstein/Ts. 1983, S. 95.

7 Christian Carl André: *Felsenburg, ein sittlich-unterhaltendes Lesebuch*, Teil I, Gotha 1788/89 (unpaginiert).

8 Zur Biographie Schnabels vgl. Erich Schmidt: Johann Gottfried Schnabel (pseudonym Gisander), in: Allgemeine Deutsche Biographie, Bd. 32, Berlin 1971 (Nachdruck der ersten Auflage von 1891), S. 76-79; Arno Schmidt: Herr Schnabels Spur. Vom Gesetz der Tristaniten, in: ders.: Nachrichten von Büchern und Menschen, Bd. I. Zur Literatur des 18. Jahrhunderts, Frankfurt am Main 1971, S. 55f; Roland Haas: Lesend wird sich der Bürger seiner Welt bewußt. Der Schriftsteller Johann Gottfried Schnabel und die deutsche Entwicklung des Bürgertums in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts, Frankfurt am Main 1977, S. 7-49 u. S. 441-531.

9 Schmidt: Herr Schnabels Spur (Anm. 8), S. 55.

10 Haas: Lesend...
(Anm. 8), S. 30.

11 Günther Dammann.
Stolberg im Meer, in:
DIE ZEIT Nr. 37,
13. November 1992, S. 77.

12 Meid/Springer-Strand:
Nachwort (Anm. 2), S. 603.

Dürftigkeit« und dem »Stand der Notdurft«: »Er hatte also innerhalb seines Standes vermutlich ›kein Auskommen‹; Konsumverzicht zugunsten literarisch-bürgerlicher Ziele war in Schnabels Familie offenbar üblich«. ¹⁰

Von Schnabel ist daher zu Recht gesagt worden, er habe »seine Vita unter seinem Wert« leben müssen. Doch als »Bürger ohne Grundbesitz am unteren Ende des Standes« kannte er sich wie kaum ein anderer in den gesellschaftlichen Mißständen seiner Zeit aus: Sie prägten schließlich seine eigene Lebenswelt, in der er – nach dem Tod seiner Eltern ohne Studium und akademisches Amt – »statt dessen halb Friseur, halb Chirurg, sozial wenig angesehen« fortwährend um die »Nahrung« für seine Familie und sich kämpfen mußte. ¹¹ Nirgendwo schlug sich dieser Erfahrungshorizont authentischer nieder als in der in »Insel Felsenburg« geübten Zeitkritik. Zu Recht ist hervorgehoben worden, daß die europäische Wirklichkeit »als Gegenbild zur Utopie des Gemeinwesens der Insel Felsenburg (...) durch die zahlreichen Lebensläufe« derjenigen vermittelt wird, die in ihm Zuflucht finden. Sie »zeichnen ein grimmes Bild der gesellschaftlichen und politischen Zustände Europas, das nur von wenigen Lichtblicken erhellt wird. Lebenslauf um Lebenslauf enthüllt Mißstände in den verschiedensten Bereichen der Gesellschaft«. ¹² Tatsächlich wird die Situation in Europa von den Betroffenen als eine Katastrophe ohne Ende erfahren. Kriege zerstören selbst wohl situierte Familien. Sind die Eltern umgekommen, so bleibt den Kindern in den Kriegswirren nichts anderes als »das Brot vor den Türen zu suchen, von einem Dorfe und Stadt zur anderen zu wandern, und letztlich fast ganz ohne Kleider umherzugehen« (109).

Selbst der Reichtum bietet keine Sicherheit. Oftmals rasch erworben, kann er »jederzeit gar plötzlich und zwar öfters auf gefährlichste, nicht selten gar auf lächerlichste Art wieder verloren« gehen (326). »Tausend und abertausend Christen« gebe es, so Schnabel, »die mit ihrer sauren Handarbeit kaum so viel« verdienen, daß »sie sich nach Vermögen ersättigen können. Die wenigsten Reichen wollen den Armen von ihrem Überflusse« etwas geben, weil sie fürchten, »dadurch selbst in Armut zu geraten« (269). Dem sozialen Elend entspricht, daß in Schnabels Schilderung der europäischen Verhältnisse es von »herumschweifenden Mördern, Spitzbuben und Dieben« (317) nur so wimmelt. Wer zeigt, daß er über Geldstücke verfügt, weckt bei den anderen Begehrligkeiten, deren Befriedigung Mord mit einschließt (313). Trinkgelage mit Fremden enden damit, daß der ahnungslose Mitzecher im Rausch ausgeplündert wird (115). Nachts müssen ehrbare Leute damit rechnen, »von einer Rotte Straßen-Räuber überfallen und bis aufs Hemd« ausgeraubt und fortgejagt zu werden (302). Die Habgier macht selbst vor Kirchendiebstählen nicht halt (316), und Meuchelmord wird schon dann begangen, wenn der Täter sich an jemandem rächen will, gegen den er einen Prozeß verloren hat (347).

Hat der »armor sceleratus habendi« fast alle Hemmschwellen gegenüber dem offenen Verbrechen beseitigt, so kann er höchstens von einem allgemeinen Sittenverfall noch übertroffen werden. Ihn schildert Schnabel weitaus drastischer als seine Vorgänger seit

Morus. Duell-Affären illustrieren die Brüchigkeit und Inhumanität der herrschenden Ehrbegriffe (318). Religiöse Intoleranz scheint zur Normalität des Alltags zu gehören: Der Andersgläubige wird »ein verfluchter Ketzler gescholten«, um ihn wirksamer drangsaliieren zu können. Der Ehebruch gehört noch zu den weniger schwerwiegenden Indizien des allgemeinen Niedergangs der Sitten. So schildert Schnabel das Verhältnis eines jungen Hauslehrers mit der Frau eines Amtmannes voller Ironie. Zwar verstand dieser von den alten Sprachen und anderen Wissenschaften kaum mehr als sein Schüler. Doch habe er der Frau Amtmännin Ovids *De arte amandi* desto besser zu erklären gewußt, »indem beide die Privatstunden dermaßen öffentlich zu halten pflegten, daß ihre freie Aufführung dem Amtmann endlich selbst Verdacht erwecken mußte« (111).

Sexuelle Nötigung gehört in Schnabels Europa zur ständigen Bedrohung, der Frauen ausgesetzt sind (365). Der Leser wird Zeuge einer Szene, wie ein Bruder versucht, seine beiden Schwestern zur Prostitution zu zwingen (285). Des Angriffs auf ihre Integrität, zu dem die »geile Brunst« einige »verhurte Schandbuben«, auch »Huren-Hengste« von Schnabel genannt (291), verleitet, können sich die betroffenen Frauen nur dadurch erwehren, daß sie auf die Vergewaltiger mit dem Messer einstechen (293). Umgekehrt werden die Prostituierten von Schnabel durchgehend mit pejorativen Begriffen charakterisiert wie »Schandmetze«, »Schandhure«, »Schand-Balg, deren Geilheit unaussprechlich« ist (296) usw. Aber auch die sogenannte »Blutschande« fehlt nicht in Schnabels düsterem Szenario der europäischen Dekadenz. So hat Lemlie, der moralisch defekte Kapitän, mit dem Albert Julius, der Gründungsvater des idealen Gemeinwesens, auf der Insel Felsenburg strandete, mit 18 Jahren seine Schwester vergewaltigt: Später unterhielt er mit ihr über drei Jahre lang ein sexuelles Verhältnis. »Zwei Huren-Kinder«, so heißt es bei Schnabel, die aus dieser Verbindung hervorgingen, habe er ermordet »und in Schmelztiegeln als eine besonders kostbare Masse zu Asche verbrannt«. Als die Eltern Lemlies von diesem Verbrechen erfuhren und eine Untersuchung forderten, »wurden sie beide in einer Nacht durch beigebrachtes Gift in die andere Welt geschickt« (195).

Überhaupt ist die Kindestötung ein Delikt, auf das Schnabel mit besonderem Nachdruck hinweist, wenn er einen Fall schildert, in dem die Täterin zusammen mit ihrer Mutter versucht, den Verdacht auf eine Unschuldige zu lenken. Die Denunzierte wird vom Richter aufgefordert, die Tat zuzugeben, andernfalls drohe ihr die Folter. Um der »schmählichen Tortur« zu entgehen, gesteht sie die Tat (358). Nur durch einen Zufall wird sie am Ende doch freigesprochen. Aber die Gerichte erpressen nicht nur mit Hilfe oder durch Androhung der Folter die von ihnen gewünschten Geständnisse; die Justiz selbst läßt einen Tiefpunkt moralischer Verkommenheit erkennen: Ein Richter stellt z.B. auf eine bloße Vermutung hin einen Haftbefehl gegen zwei Unschuldige aus: Sie werden »unwissend, warum, gefangen und in Ketten« gelegt (305). Gleichzeitig beginnt er nach einer Weile die unschuldig Inhaftierten »fast ganz zu vergessen« (307).

II.

Der »Jammer-Stand« »auf der höchsten Höhe des Unglücks« (367), in dem sich eine Frau befunden hat, bevor sie auf der Insel Felsenburg Zuflucht fand, läßt sich auch als Signum der moralischen Krise der europäischen Zivilisation im Ancien Régime verstehen. Ihr konfrontiert Schnabel seine Antithese in Gestalt einer fiktiven Gegenwelt. Der Tradition der älteren Utopie folgend, wird er nicht müde, sie als einen Ort der sozialen Harmonie darzustellen, der das Sterben »in Ruhe, ohne Verfolgung, Kummer und Sorgen« (266) ermöglicht. Neuankömmlinge empfinden ihre Rettung durch die Einwohner der Insel Felsenburg, »als ob die allerelendsten Leute von der ganzen Welt« in den »allerglücklichsten Stand auf Erden« versetzt werden (300). Ein an der Küste der Insel Gestrandeter fragt sich denn auch, »ob er sich unter Engeln oder sterblichen Menschen« befindet (263). Tatsächlich scheint auf den ersten Blick die religiöse Motivation Schnabels seinem utopischen Konstrukt, das mit der Prämisse der Machbarkeit steht und fällt, den Boden zu entziehen. So ist es »das Gebet der Felsenburger und ihr Gottvertrauen, das gleichsam als Ursache der Hilfe Gottes aufgefaßt wird und ihnen diese Hilfe fast automatisch zukommen läßt«. ¹³ Auch wird der Insel Felsenburg immer wieder attestiert, sie sei ein »irdisches Paradies« (88), das schönste »Lust-Revier der Welt«, bei dessen Anblick »unsere Augen eine gute Zeit recht starr offenstehen, der Mund aber, vor Verwunderung des Gemüts geschlossen bleiben mußte« (97). Schon Albert Julius war, als er die Insel entdeckte, davon überzeugt, »daß er das schönste Paradies vor sich habe, »woraus vermutlich Adam und Eva durch den Cherub verjagt worden« sind (152). Die Bevölkerung ist nach biblischem Vorbild in neun Stämme aufgeteilt, an deren Spitze der patriarchalische »Altvater« steht. »Parallelen zum Himmlischen Jerusalem und Anspielungen auf das biblische Paradies finden sich an vielen Stellen des Romans, so daß der Leser darin ein Modell für die Felsenburg-Utopie erblicken kann«. ¹⁴

Doch diese biblische Metaphorik kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß das Gemeinwesen der »Insel Felsenburg« durchaus die Merkmale einer »vernünftigen« Zivilisation trägt. Das Produkt planvollen Handelns kann sie zu ihrem Funktionieren durchaus der göttlichen Hilfe entraten. So ist charakteristisch, daß man nicht auf die göttliche Fügung wartet, von gestrandeten Schiffen mit Menschen und Material versorgt zu werden, die man zum Überleben in einer Zivilisation benötigt. Vielmehr bauen die Felsenburger selber Schiffe, um sich aus Europa mit fehlenden Handwerkern, Künstlern, Pastoren und Ehepartnern ¹⁵ ebenso einzudecken wie mit technischem Gerät. Dieser auf Felsenburg festzustellende utopische Geist des Machens hat – wie in den älteren Utopien – seine Entsprechung in der an geometrischen Formen orientierten Struktur der Insel, ihrer Bebauung und Besiedelung sowie in der Homogenität der Lebensbedingungen. Im Zentrum der fast rechteckigen Insel ist die Residenz des Patriarchen Albert Julius errichtet. Zu ihr führen zwei gerade Alleen, die an dem Hügel enden, auf dem das Schloß gebaut wurde. »Doch etwa 30 Schritte (...) vor (dessen) Ausgang (...) sind die Bäume« so angeordnet worden, »daß sie

13 Hans-Joachim Mähl: Die Republik des Diogenes. Utopische Fiktion und Fiktionsironie am Beispiel Wielands, in: Utopieforschung. Interdisziplinäre Studien zur neuzeitlichen Utopie. Hrsg. v. Wilhelm Vosskamp, Bd. III, Frankfurt am Main 1985, S. 79.

14 Vosskamp: »Ein irdisches Paradies« (Anm. 6), S. 97.

15 Vgl. Mähl: Die Republik (Anm.13), S. 79.

oben ein rechtes europäisches Kirchengewölbe« bilden und als eine schöne Sommerlaube dienen. Der Schloßgarten, der ein Quadrat bildet, wird durch einen Kreuzweg in vier gleiche Teile untergliedert, in denen jeweils unterschiedliche Pflanzen und Bäume wachsen (101f.). Um die Residenz herum sind die neun Siedlungsgebiete der Insel angeordnet. Deren Haushalte, also der Kernbereich der gesellschaftlichen Reproduktion, zeichnen sich in allen diesen Regionen durch Gleichförmigkeit aus (328), von unwesentlichen Differenzierungen abgesehen. Sie bestehen aus 10 bis 21 Häusern, die alle mit Scheunen, Ställen und Gärten ausgestattet sind. Der Lebens- und Entwicklungsstandard in allen Siedlungen ist völlig homogen; im Unterschied zu den älteren Utopien ist jedes Stadt-Land-Gefälle vermieden, weil dieses Utopia nicht mehr eine »Idealstadt« zum Vorbild hat.

Nach einer systematischen Begründung des Normenkonsens dieses idealen Gemeinwesens sucht man bei Schnabel vergebens. Doch läßt seine Beschreibung zwei Prämissen erkennen, die, wie es scheint, für das normative Gefüge des zwischenmenschlichen Zusammenlebens auf der Insel Felsenburg entscheidend sind:

1. Die hierarchischen Strukturen der europäischen Zivilisation sind prinzipiell außer Kraft gesetzt. Als Lemlie, der berüchtigte Kapitän des Schiffs, mit dem der spätere Gründungsvater Albert Julius auf der Insel Felsenburg strandet, auch hier das Kommando zu führen versuchte, wurde ihm entgegengehalten, daß seine Befehlsgewalt beendet sei: Jetzt gelte einer so viel wie der andere; ausgeführt werde, wofür sich die meisten Stimmen entscheiden. Weigerte sich der Dritte, das zu tun, was die anderen zwei wollten, »so mag er elendiglich krepieren« (140). Auch die Statusunterschiede zwischen dem Adel und dem Bürgertum, dem Edelmann und der »bloßen Privatperson« gelten nicht mehr. Die zwischenmenschlichen Beziehungen kennen, wie die Heirat zwischen Albert und Concordia zeigt, nur ein Kriterium: das der freiwilligen Bindung auf der Grundlage persönlicher Zuneigung und Tugend (190ff.). Gleichzeitig wird aber die Autonomie der einzelnen dadurch in die Solidargemeinschaft der Felsenburger eingebunden, daß sich die Individuen dem »aufgeklärten« Patriarchat des Gründungsvaters freiwillig unterwerfen.

2. Schnabel folgt der älteren Utopietradition auch in der Übernahme des Gebots, daß nur guten und auserwählten Menschen der Zutritt zur Insel erlaubt wird. Zwar sind wie etwa in Andreaes *Christianopolis* oder in de Foignys Australien-Utopie strenge Aufnahmeexamen nicht vorgesehen. Doch im Resultat wirken analoge Ausgrenzungsmechanismen: Dadurch, daß die Bösen ertrinken oder auf andere Weise umkommen, können sich Habgier und Eigennutz nicht mehr auf der Insel auswirken. Die Folgen sind eindeutig: »Der Normenkonsensus der Inselbewohner braucht nicht weiter begründet zu werden, weil die Frommen unter sich bleiben, die verstockten Sünder sterben, und nur deshalb funktionieren auch die sozialen Einrichtungen.¹⁶ Dies vorausgesetzt, sind denn auch alle Neuankömmlinge bereit, sich freiwillig auf die Regeln des zwischenmenschlichen Zusammenlebens festzulegen, die von Albert und Concordia, dem Gründerehepaar, entwickelt wurden:

16 A.a.O., S. 63.

»Denn alle die Unsrigen erzeugten uns Gehorsam, (...) so daß eine vollkommene Liebe und Eintracht unter uns allen anzutreffen war« (369).

Nun verdankt sich der soziale Konsens freilich nicht nur der Ausgrenzung der negativen Seiten der europäischen Zivilisation; er hat darüber hinaus – wie seit Platon und Morus in der Utopietradition zu beobachten ist – eine originäre materielle Basis in den Eigentumsverhältnissen der Insel selbst. Bei den ersten Gestrandeten galt als Maxime: »Die Viktualien und andere Sachen sind gemeinschaftlich« (140). Zwar wohnen die Familien in individuellen, d.h. eigenen Häusern und nicht in kollektiven Wohnpalästen wie etwa bei Campanella oder Vairasse. Doch ist diese persönliche »Habe« selbst wieder nur Ausfluß des solidarischen Verhaltens aller: So ist davon die Rede, daß sich alle »als Brüder« beim Hausbauen »einander und in anderen Dingen redlich zur Hilfe kommen« (371). Im übrigen deutet vieles darauf hin, daß der Boden in den neun Siedlungsgebieten von den einzelnen Familien als eine Art Stammesbesitz (206) genutzt wird; jedenfalls ist eine zentralisierte politische Instanz, die, wie bei Morus, Campanella, Morelly und anderen das gesamte Wirtschaftsleben kontrolliert und reguliert, nirgendwo zu erkennen. Die Verfügung über den Boden bleibt innerhalb des überschaubaren Rahmens einer Stammesgemeinschaft patriarchalisch gebunden. Besitzindividualismus kann nicht aufkommen, da der Boden keine über den Markt veräußerbare Ware ist. Aber nicht nur deswegen sind alle wettbewerbsbezogenen Akkumulationsmechanismen stillgelegt. Die Insel zeichnet sich darüber hinaus durch einen fruchtbaren Boden und ein mildes Klima aus: Die Natur selbst sorgt für eine solche materielle Sicherheit, daß Konkurrenz und Konflikt aufgrund der Knappheit von Gütern gar nicht erst aufkommen können.

Damit ist übergeleitet zu der Frage, wie die materielle Reproduktion auf der Insel organisiert wird. Der Gründungsvater Albert Julius legte von Anfang an die ausschließlich an der Bedürfnisbefriedigung orientierte Vorratswirtschaft als die verbindliche Struktur der Inselökonomie fest. Das Maß der täglich zu verrichtenden Arbeit wird denn auch von dem Ziel bestimmt, die Wirtschaft in einen solchen »guten Stand zu setzen«, daß die Insulaner »im Fall der Not sogleich alles«, was sie »brauchten, bei der Hand haben könnten« (213). Allerdings konfiguriert diese Option mit dem natürlichen Reichtum der Insel. Der erwirtschaftete Überfluß, so erfahren wir, hatte im Jahr 1666 ausgereicht, um noch weitere 100 Menschen zu ernähren; da es keine Abnehmer gab, mußte eine große Menge des besten Getreides »liederlich verderben« (269). Wie in den älteren Utopien, ist die Hauptquelle des Reichtums der Felsenburger die Landwirtschaft: Neben Ackerbau wird vor allem Obstzucht, Gemüse- und Weinanbau betrieben; aber auch die Waldwirtschaft, die Jagd und der Fischfang tragen zum Lebensunterhalt bei. Daneben sind in einigen Regionen Werkstätten zur Holz-, Stein-, Metall- und Salzgewinnung errichtet (331). Auch werden neben der Schuhproduktion (128), Bauhandwerke und Eisengießereien erwähnt, die ihre Metalle aus den Bergwerken der Insel beziehen (328). Gleichzeitig entfällt dadurch, daß man produziert,

ohne auf »Wucher« bzw. Profit aus zu sein, die Notwendigkeit des Geldes (331). So tauschen Handwerker ihre Produkte gegen Güter aus, die in unmittelbarer Nähe nicht hergestellt werden (128). In einem Siedlungsraum, in dem die Bewohner für die Wartung von Brücken und Schleusen verantwortlich sind, erheben die Insulaner einen »gewissen Zoll an Weinen, Salz und anderen Dingen«, die sie in ihrer Gegend nicht erhalten können (301). Das auf Felsenburg vorhandene Gold ist für die Bewohner nutzlos, weil sie mit niemandem in der Welt Handel treiben. Sollte dies aber in Zukunft der Fall sein, so ist es nur erlaubt, solche Güter einzuführen, die man zur besseren Befriedigung der »natürlichen« Bedürfnisse benötigt.

Schnabel folgt im übrigen der älteren Utopietradition auch in der Hinsicht, daß er die Überflußproduktion seines an der Selbstversorgung ausgerichteten Wirtschaftsmodells durch drei zusätzliche Argumente abzusichern versucht:

1. Er geht von der vollständigen Mobilisierung der Arbeitsressourcen aus: »Alle Winkel zeugten«, so heißt es, davon, »daß die Einwohner keine Müßiggänger sein müßten« (127f.). Immer wieder ist von gutbestellten Feldern die Rede, auf denen fleißige Menschen arbeiten (108). Bei der Schilderung der neun Siedlungsräume hat man den Eindruck, als ob die Arbeit (neben der Religion) der zentrale Lebensinhalt der Felsenburger ist. Da der natürliche Reichtum der Insel die Intensität der Arbeit eigentlich überflüssig macht, ist die Vermutung nicht abwegig, daß sie auch der Selbstentfaltung der einzelnen dient.

2. Die Wirtschaft hat es mit einer konstanten und begrenzten Nachfrage zu tun, weil sie nur für solche Bedürfnisse produzieren muß, die durch einfache Speisen, Kleidung etc. zu befriedigen sind. Wie in den älteren Utopien, herrscht ein strikter Luxusverzicht vor: Gold, Silber, Perlen etc., obwohl in großen Mengen auf der Insel vorhanden, genießen nur ein geringes Ansehen; jeder sieht in ihnen die Ursache von Hochmut, Geiz, Wucher und den daraus folgenden Lastern (341).

3. Schließlich teilt Schnabel uneingeschränkt die Hochachtung der älteren Utopietradition vor der europäischen Technik, die für eine Erhöhung der Produktivität der Arbeit sorgt. So betreibt der Gründungsvater Albert Julius gezielt eine Art Technologietransfer, indem er Handwerker, Mathematiker, Chirurgen etc. anwerben läßt. Ihm kommt es darauf an, die technischen Errungenschaften der europäischen Zivilisation zu rezipieren, »ohne damit die historischen Voraussetzungen und Entartungserscheinungen eben dieser kulturellen Entwicklung (...) mit in Kauf nehmen zu müssen«. ¹⁷ Entsprechend unterwerfen die Felsenburger die Natur durchaus dem Kriterium der Nützlichkeit. Zu Recht ist bemerkt worden, daß in Schnabels Utopie von einer Dominanz der »zivilisatorischen Rationalität« gesprochen werden kann. ¹⁸

17 Mähl: Die Republik (Anm.13), S. 63.

18 Meid/Springer-Strand: Nachwort (Anm. 2), S. 602.

III.

Wie läßt sich das politische System charakterisieren, das das Funktionieren des Wirtschaftslebens gegen Störungen von innen und außen zu schützen hat? Für Schnabel ist entscheidend, daß es wie

in den meisten älteren Utopien aus den Familien hervorgeht, aber in unterschiedlicher Weise. Im älteren Utopie-Diskurs war die patriarchalische Familie, wenn sie nicht durch die Frauen- und Kindergemeinschaft ersetzt wurde, eine Agentur des »starken Staates«. Mit Amtscharakter versehen, hatte sie entscheidenden Anteil daran, daß die Interessen der einzelnen mit denen der Gesamtheit übereinstimmten. Bei Schnabel kehrt sich dieses Verhältnis um: Konsensstiftend sind nicht die Institutionen des starken Staates, sondern die universellen Normen der Tugend und der Moral, die im Schoß der Familie gelebt und die offensiv gegen die Verderbtheit der europäischen Zivilisation ausgespielt werden. Doch die Frage ist, wie die Ehe verfaßt sein muß, um diese dem staatlichen Eingriff vorgelagerte Integrationsleistung zu erbringen.

Zunächst nimmt Schnabel eindeutig gegen die Frauengemeinschaft bei Platon und Campanella Stellung. So macht nach der Landung der Schiffbrüchigen Kapitän Lemlie den Vorschlag, daß sich die drei Männer die einzige Frau teilen, die die Schiffskatastrophe überlebt hatte. Diese Frauengemeinschaft, so Lemlie, sei möglich, »weil wir hiesigen Orts keiner weltlichen Obrigkeit unterworfen sind«. Daher könnten sich die drei Männer ihre Gesetze »nach eigenem Gefallen machen«. Der Himmel aber werde diese Regelung akzeptieren, »weil wir ihm zur Dankbarkeit (...) eine ganz neue Kolonie erzeugen« (156). Charakteristischerweise wird jedoch dieser Vorschlag abgelehnt: Die Felsenburger folgen den Utopiern des Thomas Morus, wenn sie in der monogamen, auf Freiwilligkeit beruhenden Ehe die ideale Form des Zusammenlebens der Geschlechter sehen. Ausdrücklich gilt nur der zur Ehe motivierende Sexualtrieb als ein Verlangen, das der Natur, der Vernunft, aber auch dem göttlichen und menschlichen Gesetz gemäß ist (236f.) Statusfragen spielen bei der Eheschließung ebensowenig eine Rolle wie die Mitgift (243). Was zählt, sind Tugend, Frömmigkeit und Sympathie, die bei den Liebenden einen höheren Wert darstellen als »das Ansehen des größten Fürsten oder anderer Herren« (239). Andererseits wird, wie schon hervorgehoben, eine regelrechte Heiratsplanung betrieben. Die Felsenburger veranstalten große Seereisen, um für ihre Jugendlichen von außerhalb geeignete Ehepartner zu finden (248f.); aber auch Schiffbrüchige decken den Bedarf an Ehefrauen und -männern für die heranwachsenden Kinder. Für die Ehe selbst sind 4 Bedingungen vorgeschrieben: 1. Der Bewerber muß unverheiratet sein; 2. er ist verpflichtet, zur evangelisch-lutherischen Religion überzutreten; 3. es wird von ihm erwartet, friedlich mit seiner Frau und den anderen zusammen zu leben; 4. er hat sich zum ständigen Aufenthalt auf der Insel zu verpflichten, außer im Falle dringender Not (267).

Die Ehe hat, freilich in humanisierter Form, patriarchalischen Zuschnitt; von den Hausvätern dominiert, setzen deren Entscheidungen immer die Zustimmung der Frauen voraus. Auch ist ihr loyales Verhalten gegenüber den Ehegattinnen eine lebensweltliche Selbstverständlichkeit. Im Grunde betont Schnabel diese intakten Familien und Familienbeziehungen in einem so starken Maße, daß zur Integration des Gemeinwesens politische Institutionen nur noch eine untergeordnete Rolle spielen. Dies vorausgesetzt, sind

Schnabels Hinweise auf das politische System im engeren Sinne eher spärlich. In Analogie zum biblischen Canaan wird, wie schon angedeutet, das Land neun Stämmen zugeordnet. Diese Stammväter erkennen Albert Julius als ihren Patriarchen an, dem sie »als ihrem Vater und König« ein schönes Gebäude als Residenz errichten (373). In seinem »politischen Testament« legt er die Struktur der Verfassung der Republik »Insel Felsenburg« fest; sie orientiert sich zweifellos am Modell einer gemischten Verfassung: »1) soll mein erstgeborener Sohn Albertus Julius II. nach meinem Tode auf diesem meinem Stuhl sitzen und an meiner Statt das Oberhaupt dieser Insel sein. Nach dessen Tod folgt ihm sein Sohn Albertus III., weiter aber soll sich das Recht der Erstgeburt aber nicht erstrecken; sondern nach dem Ableben Alberti III. soll derjenige, welcher in den Stämmen meiner Söhne« der Älteste ist, »das Regiment haben«.¹⁹

Allerdings darf das Oberhaupt nicht wie ein souveräner Fürst regieren oder befehlen; vielmehr ist er verpflichtet, »seine Macht und Gewalt (...) durch das Ansehen und die Stimmen mehrerer Personen« zu teilen und somit seine Herrschaft einzuschränken.²⁰ Dieses Modell einer »Mischverfassung«, das neben dem Regenten auch Vertretungskörperschaften des »Volkes« vorsieht, folgt den Vorstellungen der älteren Utopie-Tradition. Doch im Gegensatz zu ihr spielt bei Schnabel die Institutionalisierung des politischen Willensbildungsprozesses nur eine untergeordnete Rolle. Zwar schließen sich »Hinweise auf ein beratendes Gremium (bestehend aus den neun Gemeindeältesten und 27 Beisitzern) und auf die Rolle der Geistlichkeit an. Allerdings wird nicht erklärt, wie man sich die angedeutete Mitwirkung der Bürger vorzustellen habe, es fehlt jede Definition ihrer Rolle in der Leitung der Geschäfte des Gemeinwesens, das manche Züge »einer benevolenten Monarchie« trägt«.²¹

Wie in der älteren Utopietradition, so spielt auch auf der Insel Felsenburg die Justiz nur eine untergeordnete Rolle. Allerdings werden Neuankömmlinge, die sich auf der Insel niederlassen wollen, durch Eide verpflichtet, die »ordentliche Obrigkeit in geistlichen und weltlichen Sachen« anzuerkennen und sich bei Verbrechen deren Urteilen und Strafen zu unterwerfen (416). Offenbar übt bei weltlichem Vergehen der Gründungsvater bzw. der Patriarch Albert Julius und bei geistlichen Delikten der Inhaber des evangelisch-lutherischen Pfarramtes die Richterfunktion aus. Allerdings ist interessant, daß Schnabel den Fall nicht ganz ausschließt, »daß in künftigen Zeiten etwa der Satan, auf Gottes Zulassung, wie im Paradiese, also auch auf dieser Insel, die Menschen zu großen Sünden, Schande und Lastern zu reizen und verführen trachten werde«. Breche sich eine solche Entwicklung Bahn, so seien die Geistlichen und die Ältesten verpflichtet, »heilsame Gerichte und Ordnungen zu stiften«.²² Dieses Zitat ist zu Recht als ein »Zeichen für die starke Stellung der Institution Kirche« interpretiert worden, »die aber eine pietistisch gefärbte, empfindsame Frömmigkeit nicht ausschließt«.²³ Tatsächlich wird, wie schon bemerkt, von ihr, zusammen mit Vernunft und Rechtschaffenheit, das Alltagsleben der Inselbewohner weit nachhaltiger geprägt als von

19 Johann Gottfried Schnabel: Wunderliche FATA einiger See-Fahrer, Bd. III, Nordhausen 1736, S. 244.

20 Ebd.

21 Meid/Springer/Strand, Nachwort (Anm.2), S. 601.

22 Schnabel: Wunderliche FATA, Bd. III (Anm.19), S. 245.

23 Meid/Springer-Strand: Nachwort (Anm. 2), S. 602.

den politischen Institutionen. So finden regelmäßig Betstunden statt (102). Die Sabbatsfeiern werden durch zwei Kanonenschüsse angekündigt (105). Fest-, Bet- und Fasttage gehören zum festen Bestandteil des Jahresablaufs der Insulaner (211). Bibeln gelten auf der Insel als besonders kostbare Geschenke (104), und der Bau der Kirche hat den Rang einer Staatsaktion: An der Entscheidung über den Platz ihrer Errichtung wirken neben dem »Altvater« die Ältesten und Vorsteher der neun Stämme mit (106).

IV.

Abschließend bleibt noch die Frage offen, welchem Utopietypus Schnabels »Insel Felsenburg« zuzuordnen ist. Wie das Inselmotiv bereits andeutet, stellt sie ohne Zweifel eine Variante der sogenannten Raumutopie dar: Erst durch die radikale räumliche Distanzierung von der zeitgleich existierenden europäischen Zivilisation sind die Voraussetzungen für den Aufbau einer idealen Gegenwart gegeben.

So ist das Landesinnere der Insel Felsenburg, ohnehin schon durch eine klippenreiche Steilküste vom Meer abgeschottet, zusätzlich durch einen tiefen Graben geschützt, der über eine Schleuse je nach Bedarf ent- oder bewässert werden kann (88). Das Landesinnere ist nur durch einen Höhlengang (97) sowie durch vier weitere geheime Wege von allen vier Himmelsrichtungen zu erreichen, die nur die Einheimischen kennen (369). Bei der Anwerbung neuer Siedler achten die Felsenburger peinlich darauf, daß »nur gewissen auserlesenen Leuten« der Zugang zur Insel gestattet wird (404). Aber auch die innere Einstellung der Utopier Schnabels zu ihrem Gemeinwesen ist im Unterschied zu Daniel Defoes berühmtem Roman evident genug: *Robinson Crusoe* betrachtet bekanntlich den Aufenthalt auf seiner Insel als ein vorübergehendes Exil; im Grunde seines Herzens sehnte er sich zurück nach der europäischen Zivilisation. Bei den Felsenburgern hingegen ist »das Verlangen nach unserer Vaterlande (...) ganz erstorben« (25): Sie identifizieren sich ohne Vorbehalt – wie die Einwohner der anderen utopischen Staaten auch – mit ihrem Gemeinwesen. Auch die Statik der sozio-politischen Verhältnisse, die vom Gründungsvater Albert Julius ein für allemal festgelegt worden sind, deutet auf Strukturmerkmale der von Morus kreierten Renaissance-Utopie hin: Sie sind dem sozialen Wandel enthoben und werden zu einem ahistorischen Ideal stilisiert, das der »fortunabestimmten« (Vosskamp) empirisch-realen Welt Europas als die bessere Alternative dichotomisch gegenübertritt.

Trotz dieser Übereinstimmungen ist nicht zu übersehen, daß Schnabel mit seinem Entwurf aus dem langen Schatten der Utopia des Thomas Morus heraustritt. Schildert Morus sein ideales Gemeinwesen mit beobachtender Distanz, so ist der emotionale Bezug aller, die die Insel Felsenburg kennen, zu deren Errungenschaften unübersehbar: Schnabels originäre Leistung besteht darin, daß er die Raum-Utopie ganz im Sinne der »anthropologischen Wende«²⁴ der Aufklärung des 18. Jahrhunderts »psychologisiert«. In seinem Entwurf schildert er Individuen mit konkreten Lebensschicksalen, die sich ihres unverwechselbaren Eigenwertes bewußt

24 Vgl. Jörn Garber: Utopiekritik und Utopie-adaption im Einflußfeld der »anthropologischen Wende« der europäischen Spätaufklärung, in: Die Politisierung des Utopischen im 18. Jahrhundert. Hrsg. v. Monika Neugebauer-Wölk und Richard Saage, Tübingen 1996, S. 87-114.

sind, während sie in der Renaissance-Utopie als bloße Funktionsträger übermächtiger Institutionen in Erscheinung treten. Von ihnen konsumiert, ist die Kontrolle und lückenlose Integration der einzelnen in das Gemeinwesen das vorherrschende Ziel. Bei Schnabel dagegen muß die Erreichung des individuellen Glücks innerhalb der monogamen Ehe als der entscheidende Bezugspunkt seiner Utopie gelten: Wenn man so will, minimisierte er die Institutionen zugunsten der sich entfaltenden Privatheit und des ihr entsprechenden individuellen Glücksanspruches der einzelnen.

Es kommt aber noch ein zweiter wichtiger Unterschied hinzu. Ebenso bedeutsam wie die Subjektivierung der Utopie ist nämlich, daß Schnabel im Gegensatz zu Morus seine Utopie nicht einfach als ideales Gemeinwesen vorstellt, das von den Schiffbrüchigen lediglich »entdeckt« wird. Vielmehr setzt er die Entdecker zugleich mit eben jenen Akteuren gleich, die den idealen Staat erst errichten. Schnabel läßt also – in dieser Hinsicht sicherlich von Defoes Robinson Crusoe inspiriert – den Leser an der Genese bzw. dem Prozeß der Herausbildung einer neuen Zivilisation im kleinen teilhaben, die, wie schon hervorgehoben, alle technischen Errungenschaften Europas – vom Schiffsbau bis zur Herstellung des Schießpulvers – zu ihrer Vervollkommnung nutzt: verbunden freilich mit dem Ziel, dem moralischen Verfall Europas eine genuine Alternative gegenüberzustellen.

MANFRED BEHREND

Kritischer Marxismus

*Lange bevor dies in gewissen Kreisen Mode wurde,
waren wir für einen offenen, kritischen Marxismus,
aber ohne das Kind mit dem Bade auszuschütten.
Auf die Dauer war diese Praxis wirksamer als jene
der zwei großen Massenströmungen der Arbeiterbewegung.
Sie verkörpert heute, mindestens langfristig,
die Hoffnung einer wiedereroberten Glaubwürdigkeit
des Sozialismus.
Ernest Mandel 1994*

Manfred Behrend – Jg. 1930, Historiker und Journalist, Dr. phil., Studium in Berlin, Forschungen und Publikationen wesentlich zur BRD-Parteiengeschichte und zu den ostdeutschen Parteien und Bürgerrechtsbewegungen, zum Konservatismus, zu Rechtsextremismus und Neofaschismus, zur deutschen und internationalen Arbeiterbewegung.

1 Karl Marx/Friedrich Engels: Werke (MEW), Band 1, S. 378.

Das klägliche Ende des »Realsozialismus« hat auch dem Ansehen des Gedankengebäudes von Marx geschadet. Dies deshalb, weil sich Erstgenannter auf ihn bzw. auf Stalins »Marxismus-Leninismus« berief. Bald nach der Rückkehr des Kapitals zur Weltherrschaft zeigte sich jedoch, daß die Parole »Marx ist tot und Jesus lebt« genauso falsch ist wie jene vom nun erreichten »Ende der Geschichte«. Von allen Methoden zur Erklärung der Welt und ihrer Bewegungsmechanismen erweist die dialektisch-materialistische sich weiter als am besten geeignet. Für die Analyse des »Realsozialismus« trifft das ebenso zu wie für die der erfolgreichen, aber gleichwohl angeschlagenen Kapitalherrschaft.

Der Marxismus bedarf selbst kritischer Überprüfung. Viele seiner Aussagen sind jahrzehntelang von stalinistischer, rechtssozialdemokratischer und bürgerlicher Seite entstellt worden. Hier gilt es zu den Quellen zurückzukehren und beispielsweise den Gebrauch richtiger statt falscher Zitate durchzusetzen, so der Marxschen Feststellung, die Religion sei »das *Opium* des Volks«¹ statt »Opium für das Volk«. Diverse Auffassungen von Marx und Engels sind wegen veränderter Gegebenheiten, Klassenlagen und Kampfbedingungen überholt. Hier heißt es, sich von veralteten Analysen zu trennen und neue zu wagen. Es müssen zudem Felder bearbeitet werden, die Marx, Engels oder Lenin nicht bestellt haben. Der Marxismus ist durch neue oder bisher übergangene Erkenntnisse zu bereichern. Dazu gehören solche, die verfemten oder vergessenen Revolutionären zu verdanken sind. Marxismus bedarf mehr als bisher der Kritik und Selbstkritik. Er muß ein betont kritischer Marxismus sein.

Dialektisch-materialistische Grundlagen

Obwohl sie in Theorie und Praxis nicht immer voll berücksichtigt wurden, sind zwei von Friedrich Engels herausgestellte marxisti-

sche Erkenntnisse bei Anhängern unumstritten. Erstens die Erkenntnis, daß es »die wirkliche Welt – Natur und Geschichte – so aufzufassen (gilt), wie sie sich selbst einem jeden gibt, der ohne vorgefaßte idealistische Schrullen an sie herantritt«, und jede derartige »Schrulle« zum Opfer gebracht werden muß, die sich »mit den in ihrem eignen Zusammenhang, und in keinem phantastischen, aufgefaßten Tatsachen nicht in Einklang bringen« läßt.² Zweitens die, Marx habe »das Entwicklungsgesetz der menschlichen Geschichte« ergründet: »die bisher unter ideologischen Überwucherungen verdeckte einfache Tatsache, daß die Menschen vor allen Dingen zuerst essen, trinken, wohnen und sich kleiden müssen, ehe sie Politik, Wissenschaft, Kunst, Religion usw. treiben können, daß also die Produktion der unmittelbaren materiellen Lebensmittel und damit die jedesmalige ökonomische Entwicklungsstufe eines Volkes oder eines Zeitabschnitts die Grundlage bildet, aus der sich die Staatseinrichtungen, die Rechtsanschauungen, die Kunst und selbst die religiösen Vorstellungen der betreffenden Menschen entwickelt haben und aus der sie daher auch erklärt werden müssen«.³

2 MEW, Band 21, S. 292.

In praxi nehmen Angehörige der Klassen und Schichten ihre Interessen auf sehr verschiedene Weise, bisweilen auf verschlungenen Pfaden wahr. Unterdrückte sind hochgradig von der Unterdrücker-Ideologie beeinflusst. Zudem spielt oft der Zufall eine Rolle. Unter anderem aus diesen Gründen ist die historische Entwicklung nach vorn offen. Kritischer Marxismus befindet sich in stetem Widerspruch zur fatalistischen Weltansicht, die z. B. für Sozialdemokraten alter Schule charakteristisch war: Viele von ihnen sahen den sozialistischen »Zukunftsstaat« so unaufhaltsam näherrücken, daß ihrerseits der Kampf um Wählerstimmen und ein wenig Nurgewerkschaftertum als Aktivitäten ausreichten. Der kritische Marxismus widerspricht nicht minder Stalins Ansicht, es gebe nur eine Entwicklung »von Niederen zum Höheren«, was zudem ein Grundzug der Dialektik sei.⁴ Demgegenüber hieß es schon im Kommunistischen Manifest, Unterdrücker und Unterdrückte führten einen »Kampf, der jedesmal mit einer revolutionären Umgestaltung der gesamten Gesellschaft endete oder mit dem gemeinsamen Untergang der kämpfenden Klassen«.⁵ Das über die Vergangenheit Gesagte kann auch auf Gegenwart und Zukunft zutreffen.

3 MEW, Band 19, S. 335 f.

4 J. W. Stalin: Fragen des Leninismus, Moskau 1947, S. 650.

5 MEW, Band 4, S. 462.

Mit Blick auf die sogenannte Formationslehre, die sowohl in der sozialdemokratischen, als auch in der kommunistischen Bewegung sakrosankt war, erweist sich das Erörterte ebenfalls als interessant. Nach dieser Lehre folgt naturnotwendig auf Urgesellschaft Sklaverei, dann Feudalismus, Kapitalismus und Sozialismus/Kommunismus. Letzterwähnte ausgenommen, hat sich das in Europa auch so abgespielt, in wesentlich größeren Weltteilen aber nicht. Hier herrschten über Jahrhunderte hinweg Formen der asiatischen Despotie, die Marx am Rande ebenfalls behandelt hat, einer Gesellschaft mit hierarchisch-despotischer Spitze, ohne Privateigentum an den Produktionsmitteln und ohne Klassen. Zugleich zeigt besonders die Geschichte im späten 20. Jahrhundert, daß immer wieder Rückfälle in frühere gesellschaftliche Formen und in die Barbarei möglich sind. Das Dogma einer Entwicklung allein zum »Höheren« ist unhaltbar.

Kapitalismus und Imperialismus

6 MEW, Band 19, S. 336.

Wie Engels feststellte, hat Marx vor allem »das spezielle Bewegungsgesetz der heutigen kapitalistischen Produktionsweise und der von ihr erzeugten bürgerlichen Gesellschaft« eruiert: »Mit der Entdeckung des Mehrwerts war hier plötzlich Licht geschaffen, während alle früheren Untersuchungen, sowohl der bürgerlichen Ökonomen wie der sozialistischen Kritiker, im Dunkel sich verirrt hatten.«⁶ Diese Entdeckung der Arbeitskraft als einer besonderen Ware, die Mehrwert schafft, hat niemand zu widerlegen vermocht. Unverdrossen wirken auch die anderen von Marx ergründeten Bewegungsgesetze des Kapitals weiter, so das Wertgesetz, das Gesetz der zyklischen Krisen, das des tendenziellen Falls der Profitrate, das der Konzentration und Zentralisation von Kapital. Immer unangenehmer wirkt sich die von Marx entdeckte Tendenz aus, die lebendige Arbeit durch immer mehr konstantes, totes Kapital »überflüssig« zu machen. Gleichzeitig bleiben riesige Felder brach liegen, deren Bearbeitung zur Reproduktion des Menschen und der Natur unabdingbar notwendig ist, sich aber für Kapitalisten »nicht rechnet«.

Mit seiner Imperialismustheorie galt W. I. Lenin als derjenige, der die Kapitalanalyse von Marx am nachhaltigsten fortgesetzt hat. Das stimmt cum grano salis heute noch. Er erklärte die grundlegenden Veränderungen im Kapitalismus an der Schwelle vom 19. zum 20. Jahrhundert aus der Ökonomik heraus und stufte den Übergang vom Kapitalismus der freien Konkurrenz zum Monopolkapitalismus treffend als Beginn eines neuen Entwicklungsstadiums der kapitalistischen Gesellschaft ein. Andererseits betrachtete er die neue Phase jedoch verkürzt als unmittelbare Vorstufe zum Sozialismus und verfocht so eine These, die in ihrer durch die III. Internationale und Stalin verballhornten Form zu schweren theoretisch-politischen Fehlleistungen führte.

Das Bild vom »unaufhaltsamen Niedergang des Kapitalismus« hat sich als falsch erwiesen. Doch ist das neoreformistische Bild einer unbegrenzt entwicklungs- und regulierungsfähigen kapitalistischen Gesellschaft genauso falsch. Nach dem Ende des Fordismus mit seinem »Sozialstaat« setzte sich eine Form der Kapitalherrschaft durch, die in höchstem Maße destruktiv wirkt. Vor allem ist das in der sogenannten zweiten und dritten Welt der Fall, immer mehr aber auch in der »ersten«. Anstieg der Arbeitsproduktivität führt unter kapitalistischen Bedingungen nicht zur besseren Verteilung der Güter und einem angenehmeren Leben aller. Er bewirkt vielmehr die dauerhafte Brachlegung variablen Kapitals als »überflüssiger« Arbeitskraft, die Vernichtung von Produkten in bisher unbekanntem Ausmaß, wachsende Deformation des Menschen und der Natur.

Die Entwicklung ist lebensbedrohlich. Um ihr zu wehren, bedarf es auch neuer marxistischer Analysen. Bedeutsam ist die Frage, ob die Destruktivität im Kapitalismus unabänderlich ist, oder ob sie durch demokratische und sozialistische Gegenkräfte eingedämmt werden kann. Die Bewegungen müssen allerdings noch geschaffen werden.

Sowohl unter kapitalistischen Bedingungen, als auch unter solchen des »Realsozialismus« hat die Umwelt hochgradig gelitten.

Derzeit wird sie in rasantem Tempo zerstört. Marx und Engels haben sich zu dieser Problematik, die damals kaum aktuell war, unterschiedlich geäußert. Ihre Feststellungen liefen meist darauf hinaus, daß der Mensch Wille und Zweck, die Natur nur das Objekt, ein Lebensmittel der Arbeit und verschwindendes Moment der Kapitalverwertung sei. Zudem verfochten die Klassiker einen unkritischen, nicht gesellschaftlich bestimmten Begriff von der Technik, die ständig siegreich voranschreite. Marx-Epigonen förderten einen schicksalsgläubigen Fortschrittsbegriff einerseits, produktivistische Naturblindheit andererseits. Demgegenüber warnte Friedrich Engels in einer seiner Arbeiten davor, sich »nicht zu sehr mit unsern menschlichen Siegen über die Natur« zu schmeicheln. »Für jeden solchen Sieg rächt sie sich an uns. Jeder hat in erster Linie zwar die Folgen, auf die wir gerechnet, aber in zweiter und dritter Linie hat er ganz andre, unvorhergesehene Wirkungen, die nur zu oft jene ersten Folgen wieder aufheben.« Engels verwies auf Verwüstungen und Verkarstung durch das Abholzen von Wäldern in Südeuropa und Kleinasien: Die Menschen würden so bei jedem Schritt »daran erinnern, daß wir keineswegs die Natur beherrschen, wie ein Eroberer ein fremdes Volk beherrscht..., sondern daß wir mit Fleisch und Blut und Hirn ihr angehören und mitten in ihr stehn, und daß unsre ganze Herrschaft über sie darin besteht, im Vorzug vor allen andern Geschöpfen ihre Gesetze erkennen und richtig anwenden zu können.«⁷

7 MEW, Band 20, S. 452 f.

Anknüpfend an solche wichtigen Aussagen sollten kritische Marxisten gemeinsam mit Fachwissenschaftlern Vorstellungen über den richtigen Umgang mit der äußeren Natur entwickeln, damit deren gänzliche Zerstörung verhindert und der Erdball auch in Räumen wieder bewohnbar wird, in denen er es inzwischen bereits nicht ist.

Der subjektive Faktor

Als gesellschaftliche Kraft, die den Kapitalismus überwinden und sozialistische Verhältnisse schaffen würde, sahen Marx, Engels und alle, die ihnen folgten, die Arbeiterklasse an. Im Kommunistischen Manifest heißt es, die Bourgeoisie habe nicht nur (in Gestalt der modernen Produktivkräfte) die Waffen geschmiedet, die ihr am Ende »den Tod bringen; sie hat auch die Männer gezeugt, die diese Waffen führen werden – die modernen Arbeiter, die *Proletarier*.

In demselben Maße, worin sich die Bourgeoisie, d. h. das Kapital, entwickelt, in demselben Maße entwickelt sich das Proletariat, die Klasse der modernen Arbeiter, die nur so lange leben, als sie Arbeit finden, und die nur so lange Arbeit finden, als ihre Arbeit das Kapital vermehrt...

Die wesentlichste Bedingung für die Existenz und für die Herrschaft der Bourgeoisieklasse ist die Anhäufung des Reichtums in den Händen von Privaten, die Bildung und Vermehrung des Kapitals; die Bedingung des Kapitals ist die Lohnarbeit. Die Lohnarbeit beruht ausschließlich auf der Konkurrenz der Arbeiter unter sich. Der Fortschritt der Industrie ... setzt an die Stelle der Isolierung der Arbeiter durch die Konkurrenz ihre revolutionäre Vereinigung durch die Assoziation. Mit der Entwicklung der großen Industrie

8 MEW, Band 4, S. 468 und 473 f.

wird also unter den Füßen der Bourgeoisie die Grundlage selbst weggezogen, worauf sie produziert und die Produkte sich aneignet. Sie produziert vor allem ihre eigenen Totengräber. Ihr Untergang und der Sieg des Proletariats sind gleich unvermeidlich.«⁸

»Sieg des Proletariats« und Errichtung des Sozialismus wurden auch als die »historische Mission der Arbeiterklasse« bezeichnet. Auf sie schwor jeder von uns. Im Nachhinein jedoch mußten wir erkennen, daß sie nicht erfüllt worden ist. Warum das so war, kann hier nicht ausführlich erörtert werden. Festgehalten werden muß indes zweierlei:

Erstens: Die Zahl der Kämpfer, die vor allem im Ersten Weltkrieg und gleich danach für sozialistische Ziele eintraten, war insgesamt zu gering. Sie wurden im kapitalistischen Teil der Welt durch die Bourgeoisie, in der UdSSR vor allem durch Stalins Konterrevolution ge- und erschlagen. In der DDR, Ungarn und der CSSR wiederholte sich später das gleiche Spiel. Daher fehlte die Triebkraft zur Revolution, als die Lage, diese auszulösen, günstig war.

Zweitens: Die Arbeiter von heute sind nicht die der Jahre um 1848, 1918 oder auch 1945. Es ist nicht mehr die Klasse, die unter dem disziplinierenden Zwang der Fabrik immer homogener wird. Die Arbeiterklasse hat sich in Gruppen mit unterschiedlichen, oft gegensätzlichen Interessen gespalten. Zugleich wurden Positionen zwischen Proletariat und Bourgeoisie, solche der lohnabhängigen Mittelschichten, fester. Das einst zusammenhaltende Arbeitermilieu schwand dahin. Große Teile der arbeitenden Bevölkerung unterlagen mehr als bisher der Fremdbestimmung durch bourgeoise Massenkultur und Massenmedien. Diese Veränderungen sind grundlegend. Kritische Marxisten müssen sie berücksichtigen, um nicht politisch Schiffbruch zu erleiden.

Mit als erste hat sich in den vierziger Jahren die Gruppe um Joseph Weber, einen seinerzeit in der IV. Internationale bekannten, später sich von ihr trennenden Theoretiker, von Vorstellungen einer speziellen Mission des Proletariats und solchen seiner führenden Rolle als faktisch einziger Triebkraft vorwärtsweisender Entwicklung losgesagt.⁹ Nach wie vor wird Sozialismus allerdings nur möglich sein, wenn die Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung bereit ist, diesen Weg zu gehen.

9 Joseph Weber: Dinge der Zeit, Hamburg 1995, S. 10 f. und S. 111.

Diktatur des Proletariats und sozialistische Demokratie

Mehr noch als der Sozialismus geriet – z. T. schon vor der »Wende« – die Diktatur des Proletariats in Verruf. Auf Äußerungen von Marx, Engels, Lenin und Rosa Luxemburg zum Gegenstand bezogen ist diese Abwertung grundlos. Doch offenbart sich zwischen marxistischen Auffassungen von proletarischer Diktatur und Stalinscher Praxis ein unheilbarer Widerspruch. Letztere »rechtfertigt« den Verruf. Sie repräsentiert das Gegenteil von dem, das Marxisten unter Sozialismus/Kommunismus und dessen Staatswesen verstehen. Dabei ist das marxistische Verständnis humanistisch-emanzipatorisch, das stalinistische ahuman und reaktionär.

Marx bekannte 1843: »Die Kritik der Religion endet mit der Lehre, daß der Mensch das höchste Wesen für den Menschen sei, also mit dem kategorischen Imperativ, alle Verhältnisse umzuwerfen,

in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist...«¹⁰ Sozialistische Revolution sollte nach Ansicht der Marxisten die Revolution der ungeheuren Mehrheit gegen eine ausbeuterische Minderheit sein. Sie sollte auf einer Entwicklungsstufe stattfinden, wo »infolge der so kolossal gesteigerten Produktionskräfte der Gegenwart auch der letzte Vorwand einer Scheidung der Menschen in Herrschende und Beherrschte, Ausbeuter und Ausgebeutete wenigstens in den fortgeschrittensten Ländern verschwunden ist.«¹¹ Also: Kein »Sozialismus in einem Lande«, schon gar nicht in einem so zurückgebliebenen wie Rußland, das auf sich gestellt die ungeheure zivilisatorische Aufgabe nicht lösen konnte; vielmehr Sozialismus gleichzeitig in mehreren Ländern mit hochentwickelten Produktivkräften. Die Schlüssel- und Großindustrie, nicht kleinere Betriebe, sollten den kapitalistischen »Expropriateurs« genommen, sie sollten aber nicht verstaatlicht, sondern vergesellschaftet werden, so daß die assoziierten Produzenten über sie verfügten. Als Diktatur des Proletariats schwebten Marx und Engels, in seiner Arbeit »Staat und Revolution« auch Lenin, ein demokratisches Gemeinwesen nach Art der Pariser Commune vor, kein Leviathan mit wachsender bürokratischer Allmacht, sondern ein von den arbeitenden Massen kontrollierter und geführter Staat, der Sachen zu verwalten, nicht Menschen zu dirigieren hat, und der in naher Zukunft abstirbt.

Lenin betonte den unausweichlich engen Zusammenhang zwischen Sozialismus und Demokratie. Er konstatierte: »Der Sozialismus ist in zweifachem Sinne ohne die Demokratie unmöglich: 1. das Proletariat wird die sozialistische Revolution nicht durchführen können, wenn es sich nicht durch den Kampf für die Demokratie auf die Revolution vorbereitet; 2. ohne restlose Verwirklichung der Demokratie kann der siegreiche Sozialismus seinen Sieg nicht behaupten und das Absterben des Staates für die Menschheit nicht Wirklichkeit werden lassen.«¹²

Rosa Luxemburg nannte es »die historische Aufgabe des Proletariats, ...anstelle der bürgerlichen Demokratie sozialistische Demokratie zu schaffen, nicht jede Demokratie abzuschaffen. Sozialistische Demokratie... ist nichts anderes als Diktatur des Proletariats.«¹³ In einer Situation, da Lenin und Trotzki anstelle der gewählten, wegen Widersetzlichkeit gegen die neue Staatsmacht jedoch wieder auseinandergejagten Konstituante die Sowjets als einzig wahre Vertretung der Massen hinstellten, warnte Luxemburg: »Aber mit dem Erdrücken des politischen Lebens im ganzen Lande muß auch das Leben in den Sowjets immer mehr erlahmen. Ohne allgemeine Wahlen, ungehemmte Presse- und Versammlungsfreiheit, freien Meinungskampf erstirbt das Leben in jeder öffentlichen Institution, wird zum Scheinleben, in dem die Bürokratie allein das tätige Element bleibt. Das öffentliche Leben schläft allmählich ein, einige Dutzend Parteiführer von unerschöpflicher Energie und grenzenlosem Idealismus dirigieren und regieren, unter ihnen leitet in Wirklichkeit ein Dutzend hervorragender Köpfe, und eine Elite der Arbeiterschaft wird von Zeit zu Zeit zu Versammlungen aufgeboten, um den Reden der Führer Beifall zu klatschen, vorgelegten Resolutionen einstimmig zuzustimmen,

10 MEW, Band 1, S. 385.

11 MEW, Band 19, S. 104.

12 W. I. Lenin: Werke, Band 23, S. 69.

13 Rosa Luxemburg: Gesammelte Werke, Band 4, S. 363.

14 Ebenda, S. 362.

im Grunde also eine Cliquenwirtschaft – eine Diktatur allerdings, aber nicht die Diktatur des Proletariats, sondern die Diktatur einer Handvoll Politiker, d. h. Diktatur in rein bürgerlichem Sinne...«¹⁴ Die Autorin irrt nur in einem Punkt: Sie konnte nicht ahnen, daß es unter den Bolschewiki Elemente gab, die alle »grenzenlos idealistischen« Führer, viele »hervorragende Köpfe« und die ganze Lenin-Partei gnadenlos zugunsten vollendeter Apparatherrschaft liquidieren würden.

15 Weber, a. a. O., S. 8 f.

Gegen das stalinistische System wandte sich mit als erster Leo Trotzki. Besonders in seiner Schrift »Verratene Revolution« von 1936 ergründete er Genesis und Wesen dieser Erscheinung. Er prägte dafür den Begriff des »bürokratisch deformierten Arbeiterstaats« – eines Staates, der trotz politischen Rückschritts die Grundlagen zum sozialistischen Aufbau beibehält. In der damaligen Auseinandersetzung war die Definition nützlich. Im Lichte aller inzwischen bekanntgewordenen Tatsachen über Stalins Despotie und die Gemeinwesen seiner Epigonen reicht sie keineswegs aus. Stalinismus tötet den Staat der Arbeiter, er macht die Staatswirtschaft für eine sozialistische Entwicklung impotent. Der Kreis um Joseph Weber definierte ihn treffend als asozialistisch und konterrevolutionär, verfiel aber zugleich in den Fehler, ihn mit Faschismus gleichzusetzen.¹⁵ Diese Identifikation ist unhaltbar, lagen beiden Diktatorsystemen doch unterschiedliche gesellschaftliche Strukturen, eine kapitalistische und eine nichtkapitalistische, zugrunde.

16 J. W. Stalin: Werke, Band 5, S. 61.

Im Hinblick auf das Zustandekommen stalinistischer Herrschaft waren Entwicklung und Charakterwandel der KPdSU (B) bedeutungsvoll. Luxemburg und Trotzki attackierten 1904, teilweise treffend, das Leninsche Konzept einer Organisation von Berufsrevolutionären und des demokratischen Zentralismus. Für die Kampfbedingungen der Zarenzeit gedacht, war es jedoch *kein* Meilenstein auf dem Weg zu Stalins Despotie. Anders muß das Fraktionsverbot von 1921 bewertet werden. Für eine kurze Phase kritischer Entwicklung geplant, wurde es leider aufrechterhalten und hat sich für Stalin als nützliches Repressionsinstrument erwiesen. Der Generalsekretär und seine Anhänger hatten es damit leichter, jene Quasi-Militarisierung der KPdSU (B) zu einem »Schwertträgerorden« voranzutreiben, die Stalin bald nach dem Verbotsbeschluß anvisierte.¹⁶ Es entstand ein abstruses Gebilde mit Kadavergehorsam statt Disziplin, mit Führerkult und herbeigezwungenem Monolithismus, das allen marxistischen Vorstellungen Hohn sprach. Aus Karrieristen, bloßen Mitläufern und Sozialisten, aus Liberalen, Konservativen und Reaktionären zusammengesetzt, wurde es durch ein System beieinander gehalten, das aus verfälschter Geschichte, Tabuisierung weiter Felder der Politik, dem Propagieren dröhnender Banalitäten und heuchlerischer Phrasen, aus Diskriminierung einzelner und ganzer Menschengruppen, Bespitzelung und erniedrigender Pseudo-Selbstkritik, Strafen von der Verwarnung bis zu jahrzehntelangem Gulag-Aufenthalt und zur Hinrichtung ebenso bestand wie aus einer Kaderpolitik mit korrumpierender Günstlingswirtschaft, die fast immer die »Richtigen« in die Hierarchie und nach oben schwemmte. Das Ganze wurde als

»Partei neuen Typus'«, das die Tatbestände entstellende Gerede darüber als »Leninsche Lehre von der Partei« ausgegeben. Zur Zeit des Hochstalinismus und eine Weile danach schien das Gebilde allmächtig zu sein. Als die »realsozialistische« Gesellschaft zerbröckelte, ließ es sich einfach verbieten und fiel in seine Bestandteile auseinander.

Krieg und Frieden

Während der Revolution von 1848/49 waren Marx und Engels für einen revolutionären Krieg eingetreten. In der Inauguraladresse der I. Internationale 1864 äußerte sich Marx als entschiedener Kriegsgegner. Er schrieb: Durch eine auswärtige Politik, »die frevelhafte Zwecke verfolgt, mit Nationalvorurteilen ihr Spiel treibt und in piratischen Kriegen des Volkes Blut und Gut vergeudet«, hätten die Herrschenden »den Arbeiterklassen die Pflicht gelehrt, in die Geheimnisse der internationalen Politik einzudringen, die diplomatischen Akte ihrer respektiven Regierungen zu überwachen, ihnen wenn nötig entgegenzuwirken; ...sich zu vereinen in gleichzeitigen Denunziationen und die einfachen Gesetze der Moral und des Rechts, welche die Beziehungen von Privatpersonen regeln sollten, als die obersten Gesetze des Verkehrs von Nationen geltend zu machen.«¹⁷

17 MEW, Band 16, S. 13.

Als Lenin, Rosa Luxemburg und der linksstehende Menschewik Juli Martow beim Kongreß der II. Internationale 1907 in Stuttgart ihre berühmte Zusatzresolution zur Friedensfrage durchsetzten, handelten sie ganz im Sinne von Marx. Sie forderten – und die Internationale schloß sich dem an –, bei drohendem Ausbruch eines Krieges alles zu seiner Verhinderung aufzubieten. »Falls der Krieg dennoch ausbrechen sollte, ist es die Pflicht, für dessen rasche Beendigung einzutreten und mit allen Mitteln dahin zu streben, die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur Aufrüttelung des Volkes auszunutzen und dadurch die Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen.«¹⁸

18 Die revolutionäre Arbeiterbewegung im Kampf um den Frieden 1848 bis 1964. Dokumente, Berlin 1964, S. 26.

An der Schwelle zum Ersten Weltkrieg mauserten sich führende rechte Sozialdemokraten zu Sozialchauvinisten und traten die Internationale-Beschlüsse mit Füßen. Eine kleine Schar Marxisten war um den Aufbau einer Gegenfront bemüht. In dem von Trotzki entworfenen Manifest an die Proletarier Europas forderten sie diese in der Zimmerwalder Konferenz 1915 zum Kampf für einen »Frieden ohne Annexionen und Kriegsentschädigungen« auf. Er sei »nur möglich unter Verurteilung jedes Gedankens an eine Vergewaltigung der Rechte und Freiheiten der Völker. Weder die Besetzung von ganzen Ländern noch von einzelnen Landesteilen darf zu ihrer gewaltsamen Einverleibung führen. Keine Annexion, weder eine offene noch eine maskierte, auch keine zwangsweise wirtschaftliche Angliederung, die durch politische Entrechtung nur noch unerträglicher gemacht wird. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker muß unerschütterlicher Grundsatz in der Ordnung der nationalen Verhältnisse sein.«¹⁹

19 Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Band 1, Juli 1914- Oktober 1917, Berlin 1958, S. 228.

Zwei Wochen nach Beginn der russischen Februarrevolution 1917 propagierte der Petrograder Sowjet der Arbeiter- und Soldatendeputierten gemeinsame Aktionen aller Völker für einen Frieden nach der Zimmerwald-Formel.

20 W. I. Lenin: Werke,
Band 26, S. 239 ff.

Der weitere Revolutionsverlauf war durch Auseinandersetzungen zwischen Bourgeoisie und Volk um die Fortsetzung des Krieges »bis zum siegreichen Ende« einerseits, den baldigen Abschluß eines demokratischen Friedens andererseits gekennzeichnet. Nach dem Oktoberaufstand suchte die Sowjetregierung unter Lenin die Friedensforderung zu verwirklichen. Sie verurteilte in ihrem Dekret den Krieg als »größtes Verbrechen an der Menschheit« und forderte sowohl die Regierungen und Völker, als speziell auch die klassenbewußten Arbeiter Englands, Frankreichs und Deutschlands zum Friedensschluß entsprechend der Zimmerwalder Formel auf.²⁰ Der Rat der Volksbeauftragten war zugleich um das Selbstbestimmungsrecht der Nationen bemüht. Dabei verzichtete die Sowjetmacht auf Finnland. Sie wandte sich nicht nur verbal gegen die Geheimdiplomatie, sondern setzte in Brest-Litowsk offene Verhandlungen mit Deutschland und Österreich-Ungarn durch. Zudem publizierte sie die von Rußland geschlossenen Geheimverträge und bewies dadurch, daß der Erste Weltkrieg ein imperialistischer Raubkrieg war.

In der folgenden Periode setzte sich anstelle dieser auf Marx zurückgehenden sozialistischen Friedenspolitik in der UdSSR wieder eine imperialistische Politik mit geheimen Abmachungen, Annexionen und Kontributionen durch. Charakteristisch waren die vertraulichen Zusatzabkommen zum Hitler-Stalin-Pakt über Gebietsansprüche, desgleichen die Bestätigung der vom britischen Premier Winston Churchill skizzierten Aufteilung anglo-sowjetischer Interessensphären nach 1945 auf dem Balkan durch J. W. Stalin. Der Zweite Weltkrieg endete gleich dem Ersten mit großen territorialen Korrekturen. Hinzu kamen von den Siegern verursachte neue Völkerwanderungen und das Feilschen um Reparationsleistungen so lange, bis die Siegermächte sich im Kalten Krieg als Gegner gegenüberstanden. Die von Marx und Engels, Lenin und Trotzki begründeten Prinzipien, die für sozialistisch firmierende Länder als verbindlich galten, wurden in jedem einzelnen Punkt verletzt. Auch die Sowjetunion steuerte einen Kurs, wie ihn sogar Stalin einst als Resultat »nationalistischer Geistesverfassung«, Versuch zur Liquidierung der Außenpolitik der Oktoberrevolution und Element der Entartung gekennzeichnet hatte.²¹

21 J. W. Stalin: Werke,
Band 7, S. 145.

Vor allem führende Sozialdemokraten, aber auch Parteikommunisten wandten sich zunächst gegen die verstärkt einsetzenden antikolonialen Befreiungsbewegungen. Moskau hielt seine Herrschaft in Gebieten aufrecht, die Halbkolonien glichen, und erweiterte sie. Die marxistisch-internationalistischen Prinzipien wurden so auf allen Gebieten verletzt.

Kritik am rechten Sozialdemokratismus und politische Praxis der Marxisten

Kritische Marxisten können nicht bei Analyse und Kritik des Stalinismus stehen bleiben. Sie müssen sich auch mit dem rechten Sozialdemokratismus befassen. Mit als erstes hat das nach der »Wende« Ernest Mandel getan.²²

22 Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte,
Sonderheft 1/1990, S. 76 ff.

Die Sozialdemokratie war von Hause aus verpflichtet, Belange fortschrittlicher Arbeiter wahrzunehmen, nicht solche der Bour-

geoisie oder bürgerlicher Staaten. Entgegen ihrem Programm, ihren Bekenntnissen zum Marxismus und Schwüren gegenüber der II. Internationale tat das Gros der sozialdemokratischen Parteien unter rechtsopportunistischer Führung aber Letztgenanntes. Es förderte das gegenseitige Abschlagen der Proletarier im Ersten Weltkrieg, die Rettung des »eigenen« Kapitalismus im Anschluß daran und den Vernichtungsfeldzug gegen aufrechte Revolutionäre, dem in Deutschland u. a. Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht zum Opfer fielen. In der Zwischenkriegszeit erwarben sich Sozialdemokraten beim Aufbau des fordistischen »Sozialstaats« Verdienste. In der Auseinandersetzung mit dem Faschismus versagten sie ebenso wie die Parteikommunisten. Nach 1945 mehrfach auch mit Konservativen liiert, warfen sie inzwischen alle noch vorhandenen sozialreformistischen und liberalen Grundsätze über Bord.

Wollten Sozialdemokraten, besonders deutsche, den Anspruch rechtfertigen, demokratische Sozialisten zu sein, müßten sie genau wie vormals kommunistische Parteien mit der eigenen Geschichte ins Gericht gehen. Gleichzeitig müßten sie in ihrer Partei Demokratie und volle Mitbestimmung aller Mitglieder durchsetzen.

Gleich ihnen gilt heute PDS-Vertretern marxistische Kritik, die nach Einpassung ins bourgeoise Herrschaftssystem streben. Pauschalisierendes Vorgehen pseudolinker Kräfte gegen die Gesamtpartei aber wirkt kontraproduktiv, so wenn sie der noch immer stärksten linken Kraft in Deutschland vorwerfen, »Verfallsprodukt eines rückständigen Realsozialismus« zu sein, und von der Führung der PDS wahrheitswidrig behaupten, sie setze Stalinismus mit Sozialismus und Marxismus gleich.²³ Diese Argumentation ähnelt der von Verfassungsschutz, Enquete-Kommission und Gauck-Behörde gegen die PDS-Spitze. Kritische Marxisten sind auf saubere statt schmutzige Waffen angewiesen. Ihr von der Theorie mitbestimmtes politisches Ziel ist nicht weitere Spaltung, sondern Sammlung und Zusammenarbeit der Linken.

Die politische Praxis und Moral der Marxisten muß durch folgende Merkmale gekennzeichnet sein: Achtung vor der Natur sowie dem Menschen und dessen kulturellen Errungenschaften und strikte Gegnerschaft zu allem, das absichtlich oder unabsichtlich auf Zerstörung dieser drei ausgeht; Treue den sozialistischen, humanistischen und internationalistischen Idealen und Prinzipien gegenüber; stetes Bemühen um wahrheitsgetreue Erkenntnisse und deren adäquate Wiedergabe und Nutzung, durchgehender Verzicht auf die Entstellung von Tatsachen und Ansichten, auf die Fälschung von Geschichte; harte, aber sachliche Auseinandersetzung mit Gegnern aller Richtungen, sofern diese nicht, wie die Faschisten, solche Auseinandersetzung unmöglich machen; Toleranz allen Personen und Kräften gegenüber, die für Menschenrechte und Menschenwürde, Demokratie und über den Kapitalismus hinausweisenden Fortschritt streiten; eine den Grundsätzen der Wissenschaft verpflichtete Streitkultur, die vom Recht eines/einer jeden auf seine/ihre Meinung und deren Vertretung in der Öffentlichkeit ausgeht und es respektiert.

Abschließend sei nochmals auf das Erfordernis verwiesen, den Marxismus durch Ergebnisse anderer Wissenschaften anzurei-

23 Bericht über die 7. Konferenz des Arbeitskreises kritischer MarxistInnen in: Inprekorr Nr. 300, Oktober 1996.

chern. Das betrifft, wie schon zu Marx' und Engels' Zeiten, zahlreiche Disziplinen. Dringlich scheint mir zweierlei zu sein: Erstens das Bekanntmachen mit der Subjektwissenschaft, die Aktionen und Reaktionen der Menschen zu erklären versucht. Zweitens die Berücksichtigung des Faktums, daß in der jeweiligen Klasse oder Schicht vielfältige und oft divergierende Interessenlagen bestehen. Sie sind u. a. durch Zugehörigkeit zum einen oder anderen Geschlecht, zu unterschiedlichen Rassen, Generationen, Berufsgruppen, Bildungsgraden und Religionen bedingt. Werden diese vornehmlich von feministischer Seite erforschten Differenzen unbeachtet gelassen oder ungenügend berücksichtigt, wird eine Mobilisierung größerer Massen Lohnabhängiger für fortschrittliche Ziele kaum möglich sein. Zugleich gilt es jene Hierarchisierung zu vermeiden, die darin besteht, Klassenzugehörigkeit über alles andere zu stellen und sogenannte Nebenwidersprüche zu vernachlässigen.

Kritischer Marxismus ist arbeitsintensiv und schwierig. Er wird uns weiterbringen, sobald wir ihn zu meistern beginnen.

Projekte für einen ökologisch-solidarischen »New Deal«

Die folgenden Texte sind überarbeitete Fassungen der Thesenpapiere, die als Diskussionsgrundlagen auf dem Crossover-Kongreß »Vom Machtwechsel zum Politikwechsel« am 13./14.12.1997 in Bochum vorgelegt wurden (vgl. den Bericht in spw 1/98, S. 7ff.). Sie beschreiben die Grundzüge zentraler Reformprojekte, die die Crossover-Organisatoren als Alternative zum Neoliberalismus für notwendig halten. Crossover ist ein gemeinsames Projekt dreier Zeitschriften: der links-grünen »Andere Zeiten«, der PDS-nahen »UTOPIE kreativ« und der spw – Zeitschrift für Sozialistische Politik und Wirtschaft. Die Thesen wurden von Arbeitsgruppen formuliert und überarbeitet, die dafür vom Crossover-Koordinationskreis eingerichtet wurden. Es handelt sich bei den Thesen nicht um abschließende Positionsbestimmungen, die von allen Beteiligten so gesehen werden, sondern um einen Zwischenstand der Diskussion, die in den nächsten Monaten weiter geführt werden wird. Die Crossover-Zeitschriften werden dazu ein Forum bieten. Zu Beiträgen laden wir herzlich ein.

ÖKOLOGISCHE STEUERREFORM

1. Strategischer Einstieg in den ökologischen Umbau

Die Diskussion um Ökosteuern und ökologische Steuerreform muß sich der Erkenntnis stellen, daß wir es mit einer globalen Strukturkrise der kapitalistischen Industriegesellschaften zu tun haben, und nicht lediglich mit der mangelhaften Wettbewerbsfähigkeit des einen oder des anderen Standorts. Eine »linke« Innovationsstrategie, die nur dafür sorgen will, daß »wir« (Deutschland, Europa) künftig die Spitzenreiter im Export von Ökokühlschränken, Photovoltaikanlagen und Niedrigenergiehäusern werden, würde zu kurz greifen. Die »Gruppe von Lissabon« fordert mit Recht den Abschied vom Dogma der »Wettbewerbsfähigkeit« als Voraussetzung einer neuen Politik, die zur globalen Kooperation auf ausgesuchten, nur gemeinsam zu bewältigenden Problemfeldern hinführt. Eine nachhaltige Entwicklung erfordert eine grundsätzliche Änderung unserer Produktionsweise. Sie ist ohne Aufhebung neokolonialer Abhängigkeiten nicht zu lösen.

Ökosteuern sind keine »politikneutrale« Antwort auf die Umweltkrise, deren Durchsetzung lediglich eine Frage der Vernunft und des guten Willens ist. Sie sind ein strategischer Einstieg für

Ökosteuern sind keine »politikneutrale« Antwort auf die Umweltkrise, deren Durchsetzung lediglich eine Frage der Vernunft und des guten Willens ist. Eine ganzheitliche Strategie des ökologischen Umbaus verbindet staatliche Eingriffe mit zivilgesellschaftlicher Mobilisierung und Selbststeuerung. Gezielte Förderprogramme in Leitbereichen des ökologischen Umbaus sind unverzichtbar. Sie müssen in einem Ökologischen Zukunftsinvestitionsprogramm gebündelt werden.

einen Kurswechsel in der Wirtschaftspolitik, die sich nicht dem Diktat des Weltmarkts fügt. Ein zentrales Ziel einer ökologischen Steuerreform ist es, die Ökonomie politisch zu gestalten und den Primat der Politik durchzusetzen. Der Primat der Politik kann nur auf demokratische Weise zum Zuge kommen.

Der ökologische Umbau muß mit einer Ausweitung demokratischer Teilhaberechte der Bevölkerung einhergehen (Informations- und Akteneinsichtsrechte, Verbandklagerechte, Umweltverträglichkeitsprüfungen und Technikfolgenabschätzungen u.v.m.). Die Erfahrung zeigt, daß Strategien zu kurz greifen, die sich am Menschenbild des »homo oeconomicus« orientieren – der Mensch als Ensemble wirtschaftsrationaler Motive. Nur weil die Preise für umweltschädigende Produkte wie z.B. PS-starke Luxuslimousinen durch eine ökologische Politik steigen werden, verschwindet nicht die mit diesen Produkten verbundene Sehnsucht nach Status und Anerkennung und die Motivation, auch als Normalverdiener dafür zu sparen. Der ökologische Umbau und die ökologische Steuerreform werden nur Erfolg haben, wenn es gelingt, bei den Menschen die Lust auf ein neues Wohlstandsmodell, Neugierde statt Angst vor Veränderungen und eine neue Vision des »Gut leben statt viel haben« zu wecken. Als bloß passive »Revolution von oben« kann die ökologische Steuerreform schnell im Gestrüpp erster Widerstände und aufgetauter Frustrationen auf halbem Wege steckenbleiben.

2. Elemente einer ganzheitlichen Umbaustrategie

Nationale oder europaweit eingeführte Ökosteuern müssen als Teilinstrument einer ganzheitlichen Strategie des ökologischen Umbaus betrachtet werden. Diese verbindet staatliche Eingriffe mit zivilgesellschaftlicher Mobilisierung und Selbststeuerung.

Zum Bereich staatlicher Eingriffe gehört das Ordnungsrecht, um marktregulierende Rahmenvorgaben zu setzen (Schadstoffgrenzwerte, Ge- und Verbote, aber auch politische Vorgaben wie der Atomausstieg, integrierte Ressourcenplanung, demokratische Energieaufsicht etc.), ohne die auch die Preissignale der Ökosteuern kaum in die erwünschte Richtung wirken würden. In der Bundesrepublik muß die jahrelang aufgeschobene Wärmenutzungsverordnung (effiziente Nutzung von Abwärme in industriellen Prozessen) auf den Weg gebracht werden. Sie bewirkt einen Schub zu mehr Energieeffizienz und schafft gleichzeitig neue Arbeitsplätze.

Ein zivilgesellschaftliches Element ist eine bewußte Konsumwende – denn der Abschied vom Auto ist nicht nur eine Frage der Kosten, sondern der Veränderung einer Lebensweise und der fordistischen Massenkultur.

Die Erweiterung demokratischer Teilhaberechte in der Wirtschaft ist eine weitere Voraussetzung, um Branchen und Infrastrukturen nach Kriterien einer nachhaltigen Wirtschaftsweise umzugestalten. Die Kampagne der IG-Metall zu ökologisch schädlichen Lösungsmitteln und Reinigungsmitteln in Metallbetrieben oder die Initiativen der Arbeitskreise zur »alternativen Produktion« aus den achtziger Jahren geben einen Hinweis auf das schlummernde Potential für demokratische Gegenmacht als auch aktive Gestaltungspolitik für

den ökologischen Umbau aus dem Innern der Betriebe. Dieses heute weitgehend verschüttete und vergessene Potential gilt es in einer Zeit zu aktivieren, wo alle Welt von notwendiger Innovation, von motivierten Beschäftigten und größeren Entscheidungsspielräumen der ArbeitnehmerInnen als Voraussetzung wirtschaftlichen Erfolgs nur redet. Erweiterte individuelle und kollektive Mitbestimmungsrechte (Arbeitsverweigerungsrecht bei gesundheitsgefährdenden Arbeitsbedingungen, Ausdehnung der betrieblichen Mitbestimmung auf Umweltfragen, Einführung einer »dritten Bank« für Umwelt- und Fraueninteressen in den Aufsichtsräten von Großunternehmen) könnten einen Schub für eine arbeitnehmerInnenorientierte ökologische Industriepolitik auslösen, der für den Umbau mindestens ebenso bedeutsam ist wie die Einführung von Ökosteuern.

3. Wirtschaftspolitische Einbindung

Ökosteuern und Konzepte einer ökologischen Steuerreform sind heute bei großen Teilen der Bevölkerung mit der Angst vor Arbeitsplatzverlust und höheren Belastungen verbunden. Es ist deshalb nicht möglich, nur auf positive Wirkungen durch die Preissignale der Ökosteuer (Verteuerung des Energie- und Ressourcenverbrauchs) zu setzen. Vielmehr muß sie in einen konzeptionellen Zusammenhang mit verschiedenen Instrumenten der Modernisierung, Humanisierung und Demokratisierung der Wirtschaft und der Lösung der Jobkrise gestellt werden. Der ökologische Umbau kann wirtschaftlich und beschäftigungspolitisch erfolgreich werden, wenn er zu einer drastischen Reduktion des Ressourceneinsatzes führt. Eine bloße Entkoppelung von Wirtschaftswachstum und Energiewachstum reicht dafür nicht aus. Notwendig ist daher der gezielte Substitutionswettbewerb, der umweltschädliche Produkte zurückdrängt, neue energie- und ressourceneffiziente, insbesondere solare Zukunftsmärkte erschließt und mehr Beschäftigung ermöglicht.

4. Schrittweise steigende Energie- und Ressourcenverbrauchssteuern

Als Einstieg in eine ökologische Steuerreform ist die Einführung einer Primärenergiesteuer, die Erhöhung der Mineralölsteuer und der Abbau umweltschädigender Steuersubventionen notwendig (z.B. bei Flugbenzin, landwirtschaftlichen Betriebsstoffen etc.). Die schrittweise steigende Besteuerung von Energieträgern bietet zudem eine Besteuerungsgrundlage, die ein dauerhaft hohes Steueraufkommen bereitstellen kann. Hierauf kann eine ökologische Reform des Steuersystems aufbauen, die Energie- und Ressourcenverbrauchssteuern zu einem bedeutsamen Pfeiler des Steuersystems neben Steuern auf Einkommen aus Kapital und Arbeit macht. Ökosteuern müssen dabei so bemessen sein, daß sie zu einer spürbaren Mehrbelastung umweltschädigender und ressourcenintensiver Verhaltensweisen, Konsumformen und Produktionen führen. Sie müssen im Zeitverlauf in kalkulierbaren Schritten ansteigen, um so Impulse für energie- und ressourceneffiziente Innovationen und Verhaltensänderungen zu geben.

5. Zielgerichtete Verwendung des Ökosteueraufkommens

Weil die Klima-Reduktionsziele von Rio und die in diversen Studien (Sustainable Europe, Zukunftsfähiges Deutschland etc.) quantifizierten Ziele für nachhaltiges Wirtschaften nicht allein durch veränderte Preissignale herbeigeführt werden können, sind gezielte Förderprogramme in Leitbereichen des ökologischen Umbaus (Energie- und Verkehrswende, Abfallwirtschaft, sanfte Chemie, Agrarwende usw.) unverzichtbar. Sie müssen in einem Ökologischen Zukunftsinvestitionsprogramm gebündelt werden. Der damit verbundene erhebliche Investitionsbedarf ist auch der Grund, warum eine ökologische Steuerreform nicht aufkommensneutral durchgeführt werden kann. Insbesondere sprechen wir uns dagegen aus, die ökologische Steuerreform mit einer Reform der Einkommensteuer zu verkoppeln. Diverse Modelle und Konzepte der letzten Monate zeigen, daß eine die unteren und mittleren Einkommenschichten entlastende Einkommensteuerreform möglich ist, indem die Bemessungsgrundlage für Einkommensteuern durch Streichung von Steuerprivilegien und -schlupflöchern verbreitert wird.

Das Aufkommen aus Ökosteuern sollte deshalb vorrangig für folgende Bereiche verwendet werden:

- die Finanzierung von Förderprogrammen des ökologischen Umbaus (ÖkoZIP) und eines »internationalen Klimafonds«, mit dem ökologische Umbauprogramme in Osteuropa und der Dritten Welt gefördert werden sollen;
- ein »Sondervermögen Arbeit und Umwelt«, das ökologisch verträgliche Beschäftigung im Sozial-, Gesundheits-, Bildungs- und Kulturbereich, den Aufbau eines »solidarwirtschaftlichen Sektors« der Ökonomie anschiebt und fördert und das Mittel für Ausgleichsprogramme für ökosteuerbedingte besondere Belastungen unter sozialen, struktur- und regionalpolitischen Gesichtspunkten bereitstellt;
- zur Senkung der Sozialabgabenlast und für den sozialen Ausgleich für BezieherInnen von Transfereinkommen (BaföG, Sozialhilfe- oder künftig Grundsicherung, Arbeitslosenunterstützung etc.), um eine Kompensation für ökosteuerbedingte Preissteigerungen zu gewähren. Der soziale Ausgleich für BezieherInnen von Transfereinkommen kann auch in Form geldwerter Genußscheine (verbilligte ÖPNV-Tickets, Gutscheine zum Kauf energie- und ressourcensparender Haushaltsgeräte etc.) erfolgen, so daß damit gleichzeitig der ökologische Umbau gefördert wird.

Das Einnahmepotential aus Ökosteuern entbindet die Regierungen nicht von ihrer Pflicht, Haushaltsmittel, Fonds und Kreditfazilitäten (von der Weltbank und UN über die EU bis zu Bund, Ländern und Kommunen) für ökologisch und sozial verträgliche Projekte und Ziele einzusetzen und Verschwendung zu vermeiden.

6. Notwendigkeit weitergehender Instrumente

Aus diversen Studien zu Ökosteuern und ökologischem Umbau ist inzwischen erkennbar, daß Ökosteuern einen wirksamen Beitrag leisten können, um die Durchsetzung der bereits vorhandenen technologischen Möglichkeiten zur Energie- und Ressourcen-

einsparung zu fördern. Die Wuppertal-Studie »Zukunftsfähiges Deutschland« fordert allerdings überzeugend, daß Europa bis zum Jahr 2050 den Verbrauch verschiedener Rohstoffe und fossiler Energieträger um 80 bis 90 Prozent reduzieren müsse. Das als ambitioniert geltende Ökosteuermodell von Greenpeace/DIW kommt bei jährlichen Energiepreissteigerungen von 7 Prozent im Vergleich zu 1990 zu einem um 14 Prozent gesunkenen Energieverbrauch im Jahr 2010. Im Ökosteuerszenario der Universität Osnabrück bleibt die private Kraftstoffnachfrage trotz effizienterer Motoren im Jahr 2005 und trotz eines Benzinpreises von 3,40 DM auf dem Niveau von 1996. Die ökologische Steuerreform mag sich zwar als wirksam erweisen, in einem ersten Schritt eine Reduzierung der CO₂-Emissionen um 25 Prozent zu fördern. Doch sie ist unzureichend, um die darüberhinausgehenden Klimaschutz- und Reduktionsziele anzuschieben, die erst einen dauerhaften Zustand der Nachhaltigkeit ermöglichen würden. Deshalb ist es erforderlich, über weitergehende politische Eingriffe in die Ökonomie nachzudenken.

Alternative Konzepte einer Mengenregulierung (z.B. die staatlicherseits herbeigeführte Verknappung des Angebots an Energierohstoffen durch eine zentrale staatliche Energierohstoffagentur) und neue Konzepte zur politischen Umlenkung von Investitionsströmen (Verbraucherwahlen) sehen einige von uns als Möglichkeit, den Prozeß der Verminderung des Energie- und Rohstoffeinsatzes drastisch zu beschleunigen. Lösungen erhoffen sie sich auch von politisch definierten Wachstumsgrenzen (z.B. für Neuwagen und Luftschadstoffemissionen), die mit marktkonformen Instrumenten wie frei handelbaren Zertifikaten im ökonomischen Regulationssystem umgesetzt werden könnten.

Über die Stärken und Schwächen von Mengenregulierung, Zertifikaten und Ökosteuern bestehen bei uns unterschiedliche Auffassungen. In der öffentlichen Diskussion und in den Konzepten von Verbänden, Instituten und der meisten Parteien sind jedoch Ökosteuern ein zentraler Punkt der Kontroverse und von Reformkonzepten. Deshalb ist es sinnvoll, sich bei der politischen Durchsetzung zunächst auf Ökosteuern und die ökologische Steuerreform zu konzentrieren. Wer den Begriff der Nachhaltigkeit ernst nimmt, muß jedoch auch die Debatte über weitergehende politische Instrumente führen, mit denen die wissenschaftlich weitgehend unbestrittenen langfristigen Reduktionsziele der Wuppertal-Studie tatsächlich erreicht werden können.

ARBEITSZEITVERKÜRZUNG STATT ARBEITSLOSIGKEIT – UMVERTEILUNG DER ERWERBSARBEIT

1. Notwendigkeit und Probleme kollektiver Arbeitszeitverkürzung
Arbeitszeitverkürzungen sind dringender denn je, um die Arbeitslosigkeit effektiv zurückzudrängen. Die Bedingungen zu ihrer Durchsetzung sind schwieriger geworden. Notwendig sind eine gerechte Verteilung des vorhandenen Arbeitsvolumens und kollektive Arbeitszeitverkürzungen. Die Diskussion darf nicht auf indivi-

Ohne eine generelle Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von oben nach unten und hin zu Frauen wird es keine sozial gerechte Arbeitszeitverkürzung geben.

Zu einem neuen Normalarbeitsverhältnis gehören konkrete individuelle Freistellungsansprüche, die arbeitsrechtlich und tarifvertraglich abgesichert sind.

Mit zunehmender Flexibilisierung muß auf betrieblicher Ebene eine verbindliche Gesamtplanung von Arbeitszeiten, Beschäftigungs- und Personalentwicklung entwickelt werden.

duelle Arbeitszeitflexibilisierungen und Teilzeitarbeit eingeengt werden. Ein Absinken der Lohn- und Gehaltssumme gilt es zu verhindern.

Der Kampf um Arbeitszeitverkürzungen erfolgt heute unter anderen Bedingungen als noch in den Jahrzehnten zuvor. Beim Kampf um die 35-Stunden-Woche gab es noch größere Spielräume. Die Arbeitslosigkeit hatte noch nicht Rekordniveau. Die Deregulierungspolitik war noch nicht so weit fortgeschritten und Arbeitszeitverkürzungen waren mit Lohnausgleich verbunden.

Heute sind die Unternehmen in der Regel nicht mehr bereit, Arbeitszeitverkürzungen zuzustimmen. Im Gegenteil, sie plädieren für eine Verlängerung der Arbeitszeit. Die fordistischen Produktionsstrukturen sind weitgehend nicht mehr vorhanden. Der Trend geht in Richtung »lean production«, einer »neuen Unternehmenskultur«, verbunden mit einer Deregulierungspolitik, die viele der gewachsenen Schutzrechte der abhängig Beschäftigten erheblichem Anpassungszwang aussetzt. Besonders große Brüche gibt es in der Aushöhlung der Normalarbeit.

Der heutige Stand in der Entwicklung der Produktivkräfte erfordert ein offensives Aufgreifen der »Flexibilisierung« durch Forderungen nach Zeitsouveränität für die Beschäftigten. Allerdings darf dies nicht dazu führen, daß die Diskussion um Arbeitszeitverkürzungen auf Flexibilisierung individueller Arbeitszeiten oder auf Teilzeit eingeengt wird. Sollen deutliche Beschäftigungseffekte erzielt werden, dann sind kollektive Arbeitszeitverkürzungen unabdingbar. Ansonsten droht eine Situation, in der es etwa 20 Prozent gut bezahlte »Kernarbeitsplätze« mit wöchentlichen Arbeitszeiten bis zu 60 Stunden gibt und 80 Prozent »Randarbeitsplätze« mit prekären Arbeitsverhältnissen, die mehrere Jobs erfordern, um das Existenzminimum zu sichern. Einer solchen Entwicklung gilt es entgegenzuwirken. Die Politik der Arbeitszeitverkürzungen muß mit einer gerechteren Verteilung der Erwerbsarbeit und damit auch des Arbeitsvolumens einhergehen.

Der Weg in die Dienstbotengesellschaft droht auch dann, wenn mit Arbeitszeitverkürzungen ein generelles Absinken des Lohn- und Gehaltsniveaus verbunden ist. Die Gesamtlohnsomme darf im Verhältnis zu den Gewinnen nicht weiter zurückgehen. Notwendig ist zumindest ein differenzierter Lohnausgleich nach Einkommensgruppen und nach Beschäftigungseffekten. Ein Lohnausgleich muß für untere und mittlere Einkommensgruppen garantiert sein. Außerdem sind substantielle Steuererleichterungen für solche Lohnabhängigen notwendig.

Auch bei den abhängig Beschäftigten ist der Wille, sich für Arbeitszeitverkürzungen zu engagieren, unterschiedlich ausgeprägt. Schwierig ist es vor allem dann, wenn Einkommensverluste zu erwarten sind. Bereits jetzt befinden sich die unteren Lohngruppen an der Armutsgrenze. Vor diesem Hintergrund rangieren der Erhalt oder die Steigerung der Einkommen oftmals vor einer Verkürzung der Arbeitszeit. Das erschwert die Mobilisierungsfähigkeit der Gewerkschaften für deutliche Arbeitszeitverkürzungen. In einer konkreten Situation und in einer konkreten Branche oder Gebiet (Ostländer), wenn Arbeitsplätze aber garantiert wer-

den, spricht sich in der Regel die Mehrheit der Arbeiter und Angestellten – für einen begrenzten Zeitraum – auch für Arbeitszeitverkürzungen ohne vollen Lohnausgleich aus.

2. Einbettung in eine gesellschaftliche Reformperspektive

Der Kampf um eine umfassende Arbeitszeitverkürzung muß nicht nur beschäftigungsfördernd wirken, sondern in eine generelle Reformperspektive eingebettet sein. Umgekehrt ist sie ein wesentlicher und herausragender Bestandteil dieser Perspektive.

Mindestens drei grundlegende Fragen werden berührt:

- Die Verteilung und Verwendung des gesellschaftlichen Reichtums.

Ohne eine generelle Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von oben nach unten und hin zu Frauen wird es keine sozial gerechte Arbeitszeitverkürzung geben. Es darf nicht zu einer generellen Absenkung des Lohnniveaus kommen.

- Die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung

Arbeitszeitverkürzungen wie eine Umverteilung von Arbeit generell müssen (wenn sie wirklich emanzipatorisch wirken sollen) mit dem Abbau geschlechtshierarchischer Arbeitsteilung verbunden sein. Eine Umverteilung der Arbeit von Männern zu Frauen und von Frauen zu Männern (Reproduktionsbereich) ist deshalb notwendig.

Alle Arbeitszeitmodelle müssen so organisiert sein, daß die Doppelbelastung von Frauen minimiert und Erziehungsarbeit und Hausarbeit von Männern und Frauen erleichtert wird. Existenzsichernde Erwerbstätigkeit muß für alle Frauen ermöglicht werden.

- Die materielle Konsum- und damit Lebensorientierung der Menschen.

Deutliche Arbeitszeitverkürzungen stellen die ganze Gesellschaft vor neue Probleme von kultureller Dimension. Es geht darum, daß die gewonnene arbeitsfreie Zeit in nicht noch mehr individuellen Konsum mündet, sondern in erster Linie der Entfaltung von Individualitäten, von Persönlichkeiten dient. Deshalb gilt es gleichzeitig gemeinschaftliche soziale, politische oder kulturelle Aktivitäten zu fördern, die außerhalb der Erwerbsarbeit liegen. Die neuen Zeitstrukturen müssen gesellschaftlich sinnvolle Zeitstrukturen sein, die nicht nur den Interessen des Kapitals untergeordnet sind. Der Zeitkorridor, in dem der überwiegende Teil der Bevölkerung arbeitet, darf nicht ausgeweitet werden und die Lage der Arbeitszeit muß sich an den sozialen Bedürfnissen der Beschäftigten orientieren.

3. Neue Definition des Normalarbeitsverhältnisses

Die Neuverteilung von Arbeit erfordert eine neue Definition des Normalarbeitsverhältnisses.

Ein «normales» Arbeitsverhältnis ist in bezug auf die Arbeitszeiten dann gegeben,

- wenn mit dieser Arbeitszeit ein existenzsicherndes Einkommen erzielt werden kann,
- wenn Beruf und Privatleben/Familie grundsätzlich auch bei einer Vollzeitbeschäftigung vereinbar sind,
- wenn grundsätzlich die Berufstätigkeit bis zur allgemeinen

Altersgrenze möglich ist und auch auf kürzere Zeiträume bezogen Schutz vor einer Überbelastung besteht,

- wenn die Kontinuität, Regelmäßigkeit sowie Lage der Arbeitszeiten einen menschlichen Lebensrhythmus, normale soziale Beziehungen und Teilnahme am gesellschaftlichen Leben zulassen.

Zu einem neuen Normalarbeitsverhältnis gehören konkrete individuelle Freistellungsansprüche, die arbeitsrechtlich und tarifvertraglich abgesichert sind. Der Beschäftigungseffekt bei staatlichen Förderungen durch entsprechende Neueinstellungen muß garantiert sein. Die konkreten Schritte dabei sind: Elternfreistellungskonto, Weiterbildungsjahr oder Weiterbildungsteilzeit, Bildungsurlaub, Altersteilzeit. In diesen Fällen hat Teilzeitarbeit oder völlige Freistellung die Funktion einer Brücke im Rahmen des Normalarbeitsverhältnisses.

4. Arbeitszeitverkürzung in verschiedenen Formen

Notwendig ist eine Arbeitszeitverkürzung in all ihren Formen – als Wochen-, Jahres- oder Lebensarbeitszeitverkürzung. Eine Einingung nur auf eine Form wird den Herausforderungen nicht gerecht und entspricht nicht den heutigen Gegebenheiten.

Die Forderungen aus den Gewerkschaften nach einer 32- bzw. 30-Stunden-Woche sind wichtige Initiativen zur Arbeitszeitverkürzung. Darüber hinaus könnte auch in der Verkürzung der Jahresarbeitszeit eine politische Zuspitzung des Problems liegen: Kurzfristige Senkung der durchschnittlichen tariflichen Jahresarbeitszeit von gegenwärtig ca. 1669 Stunden auf kurzfristig 1400 Stunden mit dem Ziel, mittelfristig auf 1000 Stunden zu gelangen. Innerhalb solcher Regelungen läßt sich auch der Abbau von Überstunden als erster Schritt für Arbeitszeitverkürzungen durchsetzen. Kurzfristig gilt es, die Arbeitszeit Ost an die Arbeitszeit West anzugleichen.

Eine derartige Politik kann auch die Zeitsouveränität der Beschäftigten erhöhen, Gesundheitsschutz und Vereinbarkeit von Kindererziehung und Beruf verbessern. Gleitende Übergänge mit Teilzeitlösungen sind sinnvoll, wenn sie bei Lohnersatzleistungen oder Rentenbezug die Anwartschaften sichern, berufliche Nachteile vermeiden und die Rückkehr in Vollarbeitszeit garantieren.

Arbeitszeitkonten können ein wichtiges Mittel sein, um Zeitsouveränität zu schaffen. Gleichzeitig besteht die Gefahr, daß sie nur im Unternehmerinteresse ausgelegt werden, betriebliche Interessenvertretung aushöhlen oder die Tarifverträge untergraben. Damit das nicht eintritt, müssen die Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte ausgeweitet werden.

Mit zunehmender Flexibilisierung muß auf betrieblicher Ebene eine verbindliche Gesamtplanung von Arbeitszeiten, Beschäftigungs- und Personalentwicklung entwickelt werden. Sie soll die Umsetzung individueller Arbeitszeitveränderungen in einer Weise gestalten, die nicht nur dem einzelnen Beschäftigten nutzt, sondern auch das Beschäftigungsvolumen erhält oder ausbaut. So kann verhindert werden, daß sich individuelle Arbeitszeitmodelle gegen die Beschäftigten selbst oder gegen ihr Umfeld kehren.

5. Staatliche Förderung von Arbeitszeitverkürzungen

Allgemeine Arbeitszeitverkürzungen durchzusetzen, sie verbindlich abzusichern und dabei gleichzeitig frauenfördernd zu gestalten, ist in erster Linie Sache der Tarifparteien. Dennoch muß auch der Staat seine Verantwortung für die Durchsetzung von Arbeitszeitverkürzungen und einer gerechten Verteilung der Erwerbsarbeit wahrnehmen.

In folgende Richtungen könnte der Staat wirksam werden:

- Ein neues Arbeitszeitgesetz

Das gültige, von der Bundesregierung 1994 novellierte Arbeitszeitgesetz bietet den Rahmen für Arbeitszeitverlängerungen. Erlaubt wurde nicht nur die 48-Stunden-Woche mit einer täglichen Arbeitszeit von 8 Stunden, sondern auch die 60-Stunden-Woche mit einer täglichen Arbeitszeit von 10 Stunden innerhalb eines halbjährlichen Ausgleichszeitraumes.

Ein neues Arbeitszeitgesetz müßte demgegenüber mittelfristige Rahmenbedingungen für Arbeitszeitverkürzungen bieten. Es könnte die 37-Stunden-Woche ab sofort festschreiben, die 35-Stunden-Woche ab dem Jahr 2000 und die 30-Stunden-Woche ab dem Jahr 2005. Die Definitionsgrenzen für Teilzeitarbeit müßten an diese wöchentliche Vollarbeitszeit angepaßt werden. Sozialversicherungsfreie Arbeit (geringfügige Beschäftigung) darf es nicht mehr geben. Überstunden sollten grundsätzlich durch Freizeit ausgeglichen werden.

- Subventionierungen von Arbeitszeitverkürzungen

Den Betrieben und Einrichtungen, die ihre Arbeitszeit deutlich reduzieren, wird eine 50-prozentige Beihilfe zum Lohnausgleich gewährt. Diese Beihilfe könnte auf maximal 10 Jahre befristet sein und Jahr für Jahr um 10 Prozent sinken. Die öffentlichen Hände würden somit über die gesamte Laufzeit der Beihilfe 25 Prozent des erforderlichen Lohnausgleichs bestreiten müssen. Die Beihilfen sollten sowohl an ganze Tarifbezirke wie auch an Einzelbetriebe vergeben werden, sofern sie sich zu einer drastischen Arbeitszeitverkürzung entschließen. Dadurch besteht die Möglichkeit, daß auch über betriebliche Kämpfe (z.B. nach dem Modell VW) Entlassungen durch Arbeitszeitverkürzungen verhindert werden können. Voller Lohnausgleich wird nur für untere und mittlere Einkommensgruppen gezahlt. Wichtig wird sein, daß es gelingt, Mitnahmeeffekte weitgehend auszuschließen und zu garantieren, daß tatsächlich Arbeitsplätze erhalten oder neue geschaffen werden.

Die Mittel für dieses Modell finanzieren sich weitgehend kostenneutral. Die Gemeinkosten der Arbeitslosigkeit (Leistung der Arbeitsämter, entgangene Steuer- und Sozialversicherungseinnahmen) betragen im Jahre 1996 180,9 Mrd. DM. Im Durchschnitt «kostet» dementsprechend ein Arbeitsloser rund 40.000 DM im Jahr. Die Lohnkosten pro Arbeitnehmer betragen rund 60.000 DM (einschließlich der Arbeitgeberbeiträge zu den Sozialversicherungen). Zwei Drittel einer aktiven Arbeitsmarktpolitik würden sich also selbst finanzieren. Auf Arbeitszeitverkürzungen bezogen bedeutet das theoretisch, daß zwei Drittel der Lohnkostenausgleichskosten aus öffentlichen Kassen bestritten werden könnten, ohne daß es zu zusätzlichen Belastungen dieser Kassen käme. Beachtet

werden muß aber, daß Arbeitszeitverkürzungen mit Produktivitätsgewinnen einhergehen, die bis zu 50 Prozent betragen. Das heißt, die eingesparte Arbeitszeit wird nicht voll auf dem Arbeitsmarkt für zusätzliche Arbeitsnachfrage wirksam, vorsichtig gerechnet sind aber mindestens 50 Prozent Beschäftigungswirksamkeit zu erwarten.

- Arbeitszeitorientierte Steuerpolitik

Die Lohnnebenkosten sollten einer arbeitszeitabhängigen Progression unterliegen. Das heißt, jede Stunde über einem bestimmten Arbeitszeitpensum wird stärker und progressiv belastet, darunter gilt das Umgekehrte. Die Berechnung muß je Erwerbstätigen erfolgen, damit nicht mehrere gleichzeitige Teilzeitarbeitsverhältnisse günstiger als ein arbeitszeitreduziertes Vollarbeitsverhältnis sind. Die Leistungsansprüche sollten sich aber weiterhin nach den Normalsätzen berechnen. Das Verfahren belastet ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen gleich und fördert Arbeitszeitverkürzungen. Es entlastet gleichzeitig diverse Formen von »Teilzeit«. Insgesamt würde so ein marktwirtschaftliches Interesse an Arbeitszeitverkürzungen stimuliert.

Bei all den vorgeschlagenen Modellen für beschäftigungswirksame und sozial orientierte Arbeitszeitverkürzungen muß der öffentliche Dienst eine gewisse »Vorreiterrolle« einnehmen, weil hier durch die Politik (unter bestimmten Kräfteverhältnissen) am ehesten positive Veränderungen durchgesetzt werden können.

6. Abbau geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung

Eine Politik der Arbeitszeitverkürzungen muß die gegenseitige Umverteilung der Erwerbsarbeit zwischen Männern und Frauen fördern und die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung überwinden helfen.

Frauen wollen verstärkt erwerbstätig sein. Die Frauenarbeitslosigkeit ist aber – besonders im Osten – bekanntlich sehr hoch. Frauen sind aber auch in anderer Hinsicht besonders benachteiligt: 78 Prozent der Frauen in den alten Bundesländern können sich von ihren Einkommen nicht ernähren. Es wächst die Spaltung zwischen vollzeitbeschäftigten Männern und teilzeitbeschäftigten Frauen. Insgesamt sind 90 Prozent der Teilzeit-Beschäftigten Frauen bzw. 38 Prozent der erwerbstätigen Frauen Teilzeitkräfte. 70 Prozent aller geringfügig Beschäftigten sind Frauen. Gleichzeitig wird der Hauptanteil der nicht bezahlten Familien- bzw. Erziehungsarbeit von Frauen getan.

Diese Tatsachen unterstreichen die Notwendigkeit, die Erwerbsarbeit generell zwischen Frauen und Männern umzuverteilen. Diese Feststellung ist nicht neu und unter linken Kräften unstrittig. Gestritten wird über Formen und Prioritäten. Wir sehen folgende Aufgaben:

Die Umverteilung der Haus-, Familien- und Erziehungsarbeit von Frauen und Männern kann – zusammen mit der Veränderung des gesellschaftlichen Klimas generell – vor allem dann erreicht werden, wenn die Umverteilung der Erwerbsarbeit voran gebracht wird und wenn die Bedingungen für die Reproduktionsarbeit verbessert werden. Eine geringfügige Bezahlung von Erziehungs-

arbeit, wie das konservative und liberale Kräfte vorschlagen, fesselt die Frauen an Heim und Herd, statt ihnen mehr Chancen für die Erwerbsarbeit zu öffnen. Auch die stark verbreitete und propagierte »Teilzeitarbeit« wird die alten Strukturen des Geschlechterverhältnisses (männlicher Hauptverdiener, weibliche Hinzuverdienerin) eher zementieren, statt aufbrechen. Notwendig ist ein »neues Normalarbeitsverhältnis«, das die Betreuung und Erziehung von Kindern integral mit einbezieht.

Für die Umverteilung der Erwerbsarbeit selbst sind u.a. folgende Maßnahmen besonders wichtig:

- Bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen, Subventionen, Arbeits- und Wirtschaftsfördermitteln sollen Erhalt und Schaffung von Frauenarbeitsplätzen Vorrang haben und Voraussetzung sein;
- neue Arbeitszeitmodelle müssen die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung überwinden helfen und den Zugang von Frauen zu qualifizierten Tätigkeiten erleichtern; kurze Standardarbeitszeiten und geringes Überstundenniveau, problemloser Wechsel zwischen Teilzeit und Vollzeitjobs;
- Elternschaftsurlaub für beide Elternteile (mit dem Zwang zur gleichberechtigten Aufteilung), Rechtsanspruch für beide Elternteile auf Halbierung der täglichen Arbeitszeit ohne Lohnausgleich, aber mit garantiertem Rückkehrrecht auf eine volle Stelle, die Möglichkeit für die Eltern, sich insgesamt 24 Monate unbezahlt freustellen zu lassen, solange die Kinder unter 14 Jahre alt sind;
- andere lebens- und familienphasenspezifische Abweichungen bei den kollektivvertraglich geregelten Arbeitszeitstandards;
- Aufhebung der Lohndiskriminierung von Frauen,
- über Sozialisation und Motivation, über Berufsberatung, Quoten und Frauenfördermaßnahmen muß und kann Frauen ein verstärkter Zugang zu sogenannten männertypischen Berufen ermöglicht werden. Umgekehrt müssen auch Berufe im sozialen und pflegerischen Bereich und Dienstleistungsberufe für Männer attraktiv gemacht werden.

WIRTSCHAFTSDEMOKRATIE – INVESTITIONSLENKUNG – VERBRAUCHERDEMOKRATIE

Nach fast zwei Jahrzehnten neokonservativer Regierungspolitik hat sich das Land grundlegend gewandelt. Massenarbeitslosigkeit, umfassender Sozialabbau, zunehmende soziale Spaltung und wachsende Armut sind heute tägliche Realität. Die von der Kohl-Regierung verfolgte neoliberale Politik ist offensichtlich nicht in der Lage, drängende Zukunftsaufgaben in Angriff zu nehmen, geschweige denn zu lösen. Bisher ist es nicht gelungen, eine neue Form gesellschaftlicher Regulation zu entwickeln, die sowohl den neuen ökonomischen Anforderungen als auch den ökologischen und sozialen Problemstellungen entspricht. Dabei wird es heute mehr denn je darauf ankommen, die Lebens- und Arbeitswelt der Menschen gleichzeitig in den Blick zu nehmen und eine Verknüpfung zwischen den verschiedenen betroffenen Ebenen und Interessen der Akteure herzustellen. Anknüpfend an bisherige

Die Idee der Wirtschaftsdemokratie steht für den Versuch, tagespolitische Forderungen mit einem langfristigen Transformationskonzept zu verbinden.

Effektive Mitentscheidungsmöglichkeiten wird es letztlich nur geben, wenn es gelingt, die Investitionsströme der privaten Wirtschaft zu beeinflussen und wo nötig zu lenken.

Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivkapital wird erst dann einen Beitrag zur Demokratisierung leisten, wenn die Anteile eine relevante Größenordnung erreicht haben und in kollektive, von den Gewerkschaften kontrollierte Fonds eingebracht werden.

wirtschaftsdemokratische Traditionen gilt es, eine möglichst breite Beteiligung der Bevölkerung im Betrieb, in der Kommune, in der Region zu gewährleisten.

Wirtschaftsdemokratie in der Krise

»Wirtschaftsdemokratie« war eine Strategie, schrittweise den abhängig Beschäftigten reale Mitentscheidungsmöglichkeiten einzurichten und gleichzeitig die Verfügungs- und Gestaltungsmacht des Kapitals zu begrenzen und letztlich durch eine Veränderung der Eigentumsverhältnisse zu überwinden. Damit sollte insgesamt eine höhere Rationalität der Produktion und eine Beteiligung der breiten Massen am erarbeiteten materiellen Wohlstand gewährleistet werden. Die Idee der Wirtschaftsdemokratie steht für den Versuch, tagespolitische Forderungen mit einem langfristigen Transformationskonzept zu verbinden.

Die Auseinandersetzungen um die Wirtschaftsdemokratie in der Nachkriegsentwicklung haben im Ergebnis zu einer Kompromißstruktur geführt, die einerseits betriebliche und überbetriebliche Mitbestimmungsrechte institutionalisiert hat, andererseits aber die bestehenden Eigentums-, Herrschafts- und damit auch Verteilungsverhältnisse im Grundsatz nicht antastete. Damit sind auch der gesellschaftlichen Einflußnahme auf die ökonomische und gesellschaftliche Entwicklung Grenzen gesetzt worden. Selbst dieses, von seinen Protagonisten immer als unzureichend beurteilte System weist heute offensichtliche Erosionstendenzen auf. Wesentliche Eckpfeiler des Systems geraten ins Wanken. So wird beispielsweise der Flächentarifvertrag immer stärker in Frage gestellt; von den Unternehmerverbänden wird die Tarifautonomie angezweifelt; die Mitbestimmung auf betrieblicher und Unternehmensebene wird faktisch ausgehöhlt. Einerseits sind diese Entwicklungen das Resultat der Aufkündigung der Kompromißstruktur im System der Arbeitsbeziehungen durch die Unternehmer.

Andererseits liegen ihnen aber auch zwei Entwicklungen zugrunde, die objektiv eine Modifikation der bisherigen Strukturen, Institutionen und Verhaltensweisen erfordern: die zunehmende Internationalisierung der Ökonomie und die Durchsetzung neuer Produktions- und Arbeitsweisen. Beide Trends werden von der neoliberalen Politik für eine Reduzierung demokratischer Partizipation instrumentalisiert. Je schwächer die wirtschaftsdemokratischen Elemente real entwickelt sind, bzw. je mehr sie zurückgedrängt werden, desto größer sind die Gefahren, daß die Wirtschaft noch mehr aus ihrer sozialen Verantwortung, ihrer gesellschaftlichen Einbindung entweicht, die vorhandenen Hemmnisse für eine schrankenlose Markt- und Profitlogik noch weiter durchlöchert und beseitigt werden. Diese Entwicklungen könnten aber auch für eine neue Qualität der Mitbestimmung genutzt werden, sind sie doch begleitet von gestiegenen Ansprüchen der Beschäftigten an die eigene Arbeit. Zugleich wird immer wieder die Bereitschaft in der Bevölkerung deutlich, an der Lösung drängender Zukunftsprobleme, etwa durch Maßnahmen gegen zunehmende Umweltverschmutzung, mitzuwirken.

Bedingungen umfassender Wirtschaftsdemokratie

Vor diesem Hintergrund muß ein Kernbestandteil eines solidarisch-ökologischen New Deals darin bestehen, die Partizipations- und Mitbestimmungsrechte der Bevölkerung auch im Wirtschaftsleben erheblich auszuweiten. Letztlich geht es dabei um die Auseinandersetzung um die zukünftige Regulationsweise im »postfordistischen« Kapitalismus. Ein Regulationskonzept des »share-holder-value« läßt keinen Raum für umfassende Partizipation. Damit ist zugleich auf die Verknüpfungspunkte mit anderen inhaltlichen Auseinandersetzungen verwiesen, nicht zuletzt auch, weil Wirtschaftsdemokratie nicht voraussetzungslos ist. Mit dem Ausbau formaler Beteiligungsmöglichkeiten verschiebt sich zwar das gesellschaftliche Kräfteverhältnis. Allerdings verbessern sich damit zunächst lediglich die institutionellen Rahmenbedingungen. Wie die neu gewonnenen Spielräume genutzt werden, hängt von vielen weiteren Faktoren und vor allem den Strategien und dem Durchsetzungsvermögen der beteiligten Akteure ab. Wirtschaftsdemokratie als Instrument gesellschaftlicher Emanzipation ist gebunden an Voraussetzungen wie etwa den Abbau der Massenarbeitslosigkeit, die Bekämpfung der Armut oder die Realisierung eines hinreichenden Bildungsniveaus der Bevölkerung.

Es bedarf einer modernen Konzeption der Wirtschaftsdemokratie. Wirtschaftsdemokratie soll nicht nur auf der Produktionsseite ansetzen. Gerade unter dem Aspekt eines ökologischen Umbaus ist es bedeutsam, auch auf der Seite des Verbrauchs demokratische Einflußmöglichkeiten zu gewährleisten. Wie etwa einzelne spektakuläre Kampagnen von Greenpeace und anderen deutlich gemacht haben, trägt konsequentes Verbraucherverhalten mit dazu bei, dem Ziel eines ökologisch und sozial nachhaltigen Wirtschaftens näher zu kommen. Es besteht in der Bevölkerung offensichtlich die Bereitschaft zu einem ökologisch verträglicheren Konsumverhalten, soweit entsprechende Informationen über die Produkte verfügbar sind bzw. soweit alternative Konsummöglichkeiten eröffnet werden. Vor diesem Hintergrund müssen die Wahl- und Handlungsmöglichkeiten der Verbraucher gestärkt werden. Hierin sehen wir einen wesentlichen Beitrag, die angesichts der globalen Dimension der Umweltzerstörung letztlich notwendige radikale Veränderung der Lebensweise in den hochentwickelten kapitalistischen Ländern durchzusetzen.

Effektive Mitentscheidungsmöglichkeiten, egal ob die Seite der Produktion oder die des Verbrauchs in den Blick genommen wird, wird es letztlich nur geben, wenn es gelingt, die Investitionsströme der privaten Wirtschaft zu beeinflussen und wo nötig zu lenken. Z.B. setzt ökologisches Verbraucherverhalten die Produktion ökologisch verträglicher Güter voraus. Wenn dies nicht durch staatliche Rahmensetzung bei der Umweltgesetzgebung oder beim Arbeits- und Gesundheitsschutz gewährleistet wird, sind weitergehende gesellschaftliche Steuerungsinstrumente – von Maßnahmen einer mit ökonomischen Anreizen arbeitenden Investitionslenkung bis hin zu Produktionsauflagen und gegebenenfalls -verboten – unverzichtbar. Die Einschränkung der privaten Verfügungsmacht über die Produktionsmittel ist nicht nur unter demokratischen und

sozialen Gesichtspunkten geboten, sondern auch zur Durchsetzung eine nachhaltigen Wirtschaftsweise.

Eine moderne Konzeption von Wirtschaftsdemokratie erfordert heute einerseits, die bisher bestehenden Möglichkeiten demokratischer Einflußnahme auf den Wirtschaftsprozeß entsprechend den neueren Entwicklungen zu reformieren und andererseits unterschiedene Schritte zu deren Ausbau zu gehen. Wir sehen folgende Eckpunkte:

Erhalt und Ausbau der Tarifautonomie

Der Kernpunkt einer solchen Konzeption ist die Reformierung des Flächentarifvertrages. Inhaltlich geht es darum, die aus der zunehmenden Internationalisierung sowie aus der veränderten Produktions- und Arbeitsweise erwachsenden Anforderungen an tarifvertragliche Regulierung aufzugreifen. Von Unternehmern immer wieder geforderte Flexibilisierungs- und Dezentralisierungsmaßnahmen, die lediglich die Verbesserung der Kapitalverwertungsbedingungen zum Ziel haben, faktisch aber den Flächentarifvertrag aushebeln, lehnen wir ab. Der reformierte Flächentarifvertrag muß auch in Zukunft eine wesentliche Rolle im System der Arbeitsbeziehungen einnehmen. Gewerkschaftliche Schutz- und Gestaltungsmacht muß erhalten bleiben. Ein wesentliches tarifpolitisches Auseinandersetzungsfeld betrifft in diesem Kontext den Problemkomplex Arbeitszeitverkürzung, Lohnausgleich und Beschäftigungssicherung. Über tarifliche Vereinbarungen – etwa die Einrichtung von Arbeitszeitkonten – muß ein verbindlicher Regelungsrahmen geschaffen werden, um Raum für betriebliche Konkretisierungen zu schaffen.

Darüber hinaus müssen die tariflichen Regelungsbereiche um neue Problemstellungen erweitert werden, etwa in bezug auf die Einführung neuer Technologien oder den Umweltschutz im Betrieb, die zunehmende Erosion des Normalarbeitsverhältnisses, die Folgen einer verstärkten Individualisierung (Interesse an einer größeren Autonomie in der Arbeit, Bedürfnis nach hoher Zeitsouveränität), die jedoch kollektiv abgesichert werden müssen.

Reform der betrieblichen und Unternehmensmitbestimmung

Ebenso wie das Tarifrecht müssen die betriebliche und Unternehmensmitbestimmung weiterentwickelt werden. Kernpunkte einer solchen Reform müssen die Gewährung von Mitbestimmungsrechten auch in wirtschaftlichen Fragen und bei der Einführung neuer Technologien oder auch einer neuen Arbeitsorganisation sein. Zugleich gewinnt die Mitbestimmung am Arbeitsplatz mit der Ausbreitung neuer Produktions- und Arbeitskonzepte eine weit größere Bedeutung als früher. Sie muß in Zukunft als integraler Bestandteil der betrieblichen und Unternehmensmitbestimmung angesehen und behandelt werden. Von einer derartigen Erweiterung betrieblicher Mitbestimmungsrechte müssen auch neue Formen von Arbeitsverhältnissen – Scheinselbständigkeit, Heimarbeit etc. – erfaßt werden.

Darüber hinaus ist die Unternehmensmitbestimmung zu stärken. Dazu ist eine Ausdehnung der Zahl der Unternehmen notwendig,

die unter das Mitbestimmungsrecht fallen. Zugleich sind die Handlungsmöglichkeiten für Aufsichtsräte durch eine Reform ihrer Arbeitsweise und -bedingungen erheblich zu verbessern. Dabei sind die Veränderungen in den Unternehmensstrukturen zu berücksichtigen. Traditionelle Unternehmensgrenzen, -hierarchien und -strukturen werden partiell aufgelöst und durch Netzwerkstrukturen ersetzt. Hierdurch verändern sich auch die Anforderungen an die Mitbestimmung, sie muß vor allem in den das Netzwerk bestimmenden Bereichen ausgebaut werden. Zugleich sind die Mitbestimmungs- und Kontrollrechte auf die gesamte Wertschöpfungskette auszudehnen.

Mitbestimmung in der regionalen und kommunalen Wirtschaftspolitik

Im regionalen und kommunalen Rahmen bestehen prinzipiell gute Voraussetzungen für eine breite Partizipation der Bevölkerung. Gerade angesichts der Bedeutung regionaler Wirtschaftskreisläufe für die ökonomische wie gesellschaftliche Entwicklung müssen die Mitbestimmungsmöglichkeiten in der regionalen und kommunalen Wirtschafts- und Strukturpolitik erheblich ausgebaut werden. Dies erfordert aber auch eine Stärkung der kommunalen und regionalen Handlungsmöglichkeiten staatlicher Stellen gegenüber den Ländern und dem Bund. Von besonderer Bedeutung ist eine grundlegende Verbesserung der Finanzausstattung der unteren staatlichen Ebenen, ohne die eine wirkliche Demokratisierung in den Kommunen und Regionen nicht möglich sein wird.

Schaffung grenzüberschreitender Mitbestimmungsmöglichkeiten

Die Internationalisierung der Unternehmen schreitet voran. International agierende Unternehmen verfügen über Betriebsstätten in verschiedenen Ländern. Häufig werden die Belegschaften an den unterschiedlichen Standorten gegeneinander ausgespielt. Der Internationalisierung der Unternehmenstätigkeit muß die Internationalisierung der gewerkschaftlichen und betrieblichen Interessenvertretung folgen. Auf absehbare Zeit wird dazu ein zweigleisiges Vorgehen gefordert sein. Zum einen sind direkte Vertretungsstrukturen auszubauen und zu stärken. Auf der europäischen Ebene ist mit der – sicher in vielerlei Hinsicht noch unzureichenden – Einrichtung Europäischer Betriebsräte ein Anfang gemacht worden. Bisher beschränken sich die Rechte der EBR weitgehend auf Information und Konsultation. Bei der Revision der Richtlinie müssen weitergehende Mitbestimmungsrechte aufgenommen werden. Bei entsprechender Nutzung können die EBR zum Ausgangspunkt für internationale Mitbestimmung werden. Zum anderen ist der Gesetzgeber aber auch auf anderen Feldern gefordert. In internationalen/europäischen Vereinbarungen müssen soziale Mindeststandards festgeschrieben werden, die das Regelungsdefizit der Arbeitsbeziehungen auf internationaler Ebene beschränken.

Aufbau einer regional untergliederten Struktur gesamtwirtschaftlicher Mitbestimmung durch die Einrichtung von Wirtschafts- und Sozialräten

Ähnlich wie auf der Ebene der Europäischen Union sollte auf den verschiedenen staatlichen Ebenen – von der Region über die Länder bis zum Bund – ein Wirtschafts- und Sozialrat (WSR) eingerichtet werden, an dem drittelparitätisch die Arbeitgeber, Gewerkschaften und andere gesellschaftliche Gruppen – Umwelt- und Verbraucherverbände etc. – beteiligt sind. Der WSR müßte mit umfassenden Beratungs- und Informationsrechten ausgestattet sein und zu dem Ort werden, in dem wesentliche wirtschaftsstrukturelle Weichenstellungen diskutiert und vorentschieden werden. Die hier getroffenen Entscheidungen müssen die Basis bilden für staatliche Investitions-, Subventions- und Nachfrageentscheidungen. Insbesondere auf regionaler Ebene sind WSR ein zentrales Element, um Strukturpolitik auf eine breite gesellschaftliche Basis zu stellen und damit auch ihre Effizienz zu steigern. Um die Durchsetzungsfähigkeit der WSR zu gewährleisten, sollte dem WSR ein Vetorecht mit aufschiebender Wirkung bei einschlägigen Gesetzesvorhaben eingeräumt sowie das Recht gewährt werden, Volksbegehren einzuleiten. Mit derlei Rechten könnte der WSR die legislativen und exekutiven Gremien zwingen, ihre Vorhaben nochmals zu überprüfen. Sollten diese der Auffassung des WSR nicht folgen, könnten sie anschließend dennoch ihre Positionen durchsetzen. Im Falle eines Volksbegehrens mit anschließendem Volksentscheid läge die Letztentscheidung beim demokratischen Souverän. Mit diesem Verfahren wären die verfassungsmäßigen Rechte von Parlament und Regierung nicht außer Kraft gesetzt.

Produktivvermögen in Arbeitnehmerhand und Investitionsfonds

Die gegenwärtig diskutierte Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen ist unter dem Gesichtspunkt einer Demokratisierung der Wirtschaft und einer Erweiterung der Mitbestimmung unzureichend. Die diskutierten Varianten können lediglich als Alternative zur Vermögensbildung nach dem 936-DM-Gesetz gelten. Viele dieser Vorschläge haben zudem den Nachteil, daß sie für die Unternehmen eine billige Finanzierungsquelle darstellen, die für die abhängig Beschäftigten aber mit Lohneinbußen verbunden ist und ihnen neben dem Arbeitsplatzrisiko auch noch das Unternehmerrisiko aufbürdet. Die Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivkapital wird erst dann einen Beitrag zur Demokratisierung leisten, wenn die Anteile eine relevante Größenordnung erreicht haben und nicht individuell, sondern in kollektive, von den Gewerkschaften kontrollierte Fonds eingebracht und verwaltet werden. Die Beschäftigten halten in einer solchen Konstruktion keine Anteile an einem Unternehmen sondern an dem Fonds. Damit wird das Risiko des Einzelnen minimiert. Der Fonds wird gleichzeitig in die Lage versetzt, eine effektive Industriepolitik zu betreiben. Schließlich werden auf diese Weise weitgehend unabhängig von der Entwicklung einzelner Unternehmen regelmäßige Dividendenzahlungen möglich. Inhaltlich muß die Geschäfts- und Finanzpolitik der Fonds auf die Förderung des

ökologischen und sozialen Umbaus der Wirtschaft verpflichtet werden.

Aufbau demokratischer Kontrolle der Banken- und Konzernmacht
Flankierend zum Aufbau erweiterter Partizipationsmöglichkeiten gilt es, den Vermachtungstendenzen in der Wirtschaft entgegenzuwirken. In diesem Kontext ist insbesondere der Bankensektor einer wirkungsvollen demokratischen Kontrolle zu unterziehen sowie die Anti-Monopolgesetzgebung zu effektivieren. Möglichkeiten sind dazu etwa die Begrenzung der Beteiligungsmöglichkeiten der Banken an Unternehmen, die Begrenzung der Zahl der Aufsichtsratsmandate, die von Banken bzw. deren Vertretern wahrgenommen werden dürfen, die Neuordnung des Depotstimmrechtes oder die Erweiterung von Sanktionsmöglichkeiten gegen Banken, etwa bei der Hilfe zur Steuerflucht. Gleichzeitig müssen Möglichkeiten geschaffen werden, zumindest die gemeinwirtschaftlich bzw. kommunal orientierten Banken für eine dem Gemeinwohl verpflichtete Industrie-, Struktur- und Beschäftigungspolitik einzusetzen.

DRITTER SEKTOR UND INTEGRIERTE ARBEITS- UND GEWERBEFÖRDERUNG

Handwerk – Haushalt – soziale Dienste

Unsere Skizze geht vom Stichwort des »3. Sektors« aus. Hinter diesem Stichwort steht die Überlegung, neben dem staatlichen und dem privatwirtschaftlichen Sektor einen weiteren regulären Beschäftigungssektor zu etablieren, der sich durch eine neuartige Kombination öffentlicher Förderung und Planung mit privaten Wettbewerbsstrukturen auszeichnet. Der dritte Sektor umfasst insbesondere kommunalwirtschaftliche Infrastrukturleistungen (z. B. Energie, Wasser, Abfallwirtschaft, öffentlicher Nahverkehr), Stadt- und Landschaftsreparaturarbeiten (z. B. Altbausanierung, Stadtbegrünung, Renaturierung von Gewässern), soziale und kulturelle Gemeinwesenarbeit (z.B. Nachbarschaftsläden, Kleinbühnen, Künstlerhäuser) und das nahversorgungsorientierte Kleingewerbe (lokale Ökonomie). Durch den Auf- und Ausbau dieses Sektors wollen wir:

- Regionale Vernetzungsstrukturen fördern und eine stärker binnenorientierte Arbeitsteilung unterstützen, die an regionalen Kompetenzen und Stoffkreisläufen anknüpft;
- die Produktion neuer ökologischer Güter oder Dienstleistungen voran bringen, die bisher gar nicht, zu teuer oder viel zu wenig angeboten wurden;
- die gesellschaftliche Fähigkeit zu sozialer Selbstorganisation und kultureller Innovation unterstützen.

1. Kommunalwirtschaft und 3. Sektor

Bei unserer Diskussion um die Zukunft der Kommunalwirtschaft geht es vor allem darum, ob die kommunalen Monopolbetriebe im Bereich der Energie und Wasserversorgung, im Nahverkehr und bei der Abfallwirtschaft nicht effizienter und flexibler organisiert werden könnten, wenn sich die öffentlichen Hände auf die Bereit-

Wir kommen nicht daran vorbei, die Beziehung zwischen dem „3. Sektor“ und dem Handwerk zu klären. Immerhin überragt das Handwerk in seiner Beschäftigungswirkung (über 6 Mio.) mittlerweile die Industrie.

Es geht auch und gerade darum, bislang informell erbrachte Leistungen erwerbswirtschaftlich zu organisieren und sie mit Entgeltanspruch sowie Steuer- und Sozialversicherungspflicht zu versehen.

Wir wollen den ursprünglichen Gedanken des „3. Sektors“ ausweiten und dabei drei Elemente miteinander verbinden, nämlich den kommunalwirtschaftlichen Sektor, das privatwirtschaftliche Handwerk und Kleingewerbe und die „neue Gemeinwirtschaft“.

stellung der politisch gewollten Leistungen beschränken, während die eigentliche Herstellung privaten oder gemeinwirtschaftlichen Anbietern überlassen bleibt, die untereinander um die öffentlichen Aufträge konkurrieren. Hier bestehen unter uns noch Meinungsunterschiede. Die Verfechter dieses Modells versprechen sich davon mehr politische Steuerbarkeit, denn bislang hatten sich die öffentlichen Monopolbetriebe allzu häufig einer konsequenten ökologischen Umbau- und Expansionsstrategie verweigert, auch wenn die politischen Mehrheiten dafür vorhanden waren. Die Kritiker dieses Modells sind mit der pauschalen Beurteilung sogenannter öffentlicher Monopolbetriebe nicht einverstanden und bezweifeln, ob dadurch tatsächlich politische Steuerbarkeit hinzugewonnen wird. Sie befürchten insbesondere, daß der für das kommunale Handeln so wichtige Ausgleich zwischen den verschiedenen kommunalwirtschaftlichen Sektoren (insbesondere zwischen dem Energie- und Nahverkehrssektor) einem rein betriebswirtschaftlichen Kalkül zum Opfer fällt.

Einig sind wir uns allerdings darüber, daß dem öffentlichen Auftrags- und Beschaffungswesen eine zentrale Rolle in unserer Strategie beigemessen werden muß. Es handelt sich potentiell um ein Instrument zur flexibleren Erbringung öffentlich garantierter Leistungen, zur Stabilisierung regionaler Wirtschaftsstrukturen, zur Politisierung der Beziehungen zwischen Staat und Privatwirtschaft und zur Etablierung neuer gemeinwirtschaftlicher Formen.

2. Handwerk, dritter Sektor und öffentliches Auftragsvergabewesen

Wir kommen nicht daran vorbei, die Beziehung zwischen dem »3. Sektor« und dem Handwerk zu klären. Immerhin überragt das Handwerk in seiner Beschäftigungswirkung (über 6 Mio.) mittlerweile die Industrie. Es entspricht stärker dem Kriterium der Binnen- und Regionalorientierung. Und außerdem bieten die Handwerkskammern bei allem Renovierungsbedarf eine interessante Plattform für neue korporatistische Regulierungsformen, die sich vor allem am ökologischen und sozialen Bedarf der Regionen orientieren. Wir sind uns bewußt, daß einerseits die Gefahr besteht, im »3. Sektor« eine staatlich subventionierte Billigkonkurrenz zu etablieren, die auf Kosten bestehender privater Anbieter geht. Wir wissen andererseits aber auch, daß es häufig ohne öffentliche Förderung nicht geht. Viele personalintensive Leistungen des 3. Sektors sind nur begrenzt rationalisierbar und müssen deshalb vergleichsweise teuer angeboten werden.

Um dieser Schwierigkeit zu entgehen, ist es sinnvoll, neue Förderinstrumente zu entwickeln, die auch private Anbieter und insbesondere das private Handwerk einbeziehen. Die bisher bei der aktiven Beschäftigungspolitik vorherrschende Förderstrategie, weniger die gewollten Leistungen als vielmehr die in den Maßnahmen Beschäftigten zu bezahlen, hat zu einer strukturellen Selbstblockade geführt, die es schwer macht, die notwendige Ausweitung dieses Bereiches politisch durchzusetzen.

Bekanntlich sollen sich AB-Maßnahmen und analog finanzierte Beschäftigungsprojekte auf solche Tätigkeitsfelder konzentrieren, in denen es bisher kein ausreichendes gewerbliches Angebot gab.

Deshalb konnten in diesem Bereich fast keine dauerhaften Beschäftigungsverhältnisse entstehen. Immer wenn es gelang, neue Märkte zu erschließen oder Produkte anzubieten, mit denen auch Geld zu verdienen war, gerieten die Beschäftigungsprojekte in Konkurrenz zu privaten Anbietern, die diese Märkte ebenfalls bedienen wollten. Häufig schafft die auf direkte Einkommensfinanzierung aufbauende Förderstrategie eine ziemlich unproduktive Atmosphäre des bürokratisch verwalteten Leerlaufes und der Scheinaktivitäten. Insgesamt entsteht ein sozialpsychologisch wenig förderliches Klima sinnentlehnten Müßigganges, der sich hinter einer immer ausgefeilteren Antragslyrik zu verbergen sucht.

Deshalb bleibt nichts anderes, als sich über eine grundsätzliche Neuorientierung der Förderstrategien Gedanken zu machen. Langfristig halten wir es für sinnvoll, die direkte Einkommensförderung durch ein neues öffentliches Auftragsvergabesystem abzulösen. Wir stellen uns vor, daß die kommunalen öffentlichen Hände in all den ökologisch, sozial und kulturell wichtigen Bedarfssektoren, die bisher von privaten Anbietern nicht ausreichend abgedeckt wurden, selbst als Nachfrager auftreten. Sie müßten entsprechende Leistungen öffentlich ausschreiben, so daß sie an gemeinnützige Träger und private Anbieter vergeben werden könnten.

Dabei wäre darauf zu achten, daß diese privaten Anbieter eine Reihe von sozialen und ökologischen Bedingungen (z.B. Beschäftigung zu Tarif, Frauenförderpläne, Ökoaudit) einhalten. Prinzipiell könnten Anbieter aller Unternehmensformen an diesen Ausschreibungen (von Genossenschaften und gemeinnützigen GmbH's bis zu privaten Personengesellschaften) gleichberechtigt teilnehmen. Aus unserer Perspektive ist es wünschenswert, daß dabei vor allem gemeinwirtschaftliche Unternehmen (Genossenschaften, selbstverwaltete Betriebe, öffentliche Unternehmen etc.) zum Zuge kommen. Deshalb ist es wichtig, diese Unternehmensformen durch gezielte Beratungs- und Raumangebote, sowie durch Kapitalhilfe- und Investitionsförderprogramme zu unterstützen.

Die öffentlichen Hände sollten die von ihnen in Auftrag gegebenen Leistungen zu politisch definierten Preisen an die Endverbraucher weitergeben. Die in einigen Regionen schon entstandenen Dienstleistungspools, wo die öffentlichen Hände handwerkliche und persönliche Dienstleistungen für die Endverbraucher zu relativ günstigen Preisen bereithalten, sind ein erstes Beispiel. Indem die öffentlichen Hände als Mittler zwischen die Leistungserbringer und Endverbraucher treten, besteht die Möglichkeit, die Preise nach ökologischen, sozialen oder regionalwirtschaftlichen Kriterien politisch zu gestalten. Außerdem kann die gewollte Versorgungsdichte politisch definiert werden, so daß private Rosinenpickerei ausgeschlossen ist.

Damit die kommunalen Einrichtungen wirklich in die Lage versetzt werden, durch ihr Nachfrageverhalten neue Märkte oder Beschäftigungsfelder anzustoßen, benötigen sie zusätzliches Geld. Deshalb ist es sinnvoll, daß sie dabei von einem neu zu bildenden »Fonds für soziale und ökologische Gemeinschaftsaufgaben« unterstützt werden. In diesem Fonds sollten u.a. all die Mittel zusammenfließen, die durch die zusätzlichen Beschäftigungseffekte des

3. Sektors bei der Bundesanstalt für Arbeit eingespart oder bei den Sozialversicherungen und beim Fiskus neu eingenommen werden.

Eine direkte Einkommensförderung z. B. nach dem Modell der ABM wäre dann nur noch für einen sehr beschränkten Personenkreis notwendig, der wirklich nur aufgrund definierbarer geistiger, körperlicher oder sozialer Handikaps auf dem ersten Arbeitsmarkt nicht vermittelbar ist.

Die Vorteile dieses Förderstrategiewechsels liegen auf der Hand: Der politisch induzierte und politisch regulierte Wettbewerb der Leistungsanbieter führt zu deutlich effizienteren Strukturen, so daß der Selbstfinanzierungsanteil dieses Sektors höher sein kann. Mit dem gleichen Geld können also mehr Arbeitsplätze geschaffen und mehr Leistungen bereit gestellt werden. Außerdem entstehen dauerhafte mittelständische Strukturen, die ganz wesentlich zur Stärkung der endogenen ökonomischen Potentiale in der Region beitragen. Da die Konkurrenz zu privaten Handwerks- und Dienstleistungsbetrieben entfällt, ergibt sich die politische Chance, in den Regionen zu einem breiten Bündnis all derjenigen zu kommen, die an einer Verstärkung und Weiterentwicklung der regionalen Wirtschaftskreisläufe interessiert sind, weil sie sich vor allem auf diese regionalen Märkte beziehen.

3. Informeller und dritter Sektor

Wir sehen in diesem »3. Sektor« eine Alternative zum real existierenden 3. Sektor bzw. zum informellen Sektor. Dieser Sektor setzt sich aus der Schattenwirtschaft, also insbesondere der sogenannten Schwarzarbeit, aus der Eigenarbeit, welche insbesondere im Haushalt eine zentrale Rolle spielt, und kostenlosen wohlthätigen Diensten zusammen. Das heißt, es geht auch und gerade darum, bislang informell erbrachte Leistungen erwerbswirtschaftlich zu organisieren und sie mit Entgeltanspruch sowie Steuer- und Sozialversicherungspflicht zu versehen, gleichzeitig aber bestimmte positive Elemente der Kooperation, der Identifikation, der Gebrauchswertorientierung u.a.m. zu sichern.

Unsere im Crossoverprozeß entwickelten Vorschläge für eine radikale Arbeitszeitverkürzung werden dazu führen, daß immer mehr Zeit für produktive Tätigkeiten außerhalb der Erwerbsarbeit zur Verfügung steht. Der Bereich der Eigenarbeit wird deshalb wachsen. Wir wollen, daß es sich dabei um freiwillige und selbstbestimmte Eigenarbeit handelt. Deshalb lehnen wir jede Form der Zwangsteilzeit ab und treten dafür ein, daß jeder die Möglichkeit hat, seinen Lebensunterhalt durch eigene Erwerbsarbeit zu bestreiten. Es wird eine wichtige Aufgabe des 3. Sektors sein, diese Form der selbstbestimmten Eigenarbeitsökonomie durch gezielte Beratungsdienstleistungen, durch die Vermietung von Maschinen und Fachkräften und durch die Bereitstellung von Gewerbehöfen, Ladenräumen und Kapitalhilfen zu unterstützen.

Wir wollen in diesem Zusammenhang betonen, daß Lohnnebenkosten und Steuern gerade nicht für die Exportwirtschaft das Problem darstellen, sondern für das Handwerk bzw. das binnenorientierte Kleingewerbe. Je weiter »Brutto« und »Netto« auseinanderklaffen, desto stärker wird der Anreiz zur Eigen- oder Schwarz-

arbeit. Deshalb wollen wir darüber diskutieren, ob es insbesondere bei den niedrigen Einkommen nicht sinnvoll ist, direkte durch indirekte Steuern zu ersetzen. So könnte z. B. eine ökologische Luxussteuer auf PS-starke Pkw's dazu verwandt werden, um die Grundfreibeträge zu erhöhen oder die Eingangssteuersätze zu vermindern. Ein weiterer wichtiger Ansatzpunkt ist die Umstellung der Arbeitgeberbeiträge zu den Sozialversicherungen auf eine Wertschöpfungsabgabe.

4. Neue Allianzen

Die verschiedenen vorhergehenden Überlegungen sprechen dafür, den ursprünglichen Gedanken des »3. Sektors« auszuweiten und dabei drei Elemente miteinander zu verbinden, nämlich den kommunalwirtschaftlichen Sektor, das privatwirtschaftliche Handwerk und Kleingewerbe und die »neue Gemeinwirtschaft« (mit genossenschaftlichem Schwerpunkt). Die Frage des »3. Sektors« ist nicht alleine ein Problem des Instrumentenbalkens. Uns geht es darum, den Kampf um einen beschäftigungsmäßig »millionenschweren« Sektor aufzunehmen und dabei dafür Sorge zu tragen, daß es zu Allianzen zwischen Kleingewerbe/Handwerk, gemeinwirtschaftlichen Ansätzen und reformierten öffentlichen Sektoren kommt. Die gegenwärtigen Konflikte und Konkurrenzkämpfe sichern den bürgerlichen Block unter der Vorherrschaft des exportorientierten Großkapitals, das sich bei der wechselseitigen Schwächung der binnenwirtschaftlich orientierten Kräfte die Hände reiben darf.

ZWEITE BILDUNGSREFORM GEGEN ELITEPOLITIK

1. Krise der Bildungspolitik

Die Bildungspolitik der siebziger Jahre zielte auf eine grundlegende Modernisierung der westdeutschen Gesellschaft ab. Chancengleichheit und Demokratisierung waren die Leitbilder dieser Politik, die soziale Öffnung der Bildungseinrichtungen war die Grundvoraussetzung dafür. Dieser Ansatz hat nachhaltige Erfolge hervorgebracht: ein historisch einmalig hohes Bildungsniveau, die Mobilisierung bislang »bildungsferner« sozialer Schichten auch für weiterführende Bildungsangebote, den Abbau sozialer Zugangsbarrieren, die Verbesserung der Bildungschancen für Mädchen sowie die Verbreitung moderner pädagogischer Konzepte.

Fünfzehn Jahre konservativer Roll-back-Politik haben die Bildungsansprüche junger Menschen – insbesondere der Mädchen – zwar nicht zerschlagen können, doch wurden Bildungschancen eingeschränkt, Ungleichheit im Bildungswesen nimmt wieder zu und Modernisierungsansätze wurden weitgehend verspielt. Heute steht die bildungspolitische Realität in krassem Gegensatz zum objektiven Bedeutungsgewinn von Bildung und Qualifikation. Am deutlichsten schlägt sich dieses Mißverhältnis in den verminderten Bildungsausgaben der öffentlichen Haushalte nieder. Die chronische finanzielle Unterausstattung von Bildungseinrichtungen gefährdet ihre gesellschaftliche Aufgabe und blockiert innere Reformpotentiale.

Die politischen Kräfte des Wechsels müssen die strategische Bedeutung der Bildungspolitik für eine „Politik der Arbeit“ erkennen und reformpolitisch umsetzen. Das Bildungsthema ist ein soziales Integrationsthema: denn die Bedeutung von Qualifikationen für die soziale Plazierung in der Gesellschaft wird in allen sozialen Gruppen erkannt. Wir brauchen eine curriculare und organisatorische Verzahnung von Erstausbildung und Weiterbildung mit dem weitergehenden Ziel eines modularen, auf allen Ebenen durchlässigen, einheitlichen Bildungssystems.

Konservative Bildungspolitik ist gekennzeichnet durch einen Rückzug des Staates aus seiner gesamtgesellschaftlichen Verantwortung und durch die Unterwerfung der Bildungseinrichtungen und -inhalte unter vermeintliche kurzfristige betriebswirtschaftliche Kalküle. Die Bildungskosten werden zu Lasten des allgemeinen Bildungsniveaus individualisiert. Selbst konservative Leitbilder, wie sie im Zuge der sogenannten »geistig-moralischen Wende« 1982 propagiert wurden (»Leistung muß sich wieder lohnen«), sind einer neoliberalen Austeritätspolitik geopfert worden.

2. Ein neues Bündnis für Bildungsreformen

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Aufgabe einer zweiten Bildungsreform, die an den Zielen der ersten Reform von 1968 ff. anknüpft und gleichzeitig den aktuellen Modernisierungs- und Expansionsbedarf im Bildungswesen aufgreift. Eine Linke, die einen Politikwechsel durchsetzen will, muß dafür mehrheitsfähige Leitbilder entwickeln und die sozialen Träger einer solchen Reform einbeziehen und mobilisieren. Wer heute einen neuen Aufbruch für eine andere Politik initiieren will, wer eine neue Phase gesellschaftlicher Reformen einleiten will, der braucht die nachwachsende Generation und die intellektuellen Eliten in den Bildungseinrichtungen.

Der Dreh- und Angelpunkt eines gesellschaftlichen Reformprojekts ist die Schaffung neuer Arbeitsplätze und die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit. Die politischen Kräfte des Wechsels müssen eine tragfähige Perspektive der Vollbeschäftigung formulieren und die strategische Bedeutung der Bildungspolitik für eine »Politik der Arbeit« erkennen und reformpolitisch umsetzen.

Das Projekt eines solidarisch-ökologischen »New Deals« setzt darauf, eine aktive Beschäftigungspolitik mit dem Gedanken des Umbaus zu verbinden. Zukunftsinvestitionen auf zentralen Umbaufeldern wie dem Energiesektor, dem Verkehrssektor, der Kommunikation oder im Bereich sozialer, gesundheitlicher und kultureller Dienstleistungen sollen neue Arbeit schaffen und Impulse für innovative Produkte, Verfahren und Dienstleistungen geben. Eine solche Politik braucht hochqualifizierte, motivierte und kreative Beschäftigte. Umbau und Bildungsreform gehören daher zusammen.

Die Nutzung aller Bildungsressourcen ist heute – ähnlich wie Ende der sechziger Jahre – objektiv im Interesse unserer Volkswirtschaft. Veränderte Arbeitsorganisation, neue Produktionskonzepte, neu entstehende hochqualifizierte Arbeitsplätze, die den Beschäftigten große Gestaltungs- und Steuerungskompetenzen abverlangen, signalisieren den enormen Qualifikationsbedarf. Der Erfolg des bundesdeutschen Nachkriegsmodells beruhte auf einem historischen Kompromiß zwischen Kapitalverwertungsbedingungen und Sozialstaatlichkeit, auf der Verbindung von fordistisch-tayloristischer Massenproduktion und Massenkonsum. Massenkaufkraft und soziale Sicherung waren wesentliche Stabilitätsbedingungen dieses »rheinischen Kapitalismus«. Ein stabiles postfordistisches Gesellschaftsprojekt wird einen neuen Kompromiß im sozialen Kräfteverhältnis – einen modernen »New Deal«– entwickeln

müssen. Dabei könnte die Modernisierung und Expansion des Bildungswesens ein Schlüsselthema darstellen.

Die Konservativen sind Anfang der achtziger Jahre mit ihrem Slogan »Leistung muß sich wieder lohnen« mehrheitsfähig geworden, weil sie einen Gegensatz zwischen sozialer Gerechtigkeit und der Anerkennung individueller Leistung konstruieren konnten. Ihr Versprechen haben sie nicht gehalten, weil sie neue soziale Schranken errichtet haben. Die Linke muß heute einen erneuten Paradigmenwechsel herbeiführen: wir brauchen mehr soziale Gerechtigkeit und einen Ausbau der Bildungschancen, damit jede und jeder befähigt wird, ihre bzw. seine Leistungsfähigkeit zu entwickeln und den Fähigkeiten und Neigungen entsprechend einzubringen. Der ideologisch konstruierte Gegensatz zwischen sozialer Gerechtigkeit und Innovationsfähigkeit muß gebrochen werden.

Wer die Verbesserung der Bildungschancen und den Ausbau des Bildungswesens glaubwürdig in den Mittelpunkt stellt, signalisiert, daß er die notwendige Modernisierung der Gesellschaft vorantreiben und gleichzeitig die soziale Gerechtigkeit rekonstruieren will. Das Bildungsthema ist ein soziales Integrationsthema: denn die Bedeutung von Qualifikationen für die soziale Plazierung in der Gesellschaft wird in allen sozialen Gruppen erkannt. Wer das Bildungsthema besetzt, eröffnet soziale und moderne Perspektiven für die breite Mehrheit der Bevölkerung.

3. Sofortprogramm gegen Bildungsnotstand – für Chancengleichheit

Angesichts der akuten Bedrohung der Bildungsexpansion durch die neoliberale Politik des Bildungsabbaus muß kurzfristig das Bildungsniveau gesichert und damit die Voraussetzung für eine zweite Bildungsreform, die unser Bildungssystem auf die gewandelten Herausforderungen einstellt, erst geschaffen werden. Die jüngsten Studierendenproteste verdeutlichen den enormen Nachholbedarf an Bildungsinvestitionen nach jahrelangem Spardruck in den Bildungshaushalten.

Eckpunkte eines bildungspolitischen Sofortprogramms, mit dem die »Bildungslücke« der konservativen Regierungszeit geschlossen und Raum für qualitative Reformen eröffnet werden könnte, sind:

- Die schrittweise Verdopplung der Bildungs- und Forschungsausgaben von Bund und Ländern innerhalb von vier Jahren. Investitionsschwerpunkte sollten dabei die Berufsschulen und die Hochschulen darstellen. Die flächendeckende Modernisierung der Kommunikationstechnik sowie der Uni-Bibliotheken muß schnellstmöglich in Angriff genommen werden.

- Die sozialen Barrieren im Bildungswesen müssen abgebaut und die Erstausbildung junger Menschen finanziell gesichert werden. Ausbildungskosten sind nach unserer Auffassung vorrangig gesellschaftliche Kosten, eine weitere Individualisierung lehnen wir daher ab. Notwendig ist vielmehr die Schaffung einer einheitlichen Ausbildungsförderung. Erster Schritt zu einer alle Jugendlichen umfassenden Ausbildungsfinanzierung ist die bedarfsorientierte Neugestaltung des Studierenden-BAFöG mit einer elternunabhängigen Grundförderung.

- Jeder Jugendliche hat das Recht auf eine qualifizierte Erstausbildung. Mit der gesetzlichen Einführung einer solidarischen Umlagefinanzierung der beruflichen Bildung wollen wir ein ausreichendes Ausbildungsplatzangebot für alle Jugendlichen sichern. Nach dem Motto »Wer nicht ausbildet, soll zahlen« werden diejenigen Betriebe, die nicht oder zu wenig ausbilden, zur Finanzierung der beruflichen Bildung herangezogen.

4. Leitbilder einer zweiten Bildungsreform

Obleich sich auch die jüngsten Proteste im Bildungsbereich vorrangig an der finanziellen Ausstattung der Bildungseinrichtungen entzündeten, ist doch ein weit darüber hinaus reichender Modernisierungsbedarf der Bildungsprozesse unübersehbar. Während von neoliberaler Seite dabei vor allem die Anpassungsleistung an eine weltmarktorientierte Ökonomie eingefordert wird, muß eine zweite Bildungsreform, die den sozialen Impuls der Reform von 68ff. mit Innovationsfähigkeit und solidarisch-ökologischem Umbauprojekt verbinden will, ihre Leitbilder neu definieren.

- Angesichts der Beschleunigung wissenschaftlicher Entwicklungen und technologischer Umbrüche sind Bildungsprozesse nur noch als lebenslanges Lernen organisierbar. Dieses Prinzip prägt die inhaltlichen und strukturellen Anforderungen an eine zweite Bildungsreform. Die bislang getrennt betrachteten Sektoren der Bildung: Schule, Hochschule, berufliche Bildung und Weiterbildung sind als zusammengehörige Bestandteile eines kontinuierlichen Bildungsprozesses zu gestalten. Dafür brauchen wir eine curriculare und organisatorische Verzahnung von Erstausbildung und Weiterbildung mit dem weitergehenden Ziel eines modularen, auf allen Ebenen durchlässigen, einheitlichen Bildungssystems. Grundvoraussetzung ist die gesetzliche und tarifvertragliche Absicherung von Weiterbildungszeiten als Teil des Erwerbslebens. Die Anspargung von Lebensarbeits- und Bildungszeitkonten im Rahmen einer Strategie allgemeiner Arbeitszeitverkürzung schafft die Grundlage für Kontinuität in der individuellen Bildungsbiographie. Bildungskapazitäten, die heute oft genug als »Beschäftigungstherapie« der Überbrückung von Arbeitslosigkeit dienen, können im Rahmen einer verzahnten Bildungs- und Beschäftigungspolitik produktiver eingesetzt werden.

Die Anforderung, in allen Phasen des lebenslangen Lernprozesses sowohl Schlüsselqualifikationen als auch berufsqualifizierendes Wissen (weiter) zu entwickeln, hat Konsequenzen für die Organisation von Schule und Hochschule. Für die erforderliche Integration beruflicher und allgemeiner Bildung kann an die ostdeutschen Erfahrungen mit polytechnischer Bildung und die erfolgreichen Ansätze des Kollegstufenmodells angeknüpft werden. An die Hochschulen werden schon heute sehr unterschiedliche Bildungsanforderungen gerichtet. In einem modularen Modell können stufenweise wissenschaftliche Schlüsselqualifikationen, berufsqualifizierende Abschlüsse und weiterführende wissenschaftliche Abschlüsse vermittelt werden, die den verschiedenen Berufsperspektiven und Lebensplanungen besser gerecht werden. Voraussetzung dafür ist eine strikte Durchlässigkeit auf allen

Ebenen. Letztlich geht es darum, den Gedanken der Gesamthochschulen neu zu beleben und vor dem Hintergrund neuer Anforderungen weiter zu entwickeln.

- Als Bestandteil einer Politik für eine dauerhaft tragfähige Entwicklung der Industriegesellschaft muß Bildungspolitik darauf abzielen, die Kompetenz zur Bewältigung grundlegender ökologischer, ökonomischer und sozialer Zukunftsprobleme zu schaffen. Die Überwindung bestehender Schranken zwischen wissenschaftlichen Disziplinen und ihr projektorientiertes Zusammenwirken sind unabdingbare Voraussetzungen für die überfällige curriculare Modernisierung von Schulen und Hochschulen. Es reicht nicht aus, darauf zu vertrauen, daß Interdisziplinarität durch innerwissenschaftliche Prozesse von selbst entsteht. Es bedarf insbesondere eines aktiven Aufbrechens starrer, überholter Strukturen innerhalb der Universitäten, um interdisziplinären Austausch, gemeinsame Forschungsprojekte und Lehrangebote voranzubringen.

- Die Bildungseinrichtungen als zentrale Orte der Vermittlung sozialer Orientierungen werden sowohl dieser gesellschaftlichen Funktion als auch ihrer Qualifizierungsaufgabe nur dann gerecht, wenn Lernprozesse solidarisch organisiert werden. Kommunikations-, Kooperations- und Teamfähigkeit sind Schlüsselqualifikationen, die den sozialen Zusammenhalt stärken und die gleichzeitig über berufliches Fortkommen mitentscheiden. Der Leitgedanke der Integration des Bildungswesens bleibt auch für eine zweite Bildungsreform prägend. Insbesondere integrative Bildungsprozesse von Behinderten und Nicht-Behinderten sowie die Weiterentwicklung der integrierten Gesamtschule dienen der Realisierung gleicher Bildungschancen. Eine interkulturelle Erziehung, die das Verständnis verschiedener Kulturen und gesellschaftlicher Traditionen fördert, wird zu einem wesentlichen Bestandteil solidarischen Lernens.

- Lernprozesse werden künftig immer weniger per Dekret verordnet werden können. Die Förderung von Eigenverantwortung, Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit setzt voraus, daß der Bildungsprozeß selber partizipativ angelegt ist. Die Bildungseinrichtungen müssen sich den gewachsenen demokratischen Ansprüchen in mehrfacher Hinsicht öffnen: Sie müssen mehr Autonomie erhalten und gleichzeitig mehr Verantwortung für ihre Entscheidungen und ihr Handeln übernehmen. Wenn junge Menschen heute durchschnittlich länger in den Bildungseinrichtungen verbleiben und die Bedeutung der Lernorte für Sozialisationsprozesse steigt, muß die demokratische Beteiligung und Mitbestimmung der Lernenden an ihrem Lebens- und Lernort erweitert werden. Dazu gehört das politische Mandat für Studierendenvertretungen.

EVELIN WITTICH

Wissenschaft und Technologie im 21. Jahrhundert.

3. Annual Oxford Forum in Cambridge/Massachusetts vom 11. bis 13. Juli 1998

Den Regierungen der industriell entwickelten Länder, vor allem aber deren Legislative, wird zu Recht nachgesagt, daß sie bezüglich der äußerst rasch voranschreitenden Entwicklungen auf dem Gebiet der modernen Technologien schon lange nicht mehr auf der Höhe der Zeit sind. Die gesellschaftliche Realität zeigt, daß hier Gesetze und Vorschriften für eine nicht mehr existierende Welt vorherrschen. Angefangen vom Urheberrecht bis zur Standardisierung treffen Entwickler und Nutzer von Informationstechnologien, multimedialen Produkten oder der Biotechnologie auf Hindernisse. Nun sind gezielt aufgestellte Hindernisse für eine unkontrollierte Entwicklung durchaus akzeptabel und meines Erachtens auch notwendig. Die gemeinten Hindernisse sind aber Ausdruck für die bisherige Unfähigkeit auf parlamentarischer Ebene, flexibel und angemessen mit den modernen Technologien umzugehen – ganz gleich von welchem politischen Standpunkt aus betrachtet.

Evelin Wittich – Jg. 1950.
Promovierte Ökonomin.
Geschäftsführerin der
Gesellschaftsanalyse und
Politische Bildung e.V.
Berlin.

Um diese Situation allmählich zu verändern, haben die USA, das Vereinigte Königreich Großbritannien und die Bundesrepublik Deutschland das trilaterale Oxford Forum ins Leben gerufen. In diesem Jahr tagte es zum dritten Mal und beschäftigte sich mit den Komplexen Informationstechnologien, Biotechnologie und Ethik sowie Problemen der Klimaveränderungen.

In den Plenarveranstaltungen hielten Wissenschaftler der Harvard Universität und des Massachusetts Institute of Technology (MIT) sehr substanzielle Beiträge, die für die drei Arbeitsgruppen zu den o.g. Komplexen eine profunde Grundlage waren.

Der General Chairman und Moderator *Dr. John H. Gibbons* (ehemaliger Berater des Präsidenten der USA Bill Clinton für Wissenschaft und Technologie) bestimmte das Ziel des Forums, indem er zunächst darauf hinwies, daß die größten Erfindungen in diesem Jahrhundert immer auch für inhumane Zwecke eingesetzt wurden. Um künftig verheerende Wirkungen von Technologien zu verhindern, müssen internationale Regelungen gefunden werden. Notwendig dafür sind Problem- und Situationsanalysen sowie die Bestimmung und Diskussion der wichtigsten Fragen, die in den drei Ländern bei der Entwicklung und Nutzung der Technologien auftauchen, die sich weltweit am stärksten verbreiten und die gravierendsten Folgen haben. Die drei Teilnehmerländer könnten bei der Bearbeitung der Gesamtproblematik entscheidende Initiatoren sein und wichtige Vorarbeiten leisten.

Da der Diskussionsprozeß auf dieser Ebene noch am Anfang

steht, wurden zunächst folgende Fragen von Gibbons benannt, die intensiver diskutiert werden müssen: Wie können Kontrollen bei der Entwicklung und Nutzung o.g. Technologien eingeführt werden, um die Rechte und Freiheiten der Menschen zu gewährleisten? Wie kann ein Gespür für die Zukunft entwickelt werden und Strategien für globale Implikationen gefunden werden? Welche Möglichkeiten und Grenzen staatlicher Lenkung gibt es? Inwiefern kann bzw. muß staatliche Souveränität aufgegeben werden und welche Rolle sollen künftig öffentliche Verwaltungen spielen?

Dr. David Clark (Massachusetts Institute of Technology), der den Expertenvortrag zu Informationstechnologien bestritt, beschrieb die rasante Entwicklung auf dem Gebiet der Informationstechnologien: In zehn Jahren ist eine 10 000 Mal so große Speicherkapazität der Computer zu erwarten, mindestens eine 100fache Ausstattung mit Computern, die Vernetzung dieser Technik wird für alle Menschen und alle Firmen technisch realistisch sein. Er zog daraus den Schluß, daß eine Deregulierung erforderlich ist, um diese Entwicklungen nicht zu behindern. Die Betrachtungsweisen der Menschen z.B. darüber, was mediale Kommunikation mit Informationstechnologien bedeuten kann, werden sich noch stärker ändern und manche Probleme können heute noch gar nicht umfassend wahrgenommen werden. Zum Beispiel das Problem der Vermischung von Technologien. So sind Kupferkabel und Koaxialkabel sowohl für den traditionellen Einsatz als auch für den Interneteinsatz geeignet. Es stellt sich die Frage, welche Gesetze gelten für welche Anwendungsgebiete einschließlich der Regelungen zur Standardisierung. Wie können verschiedene Regelungen für unterschiedliche Techniken und Technologien in Einklang gebracht werden? Denn es ist weder wünschenswert noch möglich, die eine Technologie komplett durch eine andere zu ersetzen. Die Kosten für eine Neuverkabelung der USA z.B. belaufen sich auf ca. 100 Milliarden Dollar. 40 Prozent der Häuser in den USA verfügen über einen Computer und die Veralterung vollzieht sich alle drei Jahre. Aber welcher private Nutzer würde für diese Neuverkabelung auf Breitband 1000 Dollar investieren? In Japan wurden mit staatlicher Unterstützung alle Wohnungen für mehr als 100 Mrd. Dollar mit Glasfaserkabel ausgestattet. Das hat sich bisher nicht rentiert. Clark vermutet, daß die Vermischung von Technologien künftig drastisch zunehmen wird.

Die Nutzungsmöglichkeiten des Internets spielten im weiteren eine besondere Rolle. Der Redner stellte die Frage, was gehört ins Internet und wofür ist es generell nutzbar? Zur Anwendung für Fernsehen und Telefon kommen die Möglichkeiten für Funk und im Grunde alle Medien hinzu. So ist es z.B. möglich, alle CD's, die je produziert wurden, über diese Dienste bereitzustellen. Daraus ergibt sich die Frage: Wie können geistiges Eigentum, die Privatsphäre und lokale Unterschiede geschützt werden und trotzdem die Globalisierung der informationellen Infrastruktur gefördert werden?

Als weitere zu diskutierende Probleme benannte Clark: Wie zuverlässig ist diese informationelle Infrastruktur überhaupt? Welche gesellschaftlichen Leistungen müssen dafür erbracht werden und wie sind die privaten Beteiligungen zu bestimmen? Können bzw.

Deregulierung wird hier auf vorhandene gesetzliche Regelungen zu modernen Technologien (z.B. Standardisierung) und ihre Auswirkungen auf alle gesellschaftlichen Bereiche verwendet, weniger im Sinne neoliberaler gesellschaftlicher Konzeptionen.

sollten Netze mit kryptographischen Mitteln geschützt werden? Was ist da technisch möglich und was gesetzlich erlaubt? Welches Bildungsniveau ist für diese technischen Entwicklungen notwendig? In welchem Maße muß standardisiert werden und was bedeutet das für Innovationen?

Das finanzielle Engagement der Regierungen für die Forschung beeinflusst bestimmte Entwicklungen ganz entscheidend. Regierungen müssen eingreifen, dürfen aber nicht blockieren. Er appellierte eindringlich an das Auditorium mit den Worten: »Wir sollten uns nicht wegbewegen aus einer Welt mit öffentlichen und privaten Interessen. Vieles verschiebt sich durch die modernen Technologien, ohne aber diese Werte prinzipiell in Frage zu stellen.«

In der anschließenden Diskussion wurde die Notwendigkeit grenzüberschreitender Lösungen betont, wenn auch eingeräumt wurde, daß viele Regierungen aus politischen Gründen vor exterritorialen Lösungen zurückschrecken werden. Ohne exterritoriale Lösungen werden die größten Probleme jedoch nicht lösbar sein.

Was muß als nächstes in der Kommunikationsindustrie erforscht werden, das aus gesellschaftlicher Sicht unverzichtbar ist und staatlich initiiert und gefördert werden sollte? Was bedeutet technisches Versagen bei übergroßer Komplexität z.B. der Netze für Warn- oder Rettungssysteme? Welche Katastrophen sind durch Software möglich, was ist da aus heutigen Erfahrungen vorstellbar? Was ist an internationaler Gesetzgebung notwendig, um die Warnschutzsysteme sicher zu halten? (Feuerwehr, Krankendienst, Katastrophenwarnsysteme usw.) Die Vorstellungen von Zukunft in diesem Zusammenhang sind keinesfalls klar.

Ebensowenig gibt es einigermaßen klare und seriös begründete Aussagen darüber, welche Grundversorgung für die Bevölkerung anzustreben ist?

Auf die Frage, wie der Datenschutz beim Internettransport gewährleistet werden kann, erwiderte Dr. Clark, daß bei guter Systemauslegung weniger staatliche Einflußnahme notwendig ist, daß es aber eine totale technische Lösung, die diesbezüglich alle Bedürfnisse erfüllt, nicht gibt. Dennoch erhalten die Techniker kaum derartige Vorgaben für in Auftrag gegebene Lösungen.

In der Arbeitsgruppe Informationstechnologien einigte man sich darauf, über die Rolle des Staates, die allgemeinen Zugangsmöglichkeiten zur Informationstechnik und die Bedeutung der Standardisierung zu debattieren.

Die mehrheitliche Meinung zur Problematik Standardisierung war, daß Standards, so wie sie sich traditionell entwickelt haben und angewendet werden, heute die Flexibilität der Entwicklungen behindern. Bevor aber effektive neue Formen zur Standardisierung gefunden sind, sollten sich die Regierungen auf diesem Gebiet zurückhalten. Die Regierungen wären gut beraten, sich darauf zu konzentrieren, z.B. solche Entwicklungen wie virtuelle Universitäten, die Graduierungsprogramme über Internet anbieten, zu fördern.

Häufig angesprochen wurde auch das Problem, wie die Unterschiede zu den Entwicklungsländern überwunden werden können. Konkrete Lösungsvorschläge wurden jedoch nicht diskutiert.

Lediglich die Feststellung wurde allgemein geteilt, daß in der Mehrheit der Entwicklungsländer die Informationsgesellschaft daran gemessen wird, wie groß die Entfernung zum nächsten Telefon ist.

Man einigte sich auf einige vordringliche Probleme, die von den Legislativen in den einzelnen Ländern behandelt werden müssen.

Die Entwicklung des Bildungswesens unter dem Gesichtspunkt der Einstellung auf die modernen Technologien muß als nationale Verantwortung wahrgenommen werden. Persönlichkeitsschutz, Rechtssicherheit, Schutz von Kindern sind Aufgaben, die die Regierungen beim Einsatz dieser Technologien wahrnehmen müssen, denn es gibt ein Recht der Bürger, die Regierungen mit diesen Schutzaufgaben zu betrauen.

Es geht außerdem darum, die internationale Öffnung reibungslos zu gewährleisten und Lösungen zu finden für die Art und Weise der internationalen Zusammenarbeit. Die Regierungen sollten auch ein starkes Interesse daran haben, neue Anwendungsgebiete erschließen zu helfen, um neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Bei allen Lösungsansätzen sind drei Ebenen zu unterscheiden und auch verschieden zu behandeln: die internationale, die nationale und die lokale.

Zum Beispiel geht es in der Volksbildung darum, Medienkompetenz, digitale Kompetenz zu entwickeln und die Fähigkeit zum Umgang mit den verschiedensten Medien auszubilden. Universelle Dienste werden künftig eine große Rolle spielen und sollten vor allem im Gesundheits- und Bildungswesen entwickelt werden. Zu den Schwerpunkten auch der internationalen Verständigung gehört die Sicherheit der Informationssysteme, insbesondere die der relativ anfälligen Netze, die Datensicherheit, um Anonymität und Individualität zu schützen. Datenschutz und kryptographische Methoden sind da die Stichworte.

In der deutschen Enquete-Kommission »Deutschlands Wege in die Informationsgesellschaft« wurde folgende Position zur Anwendung kryptographischer Methoden zum Schutz von Netzen erarbeitet: Mit Hilfe der Kryptographie kann ein Grundrecht für Sicherheit in der Kommunikation nur bedingt gewährleistet werden, insbesondere nicht der Schutz vor fremden Geheimdiensten oder kriminellen Organisationen. Deshalb sind staatliche Filtersysteme nicht effektiv, anders als Teilnehmerfilter. Es muß auch ein freier Zugang zu Datenbanken möglich werden unter Berücksichtigung von Urheberrecht. Damit entfällt das Problem der Schlüssel hinterlegung kryptographischer Schlüssel bei staatlichen Institutionen oder Geheimdiensten.

In den USA gibt es unterschiedliche Auffassungen zur Nutzung kryptographischer Methoden. Einerseits vertreten viele die Auffassung, daß die Selbstregulierung das Problem lösen wird und eine staatliche Position nicht erforderlich ist, andererseits gibt es beim FBI und Geheimdienst erbitterte Diskussionen für die Anwendung dieser Methoden. Sie sollen zur Bekämpfung von Korruption und Kriminalität genutzt werden. Es liegt auch ein Gesetzentwurf vor, der z.B. den Zugang zu Schlüsseln regelt (Aufbewahrung bei der Bundesbank, Zugang nur für Richter usw.), aber bisher nicht

In der Kryptologie (Lehre von der Entwicklung und Bewertung von Verschlüsselungsverfahren zum Schutz von Daten) geht es darum, eine von einem Sender durch einen unsicheren (d.h. für Unbefugte zugänglichen) Kanal zu übermittelnde Nachricht (Klartext) so zu verschlüsseln, daß Unbefugte aus dem Schlüsseltext den Klartext nicht rekonstruieren können. Die Verschlüsselung beruht auf einer Verschlüsselungsfunktion, die jedem Klartext einen Schlüsseltext zuordnet und einer Entschlüsselungsfunktion, die umgekehrt Schlüsseltexte in Klartexte überführt. Da es sich bei den Klartexten meist um in natürlicher Sprache geschriebene Texte handelt, liegt den Ver- und Entschlüsselungsfunktionen eine Vorschrift zugrunde (Schlüssel), wie einzelne Buchstaben zu ver- und entschlüsseln sind.

Die Möglichkeit, eine Information zu verschlüsseln, entspricht etwa der, einen Briefumschlag zuzukleben. Einige Politiker wollen das grundsätzlich verbieten, andere verlangen, daß der Entschlüsselungscode (NSchlüssel) bei einer Behörde hinterlegt werden muß. Das entspricht etwa der Pflicht, einen Zweitschlüssel für den privaten Briefkasten bei der Polizei zu hinterlegen, um eine jederzeitige Postkontrolle zu ermöglichen.

Der normale Computer- und Netznutzer bzw. Nutzerin kann es schon als Terror empfinden, wenn Betriebssystem und Arbeitsmöglichkeiten durch Viren lahmgelegt werden, wenn ständig neue Antivirenprogramme angeschafft werden müssen. Aber gerade in den USA machen sich anarchische Geister ein Vergnügen daraus, Verschlüsselungsmethoden zu entwickeln und dem Publikum kostenlos anzubieten. Damit kann sich jede/r ein eigenes »Schloß« basteln. Möchte eine Behörde (oder Dienst) sich heimlich einen »Nachschlüssel« verschaffen, muß sie dafür einen großen Rechenaufwand (z.B. Primzahlensuche) betreiben.

behandelt wurde. Wissenschaftler lehnen diese Vorgehensweise ab. Es liegt ein Bericht von mehr als zwanzig Seiten über kryptographische Möglichkeiten vor.

Die deutsche Position lehnt staatliche Schlüssel ab, das britische Parlament befaßt sich mit dieser Frage. In der Diskussion wurde betont, daß es nicht darum geht, über Codes und Schlüssel zu streiten, sondern das Problem zu lösen. Die Sicherheitsorgane in Deutschland haben die gleichen Forderungen gestellt wie das FBI. Aber Kriminelle finden auch Möglichkeiten, Schlüssel zu umgehen, auszuschalten, selbst aufzuschlüsseln. Ein System von Schlüsseln fördert die Cyberkriminalität, außerdem werden internationale Zugänge blockiert und es gibt ein enormes Kostenproblem.

Zu den Sicherheitsfragen gehört auch der Schutz des Internets vor Stromausfall. Teenager starten ständig Angriffe, was gern als Cyberterror bezeichnet wird.

Klar ist, daß gesichert werden muß, daß Saboteure das Netz nicht zerstören können. Im Repräsentantenhaus, im Bundestag sowie im britischen Parlament ist das Internet durch Schlüssel geschützt. Auch innerhalb des MIT gibt es kryptographischen Schutz, aber weniger gegen fremde Geheimdienste, sondern vor allem gegen die eigenen Studenten.

Einen relativ breiten Raum nahm die Diskussion zu den allgemeinen Zugangsmöglichkeiten zu den Informationstechnologien ein. Auf diesem Gebiet muß die Kluft zwischen den »haves« (Wohlhabenden) und den »have nots« (Habenichtsen) geschlossen werden. Wie das praktisch geschehen kann, darüber muß in den drei Ländern und zusammen noch intensiv diskutiert werden. In Kanada gibt es inzwischen in jeder öffentlichen Bibliothek und in jedem Klassenzimmer einen Computer mit Internetanschluß. Das ist sicher ein wichtiger Schritt, tangiert aber nur relativ wenige Menschen.

Es wurde auch die Auffassung vertreten, daß gerade diese Technologien es besonders ermöglichen, die Kluft zwischen den haves und den havenots zu überwinden. Wie das möglich sein soll, wurde nicht weiter erläutert. Es stimmt insofern, daß WissenschaftlerInnen in Entwicklungsländern leichter an das Herrschaftswissen der Industrieländer herankommen. Wenn die Aussage aber bedeuten soll, soziale Ungleichheit lasse sich dadurch überwinden, daß ein Computer ins Obdachlosenasyl gestellt wird, so ist das neoliberaler Unsinn.

Was bedeutet eigentlich Medienkompetenz, war ein weiterer Schwerpunkt der Diskussion. Die Schüler können zum großen Teil schon im Netz surfen und sich Informationen beschaffen. Es ist aber ein weiterer Schritt, Informationen in Wissen zu verwandeln. Wie gehen sie aber mit den Informationen um? Analysen sagen aus, daß viele Kinder große Schwierigkeiten haben, komplexe Probleme zu lösen. Kann das Internet stärker dahin entwickelt werden und gibt es realistische Ansätze, daß auch Kreativität und die Fähigkeit zu Problemlösungen herausgefordert werden. Das ist eine Frage, die nicht unabhängig von der technischen Seite beurteilt werden sollte. Natürlich ist klar, daß es zuerst immer darum geht, die technischen Möglichkeiten zu verstehen, dann die Technik zu bedienen und dann Probleme zu lösen.

Aufgeworfen wurde auch die Frage digitalen Geldes. Dazu ist

aber noch ein erheblicher Forschungsaufwand notwendig. In welcher Weise wird die Kommunikation zwischen den Menschen durch diese Technik verändert? Der immer wieder angeführte Vergleich der Informationstechnik mit Gutenbergs Erfindung des Buchdrucks wurde auch hier bemüht. Vieles wird in den Dimensionen für die menschliche zivilisatorische und kulturelle Entwicklung damit vergleichbar sein. Die Frage ist: wie können gesellschaftliche Bindungskräfte im Informationszeitalter aussehen? Welche gesellschaftlichen Konsequenzen ergeben sich aus der eindeutigen Benachteiligung eines großen Teils der Bevölkerung?

Es wurde die Frage aufgeworfen, ob es nicht notwendig sei, ein gesondertes Gremium zur Diskussion all dieser Fragen zu schaffen. Voraussetzung ist aber ein globaler Ansatz für ein solches Gremium, denn ohne eine gewisse internationale Abstimmung und Vereinheitlichung wird es nicht gehen. Es wären sogar Handelskriege zu befürchten, wenn es keine internationalen Vereinbarungen gibt.

Zu klären ist auch, wo ein solches Gremium angesiedelt sein sollte. Als Vorschlag wurde die Gründung einer internationalen Kommission vorgetragen, die unabhängig ist (die WHO wäre nicht der geeignete Ort) und nur eine zeitlich begrenzte Arbeitsdauer hat – ähnlich wie die Brundtland-Kommission zur Nachhaltigkeit. Dieser Vorschlag wurde allgemein positiv aufgenommen und als ein Ergebnis der Sitzung festgehalten.

Vor allem Probleme wurden auf dieser Konferenz angesprochen, gewichtet und diskutiert. Konkrete Lösungsansätze waren bestenfalls zu erahnen. Bezogen auf die rasante technische Entwicklung ist es schon ernüchternd, wieweit die Politik, besonders auch die internationale Politik zurück ist, diese Entwicklungen im Sinne ihres jeweiligen politischen Ansatzes zu beeinflussen und wie es so gern gesagt wird, zum Wohle der Menschen zu nutzen. Angenehm war die Offenheit gegenüber allen Rednerinnen und Rednern, gleich welche politische Richtung sie vertraten, während der gesamten Konferenz. Und natürlich liegt der Reiz solcher Veranstaltungen auch darin, verschiedenen Persönlichkeiten zu begegnen, mit ihnen ungezwungen reden zu können und andere aber auch der eigenen ähnliche Sichtweisen zu vernehmen.

Während unter den Teilnehmerinnen und Teilnehmern bei den Themen Informationstechnologie und Biotechnologie weitgehend gemeinsame Fragestellungen und auch gemeinsame Lösungsansätze bzw. Zukunftsperspektiven festgestellt werden konnten, war bei dem Thema Klimawechsel ein unterschiedlicher europäischer und amerikanischer Ansatz unverkennbar. Dies wurde bei der abschließenden Veranstaltung in Washington im State Department (auf Einladung von Außenministerin Albright, die sich aber kurzfristig vertreten lassen mußte) durch Speaker *Newt Gingrich* noch einmal klar herausgestellt. Bei diesem letzten offiziellen Tagesordnungspunkt des 3. Oxford Forums wurden auf eine zum Teil ernüchternde Art und Weise die Differenzen einerseits zwischen den USA und Europa, aber auch in den USA selbst zwischen Republikanern und Demokraten deutlich. Gingrich ist als Person und Republikaner entscheidend dafür verantwortlich, daß in den USA

die staatliche Technikbewertung abgeschafft wurde. Bei aller Wertschätzung, die er dem trilateralen Forum entgegenbrachte, kam seine ablehnende Haltung gegenüber dem Grundansatz des Forums deutlich zum Ausdruck. Er erklärte, daß Regelungen, die für Europa annehmbar sind, für die USA undenkbar wären, da hier ein anderer Freiheitsbegriff herrsche. Die Entwicklung von Technologien könne in keiner Weise reglementiert werden, da sonst Innovationen behindert würden. Natürlich müsse viel für die Volksbildung getan werden, um breite Chancen für Innovationen und damit Wettbewerbsfähigkeit der USA zu erhalten und weiter zu eröffnen. Deshalb wird ein Konzept erarbeitet, nach dem jedes amerikanische Kind einen Computer zur Verfügung haben soll. Die Computerindustrie hat sich bereit erklärt, leistungsfähige Computer zum Stückpreis von 230 \$ dafür zu produzieren. Im übrigen – so brüskierte er das Auditorium – sei die Vernetzung per Internet soweit fortgeschritten, daß solche Konferenzen eigentlich per Internet stattfinden könnten und die enormen Kosten dafür eingespart werden sollten. Trotz des Standes der Technik überschätzt er da die Möglichkeiten einer Internetkonferenz mit ca. 100 TeilnehmerInnen.

Die Entwicklung von Wissenschaft und Technologie in diesem Jahrhundert hat den Menschen viele segensreiche Erleichterungen im Leben gebracht, ihre Leben verlängert und ihre Mobilität entscheidend erhöht, fuhr er fort. Auch nachteilige Wirkungen seien in den Griff zu bekommen, nicht zuletzt durch die technologische Entwicklung selbst.

Auf dem Gebiet des Artenschutzes z.B. kann durch Gentechnik viel bewirkt werden. Wenn es dazu noch ein hochentwickeltes System von Nationalparks gibt, wie in den USA, die auf diesem Gebiet ja führend sind, kann der Artenschutz in hohem Maße gewährleistet werden. Die USA würden aus diesem Grund am liebsten Gebiete wie Borneo aufkaufen. Leider sind die Bedingungen dafür international nicht gegeben, bedauerte Gingrich.

Zum dritten Komplex des Forums, den Klimaveränderungen, merkte er an, daß er sich bei mehreren Wissenschaftlern über die Situation informiert habe. Im Ergebnis konnte ihm keiner von ihnen sagen, in welcher Weise, mit welchem Tempo und ob überhaupt eine Klimaveränderung durch zu hohen CO₂-Ausstoß mit Sicherheit erfolgen würde. Deshalb sei Panik unangebracht. Entgegnungen eines britischen und deutschen Experten wehrte er kurz ab.

Diese Auffassungen werden vom Sprecher des Repräsentantenhauses vertreten in einem Land, dessen Vizepräsident Al Gore als eindringlicher Kritiker der gegenwärtigen Zivilisationskrise bekannt ist. Die Konflikte, die allein auf diesem Gebiet zwischen dem Weißen Haus und dem State Department erkennbar werden, machen deutlich, welche Kluft zwischen dem Engagement für Zukunftsfragen beim Vizepräsidenten und konservativer Ignoranz und Beharrungsvermögen bei den Republikanern liegt. Da sich deren Meinung bei den international vertretenen Positionen der USA durchgesetzt hat, gibt es die Diskrepanz zwischen Europa und den USA besonders bei der Klimaproblematik. Unter diesen Bedingungen wird es schwierig sein, international eine auf Nachhaltigkeit orientierte Politik ernsthaft in Angriff zu nehmen.

WOLFGANG SABATH

Festplatte.

Die Wochen im Rückstau

Der November, der uns nun seit geraumer Zeit beutelt, ist Jahr für Jahr jener Monat, in dem mir irgendwie und irgendwann immer eine Art von Verständnis für übermäßig Wodka saufende Skandinavien, insbesondere Finnen zuwächst – was für ein trübsinniger Monat, dieser 11. Monat des Jahres. So recht geschaffen für nationalgetönte Volkstrauertage, Totensonntage und andere Besinnlichkeiten. Ich weiß nicht, ob die Skandinavien, insbesondere die Finnen, in jener trüben Jahreszeit nur verstärkt das staatliche Alkoholmonopol frequentieren, oder ob sie dorten auch im November der Verstorbenen gedenken wie wir. Kurzum: Man könnte seine persönliche Mediuhr danach stellen (oder meinetwegen auch schnöde wetten): Im November finden wir in unseren Zeitungen immer zuhauf Artikel über Friedhöfe. Sowohl auf den Lokalseiten, als auch im Kultur-Ressort. Dabei ist es erstaunlich, daß sich die Autoren – man will es ja kaum glauben! – immer wieder zu neuen Sichten aufzuschwingen in der Lage sind. So auch im in Berlin erscheinende »Tagespiegel«. Der beschäftigte sich mit dem Thema »anonyme Bestattungen«, die gelegentlich zu »Entsorgungen« verkommen. Der Beitrag ist interessant, verschiedene Personen kommen zu Wort, die Sachen sagen, über die nachzudenken sich lohnt. Doch den Vogel schoß eine Kulturwissenschaftlerin ab. Zwar wird deren Ansicht in dem Beitrag von keiner der anderen Personen geteilt, mit denen der Autor Werner van Bebber gesprochen hat, aber die Meinung der Kulturwissenschaftlerin ist dermaßen verschoben, daß sie – des unfreiwilligen Späßes wegen – hier zitiert werden sollte; Frau Happe, die »den Trend zur anonymen Bestattung seit zwei Jahren« untersucht, »hat heraus-

gefunden, daß er in Thüringen und Sachsen am meisten wirkt«. Und das habe, gibt der »Tagesspiegel« die Beerdigungsforscherin Happe wider, etwas mit der DDR zu tun: »Im Sozialismus habe man versucht, die ›individualistische Bestattungskultur‹ abzuschaffen, sagt sie. Wer starb, war ein Verlust für die Gemeinschaft der Werktätigen. Er wurde also in der Gemeinschaft beigesetzt.«

Da kann ich nur sagen: Sie wissen einfach alles! Und sie wissen natürlich alles besser – und sie lassen einfach nichts aus...! (Da könnte man ja glatt zum »Finnen« werden.)

Aber vielleicht ist die Erfinderin dieser happigen vulgärsoziologischen Interpretation des Beerdigens in den Farben DDR gar nicht westgeprägt, sondern sie ist östlich der Elbe aufgewachsen. In diesem Falle blieben uns zwei mögliche Interpretationen dieses absurden Forschungsergebnisses: Entweder haben wir es bei der Kuturwissenschaftlerin Happe mit einer positiv evaluierten Person zu tun, die nun denkt, ihrem Forschungsgruppenleiter (oder wie das heute heißen mag), der selbstredend aus dem Westen kommt, ihr Angekommensein in der Bundesrepublik Deutschland durch ihre Forschungsergebnisse glaubhaft machen zu müssen. Oder – um als Paraphrase eine bekannte Zeile des Nationalpreisträgers der Deutschen Nationalstiftung e.V., Wolf Biermann, flugs umzuformulieren: »Soziologen sind sich alle gleich, lebendig und als Leich...«

Zur Ehrenrettung der Dame sei angemerkt, daß wir in diesen Wochen um die drei deutschen Novemberdaten herum – Revolution 1918, »Reichskristallnacht« 1939, Wende 1989 – in den Zeitungen eine Häufung von Seltsamkeiten finden. Ich hätte geradezu Lust, hundert Jahre alt zu werden, um noch zu erleben, als was dann beispielsweise die DDR in die Köpfe und Schulbücher eingegangen sein wird. Aber vielleicht sollte ich mir das denn doch nicht antun.

Auch die »Berliner Zeitung« hatte ihre »Novemberartikel«. Einer, von Anjana Shrivastana (»Die Fesseln der Liliputaner«), verglich zwar in gewisser Weise Äpfel mit Birnen (die »Momente der Wende von 1989 und 1998«), aber war dennoch bemerkenswert. Die Autorin konstatiert zum Beispiel, daß die »Revolution, die in Rot-Grün inbegriffen schien, sogar kurzlebiger als die Revolution von 1989« war (die, frei nach Stefan Heym, viel zu früh auf den Wühltischen der West-Berliner Billigkaufhäuser geendet habe): »Der Haushalt als Wühltisch, die Regierung als Trödelmarkt, wo hochgejubelte Reformen von Fliegenden Händlern gekauft und wieder verkauft werden, wo sich Lobbies und Konsumenten treffen, scheinbar, um zu verhandeln, eigentlich aber nur, um sich die Zeit zu vertreiben.« Woraus die Autorin u.a. schließt: »Die Deutschen scheinen den Beginn von Revolutionen zu lieben. Wenn es aber darum geht, sie auch auszuführen, sind sie weniger versiert.«

Kommen wir zum Alltag der Bundeshauptstadt. Auf der Lokalseite eines Blattes verblüffte mich zehntelsekundenlang die Schlagzeile DIE BERLINER ELEFANTENHERDE WÄCHST WIEDER. Doch dann brachte mich die Unterzeile doch schnell dahinter, daß es da nicht um den Erwerb neuer Senatoren für die Stadtregierung

ging oder um neue Posten für ausscheidende Regierungsmitglieder (dann hätte es wohl auch nicht *Elefantenherde*, sondern *Elefantenfriedhof* geheißen...): *Zoo meldet nach langem Warten und Hoffen eine trächtige Kuh – dabei ist der Zuchtbulle bereits tot.*

Was lehrt uns das? Nie die Hoffnung aufgeben! Gleiches möchten unsereiner auch dem Berliner Bischof Huber raten. Denn – titelt die Zeitung den Bericht von einer Synode – : NUR JEDER VIERTE SOLDAT IST KIRCHENMITGLIED. In Ostdeutschland. Doch nicht nur die Kirche braucht mehr Mitglieder. Auch die Parteien wollen ihre Reihen auffüllen. Zum Beispiel die PDS. Ihr Vorsitzender erklärte im Berichtszeitraum dieser »Festplatte«, daß es nach den jüngsten Wahlerfolgen seiner Partei bereits »Karriereintritte« gegeben habe. Die Berliner Zweiwochenschrift »Das Blättchen« zeigte sich nun darüber verwundert, daß die PDS in einer Zeitungsanzeige Karrieristen scheinbar geradezu umwarb, indem sie explizit darauf verwies, daß sie jetzt in Fraktionsstärke im Bundestag säße, Tenor: Seht her, es fängt an, sich wieder zu lohnen, in die Partei einzutreten! Normalisierung hat eben viele Facetten.

Alfred Bellebaum/Hans Braun/
Elke Groß (Herausgeber):
Staat und Glück. Politische
Dimensionen der Wohlfahrt,
Westdeutscher Verlag Opladen 1998,
271 S. (49,80 DM)

Der Titel des Bandes ist ernst gemeint. Gleichwohl fällt es schwer, über das Thema keine Satire zu schreiben. Jedenfalls ist das Unglück unübersehbar, das die Staaten aller Sorten ihren eigenen Bewohnern und denen anderer Länder gebracht haben. Mit Glück ist es schon komplizierter.

Hier handelt es sich um die Ergebnisse einer Konferenz über die politische Herstellbarkeit von Glück, die von dem 1990 als eingetragener Verein gegründeten und 1991 vom Finanzamt als gemeinnützig anerkannten »Institut für Glücksforschung« an der Philosophisch-Theologischen Hochschule Vallendar, der Societas Apostolatus Catholici zugehörig, stattfand. Die zehn abgedruckten Referate zeichnen sich allesamt durch wissenschaftliches Niveau aus, sind zudem material-, argumenten- und literaturreich gestaltet. Eine Fundgrube. Sie betreffen die Glücksverpflichtungen des Staates (M. Prisching), das Menschenrecht auf Glück (H. Mandt), die staatliche Garantie des Strebens nach Glück (H. Mandt), Cassirers Auffassung zu Staat und Glück (R. Waßner), Ausmaß und Probleme des Sozialstaates (H. Braun), zum Glanz des Glücks deutscher und europäischer Einigungen (E. Pankoke), die Abgabenbelastung und deren Ungereimtheiten (K.-D. Diller), die Abgabengerechtigkeit (J. G. Backhaus; R. Hansen), die Rolle des Staates bei der Einkommens- und Vermögensverteilung (M. Albrecht/E. Groß).

Man vermißt in den Beiträgen (oder als Ex-thrathemen) die Relationen von Arbeit und Glück, von Armut und Glück, von Frieden und Glück sowie von Utopie und Glück. Die Autoren hätten gut daran getan, sich mehr den Erscheinungsformen und Ursachen von Unglück zuzuwenden. Das dürfte leichter und erfolgversprechend sein; Glück läßt sich nämlich nicht universalisieren, wohl aber Unglück. Negativer Utilitarismus, auf Vermeidung oder Verminderung menschlichen Elends zielende Staatspolitik ist vermutlich das Ma-

ximum des vernünftigerweise gesellschaftlich Anzustrebenden.¹

Die Autoren waren klug beraten, gar nicht erst auf die jahrhundertealte Idealistenthese einzugehen, daß das Glück eines Menschen der Lohn für seine Tugend, sein Unglück aber die Strafe für seine Sünden sei. Eine Difinition dessen, was er oder sie unter »Glück« versteht, hätte man allerdings erwarten dürfen. Daß Glück etwas mit erfüllten Wünschen, befriedigtem Begehren des individuellen Menschen zu tun hat, ist wohl unbestreitbar, aber auch, daß der Glückszustand immer ein vorübergehender ist.

Einen konzeptionellen Fehler begehen m.E. alle Autoren, indem sie den Sozialstaatbegriff, wie ihn das Grundgesetz (Art. 20, 23 und 28) zum irreversiblen Verhaltensstandard Deutschlands und der Europäischen Union erklärt, mit dem Wohlfahrtsstaatsbegriff gleichsetzen. Von letzterem läßt sich gewiß sagen, daß ihm das Glücksvermittlungsprinzip eignet. Aber genau dagegen hat bereits das deutsche Aufklärungsdenken die Sturmglocke geläutet. Daß die Regierung sich einbilde, für das moralische und physische Wohl und Glück der Nation sorgen zu müssen und zu dürfen, halte er für den ärgsten Despotismus, schrieb Wilhelm von Humboldt 1792 in der Berlinerischen Monatsschrift, und Immanuel Kant benutzte ein Jahr später an gleicher Stelle für das gleiche Problem dasselbe Vokabular.²

Sozialstaatlichkeit ist, jedenfalls nach der normativen Vorgabe des Grundgesetzes wie Rechtsstaatlichkeit auch eine Eigenschaft von Demokratie, und Demokratie, also Selbstbestimmung des Volkes, ist das genaue Gegenteil einer Fremdbestimmung des Volkes durch die Obrigkeit, grade wenn es um das Wohl des Volkes und das Glück der Menschen geht. Hinter der moralischen Besserwisseri einer Regierung, was den Bürgern gut tut, verbergen sich ohnehin die materiellen Interessen der sogenannten politischen Klasse. Welfarecapitalism hat sich oft schon zum warfarecapitalism gemausert. Ein Sozialismus, bei dem sich ein Politbüro zu wissen einbildet, worin das Glück »unserer Menschen« besteht, ist eben keiner.

Sozialstaatlichkeit, und hier hat die 68er Generation ihre gesetzgeberischen Spuren hinterlassen, soll jedoch dazu beitragen,

»gleiche Voraussetzungen für die freie Entfaltung der Persönlichkeit zu schaffen« – so heißt es im § 1 des Allgemeinen Teils des Sozialgesetzbuches der Bundesrepublik von 1975, ein, zugegebenermaßen, nahezu vergessener Gesetzestext. Auch von den Referenten der Tagung.

Gerade weil die hier wiedergegebenen Referate von Wissenschaftlern, an deren sozialem Engagement nicht zu zweifeln ist, durch ideenhistorische wie durch soziologische Analysen glänzen, ist es notwendig, einer Diskreditierung des Sozialstaatgedankens als totalitär durch Politiker vorzubeugen, denen in Wahlkampfzeiten keine andere Losung einfiel als »Freiheit statt Sozialismus«. Es war übrigens Jeremy Bentham, der »the greatest happiness of the greatest number« zu einer Verfassungsnorm zu machen vorschlug, jedoch in einem Kodex der »liberal (!) opinions« zu enthalten beanspruchte.³

HERMANN KLENNER

1 Vgl. Artur Kaufmann: Rechtsphilosophie, München 1997, S. 176 f.

2 Vgl. Wilhelm von Humboldt: Menschenbildung und Staatsverfassung, Freiburg/Berlin 1994, S. 14, 327 f.; Immanuel Kant: Rechtslehre. Schriften zur Rechtsphilosophie, Berlin 1988, S. 261, 413, 503.

3 Jeremy Bentham: The Collected Works, Bd. 1, Oxford 1983, S. 18.

Joschka Fischer:

Für einen neuen Gesellschaftsvertrag.

Eine politische Antwort auf die globale Revolution,

Verlag Kiepenheuer & Witsch Köln
1998, 1. Aufl. 338 S. (39,80 DM)

Oskar Lafontaine/Christa Müller:
Keine Angst vor der Globalisierung.

Wohlstand und Arbeit für alle,
Verlag J.H.W. Dietz Nachf. Bonn
1998, 352 S. (28,00 DM)

Pünktlich im Wahlkampfjahr legen Politiker des linken Lagers zwei spannende Bücher vor. Leider ist zu befürchten, daß sie nicht in ihrem Gesamtansatz komplett politikwirksam werden. Dazu sind ihre Parteien – die Bündnisgrünen und die SPD – selbst zu uneinheit-

lich, nicht wenig in den dargestellten Ansätzen zur Verhandlungsmasse in Koalitionsverhandlungen degradierbar. Nicht zuletzt sind beide Bücher und ihre Konzepte Ausdruck für die vielen Übereinstimmungen, aber auch Unterschiede eines potentiellen Koalitionsduos Rosa-Grün. Aber es sind Ansätze, die auf Positionen schließen lassen, die für einen politischen Neuanfang in Deutschland durchaus Hoffnung gestatten, zumal die Hauptautoren – Joschka Fischer und Oskar Lafontaine – in ihren Parteien politisches und inhaltliches Gewicht besitzen. Lafontaine hat zudem von der Zusammenarbeit mit Christa Müller, seiner Ehefrau und wissenschaftlichen Ideengeberin, sichtbar profitiert.

Bei aller Ähnlichkeit der Ansprüche sind doch zwei sehr unterschiedliche Bücher herausgekommen. Während F. ein Denkbuch mit vielen offenen Fragen bietet, haben L.-M. die Regierungsübernahme und die notwendigen Schritte, diese Regierung wirksam werden zu lassen, im Blick. Während F. der politischen Linke verständlich bleiben will und mehr als einmal auch Marx für die heutige Gesellschaftsanalyse bemüht, verzichten L.-M. auf derartige Bezüge. Sie visieren auch die Mitte der Gesellschaft an, die sie ebenso als Verlierer der Globalisierung und so als potentielle Wähler begreifen. Während F. bei seinem Buch – der Globalisierung gewidmet – denn doch stark deutschem Boden verhaftet bleibt, suchen L.-M. immer wieder den Zugang zu gleichlaufenden Prozessen in Westeuropa. Ihnen schweben die neuen Politikmöglichkeiten in Frankreich und Großbritannien vor, sichtbar mit der Hoffnung auf gemeinsames Handeln. In ihrem Konzept spielt möglicherweise auch deshalb die Suche nach internationalen Regulierungen – gerade bei der sozialen Beherrschung der Globalisierung – eine besondere Rolle. Eigentlich entgegen den Erfahrungen in der EU erwarten sie tragfähige Vereinbarungen im Ergebnis entsprechender Verhandlungen. Dafür bleibt der Blick beider für die innere Differenz des eigenen Landes merkwürdig schwach. Natürlich werden die Fehler der Bundesregierung beim Aufbau der »blühenden Landschaften« ausgiebig gewürdigt, aber sonst spielen die östlichen Bundesländer und mögliche, gerade dort anzusiedelnde Alternativkonzepte keine Rolle.

Beiden Ansätzen ist der betont realistische, politikumsteuernde Zugriff auf die bundesdeutsche Wirklichkeit gut bekommen. Damit sind sie kaum von utopischen Überschüssen geprägt – was sicher auch kritisch anzumerken ist. Sie konzentrieren sich auf die als aktuell erkannte Aufgabe, einen Macht- und Politikwechsel in Deutschland zu erreichen. Für diesen Politikwechsel gegen den vorherrschenden Neoliberalismus wird argumentiert und Konturen einer alternativen Politik mehr (L.-M.) oder weniger (F.) entwickelt. Das ist nicht der große Wurf für eine sozialistische Bundesrepublik, aber für eine andere, soziale und umweltfreundlichere Republik allemal. F. reduziert es auf die Frage: »Steht Europa mit der Globalisierung vor einer neuen Ära der Ungleichheit durch zunehmend extremer werdende Einkommensunterschiede, oder gelingt es, den rheinischen Kapitalismus, jenen westeuropäischen Dreiklang von Demokratie, Marktwirtschaft und Sozialstaat, unter den neuen Bedingungen des Globalismus ohne Aufgabe des Sozialen zu restrukturieren und dadurch zukunftsfähiger zu machen?« (F./16)

Ausgangspunkt beider ist die Analyse der westlichen Gesellschaften in Zeiten der Globalisierung, die selbst als Begriff jedoch recht unscharf bleibt und als gegeben hingenommen wird. F. fragt besorgt, was »eigentlich eine hochproduktive demokratische Gesellschaft unter den Bedingungen des Globalismus weiter friedlich zusammen(hält)« (F./28)? L.-M. bewegt, »ob die deutsche Demokratie bereits gefestigt genug ist, um ein hohes Maß an Ungleichheit in der Gesellschaft auszuhalten« (L.-M./45)

Dabei differieren die Zugänge durchaus. Für F. ist die Globalisierung als »globale Revolution«, ja als »kapitalistische Weltrevolution« (S. 149) Realität. Er sieht in ihr weniger die einfache Internationalisierung als die »zunehmende Autonomisierung der Finanzmärkte« und damit zugleich verbunden, die »Tertiärisierung der reifen Volkswirtschaften« durch ihre Umstrukturierung zu Lasten der Industrie, aber auch »die innergesellschaftliche Individualisierung der Lebensentwürfe und -stile« sowie eine demographische Revolution mit ihren Wirkungen auf die Altersstruktur der Gesellschaft (F./33-34). L.-M. wollen das so nicht gelten lassen. Sie beobachten natür-

lich auch einen globalisierten Finanzmarkt, sie heben die Rolle der regionalisierten Warenmärkte hervor, die in Europa oder Amerika »in weitgehend geschlossenen Volkswirtschaften« funktionieren (L.-M./16). Darum entlarven sie die »Globalisierung (als) die meist gebrauchte Ausrede für das Versagen der deutschen Wirtschaftspolitik« (L.-M./16-17). Beiden ist unstrittig, daß die Globalisierung zur Metapher realer Krisenprozesse geworden ist. Bemerkenswert ist F.s Hinweis auf den unmittelbaren Zusammenhang mit der Vereinigungskrise, die dafür sorgte, daß Deutschland verspätet, aber dafür um so heftiger von den Verwerfungen in der Wirtschafts- und Sozialentwicklung betroffen wurde.

Gegen diese Entwicklung, die Dominierung des betriebswirtschaftlichen, gewinnorientierten Ansatzes anstelle einer ausgewogenen und auf sozialen Ausgleich bedachten Wirtschaft und Politik wollen sie durch eine Rückkehr zu einem aktiv handelnden, die Gesellschaft beeinflussenden Staat gegensteuern. Naturgemäß kann dieses etwas staatsgläubige Herangehen wundern, zumal bei F. als 68er. Als Reaktion auf die Staatsfeindlichkeit des Wirtschaftsliberalismus ist es nur zu verständlich. Nicht zuletzt weist dieser Etatismus aber auch auf die Grenzen der bisherigen Staatskritik der Linken hin. An die Stelle des Staates mit seinem Steuerungspotential, seiner Möglichkeit gesetzliche Rahmen zu setzen, wurde bislang noch nichts anderes gestellt. Natürlich geht es nicht um die Rückkehr zu einem Planwirtschaftsansatz unseligen Angedenkens. L.-M. entwickeln aber durchgängig die Blaupause eines Regierungsprogramms, wie durch die Herstellung eines »verlässlichen, sozialen Ordnungsrahmens« in Gestalt der »Wiederherstellung einer funktionierenden sozialen Sicherung und die Zurückgewinnung des Vertrauens der Bevölkerung« (S. 287), durch eine gezielte Beschäftigungspolitik und die notwendige Absicherung mit einer entsprechenden Finanz- und Geldpolitik ein Kurswechsel erreicht werden kann. Besonders F. – geprägt durch die Furcht, daß ein zu positives Verständnis eines linken Etatismus sich ins Gegenteil verkehren könnte – möchte bei aller Rückkehr zur Sozialstaatlichkeit letztlich doch den »Rückzug des Staates aus dem

sozialen Raum«, um »neue Gestaltungsspielräume« zu öffnen. Zivilgesellschaftliche Strukturen sollen diesen Raum ausfüllen und so die Schwachstellen des Staates (Anonymität, Bürokratisierung) ausgleichen (F./172).

Gemein ist beiden das Bekenntnis zu einer Ökologisierung der Wirtschaft, dem Einleiten eines ökologischen Umbaus. Die »ökologische Dienstleistungsgesellschaft« solle dazu die Chance bieten (L.-M./148). Auffällig ist die deutlich unterschiedliche Akzentsetzung. Für L.-M. kann dieses Ziel nur durch Wachstum, ökologisch verträglich erreicht werden. F. ist in dieser Hinsicht weitaus skeptischer.

Einig sind sich die Autoren wiederum in der Erkenntnis, daß die Wiedergewinnung des Sozialstaats auch eine Stärkung des Nationalstaates, ja sein wichtigstes identitätsstiftendes Kriterium ist. Beide sind für einen nationalstaatlichen (im Rahmen der EU gewünschten) Ausbruch aus den Zwängen einer wild gewordenen Weltökonomie. Sie stimmen überein, daß der Abbau des Sozialstaates gestoppt werden muß, auch wenn hier L.-M. stärker auf die Rückkehr zu Bewährtem und F. mehr auf die Suche nach neuen, die Eigenverantwortung der Bürger einbeziehende Wege abhebt.

Zumindest in drei Punkten wird allerdings die ganze Offenheit der Suche nach neuen Wegen deutlich. *Zum ersten* erkennen beide Ansätze die Notwendigkeit einer Überprüfung der derzeitigen Verteilung des Reichtums. Steuerreformen und mehr Gerechtigkeit werden als unverzichtbar angesehen, auch Ökosteuern sollen hier ihren Platz haben. Aber weder Radikalität in der Umverteilung von oben nach unten noch die Suche nach einer ausgewogeneren Verteilung auch innerhalb der Normalverdiener werden diskutiert. Nur F. erinnert sich, daß die Frage nach einem neuen Gesellschaftsvertrag auch die nach der Verteilung und dem Eigentum sei (F./264)

Zweitens bleibt der Weg zum gewünschten neuen Sektor einer mehr oder minder sozial ausgerichteten, wohl öffentlich geförderten Beschäftigung vage. Ein solcher Sektor, der gerade die sozialen Dienstleistungen verbessern soll, wird gewünscht. Nachfrage wird allerdings a priori vorausgesetzt, ohne daß über konkrete Anschubfinanzierungen und andere Sicherungsmechanismen ausreichend nachgedacht wird.

Drittens schließlich spielt die demokratische Verfaßtheit unserer Gesellschaft eine unerwartet geringe Rolle. Klingen noch Ideen einer stärkeren Demokratisierung der Produktion an, fordern gar L.-M., daß es »an der Zeit (ist), daß Demokratie in die deutschen Unternehmen einzieht« (L.-M./236), so sind ansonsten innovative Vorstellungen nicht ausgeprägt. Das bestehende parlamentarische System wird nicht in Frage gestellt, die Notwendigkeit breiterer demokratischer Mitgestaltungsmöglichkeiten von Betroffenen für einen gewünschten Politikwechsel sind nicht Gegenstand.

Es ist zu fürchten, daß sich die potentiellen rosa-grünen Koalitionäre wundern werden. Berechtigt stellen sie gegen das neoliberale Ende der Geschichte ihre notwendige Gestaltbarkeit. Nur, Regierungsprogramme für neue Politikansätze können alsbald steckenbleiben. Der bestehende Parlamentarismus scheint nicht unbedingt geeignet, tatsächlich auch den Souverän zu dauerhaften Partnern und Gestaltern sozialer Wandlungen zu machen. Selbstkritisch vermerkt F.: »Die Kontroverse um den grünen Benzinpreis ... macht ... klar, daß die soziale Akzeptanz und damit die Mehrheitsfähigkeit in einer Demokratie für die Durchsetzbarkeit alles ist. Ihr wird man, im wohlverstandenen Eigeninteresse, ein wesentlich größeres Augenmerk zuwenden müssen.« (F./10) Der Verweis allein auf die Zivilgesellschaft dürfte nicht ausreichen, zumal die angeführte Krisenhaftigkeit von Globalisierung und Neoliberalismus möglicherweise weit ambivalenter sind als dies der Linken recht sein mag. Gerade der Blick auf die linken Regierungsnachbarn in Frankreich und noch mehr in Großbritannien zeigt, daß manch neoliberale Gedankengut bereits so tief im anderen politischen Lager angekommen ist, daß es nur schwer ausrottbar erscheint. Das läßt sich zudem schon in den vorliegenden deutschen Ansätzen ablesen.

»Die Globalisierung schreit gewissermaßen nach politischer Ökonomie und nicht nach einer Verabschiedung der Politik aus der Ökonomie ... Karl Marx wird deshalb wieder modern, weil der westliche Kapitalismus in seine Vergangenheit zurückfällt.« (F./162) Für Fischer geht es um die Beantwortung der neuen sozialen Frage, die aber nur in einem

»strategischen 'Magischen Viereck'« möglich wäre: »wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit, ökologische Nachhaltigkeit, soziale Gerechtigkeit und rechtsstaatliche Demokratie« (F./166) Die alten Methoden greifen nur bedingt. Aber wir brauchen einige von ihnen für den Stop des Sozialabbaus, für gerechtere Steuern, für die Sicherung einer breiten Beschäftigung. Nur, dabei stehen bleiben dürfen sie und wir nicht.

STEFAN BOLLINGER

Günter Krause: Wirtschaftstheorie in der DDR, Metropolis-Verlag Marburg 1998, 339 S. (58,00 DM)

In den Standardlexika zur Wirtschaftswissenschaft bzw. über bedeutende Wirtschaftswissenschaftler, die in den achtziger Jahren verlegt wurden, fand von den DDR-Ökonomen allein der Wirtschaftshistoriker Jürgen Kuczynski Berücksichtigung. In den Nachschlagewerken zum marxistischen Denken der neunziger Jahre räumte man einzig Fritz Behrens und Arne Benary Platz ein. Beide waren aber der Dissidenz näher als der »Offizialökonomie« der DDR, wie G. Krause sie nennt. Eine Rückschau auf die DDR-Wirtschaftstheorie lohnt sich nicht, mag man deshalb meinen. In dieser Situation ist es erst einmal ein Verdienst des Autors Günter Krause, schon vor der »Wende« mit der Geschichte ökonomischer Theorien – vorwiegend des westlichen Auslandes – beschäftigt, sich diesem »Unthema« genähert und eine chronologische und systematische Darstellung sowie eine erste Wertung versucht zu haben.

In vier Kapiteln, angelehnt an gängige Periodisierungen der DDR-Geschichte (1945-1949, 1949-1962, 1963-1971, 1971-1989), hat Günter Krause Ausgangslage, Institutionalisierung und die jeweilige Anpassung der Wirtschaftswissenschaften an die von der SED-Führung verkündete »neue Entwicklungsetappe« des DDR-Sozialismus beschrieben. Ab den fünfziger Jahren stellt der Autor eine Ausdifferenzierung der marxistischen Wirtschaftslehre in der DDR fest. Für die sechziger bis achtziger Jahre verfolgt er deshalb in seinem Band die Entwicklungen

auf dem Gebiet der Theorie der Warenproduktion im Sozialismus, der Geld- und Preisökonomie sowie der Entwicklung der Reproduktions- und Wachstumstheorie jeweils in gesonderten Abschnitten. In den Kapiteln und Abschnitten steckt ein gerüttelt Maß an Forschungsarbeit und man kann Günter Krause nur dankbar sein, daß er soviel Mühe in dieses heute von manchen als »für immer erledigt« geltende Kapitel der DDR-Wissenschaftsgeschichte gesteckt hat.

Natürlich konnte der Autor nicht beim Beschreiben stehenbleiben. Er mußte auch werten. Und da fangen die Probleme an. Welches sind die Kriterien zur Beurteilung der wirtschaftswissenschaftlichen Forschung eines Landes? An welche von ihnen kann, sollte oder muß sich der Autor halten?

Ein erster Versuch wäre die Untersuchung der Häufigkeit des Zitierens der ostdeutschen Wirtschaftswissenschaft(ler) in internationalen Nachschlagewerken. Das Ergebnis ist – wie bereits erwähnt – wenig ermutigend; selbst dann, wenn man sich auf die sozialistischen Länder beschränkt und die Häufigkeit der Nennungen von DDR-Wirtschaftswissenschaftlern mit der der Wirtschaftstheoretiker aus Ungarn, Polen, Jugoslawien und der Sowjetunion vergleicht. Eine »Provinzialökonomie« also, meint G. Krause. Doch das ist noch eines seiner mildereren Urteile.

Die DDR-Wirtschaftswissenschaften wären gefangen gewesen »im Gehäuse der ideologischen Hörigkeit und Normen, das beträchtliche Denk- und Erkenntnisblockaden in ökonomischen Sachangelegenheiten verursachte«, so lautet ein weiteres Urteil von Krause (S. 270). Doch, so fragt man sich unwillkürlich, verhält sich die in einem Lande dominierende wirtschaftswissenschaftliche Lehre in der Regel wirklich anders, und kann sich anders verhalten? Fast alle auftretenden Probleme vom Standpunkt der von der Regierung favorisierten Wirtschaftstheorie, heute der des Neoliberalismus, zu interpretieren und ohne Bedenken nicht nur der sozialen, sondern oft auch der volkswirtschaftlichen Folgen, den Zeitgeist bedienende Ratschläge zu liefern – daran kranken zumindest seit Beginn der neunziger Jahre auch die Wirtschaftswissenschaften der Bundesrepublik. Neokeynesianistischen »Abweichlern«, unbeliebten

Kritikern der Politik der Regierung wird der Entzug staatlicher Forschungsgelder angedroht, um sie einsichtig zu machen. Meist nicht ohne Erfolg. Bezogen auf die Bundesrepublik der neunziger Jahre und bezogen auf das Verhältnis von Wissenschaftlern und Staat waren Verhalten und Vorschläge der DDR-Wirtschaftswissenschaftler keineswegs unvergleichlich anders, und damit wohl kaum unter dem üblichen Niveau. Aber kann man von den Wirtschaftswissenschaften politische Unabhängigkeit überhaupt verlangen? Kein geringerer immerhin als Schumpeter hat sie eine »Weltanschauungswissenschaft« genannt. Wie gesagt, das Problem ist die Meßlatte: Das Ergebnis ist schon recht verschieden, wenn man statt einer imaginären idealen eine wirklichkeitsbezogene benutzt.

Die »theoretische Ökonomie in der DDR hätte keinen wesentlichen Einfluß auf die Wirtschaftspolitik und die Ausgestaltung der Wirtschaftsordnung gehabt, allenfalls temporär,« bemängelt G. Krause. Aber ist das nicht auch hüben und drüben in Deutschland die Regel gewesen?

Betrachten wir nur das jüngste Jahrzehnt. Mit den Worten »Es geht um mehr als Ökonomie« fegte Bundeskanzler Kohl, als er im Februar 1990 die Währungsunion als nächsten Schritt zur deutschen Einheit verkündete, die Bedenken der fünf »Wirtschaftswesen«, die den Einigungsprozeß mit der Währungsunion nicht beginnen, sondern abschließen wollten, hinweg. Hatte sich zunächst kaum einer der westdeutschen Wirtschaftswissenschaftler für das ab Juli 1990 die Wirtschaft im Osten Deutschlands komplett ruinierende Projekt »Währungsunion sofort« ausgesprochen, so dauerte es nicht lange, bis die ersten prominenten Wirtschaftswissenschaftler begründen halfen, was der Kanzler als Politiker für zweckmäßig hielt.

Gewiß, es gab Perioden in der Bundesrepublik, in der ein Erhard sich um die Verwirklichung der Grundsätze der von Eucken, Röpke u. a. Vertretern der neoliberalen Schule entworfenen Wirtschaftskonzeption bemühte und in der Müller-Armack, der »Erfinder« der sozialen Marktwirtschaft, Staatssekretär im Bonner Wirtschaftsministerium war. Aber auch »der Forderungskatalog, den Müller-Armack 1960 für die zweite Phase der sozia-

len Marktwirtschaft aufstellte,« schrieb der Aachener Wirtschaftswissenschaftler Zinn 1992, »liest sich wie eine Mängelliste, die bis heute nicht abgearbeitet worden ist«.

Günter Krause mag spüren, daß er sich bei dem Versuch, die DDR-Wirtschaftswissenschaften zu beurteilen, auf dünnem Eis bewegt. So plädiert er dann abschließend doch für eine noch zu vollbringende »differenzierte Wertung« der DDR-Wirtschaftswissenschaft, für die er durch »Ausleuchtung ihrer existenten Binnendifferenzierung« (S. 271) noch ungenutzte Möglichkeiten sieht.

JÖRG ROESLER

Arbeitsgruppe Alternative

Wirtschaftspolitik:

MEMORANDUM '98. Bewegung in Europa, Blockade in Deutschland – Kurswechsel für Beschäftigung, PapyRossa Verlag Köln 1998, 254 S. (29,80 DM)

Alljährlich bereichert die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik durch die Veröffentlichung eines MEMORANDUMS die aktuelle Diskussion in der Bundesrepublik. Die kritische Bestandsaufnahme der wirtschaftlichen und sozialen Situation durch die MEMO-Gruppe sowie die unterbreiteten Alternativen und Vorschläge stellen die wichtigste Antwort auf das Jahresgutachten des Sachverständigenrates und auf die offizielle Berichterstattung der Bundesregierung zu wirtschafts-, finanz- und sozialpolitischen Fragen dar. Wie der Untertitel bereits erkennen läßt, konzentriert sich der diesjährige Bericht – wie auch schon der vorjährige – auf Probleme der Massenarbeitslosigkeit und der sozialen Polarisierung. Die Überwindung der Misere auf dem Arbeitsmarkt ist das Hauptthema. Neben dem ausführlichen Text enthält der Band eine Kurzfassung nebst einer Liste mit den Namen derjenigen, die das MEMORANDUM unterstützen.

Inhaltlich unterscheidet sich das MEMORANDUM deutlich von anderen Texten, wie sie gegenwärtig von Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlern, aber auch von Jour-

nalisten verfaßt und publiziert werden. So wird der Umbau des Sozialstaates in der BRD als »Abbruch« interpretiert und die marktradikale Politik der CDU/CSU/FDP-Regierung als zu Lasten demokratischer und sozialer Grundrechte gehend kritisiert. Seit anderthalb Jahrzehnten vollzieht sich in Deutschland vor dem Hintergrund wachsender Massenarbeitslosigkeit eine drastische Einkommens- und Vermögenspolarisierung. Die Tatsache, daß für rund 8,5 Millionen Personen oder mehr als ein Fünftel aller Erwerbspersonen Arbeitsplätze fehlen, gilt alenthalben als soziale, finanzpolitische und ökonomische Herausforderung (vgl. S. 12). Für die konservativen Regierungsparteien aber ist es vor allem ein finanzielles Problem steigenden Verwaltungsaufwandes und zunehmender Kosten. Ihre Maßnahmen zielen deshalb auf eine Verminderung der Unterstützung für Arbeitslose, nicht aber auf eine Beendigung der Arbeitslosigkeit. Dies zeigt sich insbesondere in der geringen Bedeutung, die die Regierung einer aktiven Arbeitsmarktpolitik zumißt. Offensichtlich gibt es in der Bundesrepublik starke materielle Interessen an einer hohen Arbeitslosigkeit, die sich bislang politisch durchsetzen konnten. Insbesondere kommt dies in der Umverteilung der Einkommen und Vermögen »von unten nach oben« (S. 16) zum Ausdruck, welche nur vor dem Hintergrund einer hohen Arbeitslosigkeit, prekärer Beschäftigungsverhältnisse, drastischer Lohnreduzierung und eines forcierten Sozialabbaus möglich ist. Das Ergebnis dieser Politik lautet dann auch: mehr Armut *und* mehr Reichtum. Über ersteres Phänomen, die »neue« Armut, wird relativ viel diskutiert, die Reichtums- und Vermögenskonzentration und -entwicklung hingegen blieb bisher weitestgehend im dunkeln. Insofern ist es außerordentlich zu begrüßen, daß in dem vorliegenden Buch wenigstens ansatzweise gegenüberstellend und kausal argumentiert wird (vgl. S. 110ff.). So lesen wir, daß in den achtziger Jahren nicht nur die Zahl der Armen und der Sozialhilfeempfänger zugenommen hat, sondern sich auch die Anzahl der als »reich« geltenden Haushalte auf knapp zwei Millionen erhöht und damit verdoppelt hat (vgl. S. 125). Die Erklärung dafür ist natürlich, daß unter der Regierung

Kohl die Nettogewinne fünfmal so schnell wuchsen wie die Löhne und die Selbständigen sich von der allgemeinen Einkommensentwicklung abkoppeln konnten. Ebenso bedeutsam dürfte aber auch die Steuer- und Abgabepolitik gewesen sein, die den Normalverdienern einen immer höheren Anteil an der Finanzierung öffentlicher Ausgaben aufbürdete, die sogenannten Besserverdienenden aber über Gebühr entlastete. Der Rechnungshof von Baden-Württemberg hat die Auswüchse dieser Politik 1997 in einer »Denkschrift«, die hier ausführlich zitiert wird (vgl. S. 141f.), dargelegt. Darin steht u.a., daß mit »steigenden positiven Einkünften« zugleich die geltend gemachten »steuerlichen Verluste« wuchsen. »Einkommensmillionäre machen ca. 55 vH Verluste geltend.« In den letzten Jahren stagnierten trotz günstiger Konjunktur die positiven Einkünfte, die deklarierten Verluste aber wuchsen, so daß Millionäre in der Regel vom Finanzamt Geld zurück erhielten, während für Arbeitnehmer die Steuerlast deutlich anstieg. Dem läßt sich kaum etwas hinzusetzen.

Breiten Raum nehmen die Vorschläge der Arbeitsgruppe zur Beschäftigungspolitik ein. Ausgehend von der Gewißheit, daß es in absehbarer Zeit kein Wirtschaftswachstum geben wird, das zu einer sprunghaften Ausweitung der Beschäftigung führen wird, schlagen die Autoren vor, das Problem vor allem durch eine Verkürzung der Arbeitszeit zu lösen. Ferner durch die Ausweitung des öffentlich geförderten Beschäftigungssektors. Sie versprechen sich davon nicht nur »eine Korrektur der bestehenden Ungleichverteilung von Erwerbsarbeit unter den Bedingungen eines wachsenden sozialen, kulturellen und ökologischen Bedarfs«, sondern zugleich auch eine Korrektur der »bestehenden Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen«. Indem sie hinzufügen, daß sie den öffentlichen Beschäftigungssektor als »Instrument« begreifen, um den öffentlichen Wohlstand »zu Lasten des sich immer stärker privat konzentrierenden Reichtums« zu erhöhen (vgl. S. 166), formulieren sie eine Kriegserklärung, die nicht ohne Resonanz bleiben wird. Tatsächlich kontrastieren die Vorschläge der Arbeitsgruppe zur Lösung des Beschäftigungsproblems mit der praktizierten Be-

schäftigungspolitik in einer Weise, wie es stärker kaum vorstellbar ist. Bleibt abzuwarten, was die Politik daraus macht.

Wie alle neueren MEMO-Berichte enthält auch dieser ein Kapitel zu Ostdeutschland: »Neue Bundesländer – Angleichung nicht in Sicht«. Besondere Aufmerksamkeit findet hier die Feststellung, daß das wirtschaftliche Wachstum in Ostdeutschland seit 1997 hinter dem in Westdeutschland zurückbleibt und der Abstand dadurch wieder größer wird (vgl. S. 168f.). Erwartungsgemäß sehen die Autoren in den im Ergebnis der öffentlichen Förderung entstandenen Wirtschaftspotentialen in Ostdeutschland eher »ungünstige Voraussetzungen für einen künftigen dynamischen Aufholprozeß« (S. 170f.). Die nach wie vor und noch für sehr lange gegebene »Transferabhängigkeit« des Ostens charakterisieren sie zutreffend als eine »Konsequenz der Transformationsstrategie« (S. 176), die auf Markterweiterung und Deindustrialisierung setzte, nicht aber auf Entwicklung und Integration. Die Alternativvorschläge hierzu (vgl. S. 182f.) nehmen sich allerdings etwas dürftig aus und lassen kein wirklich überzeugendes Konzept erkennen.

Obwohl in diesem Buch kein Platz ist für eine im eigentlichen Sinne theoretische Diskussion, gibt es doch einige sehr wichtige Abschnitte, die erkennen lassen, wo die Differenzpunkte zum neoliberalen mainstream liegen. Dies betrifft insbesondere die Abschnitte 1.1. und 8.1. bis 8.3. Der Verweis auf Frankreich, wo die wirtschaftspolitischen Akzente, anders als in Deutschland, zugunsten von mehr Beschäftigung gesetzt sind und die Abgrenzung vom US-amerikanischen Modell lassen erkennen, in welcher Richtung die Autoren sich die Entwicklung in Deutschland wünschen.

Konsequent ist die Schlußfolgerung der alternativen Ökonomen, was die künftigen Themen der wirtschaftspolitischen Auseinandersetzung betrifft. Sie plädieren dafür, anstelle der bisher dominierenden Wachstums- und Standortdebatte künftig wieder stärker Verteilungsfragen zu diskutieren. Das bedeutet, sich theoretisch und politisch mit der Frage auseinanderzusetzen, welche Ursachen die Umverteilung »von unten nach oben«, die in der Bundesrepublik seit andert-

halb Jahrzehnten so offensichtlich praktiziert wird, eigentlich hat. Sie unterstreichen damit ihren bereits 1997 vorgetragenen Standpunkt und markieren möglicherweise einen der Hauptpunkte der gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Diskussion der kommenden Jahre.

ULRICH BUSCH

Daniel Haas:

Mit Sozialklauseln gegen Kinderarbeit? Das Beispiel der indischen Teppichproduktion, Berliner Studien zur Internationalen Politik, Schriftenreihe der Arbeitsstelle »Politik Chinas und Ostasiens« am Fachbereich Politische Wissenschaften (Otto-Suhr-Institut) der Freien Universität Berlin, Bd. 4, Münster 1998, 142 S.

An der Schwelle zum 21. Jahrhundert, einer Zeit, in der die Globalisierung scheinbar unaufhaltsam voranschreitet, gerät mitunter die Tatsache aus dem Blick, daß Kinderarbeit vor allem in den Ländern des Südens nicht nur bittere Realität ist, sondern in einigen Länder nicht abnimmt, vielmehr sogar tendenziell wächst. In dem Bemühen, international konkurrenzfähig zu bleiben oder auch zu werden, um der Überschuldung zu begegnen und vor allem dem Preisverfall der traditionellen Exportprodukte entgegenzuwirken, spielt die Billigkeit des Faktors »Arbeit« für die Staaten der Dritten Welt eine enorme Rolle. Wie, wenn nicht durch weitere Absenkung des Lohnniveaus – so die Überlegungen der geschäftsführenden Kreise und der herrschenden Elite – sollte sonst der internationalen Konkurrenz begegnet werden? Daß dabei Kinderarbeit als Faktor der Kostenersparnis wieder an Bedeutung gewinnt, ist unter den gegenwärtigen weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen nicht zufällig, sondern eher zwangsläufig.

Kinderarbeit in den Entwicklungsländern lediglich als Folge der Armut großer Bevölkerungsgruppen zu begreifen, zielt allerdings zu kurz, weil eine solche Betrachtungsweise das »Zusammenspiel externer und interner

Faktoren bei der Entstehung und Konservierung der Kinderarbeit« mehr oder weniger ausblendet. »So gesehen bringt uns der internationale strukturelle Zusammenhang der Kinderarbeit nicht nur zum moralischen, sondern auch zum rein wirtschaftlichen und politischen Kern dieses Phänomens, da die Lebensbedingungen der Kinder in der Dritten Welt eine Folge des weltweiten kapitalistischen Systems sind« (Schibotto; zit. nach S. 36).

Daniel Haas, ein junger und äußerst engagierter Politologe, untersucht im vorliegenden Buch das Problem der Kinderarbeit am Beispiel des nordindischen ›Teppichgürtels‹. Erstmals 1993 und nochmals 1995/96 war er vor Ort in Indien, zuletzt als Stipendiat des Indian Council for Cultural Relations, New Delhi.

Seine Publikation gliedert sich in vier Kapitel. Nach einer Einleitung, in der Fragestellung, Aufbau der Arbeit, Wahl der Methoden und die Quellenlage reflektiert werden, diskutiert der Verfasser im 2. Kapitel das Problem von Sozialstandards in der globalen Ökonomie und von Sozialklauseln in den weltwirtschaftlichen Beziehungen. Kapitel 3., zweifellos der Hauptteil der Analyse, nimmt die Kinderausbeutung in Indien und die damit verbundene Verletzung sozialer Mindeststandards unter die Lupe. Dem schließen sich zusammenfassende Schlußbetrachtungen und ein umfängliches Quellenverzeichnis an.

Gestützt auf vielfältiges und aussagekräftiges Material, versucht Daniel Haas Licht in das Ausmaß der Kinderarbeit und die Einsatzbereiche für ›Kinderhände‹ zu bringen. Betroffen sind vielfach arbeitsintensive Bereiche mit gering entwickelten sozialen Rechten der Arbeiterinnen und Arbeiter und fehlender oder wenig entwickelter gewerkschaftlicher Bewegung. Nach Angaben von NGO's liegt deren Zahl zwischen 110 und 120 Millionen und ist in den letzten zehn Jahren um 25 Prozent gewachsen. Allerdings schwankt die Bandbreite der Zahlenangaben, da verlässliche Zahlen fehlen, erheblich.

Zu den bevorzugten Bereichen der Kinderarbeit zählten neben anderen arbeitsintensiven und die Gesundheit gefährdenden Tätigkeiten vor allem die Teppichknüpferei. Bei handgeknüpften Teppichen entfällt auf Indien inzwischen rund ein Viertel des Welthandels.

Am Beispiel der indischen Teppichindustrie

werden Ausmaß und gesundheitliche Folgen der Kinderarbeit sowie die Arbeitsbedingungen für die Kinder beleuchtet. Zugleich versucht der Verfasser, die soziale Herkunft der ›Teppichkinder‹ zu erfassen. Er gelangt zu der interessanten aber gewiß nicht unumstrittenen Feststellung: »Langfristig ist es die Kinderarbeit, die Armut verursacht, indem sie Erwachsenen die Arbeitsplätze nimmt, die Löhne drückt, die körperlichen und geistigen Grundlagen einer kommenden Generation von Eltern zerstört und auf diese Weise die Basis für das Entstehen einer neuen Generation von KinderarbeiterInnen schafft. Aus dieser Perspektive wird deutlich, daß Kinderarbeit weniger als Symptom von Unterentwicklung denn als Entwicklungshemmnis gesehen werden muß« (S. 69).

Spannend lesen sich die Betrachtungen des Autors zur Entwicklung der Teppichindustrie und insbesondere zur Produktionsstruktur. Hier wird deutlich, »daß der Weltmarkt eine prägende Einflußgröße ist. Die traditionell vorhandene Mitarbeit von Kindern in Bauernfamilien, die das Handwerk des Teppichknüpfens als Zusatzverdienst ausübten, entwickelte sich erst durch das Auftreten einer weltmarktvermittelten Massennachfrage zu einem sozialen Problem« (S. 76). Im Zuge der unter dem Druck von IWF und Weltbank in den neunziger Jahren erfolgten Liberalisierung und Deregulierung der Wirtschaft des Landes, der Exportförderung durch eine breite Palette von Anreizen und Exporterleichterungen verzeichneten – wie der Autor feststellt – die indischen Unternehmerverbände der Teppichbranche zweistellige Wachstumsraten von Produktion und Export, ohne daß daraus die Armen des Landes direkten Nutzen zu ziehen vermochten. Der Versuch des Autors, die äußerst komplizierten Zusammenhänge zwischen den Versuchen Indiens zur Schaffung international wettbewerbsfähiger Exportindustrien einerseits und der Zunahme ökonomischer Ausbeutung von Kindern in diesen Industrien andererseits zu erhellen, ist aner kennenswert. Mehr als 85 Prozent der weltweiten Nachfrage nach handgeknüpften Teppichen entfielen, nach Angaben von Haas, 1993 auf nur neun Industriestaaten, davon allein 43 Prozent auf Deutschland und weitere 32 Prozent auf die USA. Die Teppichindu-

strie ist zum Spielball weltweiter Nachfrage nach Teppichprodukten geworden. »Die teppichproduzierenden Länder sind in einen ruinösen Preiskampf eingebunden und stark von deutscher und US-amerikanischer Nachfrage abhängig (Nachfrageoligopol)«. Kinderarbeit, Schuldknechtschaft und andere soziale Substandards sind »nicht ohne Impulse aus den ebenso klassischen Abnehmerländern zu erklären« (S. 76). Haas räumt mit dem Mythos auf, daß die »Kinderhände« besonders bei teuren und feingeknüpften Teppichen notwendig seien und zeigt, daß in der Produktion hochwertiger Teppiche in der Regel ältere KnüpferInnen tätig sind, während »Kinderhände« vor allem Massenware niederer und mittlerer Qualität erzeugen. Der größte Teil der international gehandelten Teppiche ist Massenware mittlerer (46 Prozent) und niederer (41 Prozent) Qualität, wobei die Nachfrage nach besonders billigen Qualitäten enorm ansteigt (vgl. S. 73). »Die rasante Ausweitung der indischen Produktion Anfang der neunziger Jahre ist demnach Folge einer verstärkten Massennachfrage nach besonders billigen Qualitäten. Die in diesem Sektor auf geringe Knüpfdichten ausgerichtete Teppichherstellung ermöglichte in großen Teilen der Industrie den Verzicht auf gut ausgebildete Fachkräfte bzw. erfahrene, ältere KnüpferInnen. Die Rahmenbedingungen für die Ausdehnung von Kinderarbeit im indischen Teppichgürtel sind insofern auch internationalen Ursprungs« (S. 75).

Der Verfasser diskutiert die vielfältigen Aktivitäten und verschiedenen internationalen Kampagnen gegen Kinderarbeit in der Teppichindustrie, getragen von NGO's, von Gewerkschaften, UN-Organisationen und von Regierungen der Länder des Nordens. Einen breiten Raum nimmt das Für und Wider von Sozialklauseln im internationalen Handel ein. Durch sie sollen in internationalen Handelsabkommen eine Reihe sozialer Mindeststandards festgeschrieben werden (Gewährung grundlegender gewerkschaftlicher Rechte, Gleichbehandlung und -bezahlung von Frauen und Ablehnung jeder Art von Zwangs- und Kinderarbeit etc.). Haas macht die Positionen der EU, der Gewerkschaften, der ILO, der WTO und anderer Organisationen deutlich.

Mehr oder weniger eindeutig ablehnend ist die indische Position zu Sozialstandards im

internationalen Handel, wird doch nicht zu Unrecht darin ein Versuch der Industrieländer gesehen, willkürlich neue Handelshemmnisse gegenüber den Exporten aus den Entwicklungsländern zu errichten. Bei aller notwendigen differenzierten Betrachtung von Mindeststandards stellt sich Haas eindeutig auf die Seite der ausgebeuteten Kinder.

Man kann dem Verfasser der äußerst spannenden Analyse durchaus zustimmen, wenn er dazu auffordert, das Phänomen der weltweiten Verletzung von Kinderrechten letztlich im Zusammenhang mit den Auswirkungen z. B. des globalen Rüstungswahns, des Handelsprotektionismus und der Exportsubventionierung der Industrieländer, der internationalen Finanzspekulation und der durch sie ausgelösten Währungsschwankungen, des Verfalls der Rohstoffpreise, der teilweisen Verschlechterung der realen Austauschverhältnisse (Terms of Trade) der Entwicklungsländer, des anhaltenden Süd-Nord-Kapitaltransfers aufgrund der ungelösten Schuldenfrage sowie den negativen sozialen und wirtschaftlichen Folgen von Strukturanpassungsprogrammen durch IWF und Weltbank zu betrachten (vgl. S. 36). Hier ist dem Verfasser nur beizupflichten, denn wo, so wäre z. B. zu fragen, wird von den Kapitaleignern ernsthaft über soziale Mindeststandards für das international agierende Kapital nachgedacht.

Insgesamt handelt es sich um eine sehr fundierte Analyse, die den Leser anregt, über das Phänomen der Kinderarbeit ernsthaft nachzudenken. Auf die Fragestellung der Studie »Mit Sozialklauseln gegen Kinderarbeit ?« vermochte der Verfasser aufgrund der Zweispältigkeit solcher Maßnahmen zwangsläufig nicht eindeutig zu antworten.

HORST GRIENIG

Ulrich Sander: Szenen einer Nähe:
Vom großen RechtsUm bei der
Bundeswehr, Pahl-Rugenstein Verlag
Nachfolger Bonn 1998, 159 S. (19,80 DM)

Im Gegensatz zur Auffassung von CDU/CSU und FDP, die bei der Übergabe des Abschlußberichtes des Verteidigungsausschusses über

den Rechtsradikalismus in der Bundeswehr am 19. Juni 1998 an die Bundestagspräsidentin und in der Bundestagsdebatte am 24. Juni 1998 erklärten, »daß die Einsetzung des Verteidigungsausschusses überflüssig und unnötig war«, zeigt der Autor dieses Buches, daß der Rechtsradikalismus in der Bundeswehr seine Wurzeln in der Gesellschaft der BRD seit ihrer Entstehung hat.

»Nach Ansicht der Ausschlußmehrheit des Verteidigungsausschusses des Bundestages hat sich schon zu einem sehr frühen Zeitpunkt herausgestellt, daß es keine rechtsradikalen Tendenzen oder gar rechtsradikalen Strukturen in der Bundeswehr gibt. Dies hätten unter anderem auch die Erkenntnisse des Militärischen Abschirmdienstes (MAD) bestätigt. Laut MAD seien Ende März diesen Jahres nachweislich 88 Rechtsextremisten in den Streitkräften tätig gewesen.« (Blickpunkt Bundestag, Forum der Demokratie, Juli 2/98, S. 49).

Auch der Autor schildert Einzelfälle aus dem Bundeswehralltag und folgt insofern dem Bundesverteidigungsminister Volker Rühe, der hinter dem Bundeswehrrskandal nur solche erkennt: Hinter diesen Einzelfällen aber sieht der Autor Verbindendes und stellt die Vorgänge in den Zusammenhang der Entwicklung und der Militärdoktrin der Generalität – vor allem nach 1989.

Dies findet seinen Niederschlag in den einzelnen Abschnitten des Buches, darunter: – »Woher kommt die Gewalt – Eine Militärkonzeption - und noch mehr Rechtsextremismus.« Sander zeigt hier unter anderem den Zusammenhang zwischen Hitlers Kommissarbefehl von 1941 und dem jetzigen Bildungsinhalt in der Bundeswehr (S. 38/40)

– »Alte und neue Nazis immer dabei – Sammelbecken der ultrarechten Krieger.« In diesem Abschnitt stellt Sander unter anderem das Wirken der ehemaligen Offiziere der Wehrmacht, insbesondere der Ritterkreuzträger, als Vorbilder der Bundeswehr heraus und im Gegensatz dazu die Behandlung der ehemaligen Offiziere der Nationalen Volksarmee der DDR, die nach 1989 vor Gericht gestellt wurden und zum Teil zu langjährigen Freiheitsstrafen verurteilt wurden, auch wenn es sich um Teilnehmer am antifaschistischen Widerstand handelte, wie z.B. Heinz Keßler (S. 53/54).

– »Heusinger verehren oder ausgrenzen? Dann lieber verehren. – So hält es die Bundeswehr mit den Traditionen und dem Vernichtungskrieg.« Sander hebt das Wirken der Generale Graf von Kielmannsegg, Ulrich de Maiziere, Heusinger und Speidel – die Hitler aktiv beim Vernichtungskrieg dienten und danach Adenauer beim Aufbau der Bundeswehr halfen heraus und weist nach, daß sie heute in den Streitkräften immer noch als Vorbilder dienen. Man erkennt, daß die Bundeswehr seit ihrer Gründung ein Sammelbecken für Nationalisten und autoritäre, konservative Kräfte ist. Sie ist aufgebaut von Offizieren, die aus dem Generalstab Hitlers übernommen wurden und ist daher bis heute mit der Glorifizierung von Generälen der NS-Zeit und der Legende von der sauberen Wehrmacht verhaftet.

Dies und auch die anderen Abschnitte des Buches zeigen im Gegensatz zur Mehrheit des Bundestages, daß die Bundeswehr zur wichtigsten Operationsbasis des organisierten Neofaschismus geworden ist. (S. 121).

Einige gute Dokumentationen ergänzen Sanders Beweisführung:

Was verbirgt sich hinter Namen von Kasernen und anderen Gebäuden der Bundeswehr (zusammengestellt von Jacob Knab und Ulrich Sander); Nazigenerale im Kalten Krieg (Lorenz Knorr); Tagebuch aus der Truppe (Martin Z. Schröder); Ich beobachte mit Sorge die nicht eingehaltene Distanz zur Wehrmacht (Claire Marienfeld); Aus TV- und Presse-Dokumentationen.

Dieses Buch ist eine aktive Unterstützung für die Auseinandersetzung mit dem Rechtsradikalismus, insbesondere in der Bundeswehr. Es sollte aber auch dazu dienen, in der Erziehung der Jugend diese über den heutigen Geist in der Bundeswehr aufzuklären und im Zusammenhang mit der Geschichte der Nationalen Volksarmee der DDR helfen, das Geschichtsbild über die Zeit von 1933 bis 1989 in Deutschland differenzierter darzustellen. Nur wer die Geschichte, die Traditionen, die Funktionen, die Ideologie und die Feindbilder der Bundeswehr kennt, kann über die jüngsten Skandale in der Bundeswehr nicht überrascht sein.

HORST ANDEXEL

Rainer Noltenius (Hrsg.):
Alltag, Traum und Utopie.

Lesegeschichten-Lebengeschichten,
Schriften des Fritz-Hüser-Instituts für
deutsche und ausländische Arbeiter-
literatur, Reihe 1: Ausstellungskataloge,
Band 7, Klartext Verlag Essen 1989,
168 S.

Rolf Schwendter: Utopie.

Überlegungen zu einem zeitlosen
Begriff, Edition ID-Archiv Berlin-
Amsterdam 1994, 119 S.

Die Publikation von Noltenius ist der Katalog einer Ausstellung, die 1988 vom Kulturamt der Stadt Dortmund und den Ruhrfestspielen Recklinghausen organisiert wurde. Im Mittelpunkt des Ausstellungs- wie des Publikationsprojekts steht das Verhältnis der Medien – Literatur, Filme und Fernsehsendungen – zu ihren KonsumentInnen.

Dabei geht der Herausgeber in seinem Beitrag davon aus, daß LeserInnen, KinogängerInnen oder FernsehzuschauerInnen »mündige Mitproduzenten der Medien« und keine »Konsumenten« (S. 7) sind. Seiner Auffassung nach erlaubt die unterschiedliche soziale, religiöse und kulturelle Prägung der RezipientInnen keine grundsätzlichen Verallgemeinerungen. Dem muß allerdings, bei aller Zustimmung zu den vom Herausgeber betonten Differenzen, widersprochen werden.

Die vier vorgestellten Fallbeispiele lassen gewisse Verallgemeinerungen durchaus zu. Es geht um einen Bergmann, Jahrgang 1910, aus einer katholischen Bergarbeiterfamilie, um einen kaufmännischen Angestellten des Jahrgangs 1920 aus Wuppertal, eine theater spielende und schreibende Bäuerin aus Bochum, Jahrgang 1937, und eine Studentin, Jahrgang 1951, aus Herne. Noltenius macht darauf aufmerksam, daß die Lektürebedürfnisse von den im Leben erfahrenen Defiziten mitbestimmt werden, daß sich in der Medienrezeption jedes Menschen Leitmotive herausbilden und ein Veränderungswille hinsichtlich der eigenen Alltagssituation entstehen kann. Darin sieht er zu Recht ein Stück Alltagsutopie. Die emanzipatorische Potenz eines sol-

chen Strebens nach Bildung, wenn es sich denn nicht auf den persönlichen Aufstieg reduziert, ist ebenso unbestritten, wie der Wunsch nach Unterhaltung und Entspannung legitim ist. Die Fallbeispiele und die anschließende Selbstdarstellung eines um Bildung bemühten Arbeiters zeigen aber deutlich die ambivalente Wirkung von Lektüre, Filmen, FS-Sendungen etc. Den Darstellungen eignet – unterschiedlich ausgeprägt – stets ein Mangel an kritischer Distanz, der aus der Eingebundenheit der AutorInnen in die jeweils dominanten Diskurse ihrer Zeit herrührt. Diese verhindert z.B., daß der Bergarbeiter sein u.a. durch Schillers »Wilhelm Tell« vermitteltes Gerechtigkeitsempfinden auf seine Haltung zu den Juden auszudehnen vermag (S.36). Auch die historischen Beiträge über Lese- und Detektivbünde von Jugendlichen in der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg (Dieter Richter), Arbeiterautobiographien als kind- und jugendliche Literaturrezeption im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts (Ursula Kirchhof), Leseverhalten und Literaturrezeption in den NS-Konzentrationslagern (Rolf D. Krause) und Frau und Film in den fünfziger Jahren (Ursula Lessing) weisen aus, daß sich die emanzipatorische Wirkung von medienvermittelter Bildung nicht in deren Konsum, sondern nur in aktiver und kritischer Auseinandersetzung mit ihr durch die RezipientInnen einstellt, zu der ihr gesamtes kulturelles Umfeld und ihre individuelle Bereitschaft und Fähigkeit beitragen. Ungeachtet des etwas vereinfachenden Herangehens an die Wirkung medienvermittelten Lernens werden in den Beiträgen wichtige Erkenntnisse über das Alltagsverhalten wesentlicher sozialer Gruppen vermittelt. So bemerkt der Verfasser einer Betrachtung über das Verhalten von Kindern zu den Medienangeboten zu Recht, daß »die Ankoppelung ans Mediensystem und die zwanghafte Fixierung auf Horrormaterial nur Folge und Teilmomente eines Beschädigungs- und Einschließungsprozesses sind, dessen soziale, psychologische und kulturelle Implikationen ... noch nicht Ursache von etwas, sondern nur Folge ... eines Arrangements aus sozialer Isolation und verweigerter wirklicher Kommunikation« (S.168) ist. Die Publikation enthält eine Bildergeschichte, die Lesesituationen zwischen 1905 und 1987 dokumentiert, ferner eine

Bibliographie und eine Vorstellung des Fritz-Hüser-Instituts. Die Texte und die eindrucksvollen Illustrationen fügen sich zu einem überzeugenden Bild wesentlicher Segmente der deutschen Arbeiterklasse des 20. Jahrhunderts zusammen. Dieses zeigt allerdings, daß unter den jeweils bestehenden kulturellen Bedingungen das den vorgestellten Individuen zugängliche Medienangebot ihre latenten emanzipatorischen Potenzen nicht entwickeln und ihnen keinen Zugang zum Utopischen über sehr vage Hoffnungen auf ein besseres Leben und eine gerechtere Gesellschaft hinaus vermitteln kann.

Rolf Schwendters Broschüre bietet einen kurzen historischen Abriss der Utopien von Thomas Morus bis Ernst Bloch, dem sich eine Erörterung des Begriffs und der Strukturgeschichte der Utopie anschließt. Dem Autor geht es dabei vor allem darum, den Vorwurf zurückzuweisen, Utopien seien statisch und latent totalitär, und nachzuweisen, daß utopische Projekte auch in der Gegenwart von erheblicher Bedeutung sind und emanzipatorische Funktionen in der Gesellschaft ausüben. In jüngerer Zeit handle es sich allerdings nicht mehr um geschlossen-statische Utopien, sondern um »Utopien prozessualen Vorgehens, bei welchen ... auch die Veränderbarkeit der utopischen Gesellschaft selbst kein Tabu ist« (S.2). Der Verfasser weist auf den bedeutenden Stellenwert hin, den Frauen- und feministische Utopien unter den zeitgenössischen Utopien einnehmen und erwähnt die Werke von Monique Wittig, Ursula LeGuins, Joanna Russ u.a.m. Er gehört zu den keineswegs zahlreichen männlichen Autoren, die die Geschlechterfrage zu den offenen Fragen zeitgenössischen utopischen Denkens zählen: »Wie könnte ein, auch erotisches, Zusammenleben zwischen den Geschlechtern, bzw. innerhalb derselben, aussehen, das weder durch Ausgrenzung noch durch Versteinerung, weder durch Gleichgültigkeit noch durch Zwangszusammenhänge gekennzeichnet ist?« (S. 77) Dies ist für ihn eine für die gesellschaftliche Entwicklung wesentliche Frage. Weil Schwendters Utopievorstellung davon bestimmt wird, daß »eine Antwortvielfalt realisiert werde, welche niemandem eine Lebensart aufdrückt, die seinen Bedürfnissen, Wünschen, Prägnungen etc. zu widersprechen,

jeweils neigt« (ebda), liegen ihm das von Robert Jungk entwickelte und inzwischen ausdifferenzierte Projekt Zukunftswerkstatt und weitere ähnliche Projekte besonders am Herzen. An ihnen hebt er die »Momente von Offenheit, Prozessualität und Antwortvielfalt« hervor, die »geradezu in den Mittelpunkt des Geschehens« (S. 63) solcher Projekte gestellt werden. Sie zeichnen sich durch eine kritische, eine utopische und eine strategische Phase aus. Dabei eignet ihnen, wie beispielhaft dem 1984/5 entstandenen »Projekt A« von Horst Stowasser, »die Aufhebung der getrennten Bereiche von Leben, Arbeit und Politik« (S. 68). Im Zentrum dieses Projekts stand »ein beispielhafter Vernetzungsprozeß von und für Einzelleute, Gruppen, Initiativen und Projekte« (S. 68f). Diese sollten bereits Formen einer wünschenswerten Gesellschaft vorwegnehmen. Wie aus der vom Verfasser zitierten Selbstkritik einer Pionierin des Projekts Birgit Berg von der Wortwerkstatt Poesie und Politik Stuttgart, hervorgeht, sind längerfristige gesamtgesellschaftliche Erfolge ausgeblieben. Offen bleibt, ob dies auf Defizite der »utopischen« oder der »strategischen« Überlegungen zurückzuführen ist. Daraus leiten weder Berg noch Schwendter den Verzicht auf Utopien ab, den sie vielmehr für gefährlich ansehen. Letzterer erkennt aber auch die Bedeutung der derzeit bestehenden utopischen Projekte an, die nur in wenigen Fällen auf gesamtgesellschaftliche Veränderungen orientieren. Vielmehr konzentrieren sie ihre Bemühungen auf Ausschnitte gesellschaftlicher Reformbedürftigkeit. Es sind Projekte, die sich mit dem Wohnungsnotstand, der Erwerbslosigkeit, dem Alkoholismus, der wachsenden Armut u.a. befassen. Hier wären eine kritische Wertung der bestehenden Projekte und klare Kriterien wünschenswert, nach denen solche Projekte als emanzipatorisch oder eher den Status quo konservierend bewertet werden könnten. Die schwierigste Aufgabe, vor der diejenigen stehen, die sich der Utopie als dem Vordenken, dem Entwickeln von gesellschaftlichen Optionen verschrieben haben, die an die Stelle unserer bestehenden reformbedürftigen Institutionen treten könnten, formuliert Schwendter wie folgt: »Realutopisch zu konstruieren, wie in einer sich wandelnden, von

großen Konzernen beherrschten, von Konkurrenzen und Haßzusammenhängen durch und durch zerfressenen Welt genossenschaftlicher Sozialismus in die Gänge gebracht werden könnte« (S.83). Im Schlußwort erläutert der Verfasser, daß dieser Sozialismus für ihn eine Gesellschaftsphilosophie sei, »die sowohl beständig die gesellschaftliche Wirklichkeit weltweit daraufhin untersucht, wo und wie ... auf gewaltfreie Weise ... Chancen bestehen, zu neuen Formen solidarischer Vergesellschaftungen zu gelangen. Diese müsse gleichzeitig die Tagträume, die Wünsche, die Bedürfnisse, die Interessen der Leute einbeziehen, und dies in ihrer mindestens klassenströmungsbedingten, Verschiedenartigkeit (zu welcher bekanntlich ohne weiteres geschlechtsspezifische, historisch-traditionelle, ethnische, religiöse Verschiedenartigkeiten zu treten pflegen)« (S.101f). Schwenkter gelangt dabei zu dem Schluß, daß es prinzipiell nur zwei Möglichkeiten gäbe: Die weitere Akzeptanz des »Selbstlaufs des Weltmarkts und der diesen dirigierenden Konzerne« durch die »gesamteuropäischen Bevölkerungsmehrheiten« oder der Beteiligung dieser Mehrheiten an der »Wiederauferstehung der Utopie« (S.105).

HANNA BEHREND

Heinz Monz:

Gerechtigkeit bei Karl Marx und in der Hebräischen Bibel –
Übereinstimmung, Fortführung und
zeitgenössische Identifikation,
Nomos Verlagsgesellschaft Baden-
Baden 1995, 238 S. (69,00 DM)

Schon wieder jemand, der Karl Marx in den Schoß des Christentums heimholen möchte? Weit gefehlt! Heinz Monz geht es in seinem Ergebnis jahrzehntelanger Forschungsarbeit nicht um Parallelen und Vorbilder zu Marx, um den Nachweis irgendwelcher Strukturanalogien oder eschatologischer Visionen (Eschatologie = Lehre von den letzten Dingen). Solche Parallelen lehnt er als vordergründig und spekulativ ab. Er ist einem viel spannenderen Sachverhalt auf der Spur, nämlich der Beantwortung der Frage, welche Vor-

stellungen Marx aus der Welt des Judentums aufgenommen hatte, besonders zugespitzt auf das Problem der Gerechtigkeit. Kurz: nicht Parallelität, sondern Identifikation ist hier die Frage. Das Wesen des Judentums blieb in der Marx-Forschung bisher weitgehend unberücksichtigt, weil es als nicht interessant erschien. »Marxisten beschäftigen sich wenig mit Theologie und Theologen wenig mit Karl Marx« (S. 20). In seinem Geleitwort geht der Großrabbiner von Luxemburg, Dr. Emmanuel Bulz, auf die Auswirkungen von Marx im Judentum ein und meint, daß das marxistische Ideal der gerechten und gleichen Gesellschaft starken Einfluß gehabt habe. Marx' Familie hatte eine weit zurückreichende Tradition in Trier. »Der letzte mit Karl Marx verwandte Rabbiner in Trier war ein Bruder des Vaters, Samuel Marx« (S. 123). Umso einschneidender muß das Erlebnis der evangelischen Zwangstaufe des Vaters wegen der Bestimmungen des preußischen Staats (etwa 1816/17) gewesen sein. Heinrich Marx hätte sonst seinen Beruf als Rechtsanwalt nicht mehr ausüben können, den zu erreichen ihn viel Mühe gekostet hatte. Daß es bei der Taufe nicht um eine Gewissensentscheidung aus freien Stücken ging, wird besonders klar, wenn man die seinerzeit wirksamen staatlichen Kontrollinstrumente berücksichtigt. Seine Frau Henriette wurde noch später getauft, was als Indiz gelten mag, daß die Familie nach wie vor im Judentum verwurzelt war. »Das mehr oder weniger enge Verbundensein von Karl Marx mit dem Judentum stand schließlich – und das ist ein ganz maßgeblicher Gesichtspunkt – in einer unbarmherzigen Konfrontation zu staatspolitischen Erwartungen und Forderungen, die die jüdischen Menschen in echte Not brachten« (S. 142). Die eng gebliebene Verbundenheit wird deutlich an der ausführlichen Erörterung des Gerechtigkeitsbegriffs der Hebräischen Bibel, die eine viel umfassendere Vorstellung von Gerechtigkeit pflegte, als der abendländische (vorwiegend griechisch-römisch geprägte) Inhalt dieses Begriffs umfaßte. Zu nennen wäre noch die Verpflichtung auf die Anliegen der Armen und Schwachen (besonders deutlich bei den Propheten), der Gemeinschaftssinn und der grundlegende historische Optimismus im Judentum. Die ausführlich belegten Ausführungen lassen

deutlich werden, daß es sich nicht um Zufallsfunde handelt. »Für die Thematik der vorliegenden Untersuchung kommt es dabei nicht auf Einzelheiten an; wichtiger ist die Grundhaltung, die überlieferte Grundstimmung in der Familie, für welche die genannten Indizien die Bestätigung liefern. Selbst wenn im Laufe der Zeit diese Grundstimmung abgeflacht sein sollte, würde dies kaum etwas an ihrem ursprünglichen Vorhandensein und an ihren Auswirkungen ändern« (S. 139). Dem Autor geht es nicht darum, bei Marx eine lineare Fortsetzung in der Jugend aufgenommener Vorstellungen bis ins Alter belegen zu wollen, das wäre auch platt und würde den Charakter der menschlichen Entwicklung verkennen. Marx' Bild von der Religion wurde sicher vom Trauma der Zwangstaufe beeinflusst, auch wenn er zu diesem Zeitpunkt noch gar nicht geboren war. Aber gerade da lohnt sich ein genaues Hinschauen, um die zeithistorische Bestimmtheit der Auffassungen zu analysieren. Ein solches Herangehen macht auch immun gegen schematische Marx-Adepten, die ihre Diskussionspartner mit Marx-Zitaten überhäufen und glauben, damit sei für einen aktuellen politischen Vorgang schon alles gesagt. So wenig Heinz Monz von Spekulationen hält, vermeidet er es aber nicht, seine Haltung als praktizierender Christ zu einigen von Marx' Aussagen über Religion aufzuzeigen. Marx sei durch die enge Verbundenheit von preußischem Staat und evangelischer Kirche ein falsches Gottesbild vorgewiesen worden: »Karl Marx wurde nicht ›Gott‹, sondern ein Götze gezeigt, dem man menschliche Vorstellungen angedichtet hatte« (S. 188). Aus dem vielfältigen Material ergibt sich am Schluß für den Autor die provozierende Frage, »ob die Lehren von Karl Marx schließlich das einzige Band sind, in dem ein Teil des jüdisch-christlichen Erbes noch erkennbar ist« (S. 221). »Wenn man die Frage bejaht, würde das bedeuten, daß die Vorstellungen über die endliche Gerechtigkeit ... mit dem tiefen Inhalt der Würde des Menschen durch die Marxsche Weitergabe auch in vielen Völkern der Erde bekannt würden, in denen die entsprechende ausdrückliche Botschaft des Judentums oder Christentums bisher ganz oder teils unbekannt geliebt ist« (S. 221).

MARTIN-RUDOLF ROSKI

Frank Unger/Andreas Wehr/
Karen Schönwälder:
New Democrats – New Labour –
Neue Sozialdemokraten,
Elefanten Press Berlin 1998,
189 S. (24,00 DM)

Thomas Meyer: Die Transformation
der Sozialdemokratie. Eine Partei auf
dem Weg ins 21. Jahrhundert,
J.H.W. Dietz Nachfolger Bonn 1998,
256 S., (24,00 DM)

Das Buch von Unger/Wehr/Schönwälder geht über den eigentlichen Gegenstand hinaus. Neben New Labour und der deutschen Sozialdemokratie werden auch die Demokraten der USA in jeweils eigenen Kapiteln abgehandelt. Diese Herangehensweise eröffnet die Möglichkeit für die Leserschaft, ähnliche neue Phänomene in der Politik zu vergleichen, obwohl (oder gerade weil) der traditionelle Rahmen gesprengt wird. Nicht zuletzt sind die Art und Weise, wie Tony Blair und Gerhard Schröder sich darstellen, zu einem nicht unwesentlichen Teil von dem Phänomen Clinton aus den USA beeinflusst worden. Die AutorInnen des Buches verstehen es, die damit verbundenen Veränderungsprozesse der Parteien selbst deutlich herauszuarbeiten.

Im Unterschied dazu geht Thomas Meyer in seinem Buch »Die Transformation der Sozialdemokratie« ganz traditionell das Thema an. Er widmet sich den Veränderungsprozessen der deutschen Sozialdemokratie von Anfang an. Hervorzuheben ist, daß es dem Autor gelingt, diesen großen historischen Bogen sehr konzentriert abzuhandeln und die tatsächlichen Bruchpunkte ohne Abschweifungen darzustellen. Wer die zuvor vom Autor erschienenen Bücher über die Sozialdemokratie kennt, wird bei den Kapiteln über die Geschichte der SPD Bekanntes wiederfinden. Für die Leserschaft, die einen Einstiegs-Überblick haben will, ist dieses Buch besonders empfehlenswert. Darüber hinaus sind die letzten Kapitel über »Das Parteiensystem im Wandel«, über alte und neue Konkurrenten der SPD und über das Zukunftsprofil der Sozialdemokratie besonders interessant.

Obwohl die deutsche Sozialdemokratie der Gegenstand seiner Untersuchung ist, zieht er Vergleiche zur jüngsten Entwicklung in Frankreich und Großbritannien.

Dennoch sind die Sichtweisen und die Bewertungen der neuen Veränderungsprozesse in der Sozialdemokratie zwischen den AutorInnen beider Bücher recht verschieden. Andreas Wehr resümiert für die SPD, daß sie – möglicherweise in Regierungsverantwortung – nach den Bundestagswahlen nicht mehr die Partei sein wird, die Ende der achtziger Jahre sich den sozial-ökologischen Umbau der Industriegesellschaft zur Aufgabe machen wollte. »Es wird vielmehr eine »modernisierte« Partei sein, die die seit der »geistig-moralischen Wende« nachhaltig veränderten Bedingungen von Politik als gegeben hin nimmt.« (S. 172) Für diesen Autor steht fest, daß »der bereits vollzogene Abbau wichtiger Teile des Sozialstaats auch von einer zukünftigen SPD-geführten Bundesregierung nicht mehr in Frage gestellt werden würde.« (S. 171) Wehr sieht zurecht in der Arbeitsteilung zwischen Lafontaine und Schröder keinen Kampf zweier Linien in der SPD, sondern eine Moderation eines vorsichtigen Anpassungskurses der SPD an die angenommenen Realitäten.

Bei Thomas Meyer finden sich solche relativ klaren Bewertungen über jetzt anstehende Bruchstellen bzw. Zäsuren nicht. Einerseits weicht er solchen Wertungen in Betrachtungen über die Aktualität des Links-Rechts-Schemas in der Politik aus.

Während Meyer viel Wert auf die Kommunikationsprobleme der SPD bei der Bewertung ihrer Erfolge bzw. Mißerfolge legt, steht bei Wehr die Analyse der Beschlußlagen und der innerparteilichen Strömungen im Mittelpunkt. Er zeichnet nach, wie sich das linke Profil der SPD in den achtziger Jahren nach dem Verlust der Regierungsverantwortung ausprägte, dann aber in den neunziger Jahren tendenziell verloren ging, obwohl »die Modernisierer der neunziger weitgehend identisch mit den Erneuerern der achtziger Jahre« seien. (S.146) Treffend bringt er – Detlev Albers zitierend – diesen Vorgang auf den Punkt: »Die Mitte erobert die Linke.« (S. 148)

Meyer gibt vor allem Empfehlungen an seine Partei, was sie beachten müsse, um erfolgreich zu sein. Nach seiner Auffassung

müsse es nach wie vor kontroverse Diskussionen über die gesellschaftliche Entwicklung und die notwendigen Reformprojekte geben, aber in der öffentlichen Kommunikation müsse sie sich darauf verständigen, »wer ihre verbindlichen Handlungsversprechen öffentlich formuliert und in seiner Person repräsentiert«. (S. 214) Diese Sichtweise blendet weitgehend aus, daß das Profil und die innere Verfaßtheit einer Partei auch nachhaltig durch den jeweiligen Spitzenpolitiker geprägt werden. Damit haben wir es beispielhaft gerade gegenwärtig in und mit der Person Gerhard Schröders zu tun. Bei Unger/Wehr und Schönwälder wird gerade diese Seite, die tiefgreifenden Veränderungen der Parteien selbst und ihrer Politik, deutlich herausgearbeitet. Der Kniefall vor dem Neoliberalismus scheint hier – zumindest mittelfristig – nicht aufzuhalten zu sein.

Für Thomas Meyer hingegen scheint das nicht so zu sein. Er sieht »sechs Dimensionen einer erneuerten sozialdemokratischen Identität«: Die SPD müsse den Vorrang politischer Verantwortung vor der Logik der Märkte und für soziale Grundsicherung und Beschäftigung deutlich machen; sie solle Repräsentantin eines ökologisch verantworteten Wachstums sein, die die Idee der nachhaltigen Entwicklung zur Geltung bringt; sie müsse Motor für neue Wege direkter gesellschaftlicher Demokratie sein; die Universalität von Menschenrechten und Demokratie müsse sie mit kultureller Toleranz gegenüber dem Selbstbehauptungsanspruch der unterschiedlichen Kulturen verbinden; sie müsse die treibende Kraft einer Politik der zunehmenden Globalisierung von Demokratie und Verantwortung sein; und sie müsse schließlich sich als Anwalt für eine differenzierte Gleichheitspolitik beweisen. (S. 217) Diese Dimensionen sind in dieser Allgemeinheit durchaus nachvollziehbar, aber sie lassen für die konkrete Politik einen solch breiten Spielraum, daß recht unterschiedliche Richtungen unter diesem Dach denkbar sind, die das Profil gegenüber konservativen Parteien wieder verblassen lassen können. Hier setzt das Dilemma der großen Volksparteien ein: Sie müssen all zu unterschiedliche soziale Schichten und Milieus gleichzeitig bedienen.

HORST DIETZEL

UTOPIE

Diskussion sozialistischer Alternativen

kreativ

Liebe Autorinnen und Autoren,

wir bitten Sie/Euch, beim Einreichen von Manuskripten zu beachten, daß Beiträge in »UTOPIE kreativ« nur veröffentlicht werden können, wenn sie in der eingereichten oder einer ähnlichen Form nicht anderwärts erschienen sind oder erscheinen werden.

Da wir nicht über festangestellte Redaktionsmitarbeiter und insbesondere nicht über Schreibkräfte verfügen, sollten Manuskripte an uns auf maschinenlesbaren Datenträgern sowie in einem Exemplar ausgedruckt eingesandt werden.

Wir bitten darum, möglichst die Textverarbeitungssysteme »Word« (für DOS, WINDOWS oder MACINTOSH) oder »Word-Perfect« bzw. »Works« (für DOS oder WINDOWS) zu verwenden. Der Text auf Diskette sollte zudem keine Trennungen oder sonstigen speziellen Formatierungen enthalten. Zur Erstellung von Tabellen bitten wir unsere Autor(inn)en, wenn irgend möglich, Tabulatoren zu verwenden.

Da wir in den jeweiligen Monatsheften möglichst viele Autoren und Themen berücksichtigen wollen, sollten Manuskripte für Sachbeiträge einen Umfang von ca. 4.000 Wörtern oder ca. 25.000 Zeichen (entspricht ca. 15 Normmanuskriptseiten) nicht über-

schreiten. Angaben zur/zu den AutorInnen und Marginalien (ca. im Verhältnis 1 : 5 zum Umfang des Beitrages; also auf 15 Manuskriptseiten kommen zusätzlich ca. 4 Seiten Marginalien) sind gesondert - aber auf ein und derselben, eindeutig beschrifteten Diskette - beizufügen. AutorInnen, die erstmals bei uns veröffentlichen, werden gebeten, ein Porträtfoto (möglichst kein Paßbild) einzusenden.

Der Kopf von Rezensionen bzw. Annotationen muß folgende Angaben (in der angegebenen Reihenfolge und Interpunktion) enthalten: Vorname Name der Autor(inn)en/ Herausgeber(innen): Titel, Verlag Ort Jahr, Seitenanzahl und (Preis). Der Text selbst sollte 1.000 Wörter bzw. 7.000 Zeichen (ca. 4 Manuskriptseiten) nicht überschreiten.

Mit der Veröffentlichung eines Beitrages geht das Recht zur Vervielfältigung, Verbreitung und Übersetzung auf die Zeitschrift über. Hiervon unberührt bleiben die Urheberrechte.

Für unverlangt eingehende Manuskripte kann keine Haftung übernommen werden. Eine Rücksendung ist nur dann möglich, wenn ein frankierter Rückumschlag oder Porto in Form von Briefmarken beigelegt wurde.

Die Redaktion

Preisliste für frühere Hefte

Heft 1 bis 16:	je	2 DM
Beilage (1991)		1 DM
Dokumentation (zu Heinrich Fink)		4 DM
Heft 17/18 bis 47/48	je	4 DM
Heft 49 bis 72	je	2 DM
Heft 73/74	je	4 DM
Heft 75 bis 84	je	5 DM
Heft 85/86	je	10 DM

Impressum

Redaktion:

WOLFRAM ADOLPHI (V.i.S.d.P.), ARNDT HOPFMANN,
MARION SCHÜTRUMPF-KUNZE, ULLA PLENER,
ARNOLD SCHÖLZEL, JÖRN SCHÜTRUMPF

Herausgeber.: Förderverein Konkrete Utopien e.V.

Gründungsvorsitzende:

GUNTHER KOHLMAY und HELMUT STEINER

Verlag: NDZ/Neue Zeitungsverwaltung GmbH,
Weydingerstraße 14-16, 10178 Berlin

Verlagsarbeiten: RUTH ANDEXEL/MONIKA NOACK

Satz: MARION SCHÜTRUMPF-KUNZE

Redaktionsadresse:

Weydingerstraße 14-16,
10178 Berlin (Tel.: 030 - 2 40 09-561)

Druck: BärenDruck GmbH,

Plauener Straße 163-165, 13053 Berlin

Vertrieb: ND-Vertrieb, Alt Stralau 1-2,
10245 Berlin (Tel.: 030 - 29390800)

Einzelverkaufspreis: DM 10
Jahresabonnement (incl. Versand):

DM 108 (Inland), DM 144 (Ausland)

Förderabonnement (incl. Versand): DM 120